Das Reich als Republik

August Winnig

August Winnig

Das Reich als Republik

1918—1928

Das Reich als Republik

1 · 9 · 2 · 9

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger
Stuttgart und Berlin

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur zweiten Auflage

Als der Verlag mir vor zwei Jahren die Anregung zu diesem Buche gab, bedurfte es keiner langwierigen Erörterung, welche Gestalt das Buch erhalten solle. Wir fanden uns sofort in der Absicht zusammen, keinen bloßen Tatsachenbericht vorzulegen, sondern den Versuch zu unternehmen, die Fülle der Ereignisse in eine geistige Ordnung zu bringen. Diese Absicht bedarf keiner besonderen Rechtfertigung. Wie sie durchzuführen war, blieb mir allein überlassen. Der Leser hat das Ergebnis vor sich.

Der äußere und innere Plan des Buches, die Abmessung und Gliederung des Stoffes und die leitenden Gedanken der Darstellung, wurde in wenigen Stunden entworfen; ich habe im allgemeinen an ihm festhalten können. Der eigentliche, von der ersten Absicht gemeinte Stoff sollte in den vier Kapiteln: Herkunft und Ursprung, Behauptung, Arbeit, Geist bewältigt werden und ein abschließender Ausblick die Gegenwartslage des Reichs und die in ihr liegenden Möglichkeiten behandeln. Als Einleitung war eine Darstellung geschichtsdeutender Art gedacht, welche die gedanklichen Fundamente des Buches enthalten sollte. Aus dieser Einleitung ist ein besonderes Kapitel Volkstum und Staatlichkeit geworden.

Obwohl das Buch aus einer Anregung des Verlages entstanden ist, habe ich die Arbeit doch nicht als einen Auftrag empfunden Ich habe mich auch hier nicht verleugnet, sondern habe die Geschichte so dargestellt, wie ich sie erlebt habe und täglich neu erlebe. Ich sehe unsere Zeit gekennzeichnet vom Aufstieg einer neuen Schicht unseres Volkstums, von der machtvollen Bewegung dieser Schicht und ihren Ansprüchen und Äußerungen Ich bin selber durch sie hindurchgegangen, habe ihr äußeres und inneres Leben geteilt und habe mich um die Erschließung ihres Sinnes bemüht seit langer Zeit So steht diese junge Schicht, steht der Lohnarbeiter und seine Bewegung, im Mittelpunkte meines Zeiterlebnisses

Aber die Arbeiterbewegung ist mir keine gänzlich beziehungslose Erscheinung. Auch ich bin mit dem Gedanken bekannt geworden, der den Lohnarbeiter als Gesamtheit aus dem geschichtlichen Ver-

bande seines Volks herauslöst, ihn als eine besondere geschichtliche Einheit betrachtet und ihm die Aufgabe zuweist, den geschichtlichen Verband des Volkstums zu sprengen und auf den zertrümmerten Volkstümern eine neue Gesellschaft zu errichten. Soweit meine Gedanken für Dinge frei waren, die über die tägliche Hantierung hinausgingen, haben sie sich vor allem mit dieser Auffassung auseinandergesetzt. Wie ich selber die Beziehung zum Volkstum, zu seiner lebendigen Gegenwart und zu seiner Geschichte gewordenen Vergangenheit, als starke Wirklichkeit besitze, so kann ich auch das Brudertum meiner Herkunft nicht frei von ihr glauben. Daß diese Beziehung äußerlich vorhanden ist: daß keine Schicht des Volkes sich dem Gesamtschicksal entziehen kann — daß ein Volk, auch gegen den Willen seiner Teile, eine unauflösbare Einheit im Verhältnis zur Umwelt ist und bleibt, dagegen kann sich kein Zweifel erheben. Aber diese Verbundenheit ist mehr als ein mechanischer Zwang, sie ist eine Urgegebenheit. Sie weist der Schicht eine Aufgabe zu, die sie im Volkstum und für das Volkstum zu lösen hat. Erst indem sich die neue Schicht dieser Aufgabe bewußt wird, erhält sie wirklichen geschichtlichen Wert. Solange sie denkend und handelnd außerhalb des Volkstums steht, ist sie Störung, Schwächung, Auflösung des Ganzen. Durch diesen Umstand ist die heutige Krisis der deutschen Staatlichkeit gegeben

Die deutsche Arbeiterbewegung hat ihr besonderes Schicksal. Sie mag sich in der internationalen Verbindung als Gleicher unter Gleichen fühlen, so bleibt sie doch der Besonderheit des deutschen Schicksals verhaftet.

Keine junge Schicht kann in ihrem Aufsteigen der Berührung mit der über ihr lebenden älteren Schicht entgehen. Der Arbeiter ist dem Einflusse des Bürgers unterworfen, so wie einst der Bürger dem Einflusse des Adels unterworfen war. Das ist unvermeidbar. Aber in Deutschland geschah es, daß der aufwärtsstrebende Arbeiter sich mit einem bürgerlichen Wesen berührte, das selber die Verbindung mit dem Boden seines Volkstums aufgegeben oder verloren hatte. Hier traf das Verhängnis der Überfremdung des deutschen Geisteslebens die neue Volkstumsschicht und konnte nun erst in seiner ganzen Furchtbarkeit wirken

Damit ist der Standort dieses Buches bezeichnet Er wurde nicht erst bei der Arbeit gewonnen, sondern ich hatte ihn inne, als

ich die Arbeit begann. Man wird es verstehen, wenn ich den Wunsch habe, daß man bei der Würdigung des Buches, und insbesondere bei der kritischen Würdigung, diese Grundgedanken nicht außer acht lassen möge Die bisher erschienenen Besprechungen behandeln den Gesamteindruck oder beschäftigen sich mit Einzelheiten des Buches. Eine kritische Auseinandersetzung mit seinen gedanklichen Fundamenten ist mir bisher nicht bekannt geworden. Ich will nicht behaupten, daß ich dadurch enttäuscht worden sei. Ich habe volles Verständnis dafür, wenn die linksradikale Presse es für nützlicher hält, dieses Buch totzuschweigen, und habe, da mir ihre Kampfesart einigermaßen bekannt ist, nichts anderes erwartet. Ich nehme daher von diesem Schweigen mit der Genugtuung Kenntnis, daß dieses Buch die Auseinandersetzung des deutschen Menschen mit seinem Widerpart auf ein Gebiet vorgetragen hat, wo sich der Gegner nicht mehr zu wehren wagt.

Eine sehr beachtliche Kritik hat Günther im „Deutschen Volkstum" veröffentlicht. Günther, der auch meine anderen Schriften und insbesondere meinen „Glauben an das Proletariat" kennt, hat richtig herausgefühlt, daß auch dieses Buch im Glauben an den deutschen Arbeiter geschrieben ist. Ich fühle sehr wohl die Pflicht, mich mit dem Zweifel, den er meinem Glauben an den deutschen Arbeiter entgegenstellt, auseinanderzusetzen Ich verstehe den Zweifel, wenn ich auf die menschlichen Geröllhalden sehe, zu denen der arbeitende Mensch im Bereiche unserer Zivilisation abgekarrt wird, und ich weiß, daß auf solch zerwühltem Boden kein Bau von Dauer errichtet werden kann. Feste Bauten erfordern „gewachsenen" Boden Muß man auf Schutt bauen, so muß man ihn künstlich überspannen Einstweilen sind die Stützpunkte für solche Überspannung noch gegeben Würden auch sie fehlen, so müßte man den schlechten Grund armieren Günther ist mit seinen Zweifeln ein Sprecher für viele. Ich lehne sie nicht ab, aber ich kann ihnen heute noch nicht recht geben. Das Leben ist stets tiefer als unser Wissen von ihm

Potsdam, den 17. November 1928

August Winnig.

Erstes Kapitel

Volkstum und Staatlichkeit

Blut und Boden

1

Blut und Boden sind das Schicksal der Völker. Aus diesen beiden Urgegebenheiten erhält das Leben Richtung und Form. Jede zweckbewußte Absicht findet hier ihre Voraussetzungen und ihre Grenzen. Vor der stillen Gewalt dieser Elemente zerfällt jede Doktrin. Hier erleben wir die Geschichte der Staaten und Völker in ihrer Raumbedingtheit. Wir verstehen, daß die Welt des Mittelmeers eine andere Geschichte erlebt als die Welt der Ostsee, daß sich in den Ebenen Rußlands eine andere Geschichte vollzieht als in der norddeutschen Tiefebene, daß Gebirge und Flüsse, Ebenen und Küsten, Bodenbeschaffenheit und Bodenschätze geschichtlich formende Kräfte sind, die infolge der Einmaligkeit ihrer Natur zu Wirkungen und Ergebnissen führen, die ihrerseits ebenfalls einmalig sein müssen. An dieser unlösbaren Verbundenheit des Staatenschicksals mit der Eigennatur des umspannten Erdenraumes muß jede schematisierende Staatstheorie und jeder Versuch einer Staatskonstruktion scheitern.

Langsam lernen wir, auch jedes Volkstum als eine sich niemals wiederholende Gegebenheit aufzufassen. Es ist wohl nicht mehr als eine Redensart, wenn wir von den Angehörigen eines andern Staatsvolkes sagen, sie seien „Menschen wie wir". Im Grunde glauben wir doch an eine Verschiedenartigkeit. Nur hält uns das nicht ab, die Wesensart anderer Völker für erlernbar und ihre Schicksale für übertragbar zu halten. Oft genug schlußfolgern wir: was die Engländer können, müssen wir auch können. Jazzmusik und Boxen können wir ihnen nachmachen, ihren Staat machen wir ihnen nicht nach, wie wir auch weder den Franzosen, noch den Italienern oder den Russen ihren Staat nachzumachen vermögen.

Zwischen den Volkstümern des Abendlandes gibt es nähere oder fernere Verwandtschaften, Verwandtschaften des Blutes und Verwandtschaften des Bodens, und darum werden ihre Staatengebilde immer untereinander verwandt sein. Aber sie werden nie gleich sein können, sondern immer wird sich in ihnen neben der Eigennatur ihres Erdenraumes die Eigennatur ihrer Volkspersönlichkeit ausdrücken. Blut und Boden sind das Schicksal der Völker und ihrer Staaten.

Was wir gemeinhin Leben nennen, ist nicht das Leben selbst, sondern ist seine Äußerung. Das eigentliche Leben, jene Kraft, von der die Äußerungen ausgehen, ist für unsere Sinne nicht wahrnehmbar. Es ist ein Geheimnis. Alle von uns als Leben angesprochenen Äußerungen dieser Kraft sind Ausdruck eines Inwendigen.

Wir nennen dies Inwendige Seele und Geist und meinen mit Seele die uns mit dem Blute übermachte innere Zuständlichkeit, mit Geist die uns durch Erziehung, Lehre und Erfahrung gewordene Bewußtheit von uns und den Dingen außer uns. Dieses Inwendige, dem wir handelnd Ausdruck geben, ist also zweifach. Diese Zweiheit meinen wir, wenn wir Gefühl und Verstand, Trieb und Vernunft unterscheiden. Aus ihr wird alle menschliche Haltung, alles menschliche Tun geboren. Von hier aus erhält alles Menschenwerk seinen Sinn, seine Form und Richtung. *Von hier aus bildet sich auch die Form der Staatlichkeit.*

Hiernach wird der unerschöpfliche Formenreichtum der Staatenwelt begreiflich. Jedes Volkstum sieht sich mit der Einmaligkeit seiner Persönlichkeit auf seinem Erdenraume in besondere Daseinsbedingungen hingestellt. Aus der Größe des Raumes, aus seiner Oberflächengestalt und der Beschaffenheit seines Bodens aus seiner Durchwässerung und seiner Lage, aus seinem Klima und aus vielen anderen Umständen ergeben sich Lebensbedingungen, die sich in ihrer Art niemals wiederholen, und es ergeben sich Einflüsse und

Zwänge, die von sich aus das Innere des Volkstums mit prägen. Zu diesen Einwirkungen, denen sich jedes Volkstum ausgesetzt sieht, und die sich in seiner Innerlichkeit niederschlagen, kommen jene der Nachbarschaft, die fördernd, hebend, stärkend, oder hemmend, schwächend, gefährlich sein können, die aber in jedem Falle an den äußeren Schicksalen wie an der inneren Prägung der Volkstümer teilhaben. Es ist also das, was von außen her in die Innerlichkeit eines Volkes eingeht, in jedem Falle verschieden. Aber auch die seelische Zuständlichkeit, auf welche die Einwirkungen der Außenwelt stoßen, ist in jedem Falle unvergleichbar, so daß also die geistig-seelische Zuständlichkeit eines Volkes, wie wir die Summe des mit dem Blute ererbten und des durch Erfahrung von außen erworbenen inneren Besitzes nennen wollen, eine einmalige Bildung darstellt. Es kann hier Ähnlichkeiten geben, Gleichartigkeit aber ist unmöglich. Darum kann die Staatlichkeit eines Volkes niemals Vorbild eines anderen Volkes sein. Jede nachgeahmte Form wird alsbald von den volkstümlichen Eigenkräften umgebildet werden, und zwar umso gründlicher, je weiter das nachahmende von dem nachgeahmten Volke innerlich absteht.

2

Auf jener Zusammengesetztheit des geistig-seelischen Zustandes aus bluthaft ererbtem und lehrhaft erworbenem Besitz beruht seine zeitliche Wandelbarkeit. Wäre der „Volkscharakter" lediglich bluthaft bestimmt, so würde er unveränderlich sein, solange sich die blutmäßige Zusammensetzung des Volkstums nicht änderte, und es würde also ein Volk, dem sich nicht fremdes Blut zugesellte, einen sehr steten „Charakter" und darum sehr dauerhafte Formen der Staatlichkeit haben. Denn die Eigenschaften des Blutes können sich nicht ändern. Die Veränderlichkeit liegt in den Einwirkungen von außen. Mit Technik und Arbeit verändern wir den Boden, schaffen uns veränderte Beziehungen zu ihm

und sind imstande, unsere naturhaften Daseinsbedingungen umzubilden. Die uns von hier treffenden Einflüsse ändern sich, unser Wissen und unsere Erfahrung werden umgebildet und vermehrt. Ebenso ergibt sich eine Wandlung aus der Entwicklung der Volkszahl, sobald diese Entwicklung das Verhältnis zwischen dem Lebensbedarf des Volkes und der Leistungsfähigkeit seines Erdenraumes einschneidend verändert. Wo Übervölkerung den Lebensraum einengt und den Daseinskampf erschwert, müssen sich Wirkungen ergeben, die den „Volkscharakter" tiefgreifend ändern können.

Nur von außen her ist also eine Änderung der Innerlichkeit eines Volkstums möglich. Dieser Änderung aber bedarf es, wenn es zu einer Änderung unserer Lebensform kommen soll. Wo sie fehlt, wo also die geistig-seelische Zuständlichkeit sich dauernd gleichbleibt, kann sich auch nichts in den Lebensformen des Volkstums, auch nichts in den Formen seiner Staatlichkeit ändern.

Wir kennen einen solchen Zustand der Dauer nicht, weil es eben überall zu Berührungen und Vermischungen der Volkstümer kommen muß und weil der Mensch überall auf seine naturhaften Daseinsbedingungen verändernd einwirkt, dadurch also den geistig-seelischen Lebensgrund umbildet aus dem sein Verhalten bestimmt wird. Aber wir kennen Zustände, wo jene Berührungen und Vermischungen sehr gering sind und der Mensch auch seine naturhaften Daseinsbedingungen nur wenig und sehr langsam verändern kann. Das ist der Fall bei solchen Volkstümern, die noch außerhalb des großen Weltverkehrs leben; wenn das letzte Jahrhundert auch die Abgeschlossenheit und die Urtümlichkeit dieser Völker größtenteils beseitigt und zerstört hat, so weiß man doch, daß sie vor ihrer Berührung mit dem Fremden unter Formen lebten, die sich in Jahrtausenden im wesentlichen gleichgeblieben waren. Das Kaisertum Japans ist zweieinhalb Jahrtausende alt. Die Isländer haben bis um die Mitte des vorigen Jahrhunderts unter staatlichen Formen gelebt,

die sich seit dem zehnten Jahrhundert nicht verändert hatten. Hier waren bluthafte Zusammensetzung des Volkstums und naturhafte Daseinsbedingungen durch lange Zeiträume fast unverändert geblieben.

Giesebrecht spricht in seiner „Geschichte des deutschen Kaisertums" von „Staaten" der germanischen Stämme in der Frühzeit vor dem Auftauchen der Römer. Ranke dagegen sagt, daß es zu den Zeiten des alten Reichs noch keinen deutschen Staat gegeben habe. Der eine Historiker sieht also Staatlichkeit schon in den urtümlichen Stammesgemeinschaften lange vor unserer Zeitrechnung, der andere vermißt sie selbst noch im Kaisertum der Hohenstaufen. Beide deuten den Begriff des Staats offenbar sehr verschieden. Für den einen Historiker war schon Staatlichkeit vorhanden, wenn eine Gemeinschaft nach allgemein verbindlichen Regeln lebte, auch wenn diese Regeln nicht als Gesetze beurkundet waren, sondern nur als Brauchtum bestanden, und wenn diese Gemeinschaft Einrichtungen (Älteste, Richter, Fürsten) besaß, durch welche sie die Innehaltung der Regeln überwachte und notfalls erzwingen konnte. Der andere Historiker bestreitet selbst noch für das mittelalterliche Deutschland den Charakter der Staatlichkeit, wo kein Land ohne Herrn und kein Mensch ohne Obrigkeit war.

Diese Verschiedenartigkeit in der Auffassung vom Wesen des Staates soll uns hier nicht kümmern. Es gibt in der Geschichte keinen Augenblick, von dem man sagen könnte: jetzt sei der Staat entstanden. Es handelt sich hier um einen Wachstumsvorgang, bei dem die Bildung der ersten Zelle nicht beobachtet, sondern höchstens durch spekulative Nachschau verdeutlicht werden kann, und der erst viel später in seinem Verlauf zu verfolgen ist. Hier setzt sich Zelle an Zelle. Das „gemeine Wesen" vermehrt seine Tätigkeit, es zieht die Kreise, in welchen es das Leben seiner Regelung unterwirft, weiter und weiter. Der Staat wächst. Sein Anfang war die Darstellung seiner Macht nach außen und die Auf-

richtung eines Rechts zwischen den Volksgenossen. Hiermi ist grundsätzlich der Staat gegeben. Alles andere schließ sich an diesen Kern an und ergibt sich von hier aus als Auf gabe. Wenn das jugendlich einfache Staatswesen dan weitere Tätigkeiten aufnimmt und für diese Tätigkeiten neu Gebilde schafft, so hat das in unserem Sinne keine grundsätz liche Bedeutung mehr. Dieser ganze weitere Wachstumsvorgang, bei welchem der Staat die Kreise seiner Geltung immer weiter zieht, indem er seine Hand auf das Geldwesen legt, die Verkehrswege überwacht, den Unterricht ordnet, in Handel und Gewerbe eingreift, Sittengesetze aufstellt, Gesundheitspflege betreibt, Fürsorge für Bedürftige übernimmt — dieser ganze Vorgang ist an sich sehr wichtig, er umschließt die innere Geschichte des Staates, und man wird ihn immer wieder mit Gewinn studieren, er ist der Gegenstand der täglichen Politik, aber er enthält nichts grundsätzlich Neues mehr. Er ist ein Wachstumsvorgang, auf den das Spiel und Widerspiel treibender und hemmender Kräfte in mannigfacher Weise einwirkt, der im einzelnen von Zufälligkeiten beeinflußt werden kann und sich auf einer ganz anderen Ebene abspielt als die Bildung der ersten Zelle. Hier ist das Feld für zweckbewußte Absicht. Hier kann Können oder Nichtkönnen seine Spuren ziehen, kann Weisheit oder Torheit, Kraft oder Schwäche zu Heil oder Unheil führen. Hier ist der Mensch der Bildner oder Zerstörer. Dort aber, wo im dämmerigen Urwald ein Mann sich aus dem wandernden Haufen löste und seinen Fram in die Erde stieß: Hier wollen wir bleiben! Tod dem, der uns vertreiben will! Tod dem, der nicht Friede hält! — dort wurde das erste Gesetz verkündet und dort entstand der Staat.

Noch einmal sei es gesagt: dieser Wachstumsvorgang ist an sich sehr wichtig, und wer ihn rückschauend studiert, etwa an der Hand eines Werkes, wie Otto Hintze es über den Staat der Hohenzollern geschaffen hat, wird großartige Einblicke in das Gewebe der Staatsgeschichte gewinnen. Aber

alles, was er sieht, ist Folge und Ableitung und verhält sich zum Ursprung des Staates ungefähr so, wie sich das Wachstum und die Erziehung eines Menschen zu seinem Ursprung im Augenblick der Empfängnis verhält. Daß der Mensch wächst wie er wächst, daß er der Erziehung unterworfen wird, daß er durch Lehre und Erfahrung eine weite Bewußtheit der Umwelt empfängt, und daß sein Charakter sich bildet, das bemißt seinen Wert. Aber das alles ist nur Folge eines Voraufgegangenen.

3

Unsere Vorstellung vom Staat haftet an zwei Elementen: an Mensch und Raum. Wenn wir den Namen eines Staates aussprechen, so steigt vor uns ein Bild auf: wir sehen den Staat als Raum — als naturhafte Landschaft, wenn dieses Bild uns zu eigen ist, oder als Kartenbild — und sehen ihn als menschenhafte Organisation, als Bevölkerung nach Zahl und Charakter. Nur wenn unsere Gedanken länger bei ihrem Gegenstande verweilen, treten weitere Merkmale in dieser Vorstellung auf. Dann füllt sie sich an mit dem, was wir von der Verfassung, von der Wirtschaft, von Kunst und Brauchtum, von der Geschichte des Staates und seines Volkes wissen. Aber zuerst sehen wir jene zwei Elemente: das raumhafte und volkhafte Erscheinungsbild des Staates. Diese Elemente empfinden wir als wesentlich vor allem anderen. Darin drückt sich ein echtes Gefühl für das Wesentliche aus. Wir wissen, ohne erst Schlußfolgerungen ziehen zu müssen und ohne es auf eine empfangene Lehre zurückführen zu können, daß Mensch und Raum verbunden die Voraussetzungen des Staates sind und daß alles andere auf dieser Verbindung beruht. So wenigstens empfindet der abendländische Mensch der Gegenwart. Es scheint richtig zu sein, was Spengler ausführt, daß auch ein nicht raumgebundenes Staatsgefühl und eine nur auf dem Volkstum beruhende Staatlichkeit möglich ist. Uns ist

das indessen nicht möglich. Unser Staatsgefühl braucht zum Volkstum den Raum. Darum ist für uns der Ursprung des Staates darin gegeben, daß eine Gemeinschaft sich zum Herrn eines Erdraumgebietes macht, daß sie die Rechte des einzelnen in dieser raumgebundenen Gemeinschaft feststellt und sich bereit hält, ihr Hoheitsrecht über den ergriffenen Raum zu verteidigen.

Gleichwohl sträuben wir uns dagegen, in den frühen Gebilden menschlicher Gemeinschaft Staaten anzuerkennen. Es fehlt ihnen nach unserem lückenhaften Wissen etwas zum Staat. Wir empfinden sie noch nicht als Staat, sondern erst als den Keim, der Staat werden will und ihn als Möglichkeit in sich trägt. *Diesen keimhaften Gebilden fehlt noch die Ausprägung zur Form.*

Der Sprachgebrauch unterscheidet sinnvoll zwischen Geschichte und Vorgeschichte und reiht in die Vorgeschichte ein, was diese keimhaften Gebilde als Träger hat. *Geschichte in unserem Sinne beginnt dort, wo ein Volkstum die große Führung heraustreibt und durch diese Führung seine Form empfängt.*

Greifen wir zu einem früheren Bilde zurück, so können wir von der Empfängnis und von der Geburt des Staates sprechen. Empfängnis ist jener Augenblick, wo eine Gemeinschaft sich mit dem Boden zu dauernd gewollter Bindung vereinigt. Geburt ist der Vorgang, wo die große Führung heraustritt und als Ausdruck des Willens zum Staat ihre Formen entfaltet und sie dem Volkstum aufprägt.

So ist vom Wesen des Staates die Führung nicht zu trennen. Führung ist mit Staatlichkeit so eng verbunden, daß man sagen darf: das Wesen des Staates ist Führung. Bei jedem Volke beginnt die Geschichte mit dem *Heraustreten der großen Führung.* Die Geschichte der Deutschen ist Dämmerung und Dunkel, solange die große Führung fehlt. Jahrtausende vor unserer

Zeitrechnung hat unser Volkstum zwischen Weser und Weichsel gelebt. Wir suchen seine Lebensweise, seine Sitten und seine nachbarlichen Beziehungen aus Gräberfunden und Sprachresten zu deuten, aber das Schicksal bleibt unerschließbar. Geschlecht auf Geschlecht ist ins Leben hineingewachsen und ins Grab gesunken. Aber keine Kunde sagt uns, wie sie durch die Jahrtausende hindurchgeschritten sind. Sie sind vergangen, wie der Wald vergangen ist, der sie umrauschte, wie das Getier vergangen ist, das mit ihnen lebte. In diesem Dunkel hat sich das Führertum vorbereitet. Mit seinem Heraustreten in den Gestalten Ariovists, Marbods und Hermanns griff es tastend nach der großen Form. In den Zügen der Goten suchte es in fremder Umwelt eigene Formen zu gewinnen. In den Karolingern vermochte es dem eigenen Volkstum fremde Formen aufzuprägen; während sich hier ein wechselvolles Ringen um die große Form der nationalen Führung vollzog, bildete sich in der Tiefe und Breite des Volkstums der Führungsunterbau als die Voraussetzung nationalen Führertums — die Grundherrschaft. Erst den sächsischen Kaisern gelang es, die große nationale Führung aufzurichten.

Das Wesen des Staates ist Führung Erst die Führung gibt dem Gedränge der Vielen die Richtung. Erst die Führung formt aus dumpfem Begehren den gerichteten Willen. Führung ist Formung der Vielen durch überlegenen, willensbeseelten Geist. Erst die Führung erhöht das Volkstum zur Nation, indem sie dem Volkstum Aufgaben setzt und es auf diese Aufgaben hin formt. Das Hervortreten der großen Führung ist der Schritt aus dem Dunkel der Vorgeschichte in das Licht der Geschichte, ihre Durchsetzung ist der Beginn staatlich geformten Eigenlebens

Sie ist die große Wende im Leben des Volkstums. Mit ihr ist bedingt das Aufkommen bewußter und behaupteter Unterschiedlichkeit und Schichtung. Das in sich ruhende, gleichförmige Volkstum empfängt die Spannung zwischen

Oben und Unten, zwischen Führerschicht und Masse. Ein Gegensatz ist ins Bewußtsein eingetreten, der fortan Bewegung bedingt. Das Leben ist erwacht, das sich bäumende und sträubende, das fordernde und wollende, das gärende und gebärende Leben, das in Spiel und Widerspiel, in Aufstieg und Niedergang seine Vollendung sucht im geschichtlichen Werk.

Von nun an ist die Gemeinschaft von der Führung abhängig. Und doch hat alles Vermögen der Führung seine von der Gemeinschaft gesetzten Grenzen. Selbst das höchste Führertum und die stärkste Führerpersönlichkeit kann scheitern und in Tragik untergehen. So frei die Führung scheinen mag, so trägt sie doch ihre Bindungen. Sie ist kein Wesen aus eigener Macht.

4

Der Staat empfängt seine Form von innen. Er empfängt sie nicht aus dem spekulativen Denken, sondern aus dem erd- und bluthaften Leben des Volkstums. Seine Form ist niemals Zufall. In der Form des Staates wiederholt sich die Form seiner Menschen. Es ist das Inwendige des Volkstums, dem die Form des Staates Ausdruck gibt. In diesem Inwendigen wurzelt auch die Führung. Aus diesem Inwendigen empfängt sie ihre Gestalt, ihren Beruf und die Richtung ihres Weges. Nur in dieser Verbundenheit mit der Tiefe des Volkstums ist sie echte Führung. Sie muß die Aufgabe, die sie sich, die sie dem Staate stellt, aus dem Leben des Volkstums schöpfen. Diese Aufgaben müssen in der inneren Reichweite der Nation liegen, und es genügt nicht, daß sie sich aus tatsächlichen Bedürfnissen der Nation ableiten, sondern sie müssen zugleich für die geistig-seelische Zuständlichkeit der Nation faßbar sein. Hier liegen die Gesetze, denen die Führung zuletzt unterworfen bleibt. Keine Führung wird sie ungestraft außer acht lassen. Führung, die echter Ausdruck der Innerlichkeit des Volkstums ist, wird aus dieser Verbundenheit ihre Sicherheit

schöpfen, ihre Politik wird instinkthaft „richtig" sein. Führung ohne diese Verbundenheit wird sich niemals sicher fühlen und wird leicht fehlgehen.

Alle Kraft der Führung stammt aus dem Volkstum. Dadurch gerade wird sie Führung, daß sie die Kräfte der Tiefe an den Tag hebt und für die Aufgabe des Staates lebendig macht. Hierzu bedarf es der innerlichen Verbundenheit zwischen Führung und Volkstum. Der Herzschlag der Tiefe muß das Blut der Führung bewegen: nur dann vermag sie bewegend auf die Tiefe zurückzuwirken. Doch Verbundenheit heißt nicht Abstandslosigkeit und hat nichts mit jener zweifelhaften „Volkstümlichkeit" zu schaffen, die fehlende innere Beziehungen durch äußere ersetzen will und darum ebenso ein Kennzeichen absterbender Führung und innerer Unsicherheit ist, wie ihr Gegenteil. Führung bedingt Abstand und bedingt zugleich Verbundenheit und zeigt ihre Echtheit nicht zuletzt darin, daß sie von diesem scheinbaren Widerspruch nichts weiß. Echte Führung ist ein erhöhtes Abbild des Volkes.

Führung ist Dienst und muß das Bewußtsein in sich tragen, daß sie des Volkes wegen da ist. Ihre Dienstbarkeit ist von besonderer Art, da sie mit H e r r s ch a f t verbunden ist. Jede Führung ist zugleich Herrschaft. Führung und Herrschaft sind nicht voneinander zu trennen, denn Führung ohne Herrschaft ist unmöglich. Wer führen will, muß verfügen können, muß Menschen und Dinge für die Aufgabe einzusetzen imstande sein. Aber Herrschaft ist nicht das Wesen der Führung, sie ist ihre Voraussetzung. Herrschaft ist Mittel, ist nicht Zweck. Wo Führung das Bewußtsein ihrer Dienstbarkeit verliert und zur reinen Herrschaft wird, dort wird sie krank. Alle Führung begibt sich ihres sittlichen Rechts, sobald sie ihren Zweck in sich selbst, statt in der Nation sucht, und aller äußerer Glanz wird eitel, wenn nicht dieses nie geschriebene, aber ewig geltende sittliche Recht den Glanz von innen dazutut.

Adel und Bürgertum

1

Die großen Krisen des Staates sind immer Krisen der Führung. Dabei denken wir nicht an jene Krisen untergeordneter Art, die sich aus der persönlichen Unzulänglichkeit der Führung ergeben, sondern an die großen Erschütterungen, die anheben, wenn sich im Ablauf des volkhaften Lebens Wandlungen von grundsätzlicher Bedeutung vollziehen. Solche Wandlungen sind unausbleiblich. Sie sind Wandlungen in der Schichtung des Volkstums.

Immer ist es eine Schichtung, die dem Leben der Gemeinschaft ihr inneres Gesetz gibt. Aus ihr quillt die wirkliche Führung. Ihr Formwille ergreift und bildet das Leben der Gemeinschaft, bildet es in Gesetz und Recht, in Brauchtum und Sitte, in der Gestalt außen und innen. Keine Führung kann sich gegen diese Schichtung behaupten. Sie muß ihren Willen tun oder sie scheitert.

Die Nation und ihre Staatlichkeit werden durch die führende Schichtung dargestellt. Das eben ist das Wesen der führenden Schichtung, daß sie sich mit der Nation gleichsetzt, daß sie den Staat als ihre Sache — als ihre Aufgabe, ihre Sorge, ihr Werk und ihre Macht empfindet. Darin liegt weder Unrecht noch Anmaßung. Der Staat ist in Wirklichkeit ihr Werk. Ihr Bewußtsein erfüllt ihn, ihr Wille gibt ihm Ordnung und Gestalt, setzt ihm die Aufgaben und führt ihm die Kräfte zu, die er braucht, um Staat zu sein.

Aber jede Schichtung ist menschenhaft. Sie ist Werden, Wachsen, Wirken und Vergehen. Jede ist der Gesetzlichkeit alles Lebendigen unterworfen. Ihre Kraft ist bemessen. Nur im Ausmaß ihrer Kräfte kann sie wirken. Sind diese Kräfte erschöpft, so ist ihr Werk getan, und sie erschöpfen sich umso früher, je größer das Werk ist, dem sie Gestalt gegeben haben.

Jede Schichtung ist *Auftrieb* aus dem Mutterboden des Volkstums. In diesem Auftrieb setzen sich die ruhenden Kräfte der Tiefe um in wollendes Leben. Durch ihn gewinnt das Leben des Volkstums die wirkungskräftige Form. Aus ihm erhebt sich als letzte Auslese die Führerpersönlichkeit, die den Formwillen der führenden Schichtung in stärkster Ballung in sich trägt. Die Schichtung ist zugleich biologisch und sozial bedingt, ist bluthaft und geistig verbunden. Sie ist Einheit durch den gleichen Blutsgrund und das gleiche Welterlebnis. Nur diese Einheit gibt ihr den hohen Wert, der imstande ist, das Leben des Volkstums in der Ganzheit zu erfassen und nach seinem Gesetz zu bilden.

Mit jeder Schichtung ist eine *besondere geistig-seelische Zuständlichkeit* gegeben. Keine Schichtung ist hierin der ihr zeitlich voraufgehenden oder nachfolgenden gleich, sondern jede ist stärkster Gegensatz derer, mit denen sie sich zeitlich berührt. Auch wenn wir diese Gegensätzlichkeit nicht erklären könnten, müßten wir sie doch als eine sichtbare Tatsache anerkennen.

2

Wir sehen am Anfange unserer Staatlichkeit *den Adel* als führende Schichtung und sind imstande, uns ein Bild von seiner geistig-seelischen Zuständlichkeit zu machen. Wir denken an den Adel in seiner großen Zeit: an den Adel, von dem das Nibelungenlied Kunde gibt; an den Adel, der in den Goten, Franken und Sachsen, in den Normannen und Warägern der Begründer neuer Staatlichkeit war, an den Adel der Kreuzzüge und der Rom- und Ostlandsfahrten, an den Adel, der durch die großen Kampfbischöfe die Kirche gründete und dessen Geist in den Schöpfern der alten Dome lebte. An diesen Adel denken wir, an diesen Adel, *der ein Zeitalter schuf*, dessen Formwille das Leben in allen seinen Erscheinungen ergriff und es zum Ausdruck seiner eigenen Innerlichkeit prägte, an diesen Adel, der aus der

Fülle seiner Kräfte wirkte. Diese Kräfte erschöpften sich in den Werken, denen sie Gestalt gaben, und mit der Erschöpfung kam der Niedergang, der schon im dreizehnten Jahrhundert sichtbar wird und bald zur Auflösung der Schichtung führt, bis dann nur noch das Fürstentum dem Adel, wie der Turmhelm dem Turme, Halt und Bedeutung, Sinn und Aufgabe gibt.

Dieser Adel in seiner großen Zeit lebte aus einem kriegerischen und religiösen Heroismus. Kriegerisch war seine Haltung zur Welt. Die tapfere Tat war ihm Lebenserhöhung, nach ihr ging sein Trachten. Die Leistung des Kriegers gab höchste Ehre. Der Machtwille, der allem menschenhaften Leben eigentümlich ist, fand hier seinen reinsten Ausdruck. Es ist ungebrochene Männlichkeit, die sich in dieser Haltung offenbart. Sie ist die Achse, um die sich das Leben bewegt. Diese kriegerische Männlichkeit wurde von einer tiefen Religiosität durchdrungen und veredelt. Eine Religiosität, wie sie so stark und innerlich nur auf dem Grunde des magischen Welterlebnisses sein kann, hob die sittlichen Willensströme aus ihrer einzelmenschlichen Verborgenheit in das Licht des allgemeinen Bewußtseins. Aus dieser Verbindung entstand das Inbild des ritterlichen Menschen, das dem Zeitalter voranleuchtete und es mit seinem Formwillen erfüllte und prägte Die ganze Welt des Mittelalters war aus der Innerlichkeit dieses führenden Menschentypus gebildet. Es ist eine Welt, die nur als Ausdruck ihrer führenden Schichtung ganz zu erfassen ist. Durch alle ihre Erscheinungen schimmert der geistig-seelische Lebensgrund der führenden Schichtung, der zum Lebensgrunde eines Zeitalters wurde. Man käme in Verlegenheit, wollte man urteilen, worin sich der Formwille dieses Zeitalters am stärksten offenbart habe. Welche Größe in dem Gebilde der Grundherrschaft, das in Einem die Wirtschaft, die Rechtsordnung, die Verwaltung und das Wehrwesen darstellte und den allesumfassenden Lebenskreis ihrer Angehörigen

bildete! Aber nicht minder groß war das Gebilde der kirchlichen Organisation in der Form, die es unter den sächsischen Königen erreicht hatte. Mächtig war der Ausdruck dieses Formwillens in der Architektur der Kultbauten, in den ritterlichen Epen und im Minnelied, und kühn und gewaltig war die Staatsidee, die als der Wille zum Universalreich aus diesem Lebensgrunde erwuchs.

Die Willenskräfte des Adels hatten in dieser Welt einen überwältigend großen und einheitlichen Ausdruck gefunden. Wohin wir auch in ihr blicken, sehen wir überall den Willen zur Größe, einen heroischen Willen, der in die ungemessene Weite und Höhe strebt. Wie er uns in den ritterlichen Epen Abgründe des Grauens und zum Himmel ragende Taten heldischen Sinnes zeigt, wie wir im Minneliede wunderbare Tiefen des Gefühls durchmessen, so steigen die gotischen Dome himmelan, und ihnen wesensgleich ergreift der politische Wille in den Kreuzzügen und in den Rom- und Ostlandsfahrten den als unbegrenzt gefühlten Erdenraum.

3

Aus dem selben Grunde ist die mittelalterliche Staatlichkeit erwachsen. Diese geistig-seelische Zuständlichkeit konnte sich nur im Königtum ausdrücken. Es gab für sie nur diese eine Lösung. Wohl wissen wir von einer urtümlichen Form der Volkshoheit, die in der Versammlung des wehrhaften Mannsvolkes ihr höchstes Organ hatte und nur für die Kriegszeiten auf einen durch Wahl erhobenen Heerkönig überging. Sie kennzeichnet den Zustand der sogenannten Volksfreiheit und ist der wichtigste Bestandteil der „alten Volksrechte“, des „alten guten Rechts“, auf das die bürgerliche Demokratie im neunzehnten Jahrhundert vielfach Bezug nahm. Aber diese Volkshoheit wich überall vor der Entfaltung des Königtums zurück. Um das Jahr 600 ist sie bei den Franken und den anderen Westgermanen verschwunden, um das Jahr 800 auch bei den Sachsen,

die sie am längsten bewahrt hatten. Es ist für das Wesen dieses Vorganges ziemlich unerheblich, in welchen Formen er sich vollzogen hat. Bei den westgermanischen Stämmen scheint sich das Königtum innerhalb einiger Menschenalter ohne wesentliche innere Kämpfe endgültig ausgebildet zu haben. Bei den Sachsen und ähnlich bei den Bayern bedurfte es langwieriger kriegerischer Bemühungen, und der endgültige Sieg des Königtums über die Volkshoheit im deutschen Norden war erst nach der blutigen Niederwerfung des Stellingaaufstandes um das Jahr 842 errungen.

Wer diesen Vorgang mit den Augen des Parteimenschen ansieht, wird dessen eigentliches Wesen nie erkennen. Er wird ihn durch den Untergang der Volkshoheit und Volksfreiheit, durch das Herabsinken großer Volksteile in zunehmende Abhängigkeit und Rechtlosigkeit gekennzeichnet finden. So hat ihn der verengte Sinn materialistischer Geschichtsbetrachtung gesehen und notwendig sehen müssen. Eine Betrachtungsweise, die Volkstum und Staatlichkeit von innen her verbunden und alles menschliche Leben von schicksalhaften Gesetzlichkeiten durchwaltet sieht, eine Betrachtungsweise, die das Schicksal auch dort bejaht, wo es hart und grausam ist, wird nicht in diesen Erscheinungen das Wesen der Zeiten suchen, sie wird nicht nach den Maßstäben greifen, mit denen materialistisch verengter Geist die „Glücklichkeit" eines Zustandes mißt, sondern sie wird auf den inneren Wert der gegebenen Leistungen sehen und wird die Leistung der ersten führenden Schichtung, die unser Volkstum hervorgebracht hat, als eine gewaltige Erhöhung des geschichtlichen Erlebnisses bewundern.

Was sich hier vollzog, war dieses: Die Spannungslosigkeit des in sich selber ruhenden Volkstums wurde durch die Herausbildung einer führenden Schichtung aufgehoben. Es gab fortan ein Oben und Unten, es gab den Unterschied zwischen Führung und Volkstum, es gab Reibung und Bewegung, Wille und Widerstand. Das große Geschehen

war angebrochen, der Formwille hatte das Volkstum ergriffen, gab Formlosen eine Form, erhöhte das Volkstum zur Nation, prägte die Staatlichkeit. Die Geschichte begann, die große Geschichte mit ihrem Aufstieg und Niedergang in Wagen und Zagen, mit ihrem Vorstürmen und Zurückfluten in Jubel und Zerknirschtheit — was heißt das anders, als daß dies millionenzählige Menschenwesen Volkstum das goldene Zeitalter seines Kindseins hinter sich hatte und in das größere Leben der Mannheit hineingewachsen war?

4

Aus der geistig-seelischen Zuständlichkeit des Adels konnte nur das Königtum als Form der Staatlichkeit erstehen. Wollte man den Aufbau der mittelalterlichen Staatlichkeit bildhaft darstellen, so würde man sich nicht gegen ihren Geist versündigen, wenn man ein Bild zeichnete, das dem der alten Dome gliche. Von aller Kunst ist die Architektur der treueste Ausdruck des Zeitwesens. Wie hier ein mächtiger Unterbau eine verwirrende Vielheit von Gliederungen trägt, wie viele dieser Gliederungen in eine turmartige Spitze enden und alle diese Türmchen überhöht werden von dem einen Turm, dessen Haupt in die Höhe der Wolken ragt: das ist innerlich gleich der Lebensordnung dieser Staatlichkeit, wo auf dem Unterbau der Grundherrschaft eine nicht weniger verwirrende Fülle von Rechts- und Lebensgenossenschaften steht, endend in eine Vielheit von Spitzen, die einander überhöhen, bis zuletzt aus allen in gewaltiger Überhöhung der König herauswächst, mit seiner Krone dem Gotte verbunden.

Die Beweiskraft solcher strukturhaften Übereinstimmungen mag dahingestellt sein. Jeder Staat ist Ausdruck volkhaften Machtwillens. Jeder Staat hat den Beruf, Recht nach innen, Macht nach außen zu schaffen. Mit diesem Wesen des Staates ist die Notwendigkeit gegeben, eine oberste Gewalt herauszubilden, die für die Einheit des Rechtes

innerhalb der Staatsgemeinschaft bürgt, im Namen des Ganzen mit dem Draußen verhandelt, im Machtkampf über alle Kräfte der Nation verfügt und diesem Kampfe die einheitliche Führung gibt.

Die Geschichte kennt für diese oberste Gewalt auch andere Formen als das Königtum. Der Hinweis auf die aristokratische Republik im alten Rom liegt hier nahe. Wenn die deutsche Geschichte in Übereinstimmung mit der Geschichte aller anderen abendländischen Staaten zur Herausbildung des Königtums geführt hat, so muß dem eine Kraft zugrunde liegen, die in allen Volkstümern des Abendlandes vorhanden und wirksam war. Wir sehen sie in der geistig-seelischen Zuständlichkeit der führenden Schichtung des Adels gegeben, die in ihrer geschichtlich erfaßbaren Beschaffenheit so überaus stark von christlichen Vorstellungen durchdrungen ist. Für den Grad dieses Durchdrungenseins von religiösen Vorstellungen bietet uns die Gegenwart höchstens noch im Islam ein Beispiel. Wenn man weiß, daß der Islam noch heute dort, wo er sich der westlichen Zivilisation noch verschlossen hält, den ganzen Tag des Alltagslebens beherrscht, wie er den ganzen Menschen in seiner großen, kleinen und kleinsten Lebensführung bestimmt, dann mag es uns glaubhaft werden, daß auch das abendländische Leben einmal in ähnlicher Art religiös durchdrungen und beherrscht war.

5

Schon die reinen Tatsachen der Geschichte leiten uns zu dem christlichen Ursprung des deutschen und abendländischen Königtums hin. In vorchristlicher Zeit kannten die germanischen Völker das Königtum zunächst nur als die Führung im Kriege. Für den Krieg wählten sie den König, der nur Heerkönig war und der aufhörte König zu sein, wenn sich das Heer wieder auflöste. Als Nachahmung des römischen Kaisertums begann sich dann monarchische Gewalt als Dauerform zu bilden. Aber wie fremd steht diese zunächst

in ihrem Volkstum! Sie ist noch für unser Gefühl Überfremdung der volkstümlichen Lebensformen. Diese Chlodwigs stehen in der Mitte zwischen dem germanischen Heerkönigtum und den römischen Usurpatoren. Erst mit Karl dem Großen spürt man im deutschen Königtum echte Verbundenheit mit dem Grunde des Volkstums, und zunächst auch nur mit dem christianisierten Teile der germanischen Völkerwelt. In den Kämpfen der karolingischen Königsmacht mit den norddeutschen Stämmen ist der Gegensatz ganz klar: Christentum bedeutet gleichzeitig Königtum, und germanischer Kult bedeutet gleichzeitig Volkshoheit.

Erst die Durchdringung der germanischen Volkstümer mit den Inhalten der christlichen Glaubenslehre schuf die geistig-seelische Voraussetzung für das Königtum.

Das Christentum brachte den Begriff der Gnade in die Welt. Es lehrte den Glauben an die Begnadung der Kreatur, und dieser Glaube schloß die Vorstellung ein, daß es bei Gott liege, den einzelnen durch Begnadung vor aller Welt zu erhöhen, ihn mit übermenschlicher Weisheit und Gerechtigkeit, Kraft und Tapferkeit zu erfüllen, den einzelnen zum Träger göttlichen Willens zu erheben.

Der vorchristlichen germanischen Welt war diese Vorstellung fremd gewesen. Ihre Religiosität entsprach der Naturhaftigkeit ihres Lebens. Wohl hatte auch sie, wie jede junge Welt, sich und die Dinge auf magische Weise erlebt. Aber diese magische Erlebnisweise der abendländischen Volkstümer war nicht überweltlicher, sondern naturhafter Art. Der Auf- und Niedergang der Sonne, der Gestaltwandel des Mondes, der Lauf der Gestirne, der Zug der Wolken, der Wechsel von Tag und Nacht, der Wechsel der Jahreszeiten, die strömenden Wasser, das Aufbrechen, Wachsen und Blühen, die Fruchtreife und das Absterben in der Pflanzenwelt — Bewegung und Wandel ringsum und wesensgleich dem Ablauf des menschlichen Lebens —,

das war das magische Erlebnis der Welt: die Allbelebtheit aus einer übermächtigen Kraft, die in diesem Wandel wirkte, die nicht geisthaft, sondern bluthaft war. Nicht Geist, sondern Kraft, nicht Gnade, sondern Blut war das Erhabene, das Verehrungswürdige, das Heilige.

Von dieser Erlebnisweise zeugt es, wenn die Stämme und Völker der vorchristlichen Zeit ihre Führer aus den Geschlechtern wählten, die sich durch Leistungen ausgezeichnet und bewährt hatten, und bei diesen Geschlechtern verblieben, bis sie erloschen. Diese Vorstellung von der Heiligkeit des Blutes, die sich aus solcher Erlebnisweise ergab, hat an der Erblichkeit öffentlicher Ämter, das Königsamt einbegriffen, ihren Anteil, wie sie auch mit der Idee des Adels verflochten bleibt. Jedoch das erbliche Königtum in seiner geschichtlich wirklichen Gestalt kann aus dieser Vorstellungswelt nicht abgeleitet werden. Hierfür schuf erst die Christianisierung mit der Lehre von der Begnadung des Auserwählten die geistig-seelische Voraussetzung. Erst die Aufnahme der christlichen Glaubenslehre schuf den geistig-seelischen Lebensgrund, aus dem sich die monarchische Form der Staatlichkeit ergeben mußte. Erst da wurde es glaubhaft, daß ein Mensch vor allen auserwählt und begnadet und als Rüstzeug Gottes berufen sei. Jetzt wurden Gehorsam und Demut zu heilig gehaltenen Pflichten.

6

Welch gänzlich anderer Geist tritt uns im zweiten Zeitalter unserer Geschichte entgegen!

Der Begriff Zeitalter erschließt seinen Sinn erst, wenn wir wissen, was ein Zeitalter zu der Einheit macht, als die wir es empfinden. Es ist Gefahr, daß dieser Begriff verwischt oder verkleinert werde. Wir wenden ihn auf Zeitabschnitte an, denen er nicht zukommt. Es gibt kein Zeitalter der Wirtschaft, kein Zeitalter des Luftverkehrs oder der Presse. Man verwechselt leicht Episoden mit Epochen, Abgeleitetes mit dem Hauptstück. Ein Zeitalter ist Einheit

durch den geistig-seelischen Lebensgrund, aus dem es lebt, und was die Zeitalter unterscheidet und trennt, ist der innere Lebensgrund, den sie durch ihre führende Schichtung empfangen.

So ist das Mittelalter Einheit durch seine geistig-seelische Zuständlichkeit, die ihm der Adel als die führende Schichtung übermachte. Denn das ist wesentlich, daß die Idee des führenden Standes zur Idee der Zeit wird; wäre es nicht so, so wäre der Stand nicht führender Stand. Führung ist nicht bloß Handhabung der Staatsgewalt, ist nicht bloß Beherrschung der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung, Führung der politischen Geschäfte und der Wehrmacht: Führung ist die Bestimmung der inneren und äußeren Haltung des Volksganzen aus dem führenden Wesen, Führung ist die Übertragung des eigenen Wertempfindens und der eigenen Wertgesetze auf das gesamte gleichzeitige Volkstum.

Darum ist die Führung einer Schichtung auch nur so lange wirklich und voll gegeben, solange die Wertgesetze dieser Schichtung unbestritten sind. Sobald diese Wertgesetze bestritten werden, sobald sich neben der geistig-seelischen Zuständlichkeit der führenden Schichtung eine andere bildet, ist der Keim zur Lebenskrisis des Volkstums gelegt. Dann beginnen die Lebensformen fragwürdig zu werden. Es erwacht die Kritik. Die alten Wertgesetze beginnen ihre Selbstverständlichkeit zu verlieren, die kleinen rhythmischen Spannungen des Tages schießen zur großen Spannung der Zeit zusammen. Der Begriff des Neuen erhält werbende Kräfte. Eine Gegensätzlichkeit beginnt, vorerst nur als Gefühl, allmählich als Bewußtsein vom Menschen Besitz ergreifend. Neues und altes Wesen wird erkannt und grenzt sich voneinander ab. Das neue Wertempfinden wächst, die aus ihm abgeleiteten Gesetze werden formuliert, zuerst mit vorsichtiger Zurückhaltung, dann kühner und kühner. So bereitet sich die Um-

wandlung der Lebensformen vor, und diese selbst beginnt mit den Kühnheiten einzelner, die Nachfolge finden und sich vermehren, bis die neue Haltung gewonnen ist und von der Tiefe her, wo der Wandel begann, um sich und nach oben greift.

So vollzog sich die Auflösung der mittelalterlichen Lebensordnung. Wann sie begann, ist nicht festzustellen. Keine Jahresmarke ist hier zu setzen. Es ist ein allmählicher Vorgang, der lange Zeit brauchte, ehe er den Handelnden selber bewußt wurde. Die Ursache dieser Wandlung aber war das Aufkommen einer neuen Schichtung, die durch ein anderes soziales Erlebnis gegangen war, deren Geist die Welt auf andere Weise ergriffen hatte als der Geist der alten Schichtung.

7

Diese neue Schichtung war das Bürgertum. In den Städten war es entstanden als eine Erscheinung, die zuerst nur als ein Anhängsel, als eine Ergänzung der grundherrlichen Gesellschaft empfunden worden war. Man hatte sie zunächst in diese Gesellschaft hineingepreßt. Die Stadt hatte ihren Grundherrn, wie jedes Dorf, jede Ackerbreite ihren Grundherrn hatte. Aber allmählich machte sich die andere Wesensart dieser Siedlungs- und Lebensweise bemerkbar. In den Städten bildete sich eine neue Form obrigkeitlicher Ordnung, die schon den Keim des Parlamentarismus enthielt, gleichzeitig begannen die Städte aus dem grundherrlichen Verbande hinauszustreben. Der Gegensatz entzündete sich zu kämpferischen Entladungen, deren wechselvoller Ausgang hier nicht betrachtet zu werden braucht.

In den Städten war ein neuer Menschentyp entstanden, der Typus des bürgerlichen Menschen, der sich nicht nur durch seine andere Erwerbsart von der führenden Schichtung des Adels unterschied, sondern eine gänzlich andere, eine dem adligen Menschentypus entgegenlaufende Innerlichkeit mit sich herauftrug. Zunächst schien der Gegensatz nur durch

wirtschaftliche Interessen begründet zu sein. Der Handwerker und Kaufmann hier, der Grundherr dort. Lange noch bleibt die Tiefe des Gegensatzes verborgen. Lange noch bleiben die Wertgesetze der alten führenden Schichtung auch für den Menschen der neuen Schichtung maßgebend. Noch ist die Kraft des überkommenen Lebensgrundes zu stark, als daß man sich von ihm hätte lösen können. Die Haltung des adligen Menschentyps ist und bleibt noch lange Vorbild auch für den bürgerlichen Menschen. Wie der Adlige, so hielt auch der Bürger auf reine Abstammung und ehrliche Herkunft, und wie jener, so verband auch dieser den Begriff der Ehre mit dem der Wehrhaftigkeit. Die Waffe war auch dem Bürger das Symbol der Ehre. Es gab bürgerliche Turniere, wie es in den Meistersingern ein bürgerliches Gegenstück zu den adligen Minnesängern gab. So stand der bürgerliche Mensch zunächst und noch lange im Banne des adligen Vorbildes, das aus dem Wertempfinden des adligen Menschen seine Gestalt empfangen hatte.

Allmählich wird der tiefere Gegensatz gefühlt. Allmählich wird klar, daß man nicht nur durch wirtschaftliche Interessen und daraus abgeleitete politische Folgerungen getrennt ist. Das innere Anderssein des bürgerlichen Menschen beginnt sich auszuprägen. Beide Schichtungen werden sich dieses Andersseins bewußt, und beide Wesensarten beginnen miteinander zu ringen. Der Adlige spricht verächtlich von den Handwerkern und Kaufleuten, sie sind ihm Krämerseelen, kleine enge Wesen, auf Nützlichkeiten und Vorteile bedacht und ohne Sinn für den kriegerischen Heroismus. Der Bürger schilt auf die adligen Raufbolde, die den Frieden der erwerbenden Tätigkeit stören und keinen Sinn für den gesitteten Wohlstand der Städte haben. Gegensätzliches Wertempfinden und widersprechende Wertgesetze tun sich auf.

8

In diesem Kampfe empfängt das bürgerliche Wesen mehr und mehr seine Gestalt und breitet sich aus. Das Recht der Geschichte ist auf seiner Seite, die schöpferische Kraft des adligen Lebensgrundes beginnt zu schwinden. Sie ist Werk geworden. Sie steht dort in den Schöpfungen des adligen Menschen: in der Staatlichkeit und in der großen Kirche. In den Werken eines halben Jahrtausends hat sich das adlige Menschenwesen von seiner Trächtigkeit erlöst. In dieser großen, tiefen, reichen, glänzenden Welt des Mittelalters ist sie Geschichte geworden.

Man betrachte die Zeit des Überganges von alten zu neuen Lebensformen. Man betrachte den Zerfall der Kirche. Die reine Flamme der großen, bezwingenden, sichern Gläubigkeit wird matt. Kein Leuchten und Lodern mehr, nur noch ein trübes Schwelen. Statt der Offenbarungen in Gott versunkener Mystiker die Hysterie der Flagellanten, in denen eine vor sich selber unsicher gewordene Religiosität krankhaft eifernd gegen die eigenen Zweifel wütet. Die Teufelsfurcht, die jetzt die Gläubigen befällt, ist das Symbol der Unsicherheit, die aus der Auflösung des alten Lebensgrundes die Gemüter ergreift. Es ist nur die andere Seite der gleichen Erscheinung, wenn das kirchliche Leben zu einem entgeisteten Formelwesen verarmt, wenn das Klerikertum den sittlichen Halt verliert. Was hier verloren geht, ist die Kraft und Fülle des alten Lebensgrundes.

Ein neuer Lebensgrund bildet sich und beginnt die Welt zu gestalten. Eine neue Geistigkeit, Humanismus genannt, tritt hervor. Die Philosophie wird geboren und unternimmt es, die Fragen nach Sinn und Wesen des Lebens auf eine neue Art zu beantworten. Man betrachte diese Zeit und das neue Lebensgefühl, das sie durchströmt. „Es ist eine Lust zu leben!" ruft Ulrich v. Hutten, ganz diesem neuen Gefühl hingegeben.

Die neue Innerlichkeit schafft sich Ausdruck in einer neuen

Lebensgestaltung. Der Schwerpunkt des geistigen Lebens verlegt sich aus den Klöstern in die entstehenden Universitäten. Die Religion wird eine Sache logischen Denkens. Der Mönch wird zum Magister. Ein neues Raumgefühl ist erwacht, es wendet sich ab von dem Baugeist der Gotik und schafft die Renaissance, deren Formelemente die gleiche Heimat haben, wie die Elemente des humanistischen Geistes. Ein neues Verhältnis zur Zahl wird gewonnen und führt zur Aufnahme der antiken Mathematik. Es ist ein völlig gegensätzliches Wertempfinden, das diesen Übergang erfüllt und schließlich die Herrschaft über die Zeit gewinnt. Es sind die Wertgesetze der neuen Schichtung, die hier das Leben ergreifen und umbilden. Der vornehmste Typus dieser Schichtung, der Kaufmann, steigt im Ansehen zum Range eines Fürsten auf.

Bedeutsam sind die Wandlungen, die sich im Wesen der Staatlichkeit anbahnen. Schon in der grundholden Stadt kündigt sich das andere Wesen der neuen Schichtung an. Ob Patrizier oder Zünfte das Regiment führen, immer ist das Wesen stadtbürgerlicher Verfassung die Ablehnung der Gewalt einer Einzelpersönlichkeit und die Hervorkehrung genossenschaftlich verwalteter Macht. Im Patriziat schimmert noch die alte Blutlinie hindurch, in ihm spricht sich noch eine Zeit aus, wo das Blut als Gemeinschaft empfunden wurde und tatsächlich zur Gemeinschaft verband. Aber vorhanden ist bereits die Grundform, in der sich bürgerliches Wesen allein Staatlichkeit vorzustellen vermag, vorhanden ist bereits die Genoßsame, das Kollegium, die Mehrzahl und damit die Zahl überhaupt — der Keim der parlamentarisch bestimmten Staatlichkeit.

Die Stadt löste den alten Staat auf. Hier wuchs ein gänzlich neues Prinzip der politischen Führung heran. Mehr als einmal hat die Geschichte des alten Reichs das Bündnis zwischen kaiserlicher Gewalt und Städten als Ausweg aus

drückenden Nöten nahegelegt; zu gelegentlicher Benutzung der Städte im diplomatischen und kriegerischen Hin und Her ist es gekommen, zu einem großen Bündnis aber nicht. Es ist, als hätten die alten Kaiser das ihnen fremde und feindliche politische Prinzip in den Städten erkannt oder zumindest gefühlt. In den Glanzzeiten der Hansa ist es, als gäbe es ein zweifaches Deutschland — ein fürstlich-kaiserliches und ein bürgerliches. Das bürgerliche politische Prinzip drang alsbald auch in die deutsche Staatlichkeit ein. Der Ständestaat ist Kompromiß zwischen fürstlicher Führung und bürgerlichem Parlamentarismus.

9

In Deutschland hatte der bürgerliche Mensch sein besonderes Schicksal. Seine Lebenslinie verlief nicht in unaufhörlichem Zuge nach oben. Der rückschauende Mensch unserer Zeit sieht das bürgerliche Wesen um die Wende des fünfzehnten und sechzehnten Jahrhunderts so reich entfaltet und im Besitz der Überlegenheit, daß er schließen möchte, es habe damals unmittelbar vor dem letzten entscheidenden Durchbruch zur großen Führung gestanden. Aber es kam anders. Die raumhaften Bedingungen des deutschen Lebens erfuhren eine verhängnisvolle Veränderung. Die Welt wurde größer. Der bürgerlich bedingte, händlerische Unternehmungsgeist erschloß die offene See als Verkehrsweg. Aus der Mitte des Weltverkehrs rückte Deutschland an sein Randgebiet. Die Wirkung war eine Wirtschaftskrisis, die sich zum Verfall auswuchs. Zum ersten Male wurde Deutschlands Mittellage innerhalb seines Erdteils zum großen geschichtlichen Verhängnis. Von dieser Mitte aus hatte es den Erdteil beherrscht. Jetzt wurde es die Walstatt der Völker. Ein scheinbar sinnloses barbarisches Zwischenspiel zerstörte den Wohlstand und damit die äußeren Voraussetzungen der Entfaltung bürgerlichen Wesens. Hier zer-

schlug das am Raume haftende Schicksal ein hohes Entwicklungsgebilde und legte die Kräfte lahm, welche im Ablauf des geschichtlichen Lebens dazu bestimmt waren, die von ihrem Grunde her aufgelöste und zerfallende mittelalterliche Welt nach neuen Gesetzen zu ordnen.

Dieser schwere Bruch ihrer Lebenslinie ist das besondere Schicksal der deutschen Bürgerlichkeit. Hier beginnt das den Deutschen später eigene Gefühl der Zurückgebliebenheit und Unzulänglichkeit vor den Staatsvölkern des europäischen Westens. Der Mangel an Selbstbewußtsein und die geistige Abhängigkeit von draußen, die so unausrottbare Züge deutschen Wesens zu sein scheinen, haben ihre Ursachen in der Entwicklung, die mit dem Niederbruch der deutschen Kultur im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert begann. Zwar wurden auch die Anfänge deutschen Arbeitertums in diesem Niederbruch begraben. Doch diese waren für das große Geschehen noch unerheblich, und ihr Verschwinden war ohne Bedeutung. Die Vernichtung des Bürgertums aber war die eigentliche Katastrophe in diesen Ereignissen; was am Ende des Dreißigjährigen Krieges noch an Bürgerlichkeit vorhanden war, kam für die Wiederaufnahme der verschütteten Entwicklung vorerst gar nicht in Betracht.

Der absolute Staat war entstanden. Das war der Staat, der nicht aus dem Willen einer führenden Schichtung lebte, der seine Formen nicht aus einem volkhaften Lebensgrunde empfangen hatte. Dieser Staat war ein Kunstgeschöpf. Er war das Werk der Verlegenheit, das einen Leerraum auszufüllen hatte. Der vom adligen Menschen gegebene Lebensgrund, aus dem die mittelalterliche Staatlichkeit gewachsen war, hatte sich in diesen Werken erschöpft. Die adligen Geschlechter waren, wenn auch vermindert, noch vorhanden. Aber nicht mehr vorhanden war der geistig-seelische Lebens-

grund des adligen Menschen, nicht mehr vorhanden war, wenn man es so ausdrücken darf, die Idee des Adels. Der Adel war nicht mehr die geistige Führung der Nation. Das Bürgertum hatte sein Erbe antreten, hatte den Adel in der Führung der Nation ablösen sollen. Da war die Katastrophe hereingebrochen und hatte dieses Bürgertum vernichtet.

Jetzt fehlte die breite volkhafte Schichtung, deren Formwillen das neue Wesen der Staatlichkeit hätte bestimmen können. Die Nation war ohne Führung. Diesen Leerraum der Geschichte füllten die Teilgewalten aus. Wir sprechen heute verächtlich von der Kleinstaaterei und anklagend von dem Eigennutz der Dynastien. Im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert aber war die Kleinstaaterei, war der dynastisch geformte Teilstaat die einzige Form, in welcher deutsche Staatlichkeit überhaupt möglich war, weil aus der Tiefe des volkhaften Lebens kein großer gestaltender Wille aufstieg und auch nicht aufsteigen konnte.

10

Im absoluten Staat verkörperte sich noch einmal die Führung der Einzelpersönlichkeit. Aber diese Führung hatte nicht mehr den metaphysischen Grund, den die mittelalterliche Führung gehabt hatte. Sie beruhte nicht mehr auf der Vorstellung göttlicher Begnadung und Berufung, sondern auf der Staatsräson. Die Vernunft forderte den Staat, und die Vernunft rechtfertigte den Zwang, durch welchen die Führung sich behauptete. Zwar wurde gerade jetzt die Berufung auf Gottes Gnade fürstlicher Brauch, aber darin drückte sich weniger ein echter Glaube, als das Bewußtsein aus, daß dieser Staat nicht in der Tiefe volkhaften Lebensgefühls wurzelte. Dazu ist es auch nie gekommen, immer ist der absolute Staat ein Zwang geblieben, der höchstens durch die Gewohnheit gemildert wurde.

Man darf, wenn vom absoluten Staat die Rede ist, nicht

nur an das friderizianische Preußen denken. Preußen-Brandenburg hat, da ihm, als einem Koloniallande, die Einheit des Volkstums fehlte, nur einen bedingten Anteil an dieser Entwicklung, und insbesondere sein Stadtbürgertum hat vor dem Niederbruch der deutschen Kultur nicht die Rolle gespielt, wie sonst das Bürgertum im Reich. Dieser Staat ist, indem er durch seine Herrscher von einer Grenzmark zur Großmacht erhoben wurde, Träger einer deutschen Sendung geworden, er hat in Friedrich dem Großen einen Führer gehabt, der mehr als ein Feldherr und ein Staatsmann, der ein Führer der Zeit war und dessen Persönlichkeitsruhm von uns als Volkstümlichkeit des Staates gedeutet zu werden pflegt. In Friedrich dem Großen hat der absolute Staat einen nur einmal eingetretenen Grenzfall erreicht. Aber selbst Friedrichs Genius konnte nicht die Leere füllen, die alle deutsche Staatlichkeit dieser Zeit nur unter sich hatte, auch Brandenburg-Preußen beruhte, außer auf der Persönlichkeit des Herrschers, nur auf dem Zwange. Wenn Friedrichs Wort: er sei es müde, über Sklaven zu herrschen, wahr ist, so geht daraus hervor, daß er selber diese Leere gefühlt hat.

Nur die Äußerlichkeiten des absoluten Staates trugen noch das Gepräge adligen Lebensgefühls. Im Zeremoniell, in der Hierarchie des Heeres und der Beamtenschaft war noch die Linie adligen Wesens erkennbar. Die Ziele und Aufgaben der Politik aber waren aus bürgerlichen Wertgesetzen abgeleitet. Das ist der Zwiespalt dieser Zeit. Der Merkantilismus ist ein bürgerliches Wirtschaftsprinzip. Er ist der Wille zur Kapitalbildung. Für dieses Ziel opferten die Fürsten ihre Soldaten, für dieses Ziel starb der Adel auf den Schlachtfeldern. Aber der Bürger, für dessen Gedeihen diese Opfer fielen, war eine untergeordnete Kreatur. *Der absolute Staat ist gleichsam die Schutzmauer, hinter der die Bürgerlichkeit aufs neue wächst und erstarkt.*

11

Da hier vom Schicksal des deutschen bürgerlichen Wesens die Rede ist und weiter die Rede sein wird, so sei die Lage des Bürgers im absoluten Staat von einigen Seiten betrachtet. Sie läßt sich durch das Wort Bevormundung ziemlich erschöpfend kennzeichnen. Wirtschaftliche Freiheit hatte zwar auch der alte Stadtbürger nicht besessen. Der Handwerker und der Kaufmann der mittelalterlichen Stadt hatte sich der Ordnung der Zünfte und Gilden fügen müssen. Aber weder die einen noch die andern waren eine fremde Macht gewesen. In beiden hatte der Stadtbürger selber die Ordnung gesetzt. Mochte das Gebot der Zunft den einzelnen bedrückt haben, für die Gesamtheit war es nicht Druck, sondern Ausdruck ihres Willens gewesen. Man kann Zünfte und Gilden als Fortbildungen der uralten Markgenoßsame auffassen, obwohl sie es wahrscheinlich nicht waren. Aber hier wie dort setzte eine Genossenschaft ein Recht, dem sich jeder Genosse zu fügen hatte. Es war die Selbstverwaltung durch öffentlich-rechtliche Körperschaften.

Im absoluten Staat war kein Raum für solche Selbstverwaltung. Die Zünfte wurden unter obrigkeitliche Vormundschaft gestellt und zu Hilfsorganen der Obrigkeit herabgedrückt. Nicht sie, sondern die fürstliche Staatsgewalt setzte die Ordnung. Die fürstliche Kammer setzte Löhne und Verkaufspreise fest, sie bestimmte, wieviel Gesellen und Lehrlinge gehalten werden durften, sie bestimmte die Feiertage und die Dauer der täglichen Arbeit. Auch die Marktpolizei ging den Zünften verloren, wie denn der Bürger in all diesen Dingen eine Obrigkeit erhielt und es sich abgewöhnen mußte, selber in den Angelegenheiten seines Erwerbes zu entscheiden, vielmehr in eine überall fühlbare Abhängigkeit geriet und zur Dienstbarkeit angehalten wurde. Nehmen wir dazu noch den Untergang der Stadtfreiheit, der den Bürgern zwar die Lasten ließ, aber ihnen die Macht nahm, so begreifen wir den Vorgang der Domestikation, der sich

hier vollzog. War der Stadtbürger des fünfzehnten Jahrhunderts ein selbstbewußter freier Mann gewesen, so war der Bürger des siebzehnten Jahrhunderts ein unterwürfiger dienstbarer Untertan.

Selbstverständlich verengte sich dabei auch der Gesichtskreis. Ein kleines, engumzirkeltes Leben war es, das dieser Bürger führte. Was war der Bürgermeister einer freien Stadt einst für ein Mann gewesen! Nürnberger Ratsherren hatten mit Fürsten um den Vortritt streiten können. Ein Lübecker Bürgermeister hatte dem König von Dänemark den Krieg erklärt. Diese Leute hatten den Erdteil von Paris bis Nowgorod im Kopfe gehabt. Die Künste hatten ihnen gedient. Die Wissenschaft hatte in ihren Vorzimmern gesessen. Der Bürger des siebzehnten Jahrhunderts dachte von Braunschweig bis Schöppenstedt. Geistiges Leben war spärlich geworden im deutschen Bürgertum; wo es sich noch regte, da flüchtete es ins Reich weltabgewandter Mystik oder stieß auf verständnislose Ablehnung der Genossen. Hier entwickelten sich das deutsche Pfahlbürgertum und die deutsche Humilität.

Durch den Niederbruch der deutschen Kultur ging mehr verloren als einige Jahrhunderte. Während die deutsche Bürgerlichkeit sich im Schutze des absoluten Staates langsam wenigstens die äußeren Bedingungen ihres Daseins wieder erarbeitete, war das englische Bürgertum zum Kampfe um die Führung der Nation aufgestanden und hatte sich seinen Anteil an der Staatsgewalt gesichert. Von England wirkten Geist und Beispiel hinüber nach Frankreich, wo seit Heinrich IV. die Politik bewußt auf die Entfaltung des Bürgertums zielte. In diesen zwei großen Staatsvölkern des Westens erfuhr der bürgerliche Geist seine volkhafte Ausprägung. Wir wollen nicht den Unterschied leugnen oder auch nur verkleinern, der zwischen der Geistigkeit beider Länder besteht. Aber dieser Unterschied berührt uns hier nicht. Für die deutsche bürgerliche Geistigkeit wurde es bedeutsam, daß sich in England und Frankreich bürgerlich

bestimmtes Leben stark und reich entfaltete, während sich in Deutschland kaum das erste neue Wachstum unter den Trümmern des Kulturniederbruchs regte, und daß in beiden Ländern bürgerlicher Geist die nationale Führung ergriff, während das deutsche Bürgertum noch tief in der Untertänigkeit befangen war.

Das Verhältnis zwischen deutschem und weststaatlichem Wesen hatte sich zu ungunsten Deutschlands gewandelt. Die Kulturüberlegenheit, die Deutschland, wenn man von den Kolonialgebieten östlich der Elbe absieht, im Mittelalter behauptet hatte, war jetzt auf die Weststaaten übergegangen. Gleichzeitig hatten die Fortschritte des Verkehrswesens, so bescheiden sie, mit unseren Maßstäben gemessen, auch waren, die Beziehungen zwischen den Völkern vermehrt, der Austausch der geistigen Güter von Volk zu Volk, der zwar niemals gänzlich gefehlt hatte, begann sich nun in einem größeren Rahmen zu vollziehen. Bei diesem Austausch war Deutschland weit mehr der nehmende als der gebende Teil. Während ein Einfluß deutschen Geisteswesens auf die Staatsvölker des Westens kaum spürbar ist, wird umgekehrt Deutschland vom geistigen Leben der Weststaaten in wachsendem Maße beeinflußt. Zwar ging dieser Einfluß nicht so weit, daß es zu einer völligen Lähmung des deutschen Wachstums und zu einer völligen Überfremdung deutschen Bildungswesens gekommen wäre. Selbst in der Zeit der ärgsten Dunkelheit leuchtet es hier und dort. Aber es entwickelt sich doch das Gefühl der eigenen Unzulänglichkeit und Zurückgebliebenheit, und es entsteht aus diesem Gefühl die Bereitschaft, fremdes, weststaatliches Geisteswesen aufzunehmen, und eine entschiedene Neigung, das fremde Gedankengut höher zu schätzen als das volkseigene.

12

Um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts beginnt sich ein stärkeres deutsches Eigenleben zu regen und zu entfalten.

Sein Verlauf braucht hier nicht im einzelnen verfolgt zu werden. In den Wissenschaften, in der Dichtung, in der Musik, in der Architektur und in den darstellenden Künsten offenbart sich der neuerwachte Ausdruckswille des bürgerlichen Menschen, der in langsamer Ermannung die Betäubung, die seinem Niederbruch folgte, überwindet und aufs neue den Aufstieg zur nationalen Führung beginnt. Aber als politisches Wesen lebt der neuerwachte deutsche Bürger nicht aus eigenem Safte.

Der absolute Staat kehrte jetzt die Mängel hervor, die jeder Staatlichkeit anhaften, die nicht von unten gewachsen, sondern von oben konstruiert ist. Der Konstrukteur, der konstruierte, weil die Wachstumskräfte fehlten, glaubt auch später nicht an diese Kräfte, wenn sie unter dem Schutze seiner Konstruktion entstanden sind. Das Fürstentum, das aus seinem Willen über einer kraft- und willenslosen Bevölkerung seinen Staat aufbaute, das aus dem Gefühl seiner tatsächlichen Überlegenheit lebte, verschließt sich gegen die natürlichen Ergebnisse seiner Leistung. Jetzt hatte sich unter dem Schutze des absoluten Staates die Volkstumsschichtung gebildet, welche die tragenden und gestaltenden Kräfte eines Staatsvolkes besaß. Jetzt war die Notzeit zu Ende, zu deren Ausfüllung die absolute Fürstengewalt berufen war. Wann jemals hätte eine Macht, die noch Macht war, in ihre Abdankung eingewilligt?

Von diesem Augenblick an, wo die geschichtlichen Voraussetzungen einer Führung fortfallen, verliert die Führung ihr sittliches Recht und schlägt um in reine Herrschaft. Von dieser Zeit an wird sie von unten her in Frage gestellt. Ihr Dasein hört auf, als selbstverständlich angesehen und hingenommen zu werden. Es wird mehr und mehr als fragwürdig empfunden. Es rückt in den Kreis der Erörterung. Es wird Gegenstand der Untersuchung und der Kritik. Der politische Geist erwacht und beginnt die Formen und Lebensäußerungen der Staatlichkeit zu beanstanden. Die zunächst von Fall zu

Fall geübte Kritik dringt allmählich tiefer und ergreift das allgemeine Wesen der gegebenen Staatlichkeit, sie begnügt sich nicht mehr mit der Forderung, diese und jene Mißstände zu beseitigen, sondern erhebt sich zum grundsätzlichen Widerspruch. Damit beginnt die Staatskrisis, die große Krisis des Staates, deren Grund dieses Aufkommen einer neuen Schichtung ist, die nach einer neuen Formung der Staatlichkeit drängt. Es ist der Wille dieser neuen Schichtung, das gesamte Leben nach ihren Wertgesetzen zu bestimmen und zu formen, ein Ausdruckswille, der notwendig alle Erscheinungen ergreifen muß.

Es ist ein Kampf um das Wesen der Zeit. An seinem Ende steht dieser Kampf um die Staatlichkeit. Hier ist der neuen Schichtung die schwerste Aufgabe gesetzt. Erst wenn ihr Ausdruckswille den Staat ergriffen hat, ist ihr Sieg vollständig. Auch dieser Kampf ist zunächst ein Kampf mit geistigen Waffen. Er beginnt mit der Kritik der gegebenen Staatlichkeit und schreitet vorwärts zu neuen Formulierungen des Staatszweckes und zur Ausbildung einer Staatstheorie. Die neue Schichtung fühlt sich als das Volk. Sie spricht im Namen des Volkes. Das Volk, das die Wertgesetze und den Geist der neuen Schichtung angenommen hat, dessen tägliches Leben in Fühlen und Denken, in Tun und Lassen von diesem Geiste bestimmt wird, sieht in den Wortführern der neuen Schichtung seine eigenen Wortführer. Der Kampf um das neue Wesen des Staates ist ein Kampf zwischen Führung und Volk. Die Losungen der neuen Schichtung werden die Losungen der Zeit.

Um die alte Führung aber wird es einsam. Sie wird dem Volke fremd. Zwei Welten leben da nebeneinander, von denen keine die andere mehr versteht. Die Kämpfer gegen die alte Führung wissen: „Mit uns zieht die neue Zeit!" Die alte Führung hält ihre Macht fest. Sie ahnt das Ende ihrer Tage. Sie fühlt, daß ihrer Herrschaft der sittliche Grund fehlt, sie fühlt die Fremdheit und Feindseligkeit, die zwischen

ihr und dem Volke als Spannung besteht. Aber sie blickt auf ihre Zwangsmittel und mißt sie an der Macht der revolutionären Bewegung. Das ist jenes alte Abwägen der Kräfte zwischen Gewalt und Idee.

Nicht immer ist die größere Macht bei der Idee. Aber sie ist es dann, wenn die Idee der Ausdruckswille einer neuen Schichtung ist, der sich im volkhaften Leben der Zeit bereits durchgesetzt hat. Dann wird es immer einsamer um die alte Führung. Immer deutlicher und stärker wird sie als Widerspruch der Zeit empfunden. Das volkhafte Leben zieht seine Bahn, zieht an der Führung vorüber, die diesen Zug nicht hemmen kann, das ganze Wesen der Zeit wächst über die Führung hinaus, und diese muß es geschehen lassen. Sie verliert ihre Sicherheit, sie verliert ihren Instinkt, aus dem sie einst ihre Haltung gewann, und Instinktlosigkeit und Unsicherheit lassen sie in Fehler verfallen, die ihre Lage immer schwieriger machen und zugleich das Selbstvertrauen und den Mut ihrer Gegner steigern, bis dann die Zeit erfüllt ist, wo einer jener Zufälle, die nicht Zufälle sind, den Sieg der neuen Schichtung herbeiführt.

13

Es gehört zu den verhängnisvollsten Wirkungen des deutschen Kulturzusammenbruchs, daß der deutschbürgerliche Geist nach seiner Wiedererhebung im achtzehnten Jahrhundert nicht die Kraft fand, sein eigenes politisches Wesen auszubilden, sondern dem Einflusse der großen Staatsvölker des Westens unterlag. Es ist ein seltsames und in seinen Folgen tieftrauriges Phänomen, daß es dem deutschen Bürgertum an dieser Kraft gebrach. Es ist umso seltsamer, als die deutsche Dichtkunst und die deutsche Philosophie sich den zunächst gleichfalls drückenden Einflüssen volksfremden Wesens entrangen und aus eigener Kraft zur Ebenbürtigkeit mit den Engländern und Franzosen emporwuchsen. Wenn die damalige Welt die Deutschen das Volk der Dichter und Denker nannte (es war der

Engländer Bulwer, der dieses Wort prägte, als er seinen Roman Maltravers „dem großen deutschen Volke, eine Nation von Denkern und Dichtern" widmete), so war für die Zeitgenossen in dieser ehrenvollen Benennung zugleich der Mangel an politischer Begabung ausgedrückt. Man hat solchen Mangel oft als einen Vorzug ausgegeben. In Wahrheit liegt in ihm unser heutiges Unglück begründet, denn dieser Mangel hat es verschuldet, daß der deutschbürgerliche Geist seine größte und entscheidende Aufgabe nicht aus eigener Kraft zu lösen vermochte.

Man dringt nicht bis zu den wirklichen Gründen vor, wenn man diesen Mangel an politischer Form auf die Verengung des Gesichtskreises durch Kleinstaaterei und fürstlichen Absolutismus zurückführt. Der deutsche Bürger des fünfzehnten Jahrhunderts hatte ganz gewiß politischen Weitblick, er meisterte in den Städtebünden politische Aufgaben, an die der englische und französische Bürger jener Zeit nicht heranreichte, er war zu großzügiger politischer Planung und Handlung fähig, obwohl seine heimatliche Welt die enge mittelalterliche Stadt war. Unter den alten deutschen Bürgermeistern gab es großzügige Politiker, wobei man keineswegs nur an den Lübecker Jürgen Wullenweber zu denken braucht. Was den deutschen Bürger zurückwarf, war jene gewaltsame Verschüttung seiner Lebenslinie im großen Kulturniederbruch, war die Zertrümmerung seines dinglichen Lebensgrundes und seine erst dadurch möglich gewordene Domestikation unter dem fürstlichen Absolutismus.

Die Richtung, in welcher bürgerliches Wesen seinen staatspolitischen Ausdruck zu suchen hatte, war durch den geistig-seelischen Lebensgrund des bürgerlichen Menschen bestimmt. Die Art dieses Lebensgrundes war dem des adligen Menschen nicht zufällig, sondern naturgemäß entgegengesetzt. Immer wird eine junge Schichtung der Gegensatz der älteren Schichtung sein. Denn dieser Gegensatz bildet die erste Lebenserfahrung jeder jungen Schichtung, in diesem Gegen-

satze erlebt sie zuerst die Welt, und er bleibt weiterhin der stärkste aller auf sie einwirkenden Reize. Es ist oben davon gesprochen worden, wie die junge Schichtung zuerst die Lebensformen der älteren, herrschenden Schichtung übernimmt und in sie hineinwächst. Aber diese Annahme fremder Lebensformen gilt nicht für die Dauer, sondern nur für jene erste Zeit, wo eine gleichsam kindhafte Schwäche der jungen Schichtung besteht. Das Kind gefällt sich darin, es dem Alter gleichzutun, der Jüngling beginnt seine Jugendlichkeit zu betonen und sein Anderssein im Verhältnis zum Alter hervorzukehren. Dieser Übergang zur Hervorkehrung des Gegensatzes vollzieht sich noch unbewußt, aber einmal tritt der Gegensatz doch in das Licht des Bewußtseins, und von nun an ist es dieser Gegensatz, der den Ausdruckswillen der jungen Schichtung bestimmt.

Es gibt kein Gebiet menschlicher Lebensgestaltung, das nicht von dem gegensätzlichen Ausdruckswillen der neuen Schichtung ergriffen würde. Er ist eine gegensätzliche *Gesamthaltung*, aus der die neue Schichtung lebt und die ringsum ein neues Schauen, Deuten und Formen der Welt ergibt. In der Gesamthaltung der adligen und der bürgerlichen Schichtung stehen sich *Jenseitigkeit* und *Diesseitigkeit*, *Heroismus* und *Opportunismus* gegenüber. Diese Begriffe, welche hier die Bedeutung *zentraler Grundsätze* haben, sollten sich von unabsehbarer schöpferischer Wirkungskraft erweisen. Es war das Diesseitige im Wesensgrunde des bürgerlichen Menschen, das der Religion durch Reformation und Gegenreformation eine neue Gestalt gab und damit erst die *inneren Voraussetzungen für die Entfaltung wissenschaftlichen Denkens* schuf. Was das bedeutet, zeigt uns die Überlegung, daß die Wissenschaft die Mutter der Technik ist, und daß erst die Technik die Wirtschaft der bürgerlichen Zivilisation möglich machte. Ergreifen wir noch den Umstand, daß aus der neuen Wirtschaft der soziale

Charakter der Zeit gebildet wurde, so fühlen wir die zent
Bedeutung der Diesseitigkeit, die der bürgerliche Mensch
Gegensatz des jenseitig gerichteten adligen Menschen in
Leben hineintrug. Aus dem gleichen Wesensgrunde er
sich das am dinglichen Nutzen haftende We
empfinden des bürgerlichen Menschen, das die W
gesetze und die Lebenshaltung der Zivilisation formte. I
der Diesseitigkeit ist ein Opportunismus verbunden, der ni
als Grundsatzlosigkeit aufzufassen ist und nie als Grunds
losigkeit gewirkt hat, sondern selber einen Grundsatz darste
Er gab dem bürgerlichen Ausdruckswillen jene bewunder
würdige Vielseitigkeit und Anpassungsfähi
keit, auf der die bürgerliche Überlegenheit im Kampfe r
den Widerständen beruht.

Diese Grundsätze haben auch den staatspolitischen Ge
des bürgerlichen Menschen bestimmt. Indem sich der bürg
liche Mensch von den jenseitig gebundenen Vorstellungen d
alten Schichtung löste, konnte er unmöglich noch die göttlic
Berufung und das daraus abgeleitete göttliche Recht d
Fürsten anerkennen. Es lag im Wesen des bürgerlichen Geiste
Staat und Staatsführung als Ergebnisse einer diesseiti
menschlich bestimmten Entwicklung anzusehen und sie a
mystisch verschwommener Ferne unter das Licht menschlich
Vernunft zu stellen. Vor der menschlichen Vernunft, die ei
Geschöpf bürgerlichen Diesseitsgeistes ist, konnte die Führun
des Staates durch eine Einzelpersönlichkeit, die vor keine
Menschen, sondern nur vor Gott verantwortlich sein wollt
nicht bestehen. Eine solche Führung war gegen die Vernunf
sie war deren Verneinung und Herausforderung. Doch de
bürgerliche Mensch lebt nicht nur aus dem Geiste der Dies
seitigkeit, er lebt zugleich aus der Haltung der Opportunität
Diese Haltung machte es ihm möglich, auf die gänzlich
Beseitigung der fürstlichen Führung zu verzichten, falls si
zu schwierig, zu gefährlich oder aus sonst einem Grunde nich
opportun war, und eine Zwischenlösung anzunehmen. Dami

wurde er nicht seinem Wesen untreu und verleugnete sich nicht, sondern drückte auch in solcher Haltung sein wahres Wesen aus. Aus diesen Voraussetzungen entwickelte sich die bürgerliche Staatslehre der westeuropäischen Nationen.

14

In Deutschland hat sich das Bürgertum zu keiner eigenen Staatslehre durchringen können. So wenig es ihm gelang, seiner Religiosität einen einheitlichen Ausdruck zu geben, sondern im Schisma stecken blieb, so wenig fand es die Kraft, seinen politischen Ausdruckswillen zu geschlossener Prägung emporzutreiben. Auch in dem Scheitern der Kirchenreformation lag ein Versagen der politischen Kraft des deutschen Bürgertums. Auch hier gelang es den Staatsvölkern des Westens, die Krisis zu ihrem Heile zu überwinden und durch Blut und Eisen die Geschlossenheit des Bekenntnisses zu erzwingen. Den Deutschen fehlte die Kraft dazu.

Das gleiche Unvermögen ereignete sich bei der Aufgabe der staatspolitischen Erneuerung. Wie die Kirchenreformation in Deutschland wohl geistig, aber nicht politisch bewältigt wurde, so fand auch die Aufgabe der staatspolitischen Erneuerung wohl ihre Verkünder, aber nicht ihre Vollstrecker. Selbst ein so reiner Kämpfer wie der württembergische Staatsrechtslehrer Joh. Jak. Moser, dessen Martyrium auf dem Hohentwiel den Deutschen Kaiser und den König von Preußen in Bewegung setzte und in England und Dänemark offene Teilnahme hervorrief, konnte diese politische Schwäche nicht beheben, und seine Worte rauschten wie die Kraniche des Ibykus über das deutsche Bürgertum hinweg. Justus Möser wurde wohl seiner lebensvollen Sprache und seiner bedeutenden Gedanken wegen viel gelesen und hochgeschätzt, aber sein Wirken zerrann im stehenden Wasser der deutschen Bürgerlichkeit und trieb nichts weiter hervor als einige Blasen ästhetisierenden Geschwätzes.

So wenig man über das Aussehen eines Kindes urteilen

kann, das nicht geboren wurde, so wenig läßt sich sagen, welche Gestalt die deutsche Staatlichkeit gehabt hätte, wenn sie aus deutsch-bürgerlichem Geiste erneuert worden wäre. Man kann nur vermuten, daß sie auf die von der Geschichte dargebotenen Fundamente, auf die unter dem fürstlichen Absolutismus vielfach beseitigten Landstände zurückgegriffen, sie neu belebt und entwickelt hätte. Auf diesen Weg verwiesen die politischen Wortführer des Bürgertums. Hier war in der Tat der natürliche Ansatzpunkt gegeben, auch bot die Haltung der Fürsten Anlässe genug, den Kampf aufzunehmen. An Reibungen und Kämpfen der Stände mit der Fürstenmacht hat es nicht gefehlt, wohl aber mangelte dem Bürgertum die Kraft, diesen Kämpfen Großzügigkeit und Tiefe zu geben und sie einer nationalen Entscheidung zuzutreiben. Die Nachwirkungen der Domestikation des deutschen Bürgers lähmten Mut und Selbstvertrauen. Gewiß reichte sein Mut zu einer gelehrten Bestreitung des Fürstenrechts und auch zum Räsonnement, aber er reichte nicht zur kühnen Tat, die mit herrischer Rücksichtslosigkeit die Führung an sich gerissen hätte, um auf den geschichtlichen Fundamenten das Inbild des bürgerlich bestimmten Nationalstaats zu verwirklichen, wie es die Staatsvölker des Westens getan hatten.

15

Aus solcher Ohnmacht ergab sich eine Aufgeschlossenheit für das politische Wesen des Westens. Es ergab sich daraus eine Anlehnung des deutschen politischen Denkens an das fremde Vorbild. Eine besondere Anziehungskraft eignete den Vorgängen in Frankreich, an dessen geistigem Leben die deutsche Bildungsoberschicht schon lange regen Anteil nahm. Die kraftvolle Rücksichtslosigkeit der Französischen Revolution fand umso mehr die Bewunderung der deutschen Schwäche, als sie sich in eine antikisierende Geistigkeit und Rhetorik kleidete, die auf die humanistische deutsche Bildung einen wirkungsvollen Zauber ausüben mußte.

Aus dieser breiten Strömung der Sympathie mit den fremden Vorbildern entwickelten sich extremistische Richtungen, die sich bis zur Verneinung und Verachtung ihrer Deutschheit verloren und hierdurch jenen unheilvollen Zwiespalt zwischen den staatspolitischen Forderungen der Zeit und dem lebendigen Nationalgeist schufen, einen Zwiespalt, der sich nicht wieder schließen sollte. Von hier an haftete an dem Gedanken der staatlichen Erneuerung der Geruch der Undeutschheit. Er war kompromittiert. Ein Gedanke, der auf die Erhöhung der Nation zielte, dessen sittliches Recht darin begründet war, daß er dem Staate einen neuen, stärkern Machtuntergrund schaffen, daß er den Staat wiederum mit den wirkenden Kräften des volkhaften Lebens verbinden sollte, dieser Gedanke hatte durch solche Verirrung gegen sich selbst gefrevelt, er hatte sich selbst verneint und hatte sich den Weg zu den Kräften versperrt, die ihn allein zur Verwirklichung emportragen konnten. Was nachher immer von der deutschen Freiheitsbewegung getan wurde, um diese Verirrung zu berichtigen, so hell und rein die Flamme des Nationalgeistes aus der Bewegung emporschlug, es blieb doch stets der Schatten dieser Verirrung, und es blieb der Zwiespalt, den sie geschaffen hatte und der dem deutschen Bürgertum die Kraft nahm, die ihm von der Geschichte gesetzte staatspolitische Aufgabe zu lösen. Der deutsche National- und Verfassungsstaat, dessen Begründung diese Periode abschließen sollte, war nicht das Werk des Bürgertums, sondern das Werk der alten Staatsführung, und man kann von ihm sagen, daß es ebensowohl mit dem Bürgertum, wie gegen das Bürgertum getan wurde. Gegen das Bürgertum: die Armee, mit der die Lösung erzwungen werden mußte, wurde gegen einen ebenso kleinlichen wie beharrlichen Widerstand des Bürgertums geschaffen. Mit dem Bürgertum: als diese Armee ihre Schlachten schlug, waren Blut und Geist des Bürgertums dabei.

Aber dieser zweiten Rolle, die dem Bürgertum bei dieser Lösung zugefallen war, entsprach auch die Art der Lösung. Der deutsche Staat blieb unter fürstlicher Führung, die „Prärogative des Monarchen" blieb bestehen. Der bürgerliche Staatsgedanke erhielt seinen Ausdruck in einer Volksvertretung, die gewiß nicht rechtlos war, die aber in ihrem eigenen Gefühl (das viel wichtiger war als ihre in der Verfassung umschriebenen Rechte) als Macht zweiten Ranges lebte, wohin die entscheidenden Tatsachen der Geschichte sie verwiesen hatten.

16

Wenn man das Innenleben der deutschen Staatlichkeit von der Reichsgründung bis zum Ende des Jahrhunderts mit der Frage im Herzen prüft, ob mit diesem Abschlusse die Staatskrisis beendet war, die der Aufstieg der bürgerlichen Schichtung herbeigeführt hatte, so fordern die Eindrücke ein Ja als Antwort. Im deutschen Bürgertum überwog die Zufriedenheit mit dem erreichten Zustande der Staatlichkeit. Was sich an Widerspruch hören ließ, war von einer hoffnungslosen politischen Krähwinkelei eingegeben, es war nicht Ausdruck einer aufsteigenden Zeitidee, sondern Nachhall der Räsonnements aus der Zeit der Domestikation. Zwar bestand im ganzen Bürgertum der Wunsch, die allgemach gewonnene wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung möge auch in den repräsentativen Erscheinungen des Staatslebens einen stärkeren Ausdruck finden, aber man sah sich auf dem besten Wege dazu und war durchaus bereit, dies der ruhigen Entwicklung zu überlassen. Die ruhige Entwicklung schätzte man, sie hatte sich seit der Begründung des Reichs als fruchtbar erwiesen, und es schien ein Frevel, sie zu stören.

Trotzdem war diese Zeit nicht ohne innere Spannungen, ja diese Spannungen stiegen und breiteten sich aus und sollten bald alle politischen Räume füllen. Aber es war nicht

das Bürgertum, von dem sie ausgingen. Eine neue Schichtung des Volkstums hatte sich gebildet und drängte empor.

Arbeitertum

1

Wie der Kulturniederbruch im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert das hochentfaltete bürgerliche Wesen verwüstete, so verschüttete er gleichzeitig die junge Lebenslinie des deutschen Arbeitertums. Der im Leben des mittelalterlichen Handwerks schon ziemlich bemerkbare Handwerksgeselle und das in den größeren Städten bereits zahlreiche Tagelöhnertum wurden mit in den Niederbruch hineingezogen und bis auf schwache Reste vernichtet. Soweit sie der Vernichtung entgingen, wurde auch ihr Eigenleben zerstört. Erst im letzten Drittel des achtzehnten Jahrhunderts wird die Lebenslinie des deutschen Arbeitertums wieder sichtbar. Der Einzug der Maschinentechnik und das Aufkommen einer neuen Betriebsform führt zu einem schnellen Anwachsen der Arbeiterzahl. Am Niederrhein, in den Tälern der Ruhr, der Wupper und der Sieg, im Fränkischen, in Thüringen, Sachsen und Schlesien entwickeln sich die Sitze einer neuen Erwerbsart. Eine auf Massenerzeugung zielende Industrie tut sich hier auf. An diesen Plätzen sammelt sich das erste Menschengut, aus dem sich die neue Schichtung bilden soll. Es sammelt sich bald zu Tausenden und Zehntausenden und entwickelt sich nach Zahl und Art zu einer neuen Erscheinung. Es sind die zweiten, dritten, vierten und fünften Söhne der Bauern und Kleinbürger, die zu der neuen Brotmöglichkeit drängen. Aus den Dörfern und Kleinstädten kommen sie in eine neue Welt. Sie lösen sich heraus aus der Verbundenheit heimatlicher Lebensführung, aus dieser Verbundenheit durch familienhafte Beziehungen, durch Ver-

wandtschaft, Nachbarschaft und Freundschaft, und gehen als Fremde in eine fremde Umgebung. Sie verlieren den Schutz der heimatlichen Gemeinschaft, verlieren den Rückhalt einer ihnen vertrauten menschlichen Umgebung und verlieren das Gefühl der Verantwortlichkeit, weil keiner um sie ist, dem sie Verantwortung schulden.

Hier vollzieht sich die Entstehung eines neuen menschlichen Typs, sie vollzieht sich in Grausamkeit und unter unmeßbaren Verlusten menschlicher Werte. In diesen Massen wird ein neues Welterlebnis geboren. Dieses Fabrikvolk erlebt die Welt auf eine neue Weise. Hinter ihm liegt die alte Welt des Dorfes und der kleinen Stadt, eine enge Welt, deren tägliche Aufgabe der Kampf mit der Armut und dem Mangel war. Aber dieser Armut fehlte der Gegensatz des aufdringlich sichtbaren Reichtums. Diese Armut war familienhaft und nachbarlich geteiltes Schicksal. Sie erniedrigte nicht und sie empörte nicht. Auch bei dieser Armut war ein Stolz möglich. Sie war ohne Spannung, sie gab nicht das Gefühl der Minderwertigkeit und gab keine Haßgefühle. Sie war ein Weltzustand, eine Bewußtseinsebene, auf der Ebbe und Flut der menschlichen Gefühle als Lust und Schmerz hin- und herschwangen. Aus dieser Geborgenheit in Armut und Enge kamen die neuen Massen. Doch kamen sie nicht als Masse, sondern als einzelne oder Gruppen, und sie trugen noch den Rhythmus der Heimat in sich und waren Kinder vor dem Leben der Welt, zu der sie gingen, um das Brot zu suchen.

2

Was sie fanden, war die Welt der frühkapitalistischen Wirtschaft. Diese Welt ist in jedem Lande, wo sie einmal Wirklichkeit wurde, eine Hölle für die Arbeiter gewesen. Die reinste Verkörperung des kapitalistischen Wirtschaftsgeistes steht nicht am Ende, sondern am Anfange der bürgerlichen Zivilisation. Nicht der Hochkapitalismus,

sondern der Frühkapitalismus drückt den Geist der dinglichen Nützlichkeit am rücksichtslosesten aus. Denn dies ist die Zeit, wo er den geringsten Widerstand findet. Die bürgerliche Freiheit hat über den staatlichen Zwang gesiegt. Die Wirtschaft ist Privatsache geworden. Die staatliche Bevormundung der Wirtschaft ist gefallen. Entlohnung und Beschäftigungsdauer regeln sich durch freien Vertrag. Kein Gesetz, keine Verordnung greift ein. Der Arbeiter steht als einzelner dem Unternehmer gegenüber. Die Verabredung der Arbeiter untereinander ist mit Strafe bedroht. Verbindungen zum Zwecke der Einflußnahme auf die Arbeitsbedingungen sind nicht erlaubt. Eine öffentliche Meinung gibt es erst in schwachen Anfängen, und diese urteilt wohl über die Kunstschätze Italiens und über die ästhetischen Werte antiker Versmaße, aber noch nicht über die sozialen Zustände des eigenen Landes. Hier und dort regt sich ein Mitgefühl, einzelne anklagende Stimmen werden laut. Aber ein soziales Gewissen vom Range einer sittlichen Macht ist noch nicht erwacht und wirkt noch nicht in das Leben hinein. Der Geist der kalten Nützlichkeit bestimmt noch allein die Zustände, unter denen die wachsenden Massen des Fabrikvolkes leben. Unmenschlich niedrige Löhne, unmenschlich lange Arbeitszeit und unmenschlich elende Wohnungen drücken das Leben der Fabrikarbeiter auf eine Stufe herab, die uns heute nicht mehr glaubhaft erscheinen würde, wenn wir nicht sichere Zeugnisse für sie hätten.

Diese Welt der frühen Fabrik war eine Welt für sich. Das öffentliche Bewußtsein hatte sie noch nicht in sich aufgenommen. Man wußte, daß es diese Welt leiblicher und seelischer Verwahrlosung gab, daß dort Menschen in Verkommenheit, in Elend und Lastern lebten, aber man wappnete sich gegen solches Wissen mit dem Gefühl, daß diese Dinge einer für sich lebenden Welt angehörten. Sie war ein Sonderfall, diese Welt schmutziger Trostlosigkeit, ein peinlicher Sonderfall in einer sonst dem Edelsten zuge-

wandten Welt, und man konnte sich mit ihrem Dasein abfinden, indem man sich von ihr fernhielt.

3

Doch war es unausbleiblich, daß in diesen atomisierten Menschenwesen die Sehnsucht nach einer neuen Gemeinschaft erwachte. Die alte Gemeinschaft des nachbarlich verbundenen Lebens auf der alten Heimatscholle, in der alten Gasse war verloren. Aber der Mensch braucht Gemeinschaft, und je grausamer die Welt der Dinge ist, umso stärker wird sein Drang zu menschlicher Verbundenheit und Wärme. Es war unausbleiblich, daß sich in diesen formlosen Massen der Wille zur Form regte. Wie in Urnebeln die Bewegungen der Atome zu einer mächtigen Bewegung des Ganzen zusammenwachsen, zu einer Bewegung, deren Ergebnis die Entstehung einer neuen Welt aus dem Chaos ist, so wuchs aus den Sehnsüchten und Widerständen dieses atomisierten Volkes eine neue Bewegung zusammen. Das Gesetz ihrer Richtung mußte sie aus dem Welterlebnis des Arbeiters empfangen.

Dieses Gesetz konnte nur der äußerste Widerspruch der bürgerlichen Zivilisation sein. Wie einst der bürgerliche Mensch aus seinem Welterlebnis seine Richtung empfangen hatte, die ihn zum äußersten Widerspruch der adlig geformten Lebensordnung bestimmte, so wurde jetzt das Welterlebnis des Arbeiters in der vollentfalteten Welt des bürgerlichen Menschen bestimmend für die Richtung, in welcher sich die Lebenslinie des Arbeitertums vorwärtsrankte.

Dieses Welterlebnis aber war die erbarmungslose Herrschaft einer dinglich begriffenen Nützlichkeit. Der Arbeiter erlebte sich als eine wertlose und rechtlose Sache. Er sah, wie der Geist dieser Welt rücksichtslos über Menschenglück und

Menschenleben hinwegschritt, wie Menschen mitleidlos andere Menschen opferten um des dinglichen Nutzens willen. In seinem einfachen Herzen lebte noch eine einfache ursprüngliche Moralität, wie sie sich unter Menschen bildet, die in behütetem Frieden nahe beieinander leben als Kind, Mann und Greis, und die aus den Worten des Heilands wie aus dem Munde der Mutter das Gesetz der Liebe empfangen. Mit dieser einfachen Moralität war er aufgewachsen, in ihr hatte er die Welt als sittliche Autorität erlebt Jetzt aber erlebte er eine andere Welt. Diese Welt der Fabrik und des frühkapitalistischen Wirtschaftsbetriebes wußte nichts von sittlich begründeten Pflichten. Sie beugte sich nur den Gesetzen, hinter denen der Zwang des Staates stand. Diese Welt war nicht sittliche Autorität, sie war ein Zwang, sie war ohne Herz, und der ihr überantwortete Mensch befand sich in der Gewalt einer entmenschten Macht.

Der Arbeiter, der sich mit diesem Welterlebnis auseinandersetzte, mußte es tun auf dem Grunde *einer tiefen Empörung*. Verachtung, Haß und Zorn mußten ihn vor dieser Welt erfüllen. Er mußte sie als unsittlich empfinden. Aber er erlebte sie zugleich als Macht, als eine ihm überlegene Kraft, die ihn zermalmte, wenn sie sich gegen ihn kehrte. Er erlebte ihren Geist als den Geist der Zeit und ihre Wertgesetze als die Wertgesetze der Welt schlechthin, auf die er überall stieß, wohin immer er sich brotsuchend wenden mochte. *Er konnte das Leben nur bestehen, wenn er sich diese Gesetze zu eigen machte.*

So empfing die Bewegung der neuen Schichtung ihre Wesensart aus zwei Impulsen Der eine war die sittlich begründete Ablehnung der Wertgesetze und der daraus abgeleiteten Lebensformen der bürgerlichen Zivilisation. Der andere entsprang der Notwendigkeit, sich unter der Herrschaft dieser Wertgesetze im Leben zu behaupten. Aus diesen Kräften ergaben sich die *zwei Lebensströme der Arbeiterbewegung*: der *revolutionäre Ge-*

danke, der die bürgerliche Welt grundsätzlich verneinte, und die kämpferische Vertretung der dinglichen Arbeiterforderungen.

4

Während der Kampf ums Brot immer eine Angelegenheit der Arbeiter selber blieb, fand sich der revolutionäre Gedanke bald mit geistigen Strömungen zusammen, die um die gleiche Zeit vom Bürgertum ausgingen. Diese Strömungen erlangten in der Folge einen solchen Einfluß auf die Arbeiterbewegung, daß sie ihr das geistige Gesicht gaben. In diesem Vorgange, der zur geistigen Überfremdung der Arbeiterbewegung führt, berühren sich die beiden Schichtungen Bürgertum und Arbeitertum auf eine eigene Weise.

Das Entstehen politisch-radikaler Strömungen im deutschen Bürgertum liegt zum Teil in der großen Enttäuschung begründet, die auf die Freiheitskriege folgte, als es, statt zu der verheißenen Staatsreform im Sinne der bürgerlichen Forderungen, zu jener „heiligen Allianz" zwischen Rußland, Österreich und Preußen und zu den Karlsbader Beschlüssen kam, deren Zweck gerade die Verhinderung der vom Bürgertum angestrebten Staatsreform war. In dieser Stimmung der Enttäuschung und Verbitterung gedieh, insbesondere in der bürgerlichen Jugend an den Universitäten, ein kämpferischer Radikalismus, der bald über sich selber hinaus trieb. Doch es war nicht nur diese aus jener Enttäuschung folgende Stimmung, die zu der Verbindung bürgerlicher Elemente mit der Arbeiterbewegung führte. Der politische Radikalismus schuf eine besondere Empfänglichkeit für den philosophischen Radikalismus, wie er von Bruno Bauer und Ludwig Feuerbach vertreten wurde, der zwar eine logische Fortführung bürgerlichen Denkens war, aber eine Fortführung über die Grenzen hinaus, welche die Werkaufgabe des bürgerlichen Menschen

seinem Denken setzte. Der Niederschlag dieser Hinneigung zum philosophischen Radikalismus war eine zersetzende Kritik aller Autoritäten der Zeit. Vor dieser Kritik wurde die Religion zu einem zweckbewußten Betrug, die Nation zu einer spekulativen Erfindung der Fürsten, und die Moral zum Feigenblatt der Gemeinheit. Vor diesem Radikalismus war nur eines wirklich: die Macht der nutzbaren Dinge. Alles andere war vor ihr Einbildung und Betrug: der dingliche Nutzen allein beherrschte das Leben, er allein war die Triebkraft der Geschichte, er allein bestimmte die Haltung, und nur er schuf Gemeinschaften und Gegensätze. Hier hatte die Diesseitigkeit bürgerlichen Denkens ihre letzten Schlüsse gezogen. Aber man begreift, wie eine solche Lebensdeutung auf den Arbeiter wirken mußte. In ihr gewann das Welterlebnis des Arbeiters Wortgestalt. So, wie die Welt hier gegeben und gedeutet wurde, so hatte der Arbeiter sie erlebt Das Bürgertum verschloß sich dieser radikalen Philosophie, so wie es sich dem politischen Radikalismus verschlossen hatte. Die Intellektuellen, die sie verkündeten, die sich zu ihr bekannten, lösten sich damit ab vom Boden ihrer Herkunft, sie wurden für den Bürger unmöglich, wurden Außenseiter, Abtrünnige und Entwurzelte, soweit ihr Radikalismus mehr als ein Gedankenspiel sein sollte, soweit sie sich dazu entschlossen, ihn zu leben.

Noch einer dritten Erscheinung muß in diesem Zusammenhange gedacht werden. Die deutsche Bildung wuchs schneller als die deutsche Wirtschaft. Die mit höherer Bildung ausgerüstete Jugend vermehrte sich rascher als die Möglichkeiten, diese höhere Bildung zu verwerten. Im Verhältnis zur Volkszahl blieben Handel und Großgewerbe in Deutschland noch lange schwach. Deutschland blieb noch lange ein armes Land, und es fehlte ihm der große Reichtum, der dieser wachsenden Schicht Intellektueller die Lebensgrundlage hätte bieten können. Wie ganz anders war Frankreich und vor allem England

gestellt! Da bot der Reichtum dem Intellektuellen viele Möglichkeiten zu einer Tätigkeit, die seinen Ansprüchen entgegenkam. Wer in England in den öffentlichen Diensten, den freien Berufen, in Großgewerbe und Handel nicht Platz fand, dem stand die Riesenleere der überseeischen Räume offen, wo er sein Glück finden konnte oder als Abenteurer unterging. Hier gab es keine unbeschäftigte, umhergestoßene, arme Intelligenz, wie sie sich in Deutschland bildete und dem Radikalismus in jeder Gestalt ein lohnendes Werbefeld bot.

Dieser Intellektuelle prägte als Literat und Agitator das geistige Gesicht der deutschen Arbeiterbewegung und machte sie zum Träger seiner Ideen, die, wie zu beachten bleibt, aus bürgerlich bedingtem Denken geboren waren. Was an politischen Forderungen und sozialen Theorien in der deutschen Arbeiterbewegung Leben gewann, war nicht aus dem Innern der jungen Schichtung entstanden, sondern es war von entwurzelter Bürgerlichkeit in sie hineingetragen worden. Für den Weg der deutschen Staatlichkeit ergeben sich daraus einige nicht belanglose Umstände

5

Je mehr die Arbeiterbewegung wuchs, umso stärker fühlte sich das Bürgertum von ihr bedroht. Aber diese Arbeiterbewegung hatte von der radikalen Intelligenz die bürgerlichen Forderungen an den Staat übernommen, freilich in ihrer radikalsten, von dem französischen Vorbild abgeleiteten Form. Aus Furcht vor der wachsenden Arbeiterbewegung wandte sich nun das Bürgertum selber gegen diese Forderungen, die aus seinem eigenen Geiste geschöpft waren. Es ist oben davon gesprochen worden, wie der Kampf des Bürgertums für den bürgerlichen Verfassungsstaat durch die Verbindung seines radikalsten Flügels mit französischer Politik und französischer Geistigkeit einen schwächenden Bruch erlitt. In dieser Furcht vor der Arbeiterbewegung tritt ein

weiterer Umstand auf, der ebenfalls den Kampf für den bürgerlichen Verfassungsstaat schwächen mußte. Aber je mehr sich das Bürgertum in diesem Kampfe zurückhielt, umso entschlossener griff ihn die Arbeiterbewegung auf, und es ergab sich die seltsame Lage, daß der Kampf um den bürgerlichen Verfassungsstaat nicht vom deutschen Bürgertum, sondern von der Arbeiterbewegung geführt wurde, wobei sie erhebliche Teile des Bürgertums als Gegner vor sich sah.

In dieser Lage wirkte noch immer jene Unterbrechung des Wachstums weiter, von der oben so ausführlich zu handeln war. Das oft gedankenlos gesprochene Wort, man müsse, um die deutschen Zustände zu begreifen, bis zum Dreißigjährigen Kriege zurückgehen, empfindet man umso eindringlicher als Wahrheit, je mehr man sich mit der Herkunft des Heute beschäftigt. Jene Unterbrechung des Aufstiegs der deutschen Bürgerlichkeit zur großen Führung durch den deutschen Niederbruch ist eine der folgenreichsten und verhängnisvollsten Tatsachen der deutschen Geschichte — sie ist, von der Gegenwart aus beurteilt, verhängnisvoller als der Untergang des Kaisertums der Hohenstaufen, und verglichen mit ihr ist selbst der deutsche Sturz in der napoleonischen Zeit eine flüchtige Episode. Von diesem Niederbruch an ist alles in Deutschland schief gewachsen.

Denn es ist schief und widersinnig, daß der Arbeiter zum Vollstrecker der bürgerlichen Forderungen wurde. Der Verfassungsstaat, ob in der Form der konstitutionellen Monarchie oder in der Form der parlamentarischen Republik, ist eine bürgerliche Staatlichkeit. Ein Äußerliches, der Besitz oder die Wählerzahl, ist hier, der bürgerlichen Denkgesetzlichkeit entsprechend, für die Beziehung zum Staat maßgebend. Ob Klassenwahlrecht oder allgemeines gleiches Wahlrecht: beides ist an einen Mengenbegriff gebunden und darum für das bürgerliche Denken grundsätzlich vernünftig — die Entscheidung zwischen ihnen trifft nicht ein Grundsatz, sondern die Opportunität.

6

Die staatspolitische Aufgabe des Arbeitertums ist, sofern man den Arbeiter nicht als den „Sonderfall des Bürgers", sondern als eine neue Volkstumsschichtung ansieht, *anderer Art*. Aus seinem Urerlebnis der Welt hat der Arbeiter die Richtung seiner Innerlichkeit empfangen. Wie sein Welterlebnis einmaliger Art war, so ist auch seine Innerlichkeit von einmaliger Beschaffenheit. Indem er aus seinem Welterlebnis die kämpferische Ablehnung der bürgerlichen Wertgesetze schöpfte, wurde es sein Beruf, Revolutionär zu sein in Beziehung auf alles, was diese Wertgesetze geformt haben. So ist er *Revolutionär auch in Beziehung zu der heutigen Staatlichkeit*.

Darin liegt das Gefühl der Gegenwart begründet, daß die Republik nicht die Lösung der Staatskrisis ist. Von der heutigen Staatskrisis kennen wir nicht einmal die Fragestellung, geschweige denn ihre Lösung. Sie ist nicht die Krisis von 1820, nicht die von 1848 oder 1863. Der Grund der heutigen Krisis der deutschen Staatlichkeit ist nicht das Bürgertum, sondern das Arbeitertum. Der „Kampf um die Staatsform", dessen Geräusch wir jeden Tag vernehmen, ist nicht der Ausdruck dieser Staatskrisis. *Dieser Kampf ist die Sache alter Menschen*. Als die Republik die Monarchie ablöste, hat sich ihr keiner in den Weg gestellt, um für die Monarchie zu sterben. Würde morgen die Monarchie imstande sein, die Republik abzulösen, so würde die Republik mit pathetischer Verwahrung das Feld räumen.

In der heutigen Staatskrisis ringen andere Mächte als diese verschiedenen Terminologien wesensgleicher Formen. Soweit sich dieser Kampf heute schon unserem Erkennen erschließt, ringt in ihm ein neues Wertempfinden um seine Geltung und seinen Ausdruck. Hier kündigt sich ein Wille an, der sich gegen den Mengenbegriff richtet und der Staatlich-

keit eine andere Grundlage geben will als die der Besitzmenge oder der Wählermenge. In dieser Staatskrisis will sich ein neues Zeitalter erheben, nämlich ein neues Wertempfinden, das seine Maße nicht auf der Ebene der dinglichen Nützlichkeiten findet, sondern aus einem tieferen Grunde heraufholen will, von dort, wo ein neues Gewissen eine neue Sittlichkeit gestaltet.

Es ist kein Zufall, daß die Deutschen zur gleichen Zeit in die Tiefe dringen, wo eine neue Volkstumsschichtung die Oberfläche in gewaltige Bewegung bringt.

Zweites Kapitel

Herkunft und Ursprung

Der republikanische Gedanke in Deutschland

1

Geht man den Wurzeln des republikanischen Gedankens in Deutschland nach, so wird man es getrost auf sich beruhen lassen dürfen, ob schon das alte Bürgertum diesen Gedanken gekannt und aufgenommen hatte. An sich wäre es nicht verwunderlich, wenn wir ihm in den Kundgebungen der Humanisten begegneten. Das geschieht jedoch nicht. Aber fehlte dem alten Deutschland der republikanische Gedanke, so besaß es in den reichsunmittelbaren Städten ein Stück republikanischer Wirklichkeit. Die Verfassung der alten deutschen Stadt trug wenigstens dort, wo das Geschlechterregiment gebrochen wurde, was bis zum Ende des vierzehnten Jahrhunderts fast allgemein geschehen war, die entscheidenden Merkmale des bürgerlichen Verfassungsstaates. Die Obergewalt des Kaisers tat diesem Zustande bürgerlicher Freiheit keinen Eintrag Aber diese Bildungen des Mittelalters wurden von dem Kulturniederbruch verschüttet. Von dem politischen Geiste des alten Bürgertums führt keine verbindende Linie zu der politischen Geistigkeit, die das deutsche Bürgertum von der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts an zu entwickeln begann. Selbst von der nicht unerheblichen politischen Literatur aus der Zeit der Reformations- und Bauernbewegung führt kein Faden hinüber zu den politischen Besinnungen, die mit Pufendorf wieder beginnen.

Doch welch gewaltige Aufgabe war jedem deutschen politischen Denken seit dem großen Niederbruch gesetzt! Der Gedanke des bürgerlichen Verfassungsstaates schloß notwendig den Gedanken des deutschen Nationalstaates in sich ein. Wer die Aufgabe der deutschen Staatlichkeit lösen wollte, mußte sich dieser ihrer Doppelnatur bewußt sein. Aber er kam auch nicht um die Erfahrung herum, daß die fürstliche

Macht sich der Lösung widersetzte. Alles politische Denken geriet an diesen kritischen Punkt, wo es erkannte, daß die Macht zur Lösung der staatspolitischen Aufgabe allein bei den Fürsten lag, und daß gerade die Fürstenmacht jeder Lösung widerstrebte, mit der sich das Bürgertum hätte zufrieden geben können. An diesem kritischen Punkte mußte sich jedes bürgerliche politische Denken entscheiden: es mußte sich entweder auf den Standpunkt zurückziehen, daß nur eine langsame Entwicklung aus dieser Lage herausführen könne, oder es mußte den revolutionären Kampf gegen die Fürstenmacht als eine geschichtliche Notwendigkeit bejahen, weil anders der Widerstand des Fürstentums nicht zu überwinden war. Die Entwicklung des politischen Geistes in Deutschland ist denn auch diesen zwei Möglichkeiten gefolgt.

2

Nur war das Gefühl der politischen Schwäche im deutschen Bürgertum viel zu ausgeprägt, als daß hier Gedanken an Revolution und Republik von selber hätten aufkeimen können. Dazu konnte es erst kommen, als das französische Bürgertum sich gegen den Staat der Bourbonen erhob. Die Völker Europas blickten staunend und bewundernd auf diesen Vorgang, und nirgend mag man ihn mit größerer Teilnahme verfolgt haben als in der geistigen Oberschicht des deutschen Westens und Südens. Hier, in der Stickluft verrottender Herrschaften, wo man nicht einmal an Keime einer neuen Staatlichkeit glauben konnte, und wo das Bürgertum den Gegensatz zwischen seinem wachsenden Selbstgefühl und der ihm im Staate zugewiesenen Rolle besonders stark empfand, mußten die Ereignisse in Frankreich wohl eine gewisse Wirkung auf die geistige Haltung der Bevölkerung ausüben.

In Norddeutschland war das weit weniger der Fall. Dort hatte sich in dem viel gescholtenen Preußen eine Staatlichkeit ausgebildet, wie man sie im Süden und Westen nicht

kannte. Aus der Schrecken erregenden Tüchtigkeit des Soldatenkönigs und dem durchgeistigten Heldentum Friedrichs II. war ein Staat hervorgegangen, den der letzte Bürger und Bauer als eine lebendige und überlegene Wirklichkeit empfand. Es war ein Staat entstanden, der nicht nur den geistlichen und weltlichen Herrschaften im deutschen Süden und Westen, sondern ebenso dem bourbonischen Frankreich unendlich an innerer Würde und Wertigkeit überlegen war. Zum ersten Male seit Luthers Zeiten war hier wieder ein Deutschtum zum Range einer großen Idee aufgestiegen. In diesem Preußen konnten die Gedanken der Französischen Revolution keine Bedeutung gewinnen. Bismarcks Wort, die Französische Revolution sei eine Erhebung für das preußische allgemeine Landrecht gewesen, drückt jedenfalls die Wahrheit aus, daß Preußens Rechtszustand dem Rechtszustande Frankreichs weit voraus war, und daß die Revolution in Frankreich vieles nachholte, was Preußen seit Jahrzehnten besaß.

War das vorrevolutionäre Frankreich, gemessen mit dem Maße des bürgerlichen Staatsideals, der rückständigste Staat des Festlandes, so war Preußen der vorgeschrittenste. Das stärkste Echo fanden die Ereignisse darum nicht in Norddeutschland, sondern im deutschen Süden und Westen, in jenem Wirrsal einiger hundert weltlicher und geistlicher Herrschaften, das seit langem Deutschlands Ohnmacht und Schande war. Darum wird es verständlich, daß Schiller die Französische Revolution begrüßte — dieses stolze Gemüt, das die Demütigungen nie verwinden konnte, die es auf der Fürstenschule der schwäbischen Despotie empfangen hatte. Auch Fichte und Kant haben sich, wie man weiß, den sogenannten Ideen der Französischen Revolution zugänglich gezeigt. Es lohnt sich indessen nicht, hiervon viel Wesens zu machen. Warum sollen wir uns scheuen, offen auszusprechen, daß Kants staatspolitische Gedanken von der geschichtlichen Wirklichkeit eine erschütternde Berichtigung erfuhren? Es wird von ihm erzählt, er habe bei der Nach-

richt von der Ausrufung der Republik in Frankreich unter Tränen erklärt, nun könne er, wie Simeon, sagen: „Herr, laß deinen Diener in Frieden fahren, nachdem ich diesen Tag des Heils gesehen!" Dieses Heil der Republik führte zum Napoleonischen Kaisertum. Kants Schrift „Zum ewigen Frieden" war angeregt durch den Frieden zu Basel, durch den schmählichsten Frieden, den Preußen jemals geschlossen hat, und der mit zwei Jahrzehnten voller Blut und Brand gesühnt werden mußte. Von Fichte bleibt festzuhalten, daß er nach dem Erlebnis des preußischen Zusammenbruchs zu einer völlig neuen Anschauung vom Staat kommt, die nicht durch die Ideen der Französischen Revolution, sondern durch den rücksichtslosen Machtwillen der französischen Politik und die Schläge der französischen Waffen bestimmt ist.

3

Ganz anders war die Wirkung der Französischen Revolution in jenem Gemengsel von Territorien im Westen und Süden, die ein Hohn auf das Staatsideal der Zeit waren, in diesen weltlichen und geistlichen Herrschaften, in denen der Bauer geschunden und der Bürger verachtet wurde, und die, alles in allem, in ihrer politischen und menschlichen Charakterlosigkeit den Verwesungsvorgang der alten Staatlichkeit und ihrer Führung sichtbar machten. Hier waren es nicht einige entbundene Geister, die das neue Wesen im Westen begrüßten, sondern es war die Masse des Landvolkes, die von diesen Ereignissen eine Erlösung erhofften, und es waren breite Schichten des städtischen Bürgertums, die sich offen oder geheim den Gedanken der Französischen Revolution zuwandten.

Von dieser Wirkung berichtet der weimarische Herzog Karl August in einem Briefe, den er im März 1793 von Laufenfelden, wo er im Kriegslager war, an Goethe schrieb: „Ich kann es nicht leugnen," schreibt der Herzog, „daß ein Aufenthalt von verschiedenen Monaten in hiesiger Gegend, wo ich mehr als tausend Menschen aller Stände gesprochen

habe, mich überzeugt hat, daß die Gefahr wirklich sehr groß, und daß es ein wahres Glück war, daß dieser tolle Krieg unternommen wurde ... Forster und Konsorten in Mainz beweisen, wie heftig jene Sympathien auf Leute ihres Gelichters wirkten ... Die jungen warmen Köpfe sind aufs erbärmlichste benebelt, den Beweis fand ich haufenweise in Frankfurt, wo doch alle jungen reichen Kaufleute und selbst viele im mittleren Alter die französischen Zerstörungen aufs eifrigste in Deutschland wünschten, bis daß sie gebrandschatzt wurden . . Es ist wirklich authentisch, daß es in unserem Vaterlande weit hinein böse war, daß ein Feuer unter der Asche glimmte und am Ende Ausbrüche zu befürchten waren."

An solchen Ausbrüchen hat es nicht gefehlt. Links und rechts des Rheines ist es zu Aufständen gekommen, bei denen nach französischem Vorbilde und als Ausdruck der Sympathie für die Revolution der Freiheitsbaum gepflanzt wurde. In Mainz hatte Georg Forster unter dem Schutze französischer Bajonette die rheinische Republik ausgerufen. Das alles konnte sich ereignen in diesen Ländern, wo rohe Willkür das Landvolk zur Rebellion trieb und wo der neue Staatswille des Bürgers von dem unsaubern und unfähigen Despotismus einer längst entarteten Führung niedergehalten wurde. Es ist die größte Schande unserer jüngeren Geschichte, daß Volk und Führung nicht imstande waren, mit den verfaulenden Trümmern einer einst sinnvollen Ordnung aufzuräumen, und daß fremde Gewalt hier tun mußte, wozu es den Deutschen an Kraft gebrach. Französischer Machtwille räumte mit diesen Trümmern auf, französischer Machtwille, der sich aus dem unfähigen deutschen Wirrsal leistungsfähige Vasallenstaaten schaffen wollte; der, um das Reich zu zerschlagen, aus dem selben Reiche die Kräfte dazu ziehen mußte, weil seine eigenen nicht genügten. Das Endergebnis dieser Hingabe an die Ideen der Französischen Revolution war nicht das in Frei-

heit erneuerte Reich, sondern der Rheinbund.

Was mit der Aufrichtung des Freiheitsbaumes begonnen hatte, endete mit der Aufrichtung der Fremdherrschaft. Halb Deutschland huldigte dem Kaiser der Franzosen als seinem Schutzherrn, im Herzen von Deutschland regierten Präfekten und Maires, und das östliche Deutschland war politisch entmündigt worden und lag in den Banden der Tributpflichtigkeit. Die französischen Ideen hatten gesiegt.

So ist das Aufkommen des republikanischen Gedankens in unserem Lande augenscheinlich und ursächlich mit unserer politischen Unkraft und mit unserer Unterwerfung unter fremden Willen und fremde Gewalt verbunden. Nicht aus dem politischen Geiste der Deutschen wurde der republikanische Gedanke geboren, er ist in Frankreich entstanden, wurde von Frankreich propagandistisch nach Deutschland hineingetragen und von deutscher Schwäche angenommen. Diese Herkunft läßt sich nicht leugnen und sie haftet der weiteren Entwicklung an. Wo immer seitdem der republikanische Gedanke in Deutschland aufgetreten ist, läßt sich diese Herkunft erkennen — immer haben seine Vertreter im Banne des französischen Vorbildes gestanden, immer haben sie in geistiger Anlehnung an Frankreich gekämpft, und immer hat Frankreichs Wohlwollen ihren Kampf begleitet. Nie ist der republikanische Gedanke in Deutschland in der Verbindung mit nationalpolitischem Machtwillen aufgetreten, wohl aber ist er immer mit der Haltung nationalpolitischer Entsagung und Schwäche verbunden gewesen.

4

Als nach der großen Enttäuschung, die den Freiheitskriegen folgte, die deutsche Jugend in politischer Empörung aufflammte, als sie vor hundertelf Jahren auf der Wartburg das schwarzrotgoldene Banner entrollte, da forderte sie nicht nur ein freies, sondern zugleich ein starkes und einiges Deutsch-

land, da forderte sie nicht die Republik, sondern aus einem echten und tiefen Gefühl für das Geschichtliche die konstitutionelle Monarchie. Der republikanische Gedanke blieb auch da den entbundenen und abirrenden Geistern vorbehalten, die mit Karl Follen und seinem engen Kreise der „Jenenser Unbedingten" beginnen und nach mannigfacher Abwandlung in den Literatoren und Dichtern enden, die in der Bewegung der vierziger Jahre den radikalsten Flügel bilden. Zwischen diesen und der dem eigenen Volkstum verbundenen deutschen Freiheitsbewegung spannt sich weit ein trennender Raum. Man braucht nur einige Namen zu nennen, um diesen Abstand deutlich zu machen. Hoffmann von Fallersleben, der fahrende Sänger der deutschen Freiheit, dichtet in der Zeit seiner Ächtung das Lied der Deutschen: Deutschland, Deutschland über alles. Gottfried Keller, der Schweizer Demokrat, ruft dem revolutionären Wien zu:

Einmal noch durch deutsche Lande
Führ' ein deutsches Kaiserbild,
Reich zu schaun im Goldgewande,
Und wir grüßen fromm und mild!
Dieser Traum wird auch verwehen
Und am alten Sternenzelt
Endlich unter die Sterne gehen,
Zu der toten Götterwelt;
Und wo flimmernd Schwan und Leier
Und das Bild des Kreuzes sprühn,
Wird dereinst im stillen Feuer
Karoli magni Krone glühn.

Hier lebt der volkhaft verbundene und von der nationalen Geschichte genährte deutsche Freiheitsgeist, es lebt hier der Wille zur neuen Staatlichkeit, der in allem Sturm und Drang die Ehrfurcht vor der Geschichte seines Volkes bewahrt. Den andern Geist sehen wir etwa in den Aufsätzen Arnold Ruges ausgeprägt, oder, noch deutlicher, bei Heinrich

Heine, der für die volkhafte Form der deutschen Freiheitsbewegung nur sein bösartiges Gespötte übrig hat — etwa in seinem Gedicht „Präludium", wo er die schwarzrotgoldenen Farben der deutschen Freiheitsbewegung als „Affensteißkouleuren" beschimpft. Im übrigen fühlen sich die deutschen Republikaner auch in dieser Zeit zu Frankreich hingezogen, und mancher von ihnen wählt Paris als seine wahre Heimat.

Was aus diesem Geiste an republikanischer Bewegung entstanden war, ging in der Deutschen Revolution von 1848 zugrunde. Die Republikaner scheiterten nicht am Widerstande der Fürstenmacht und wurden nicht das Opfer der wiedererstarkten Reaktion, sondern sie scheiterten am Widerstande der Freiheitsbewegung selbst, die nichts von ihnen wissen wollte, und sie wurden militärisch überwältigt, als die Deutsche Revolution auf der Höhe ihrer Macht stand.

Auf die Lösung der staatspolitischen Aufgabe blieb dieses Republikanertum ohne Einfluß, abgerechnet jenen nachteiligen Einfluß, der sich aus der Herabwürdigung des demokratischen Gedankens zu einem Werkzeuge französischer Machtpolitik ergab. Diese Lösung, die nicht von unten, sondern von oben erfolgte, erfüllte die beiden staatspolitischen Forderungen, in denen die deutsche Politik des neunzehnten Jahrhunderts gipfelte. Sie brachte die Reichseinheit und brachte den bürgerlichen Verfassungsstaat. Freilich entsprach die Lösung den Kräften, deren Werk sie war. Sie war in jeder Hinsicht eine preußische Lösung. Unter preußischer Führung stand das erneuerte Reich. Aus dem Wesen des preußischen Staates empfing dieses Reich seine Verfassung. In dieser preußischen Lösung und preußischen Führung vollendete sich der seit dem großen deutschen Niederbruch veränderte Entwicklungszug der deutschen Geschichte. Das alte Reich hatte seinen Schwerpunkt am Rhein und an der Donau. Dort ballten sich seine Macht und sein Reichtum. In dieser Lage war es noch an die Habs-

burger übergegangen. Dann war von beiden Elementen der Staatlichkeit die Krisis über das Reich gekommen. Die menschliche Bedingtheit veränderte sich durch den Niedergang der schöpferischen Macht des Adels und durch den Aufstieg des bürgerlichen Wesens. Das raumhaft gegebene Schicksal, haftend an der Mittellage des deutschen Siedlungsgebiets, hatte durch die Verlagerung der Weltverkehrswege ein anderes Gesicht erhalten. Des Reiches Kraftfeld an Rhein und Donau verarmte und verödete. Das Kaisertum der Habsburger wandte sich südwärts und ostwärts. Dort, in fremden Volkstümern, schuf es für sich neue Herrschaft. Das Reich hörte auf, Zweck zu sein, es wurde ein Mittel habsburgischer Hauspolitik. Aus der Verarmung und Verödung wurde Schwäche und Verfall, und der Verfall wurde zuletzt Niederbruch.

5

Die deutsche Staatengeschichte wird im wesentlichen von zwei Stammestümern getragen, von Franken und Sachsen. Nur sie sind im großen Sinne staatsschöpferisch gewesen. Die Siedlungsgebiete des fränkischen Stammes lagen im Zentrum des Niederbruchs. Die Furchtbarkeit des deutschen Schicksals, die mit der Krisis am Ausgange des Mittelalters begann, traf in allem die fränkischen Siedlungsgebiete am härtesten. Sie waren dem Einbruche des fremden Machtwillens am stärksten ausgesetzt. Die Folge war die nationalpolitische Entmannung und Entmachtung des deutschen Westens, ein Zustand völliger staatspolitischer Ohnmacht, der durch die Aufgelöstheit in einige hundert Kleinherrschaften ausgedrückt wurde.

Im brandenburgisch-preußischen Staat schufen Menschen sächsischer Herkunft die Keimzelle einer neuen deutschen Staatlichkeit. Dieser Staat erstand unter Bedingungen, für die es in der deutschen Geschichte kein ebenbürtiges Beispiel gibt. Der brandenburgisch-preußische Staat wuchs nicht aus eingesessenem Volkstum auf, sondern wurde von niedersächsischen

Rittern und Bürgern auf einem fremden Volkstum errichtet. Anders als dem habsburgischen Kaisertum im Süden und Osten gelang es den sächsischen Eroberern und Kolonisatoren, die von ihnen überwundene Altbevölkerung östlich der Elbe mit ihrer Herrschaft völlig zu verbinden. Doch dieser Ursprung der deutschen Herrschaft gab ihr unverwischbare wesenhafte Züge. Ein allezeit wacher kämpferischer Behauptungswille zeichnete diese Herrschaft aus und bestimmte ihre Haltung. Das Bürgertum der neugegründeten Städte hatte nicht den Lebensgrund einer ungebrochenen Tradition unter sich. Mochten die Handwerker und Kaufleute auch das Recht ihrer Heimaten in diese Städte verpflanzen, so konnte doch solche Übernahme rechtlicher Formeln die Eigengesetzlichkeit nicht aufheben, die sich aus der Herkunft dieser neuen Staatlichkeit ergab. Das Bürgertum des ostelbischen Kolonialgebietes brachte es nie zu jener Selbstherrlichkeit, zu der sich die altdeutschen Städte durchkämpften. Mit einem Worte: bürgerliches Wesen stand hier durchaus im Hintergrunde, die Kraft dieser Staatlichkeit lag im Landvolke, in der mühseligen Arbeit des Bauern, in der Wehrhaftigkeit eines waffenfrohen Adels.

Man muß immer dessen bewußt sein, was hier geschah: hier, auf diesem ärmsten Boden des Reichs, wuchs eine Grenzmark zur Großmacht auf. Gewiß lag diese Staatlichkeit fern von den Brennpunkten des Kampfes zwischen Habsburgern und Bourbonen, und hierin darf man ebenso eine Gunst des raumhaft bedingten Schicksals sehen wie darin, daß der polnisch-litauische Staat der Jagellonen von innen heraus zerfiel. Aber bei alledem bleibt dieses Wachstum doch ein so merkwürdiges und beispielloses Phänomen, daß es nur durch die ungewöhnliche Leistung der Führung erklärbar wird. Preußen ist, was es wurde, durch seine Führung geworden. Es gibt allerdings heute eine Betrachtungsweise, bei der selbst diese Leistung zum Vorwurf wird: gelegentlich eines Streites um die Bedeutung Fried-

richs II. grollte ein demokratischer Historiker auf, dieser Fridericus habe sein Preußen „ungefragt zur Großmacht emporgequält". Selbst wenn solche gesindehafte Betrachtung der Geschichte einmal maßgebend werden sollte, wird sie doch wenigstens die Tatbestände achten, und das wird immer noch genügen. Preußens Fürsten und Preußens Adel haben geschaffen, was Preußen inmitten des in Schlamperei und Despotie versinkenden Reichs zu einem Fremdkörper machte: die preußische Staatsgesinnung und den preußischen Lebensstil. Kampf, Entbehrung und Gehorsam wurden der Inhalt preußischen Wesens. Armut und Heroismus wurden der Inbegriff des Preußentums. Als hätte sich alle Kraft und Männlichkeit, alle Unbedingtheit und Strenge, die überhaupt im deutschen Volke vorhanden und möglich war, in Preußen gesammelt, so nahm sich Preußen zur Zeit Friedrichs II. neben dem buntscheckigen Reiche aus. Was dann auch das neunzehnte Jahrhundert an diesem Staate änderte — die preußische Tradition hatte es doch nicht austilgen können. Diese Tradition, nicht als schwächliches Umsinnen der Vergangenheit, sondern als ein in jede Handlung einfließendes Gefühl für die Pflichten, welche die Vergangenheit der Gegenwart setzt, verband Staatlichkeit und Königsmacht unlösbar miteinander. Das Königtum war in dieser Tradition mehr als ein Zierat, es war der Inbegriff des staatsschöpferischen Willens, die höchste Verdichtung des Staatsgedankens, der allein echte Ausdruck des Staatsgefühls.

Es war selbstverständlich, daß das Reich in vielfacher Hinsicht ein vergrößertes Preußen wurde, und daß auch im Verfassungsstaate das Kaiser- und Königtum die erste Macht blieb.

Wer aber dachte, als diese Lösung gelungen war, noch an die Republik?

Als die deutschen Heere aus Frankreich zurückkehrten und das neue Kaisertum mitbrachten, da schien die monarchische Form der deutschen Staatlichkeit für unabsehbare Zeiten

festzustehen. Doch es schien nur so. Die alte Problematik war durch die preußische Lösung überwunden, diese alte Problematik, die der bürgerliche Mensch in die deutsche Staatlichkeit hineingetragen hatte. Von unten her drang eine neue Problematik in das deutsche Leben ein, nur war ihr Sinn noch umstritten, und was sie für den Staat bedeutete, entzog sich noch lange der Erkenntnis. Der weitere Verlauf der Dinge wurde vorerst von dieser neuaufsteigenden Problematik wenig beeinflußt, er brachte die volle Entfaltung der mit der preußischen Lösung gegebenen Möglichkeiten und schob das Menschlich-Zufällige in den Vordergrund.

Die wilhelminische Zeit

1

Um die Jahrhundertwende gab es in Deutschland keine republikanische Bewegung. Es gab eine Ablehnung der Person des Kaisers, und es gab in der sozialistischen Bewegung ein Bekenntnis zur republikanischen Staatsform. Aber dieses Bekenntnis gehörte zu jenen lebensfernen Grundsätzen, die nur als logische Schlüsse da sind, ohne der Wirklichkeit Aufgaben zu stellen. Es gab Opposition gegen die Person des Kaisers, aber es gab kein tätiges Republikanertum.

Mit dieser Opposition gegen die Person des Kaisers hatte es seine besondere Bewandtnis. Als Wilhelm II. den Thron bestieg, hatte das Volk noch keine ausgebildete und feste Vorstellung von seiner Persönlichkeit. Der „Prinz Wilhelm" war den breiteren Volksschichten eine ferne Zukunft gewesen, die erst im Jahre 1886 näherzurücken begann. Seine Teilnahme am politischen Leben hatte das Volk nur wenig berührt. Was da als Spiel und Widerspiel in der Oberschicht der Berliner Gesellschaft vor sich gegangen war, hatte das Volk kaum erreichen können. Wenn ich auf meine eigenen frühen Erinnerungen zurückgehe, so stoße ich auf Befürchtungen, die

mit Beziehung auf den Prinzen Wilhelm im Jahre 1887 geäußert wurden. Man stand damals unter dem Eindrucke einer vorübergegangenen Kriegsgefahr, und wenn man die Besonnenheit und Weisheit des alten Kaisers lobte, die den Krieg verhindert habe, sagte man zugleich, es sei das Schlimmste zu erwarten, wenn „der junge Prinz Wilhelm" einst zur Regierung komme. Das war das Gerede „kleiner Leute", die Unterhaltung von Kleinbürgern und Volksschullehrern.

Es ist zu bekannt, als daß man länger dabei zu verweilen brauchte, wie auf Bismarcks Entlassung eine dem Kaiser abträgliche Stimmung entstand. Sie war größtenteils menschlich begründet. Das Gefühl des einfachen Deutschen nahm für den großen alten Staatsmann und gegen den jungen Kaiser Partei: jener hatte ein weltgeschichtliches Werk vollbracht, dieser sollte erst zeigen, ob er dem Rechte der Thronfolge das Recht der großen Leistung hinzufügen werde. Es war in jener Zeit beliebt, mit Zweifel und sorgenvoller Gebärde vom jungen Kaiser zu sprechen.

Zu dem Unwillen über die Behandlung Bismarcks kamen mancherlei andere Besorgnisse und Anstände. Man konnte es wohl verstehen, daß der Kaiser den Wunsch hatte, seine junge Herrlichkeit vor der Welt zu zeigen, aber man fand, daß er darin zu weit gehe. Seine Besuche deutscher und auswärtiger Höfe befremdeten wegen ihrer Häufigkeit und wegen des Prunkes, der dabei entfaltet wurde. Man prägte ein Wort über die drei Kaiser: der greise, weise, Reise-Kaiser, das dem neuen Kaiser nicht gerade schmeicheln sollte. Man erinnerte gegenüber dem nun beliebten Prunken an die altpreußische Einfachheit, die der Majestät des alten Kaisers so wohlgestanden hatte. Schon früh bildete sich der Eindruck der Unstete und Plötzlichkeit als wenig erfreulicher Züge im Wesen des neuen Kaisers. Beanstandungen anderer Art rief des Kaisers Haltung zur Arbeiterfrage hervor. Kapitalistische Kreise glaubten zeitweilig an einen sozialen Radikalismus

Wilhelms II., den sie als Ausfluß eines persönlichen Popularitätsbedürfnisses deuteten. Der Gegensatz zu Bismarck mochte geeignet sein, solche Annahme zu stützen. So gab es in den ersten Regierungsjahren Wilhelms II. manche kritische Meinung über ihn und zwar vornehmlich in den Schichten, die sich von jeder Anwandlung republikanischer Gedanken weit entfernt hielten.

2

In der sozialistischen Bewegung grollte noch der Zorn über die Härten der ausnahmegesetzlichen Zeit nach. Darum begrüßte man hier die Entlassung des alten Kanzlers, der die Verantwortung für die Ausnahmegesetzgebung trug, und betrachtete das Aufbranden des Unwillens gegen den Kaiser mit kühler Ironie. Zwar kam es nur ganz vereinzelt dazu, daß man sich angesichts dieses Unwillens offen für den Kaiser aussprach. Aber man hegte doch hier und dort die Hoffnung, mit dem „neuen Kurse“ in ein besseres Verhältnis zu kommen. Das kam besonders in den Reden und Schriften des bayerischen Reichstagsabgeordneten Georg v. Vollmar zum Ausdruck. In einer Schrift Vollmars über „die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie“, die im Herbst 1892 erschien, war zu lesen: „Es sind neue Männer an die Spitze getreten, und mit ihnen sind, trotz vielseitigem Sträuben gegen Neues, eine nicht geringe Anzahl von Umgestaltungen eingetreten, die für uns nicht gleichgültig sind. Nachdem diese Phase nun fast anderthalb Jahre besteht, ist es an der Zeit, dieselbe forschend zu überblicken und zu prüfen, inwieweit sie zu Veränderungen in unserer politischen Stellungnahme Anlaß gibt.“ Vollmar wollte „dem guten Willen die offene Hand“ bieten. Erfuhren diese Anregungen Vollmars auch eine ziemlich schroffe Ablehnung durch die Parteimehrheit, so waren sie doch der Ausdruck einer zweifellos vorhandenen Stimmung.

In der Entlassung Bismarcks sah man das Abrücken von

der Politik der Unterdrückung, die sich in der Ausnahmegesetzgebung verkörpert hatte. Man spielte mit der Vorstellung von einem jungen Herrscher, der, des besten Dranges voll, einen Weg zum Herzen des Arbeitervolkes suchte. Wenn man solcher Vorstellung auch keine Worte zu leihen wagte, so betrachtete sie doch das verschwiegene Gefühl als eine Möglichkeit. Dieser junge Kaiser hatte sich nicht nur des alten Kanzlers, des „Hausmeiers", entledigt, der ihm bei seinem Hinwollen zum Arbeitervolk im Wege stand. Er hatte auch die Vertrauensleute der streikenden Ruhrbergleute empfangen. Streikende Arbeiter hatten vor dem Kaiser sprechen können! Der Kaiser hatte die Initiative zur Förderung des Arbeiterschutzes ergriffen. Nicht bei den Arbeitern, sondern bei den Besitzenden fiel das Wort vom Arbeiterkaiser — und es war nicht als Lob gemeint. Klang es nicht deutlich genug, wenn die „Kölnische Zeitung" im Jahre 1893 zu Bismarcks Ruhme schrieb: „Wir müssen es als das größte Verdienst des Fürsten Bismarck ansehen, daß er, der große Staatsmann, uns Idealrepublikaner zu Vernunftmonarchisten gemacht hat"?

Dieses Verhältnis umschimmert die ersten Jahre der Regierung Wilhelms II. Es ist der Situation beim Auftreten Lassalles nicht unähnlich. Dreißig Jahre früher hatte das Bürgertum gleichfalls im Streit mit der Krone gelegen. Da war das Bündnis der Krone mit der Arbeiterschaft als Möglichkeit aufgetaucht. Die Wirklichkeit hatte einen anderen Weg gewählt. Manche glaubten und etliche glauben heute noch. weil Lassalle seiner Sendung durch den Tod entrissen wurde. Doch dürfte dies schwerlich den wahren Grund treffen, denn als in den ersten Jahren der Regierung Wilhelms II. die gleiche Möglichkeit in der Luft zu liegen schien, zerfloß auch diese wie ein Wolkengebilde.

Ja, die Situation änderte sich bald und gründlich. Im Herbst 1894 wurde Caprivi, der Nachfolger Bismarcks, entlassen. Am 6. Dezember des gleichen Jahres, bei der ersten

Sitzung des Reichstages in seinem neuen Hause am Königsplatz, blieben die sozialdemokratischen Abgeordneten beim Hoch auf den Kaiser sitzen — eine sinnlose Demonstration, eine Herausforderung, und doch, wie es nachher hieß, nur ein Versehen. Im März 1895 ein neuer Zusammenstoß. Alle Feinde Bismarcks, Zentrum, Welfen, Polen und Sozialdemokraten, vereinigten sich zu einer Mehrheit, die dem achtzigjährigen Kanzler den Glückwunsch zu seinem Geburtstage verweigerte. Der Kaiser beantwortete den Beschluß mit einem Entrüstungstelegramm, was der Sozialdemokratie Anlaß zu einem Antrage gab, in dem die kaiserliche Kritik zurückgewiesen wurde.

Im gleichen Jahre, bei der Feier der fünfundzwanzigsten Wiederkehr des Jahrestages von Sedan, fährt die Sozialdemokratie mit einer antipatriotischen Kundgebung dazwischen. Der Kaiser erhebt sich zu scharfer Rede: „Jene Rotte von Menschen, die nicht wert ist, den Namen Deutsche zu tragen —"

Nun ist alles vorbei. Dem Arbeitervolke ist der Weg zum Kaiser, und dem Kaiser ist der Weg zum Arbeitervolke dicht und fest verrammelt. Jetzt sind sie Feinde. Was auch die Zukunft noch bringen mag: es liegt etwas zwischen ihnen, was viel schwerer wiegt als der Unterschied des politischen Glaubens und Wollens. Jeder hat das Ehrgefühl des andern angetastet. Was nun noch kommt, sind Gewichte, die sich an Gewichte hängen. Es kommt die Umsturzvorlage, es kommt die Verurteilung des alten Liebknecht wegen Majestätsbeleidigung. Es kommen noch etliche Reden.

3

Jene Opposition der politisch führenden Schichten aber erlahmt, sie löst sich allmählich auf. Bismarck ist ein alter Mann. Der Kaiser ist der Kaiser. Jener ist Vergangenheit, dieser ist Gegenwart. Übrigens hat sich der Kaiser mit dem alten Manne versöhnt. Es ist zuletzt dieses: eine Ober-

schicht kann nicht in der Opposition verharren. Die Bismarcks Entlassung verdrossen hatte, die ihm zuliebe dem Kaiser grollten, die mit jedem Worte zu Bismarcks Preise Tadel und Vorwurf gegen den Kaiser richteten, — sie waren doch Teile der Oberschicht. Sie waren die Grundherren, die Herren der Industrie und des Handels, sie waren Herren im Reiche des deutschen Geistes. Sie konnten einmal Verdrossenheit zeigen, sie konnten ihre Wünsche bemerkbar machen, sie konnten Tadel und Vorwurf äußern, aber sie konnten nicht dauernd beiseite stehen. Das ginge gegen den Geist und gegen den Stil einer führenden Schichtung. Darum suchten sie ihren Frieden mit dem Träger der Krone. Das hatten die Liberalen der Paulskirche und der Konfliktszeit getan. Das taten nun auch die Bismarckfrondeure.

Es war ein ganz selbstverständlicher, ein unvermeidbarer Vorgang.

Begünstigt wurde er durch äußere und innere Entwicklungslinien. Wir schreiben das Jahr 1896. In Berlin ist die große Gewerbeausstellung, die ein Wachsen und Reifen von Technik und Wirtschaft, das sich in der Stille vollzogen, überraschend zur Schau stellt. Die deutsche Wirtschaft reckt sich auf. Die deutsche Technik enthüllt ihr Können Vor wenig mehr als zehn Jahren hatte man die Erzeugnisse der deutschen Wirtschaft von der Weltausstellung in Chicago mit der Zensur: „billig und schlecht" nach Hause geschickt. Jetzt sieht es anders aus. Jetzt braucht man keine Schiffe mehr in England zu bestellen. Jetzt kann, wer die besten Waren, seien es Nähnadeln und Stahlfedern oder Dreschsätze und Drehbänke, kaufen will, in Deutschland bedient werden. Jetzt beginnt jene Zeit eines wirtschaftlichen Aufschwunges, den kein anderes Land in solcher Schnelligkeit erlebt hat. Den einfachen Leuten blieb damals der Atem fort. Es war ein Wachsen und Wuchern ohne Beispiel. Ich wanderte damals als junger Maurergeselle durch Deutschland und sah die Handelsstädte

im Norden und die Industriegebiete des Westens. Die deutsche Wirtschaft war ein Rausch von Lebendigkeit, von Fortschritt und Neuerung. Wir wurden schnell ein reiches Land.

Was ist Völkerschicksal — Politik oder Wirtschaft?

Der deutsche Mensch jener Zeit, von der wir hier sprechen, glaubte und suchte sein Schicksal in der Wirtschaft. Weil diese Wirtschaft ein atemberaubender Fortschritt war, darum gab es für ihn keine Problematik des Lebens. Er kannte keinen Zweifel, er kannte nur diesen unerhörten Aufschwung der Wirtschaft, dieses wuchernde Anwachsen der materiellen Lebensgüter zu strotzender Fülle. Aber auch dieser Vorgang verlor seine Unerhörtheit, er wurde sehr bald eine Selbstverständlichkeit. Nur die sehr alten Leute, die vor den Haustüren saßen und sich sonnten, sagten manchmal kopfschüttelnd: wohin soll dies noch führen? Den anderen waren solch bängliche Zweifel fremd. Ein schrankenloser Optimismus erfaßte das Volk, er erfaßte auch den Kaiser, der aus der Fülle dieses neuen deutschen Lebensgefühls heraus dem Volke zurief Herrlichen Zeiten führe ich euch entgegen! Ein Hamburger Großkaufmann verkündete: Die beste Politik ist eine gute Wirtschaft.

In diesem neuen deutschen Lebensgefühl fanden sie sich zusammen, die zeitweilig gegeneinander gegrollt hatten — der Kaiser und die herrschende Schichtung. Die Sorgen, die Bismarcks Entlassung verursacht hatte, die sich genährt hatten von den tadelnden und warnenden Äußerungen des Alten, diese Sorgen wurden unwahrscheinlich, und man ließ sie fahren. Es gibt eine Erzählung. Als der alte Bismarck bei einem Besuche Hamburgs von der Elbhöhe auf das Arbeitsgewimmel im Hamburger Hafen sah, habe er bewundernd gesagt: dies ist eine neue Zeit. Das war es: eine neue Zeit war angebrochen — der große alte Mann hatte ihr Kommen nicht sehen können — es war richtig, daß er hatte abtreten müssen. Er war der rechte Führer der Väter gewesen, der Führer zur deutschen Einheit —, die neue Generation hatte neue

Ziele, und ihr Führer war der Kaiser. So fanden sie sich, der Deutsche Kaiser und der deutsche Bürger.

4

Es wird den, der auf das große Erleben unserer Generation schaut, immer wieder locken, in die vielschichtige Innerlichkeit Wilhelms II. einzudringen. Es ist eine Menge Falsches und Häßliches über ihn gesagt worden, und es mag uns, seinen Zeitgenossen, überhaupt nicht möglich sein, ihm gerecht zu werden. Jeder geistbewegte Mensch ist in der Zusammengesetztheit und Widersprüchlichkeit seines Wesens den andern ein Geheimnis. Es macht ja das Wesen jedes bedeutenden Menschen aus, daß es vielschichtig ist, daß es eine Vielheit entwicklungsfähiger Anlagen in sich trägt, von denen jede auf ihre besondere Art das Leben erfaßt und auf das Leben einwirkt. Die Größe, die das Leben bezwingt, und die Vollendung, die allein zur großen Werkleistung führt, ist dadurch bedingt, daß eine der Anlagen zur Dominante, gleichsam zum ordnenden Prinzip wird, die alle andern Anlagen sich dienstbar macht und die in ihnen wirkenden Kräfte in die eine Richtung hineinwirken läßt. Es kommt vielleicht der Wahrheit am nächsten, wenn man von Wilhelm II. sagt, daß von allen seinen Anlagen keine zur Dominante wurde, sondern daß von ihnen allen jede für sich das Leben erfaßte und es zu deuten und zu formen trachtete, so daß keine Geschlossenheit entstehen konnte und all sein Reichtum sich vergeblich ausgab.

Es ist ganz offenbar, daß ein solches Wesen einen starken Eindruck auf die Umwelt auszuüben vermag, daß gerade das, was sein letzter Mangel ist, als Vorzug und Begnadung gilt. Man liest heute mit besonderem Verständnis, was Karl Lamprecht im Jahre 1913 in seinem „Versuch einer Charakteristik" des Kaisers schrieb: „Das Ziel stets im Auge, wechselt er rasch in der Wahl der Wege, auf denen eine Erreichung möglich erscheint, und mit dem Wechsel der Wege

fallen nicht selten alte Beziehungen, Anknüpfungen, Personen tauchen neue empor. Es ist der Zug der kaiserlichen Politik, der am ehesten auffällt, in oft unglaublich kurzen Zeiträumen wandeln sich die sekundären Konstellationen, die zu den allgemeinen und primären Zielen führen sollen, und die außerordentlich entwickelte Assoziationsfähigkeit der kaiserlichen Natur, ein echtes Zeichen reizsamer Veranlagung, fördert immer neue Kombinationen zutage. Dabei sollen die Ziele rasch verwirklicht werden, und so verbindet sich mit ihnen jene böige Form der Willensmeinung, jene Impulsivität, die den Zeitgenossen ebenfalls als ein Charakterzug des Kaisers gilt. Ergeben sich aus diesem Nebeneinander von Eigenschaften nicht selten eigenartige Komplikationen der inneren wie äußeren Politik, *so beruht doch auf ihnen auch wieder die starke Wirkung der Persönlichkeit des Kaisers in Nation und Umgebung.*"

Das ist richtig gesagt, doch lag dieser Erfolg des Kaisers auch darin begründet, daß er danach trachtete, als ein moderner Mensch zu gelten und Aufgeschlossenheit für den neuen Rhythmus des deutschen Lebens zu zeigen. Darum hatte er seine größten persönlichen Erfolge und seine zahlreichsten Bewunderer in den Kreisen der Wirtschafter und weiter unter all den Menschen, deren Wesen dem Idealtypus der Zeit, dem unbeschwerten, optimistischen, flachen genießerischen Erfolgling nahekam oder zustrebte. Man stand unter dem Eindrucke, daß des Kaisers Hinwendung zu dieser Lebenssphäre und ihrem Wertempfinden stärker war, als seine Herrscherpflichten ihm nahelegten. Man fühlte insbesondere, daß von dieser Sphäre und ihrer Überschwenglichkeit her Einflüsse auf den Kaiser wirkten, die der preußischen Tradition entgegenliefen. Dieses Gefühl verdichtete sich allmählich zu einem Bewußtsein, das sich zwar nur höchst selten zu äußern wagte und kaum zu weiterem als zu einem stillen Vorbehalt und einer schweigenden Gegnerschaft führte, das

aber dadurch bedeutsam wurde, daß es dem Kaiser gerade Kräfte entfremdete, die ihm nach Stand und Überlieferung besonders nahestanden. Einiges Licht über diese Stimmungen und Verstimmungen verbreiten gewisse kleine Schriften, die von 1896 an anonym erschienen und bei aller Gehaltenheit der Sprache doch deutlich genug den Abstand betonen, der sich zwischen dem Kaiser und diesen Kreisen, die im alten Landadel und in der höheren Beamtenschaft zu suchen waren, aufgetan hatte. Kennzeichnend für diese Strömung sind zwei Schriften des Grafen Reventlow: „Der Kaiser und die Monarchisten", 1912, und: „Monarchie?", 1926. Man wird dieser Gegnerschaft nicht dadurch ihre Bedeutung nehmen können, daß man sie als „reaktionär" begründet bezeichnet. Sie richtete sich gegen Wesensäußerungen des Kaisers, über deren Schädlichkeit heute ein Zweifel nicht mehr erlaubt ist.

Im ruhigen Lauf der Dinge hatte diese aus nationaler Besorgtheit entstandene Fronde freilich nicht viel zu bedeuten, und das Bild des Verhältnisses zwischen Volk und Kaiser wird durch sie nur wenig beeinträchtigt.

5

Noch einmal forderte der Kaiser den Zorn des Arbeitervolkes heraus, als er im Jahre 1898 ein Gesetz ankündigte, das die Streikandrohung mit Zuchthausstrafe belegen sollte und im folgenden Jahre dem Reichstage als Entwurf zuging. Die Empörung über diesen Schritt war nicht nur Zeitungslärm und Agitatorengeschrei, sie war echt und tief und von einer Stärke, wie ich sie nur selten kennengelernt habe.

Es steht mir ein nächtlicher Weg in Erinnerung. Wir kamen Sonnabends von der Arbeit im Harz und kehrten lohnteilungshalber unterwegs ein. Ich ergriff die Zeitung und las die Ankündigung des Entwurfs, die zusammenfassend über die Bestimmungen berichtete. Ich legte die Zeitung auf

den Tisch und sagte: Jetzt sind wir alle Aspiranten auf Wolfenbüttel. Die Kameraden verstanden mich nicht. Ich las vor und sagte über den Ursprung des Gesetzes, was ich wußte. Es antwortete erst keiner, wir blickten uns nur an und brachen auf, aber ich sah, wie einigen vor Zorn die Tränen in die Augen traten. Wir gingen ganz ruhig aus dem Dorfe hinaus. Als wir das Dorf hinter uns hatten und durch das Wildgatter in den Wald eingetreten waren, da lösten sich die Empfindungen. Das ist nun fast dreißig Jahre her, aber ich erinnere mich noch fast jedes Wortes, das wir in den Wald hineinschrien. Ich will heute nichts mehr davon wiederholen, denn die Zeit hat gesühnt und versöhnt.

Der Entwurf wurde nicht Gesetz, und die Erregung verklang. Was dann weiter geschah, Reden und wieder Reden, das wurde zwar von der Parteipresse in ihrer Art breitgetreten, aber es hatte doch nur geringe Wirkung. Der Arbeitersinn strebte in anderer Richtung vorwärts. Die Bewegung war gewachsen und wuchs von Tag zu Tag. Am stärksten aber wuchsen die Gewerkschaften. Sie wuchsen an äußerem Umfange und wuchsen an Selbstbewußtsein, an Willenskraft und an Unabhängigkeitssinn. Bei diesem stürmischen Wachsen verminderte sich der Einfluß der Parteiliteraten, und der arbeitertümliche Geist kam mehr als früher zur Geltung. Es ist dies denn überhaupt die Zeit, wo in der Arbeiterbewegung die arbeitertümliche Linie in ihrem Kampfe gegen das schichtungsfremde Literatentum bedeutend an Boden gewinnt.

Der Gegensatz zwischen Arbeitertum und Literatenherrschaft in der sozialistischen Bewegung tritt allmählich ins Licht des Bewußtseins und führt in den Gewerkschaften zu einer gewissen Eigenwüchsigkeit des politischen Urteils. Es bildet sich ein gegen die Parteiliteraten gerichtetes gewerkschaftliches Selbstbewußtsein. Die Scheu des Bildungslosen vor dem Federfuchser beginnt sich umzuwandeln in den Stolz des Bodenständigen vor dem Wurzellosen.

Es ist eine sehr bedeutsame Entwicklung, die sich damit anbahnt, sie kann uns jedoch in diesem Buche nicht weiter beschäftigen. Es soll nur gesagt sein, daß in dieser Entwicklung kein eigentlicher Raum für dauernde persönliche Haßgefühle gegen den Kaiser war. Zwar war hier auch kein Raum für persönliche Zuneigung, sondern es vollzog sich eine Versachlichung des Verhältnisses zum Träger der Krone als dem Symbol der gegebenen Staatlichkeit. Die Tiefenschicht in diesem Verhältnis war die Ablehnung dieser staatlichen Lebensform, aber eine Ablehnung ohne aktuelle Spitze, vielmehr Ablehnung aus dem natürlichen und selbstverständlichen Gefühl einer jungen Schichtung, die als Ausstrahlung des in ihr keimenden geschichtlichen Formprinzips von dem Gefühl getragen ist, daß sie diese Staatlichkeit dereinst in Geist und Form zu erneuern berufen sein wird, wenn sich die Zeit erfüllt hat.

Auf diesem Grunde entstand die Stimmung, die zu einer Versachlichung des Verhältnisses zum Träger der Krone drängte. Das in Bewegung geratene Arbeitervolk bewegte sich hinwärts zum Staat, zu dem geschichtlich gegebenen Gegenstande seiner Bestimmung, und sein Verhältnis zum Staat wie zu seiner obersten persönlichen Spitze war von dieser Bewegungsrichtung geordnet. Dies Verhältnis war sowohl Gegnerschaft wie Annäherungswille und entsprach dem schöpferischen Revolutionärtum, aus dem das Wesen einer neuen Schichtung besteht. Was der Kaiser dem Arbeitervolke angetan hatte, Schimpf und Drohung, war nicht vergessen worden. Alle diese rednerischen Ausfälle von „der Rotte von Menschen, die nicht wert ist, den Namen Deutsche zu tragen", von der „hochverräterischen Schar", die hintergründige Mahnung an die Garderekruten, daß sie auf des Kaisers Befehl selbst auf Vater und Mutter zu schießen hätten, alle diese Ausbrüche ungezügelter Leidenschaftlichkeit waren unvergessen, aber es war auch die Erregung verklungen, mit der man auf sie geantwortet hatte.

Man hatte nun so viel starke Worte vom Kaiser gehört, und je mehr ihrer wurden, umso geringer wurde ihr Gewicht und ihre Wirkung. Es war in diesem Verhältnis in der Tat etwas von jenem Gefühl, daß man die Reden des Kaisers nicht als ganz vollwichtig annehmen dürfe Man fühlte. das war die eine Seite seines Wesens, die Seite, die des Kaisers Freunde manchmal zur Verzweiflung brachte, zu der aber der Arbeiter allmählich zu lächeln lernte.

In der sozialdemokratischen Presse kam zwar von diesem Gefühlsumschwung nichts zum Ausdruck, aber man darf eben nicht vergessen, daß diese Presse niemals ein ganz reiner Spiegel der Arbeiterwelt gewesen ist. Sie war es zu keiner Zeit weniger als in den letzten zehn Jahren, die dem Kriege voraufgingen. Damals herrschte in ihr die Art des vom Bürgertum herübergewechselten heimatlosen und entwurzelten Intellektuellen, der naturgemäß von Haßgefühlen lebte und seinen Haß in die Arbeiterwelt hineinwarf, um ihn danach als das Gefühl des Arbeitervolkes auszugeben In dieser Presse konnte der wirkliche Gefühlszustand des Arbeitervolkes nicht seinen Ausdruck finden.

Diese Entwicklung drückte den schattenhaften Republikanismus in der Arbeiterbewegung vollends in den Hintergrund. Der republikanische Standpunkt wurde höchstens bei gewissen Erklärungen im Reichstage oder bei ähnlichen Anlässen in sehr platonischer Weise in Erinnerung gebracht: „Bei unserem grundsätzlichen Standpunkte" — so hieß es gewöhnlich, und man wußte, daß es die Art der Sozialdemokratie war, dann an ihre Grundsätze zu erinnern, wenn sich nichts damit ausrichten ließ. In diesem Falle war sie so fest wie irgendwer in Deutschland überzeugt, daß es ein gänzlich aussichtsloses Beginnen sein würde, für eine deutsche Republik Propaganda zu treiben. Eine solche Propaganda kam ihr gar nicht in den Sinn. Als der gute französische Bürger Jaurès auf einem internationalen Sozialistenkongreß zu Anfang dieses Jahrhunderts den deutschen

Sozialisten ein wenig die Hölle heiß machte wegen ihrer „preußischen Subordination", da erhob sich Bebel zur Antwort und hielt eine Rede, deren bezeichnendste Stellen das parteiamtliche Protokoll deutscher Ausgabe leider unterschlagen hat. Bebel forderte dort Achtung vor der deutschen Geschichte. Ein Staat wie Preußen sei nur einmal in der Welt, dieses Preußen sei durchaus die Schöpfung seiner Fürsten und seines Adels, und nur diesem Preußen habe es gelingen können, den Deutschen zu schaffen, was die Franzosen nie entbehrt hätten: die nationale Einheit. Im übrigen könne er sich Monarchien denken, in denen für den Arbeiter besser zu leben sei als in manchen Republiken. Der Sinn dieser Rede Bebels war ganz eindeutig die Ablehnung der damals zum ersten Male an die deutsche Sozialdemokratie herangebrachten Forderung, sich zum Vorkämpfer des westlichen Republikanismus aufzuwerfen.

Als einen Beweis der absoluten Unlebendigkeit des republikanischen Gedankens in der Arbeiterwelt jener Zeit darf man wohl auch ein Buch erwähnen, das Karl Frohme, ein früherer sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, im Jahre 1904 unter dem Titel „Monarchie oder Republik?" erscheinen ließ. Das Buch war einfach unverkäuflich, obwohl es eine fleißige und gesinnungstüchtige Arbeit eines bekannten Führers war. Die ganze Auflage ist schließlich freundschaftshalber von einem Verbande übernommen worden, der noch jahrelang bei seinen Mitgliedern damit herumgehökert und sie zu guter Letzt verschenkt hat.

6

Während sich das Verhältnis der deutschen Arbeiterbewegung zur Person des Kaisers in der geschilderten Art versachlichte, vollzog sich in einem anderen Teile des Volkes ein Stimmungswandel entgegengesetzter Art, der sich mit jener vorerwähnten verhaltenen Abneigung und Ablehnung in den Kreisen des Landadels und der hohen Beamtenschaft berührte. Er ging

vom Alldeutschen Verbande aus und warf dem Kaiser Weichheit und Feigheit, Wanken und Schwanken in außenpolitischen Angelegenheiten vor. Hier bildete sich eine Gegnerschaft von großer Schärfe, die den Kaiser umso mehr beunruhigte, als sie bis in seine nähere und nächste Umgebung vorzudringen verstand Den äußeren Anlaß zu ihr bot der Verlauf der ersten Marokkokrisis. Deutschlands politisch-militärische Situation war in dieser Krisis so stark, wie später niemals wieder. Rußland war in der Mandschurei von Japan besiegt worden und kämpfte mit der Revolution. Italiens Entfremdung vom Dreibunde war noch nicht so weit vorgeschritten, daß ein Übertritt auf Frankreichs Seite zu besorgen gewesen wäre. Wieweit das französisch-englische Einvernehmen ging, ist nicht klar, doch kam es erst im Jahre 1906 zur Zusammenarbeit der beiderseitigen Generalstäbe. Hätte Deutschland den Krieg zur Lösung der Krisis vorgezogen, so wäre die Entscheidung schwerlich anders als zu seinen Gunsten ausgefallen. Deutschland hätte den Krieg haben können. Die vom Kaiser gebilligte Politik wählte den möglich scheinenden Weg der Verständigung, nachdem die französische Regierung den gefährlichen Brandstifter und Provokateur Delcassé hatte fallen lassen. Die Hoffnung auf Verständigung trog. Auf der späteren Konferenz in Algeciras trat das durch Versprechungen abtrünnig gemachte Italien für die Vorschläge des Dreiverbandes ein Diese Ereignisse wie auch der weitere Verlauf, der Deutschlands Ansprüche auf Anteil an Marokko beiseite schob und ihm einen Landfetzen im Innern Afrikas als Ausgleich brachte, darf als bekannt angenommen werden.

Die Alldeutschen waren trotz einiger Feuilletonschwätzer der Berliner Asphaltjournalistik damals die einzigen Deutschen, die sich ernsthaft mit der Außenpolitik beschäftigten. Während das im übrigen ahnungslose Deutschland begreiflicherweise mit der von der kaiserlichen Politik bevorzugten Lösung durchaus zufrieden war, sahen die Alldeutschen in ihr

einen entscheidenden, nie wiedergutzumachenden Fehler, für den sie dem Kaiser die Verantwortung beimaßen. Sie sahen hier ein ganz persönlich bedingtes Versagen der kaiserlichen Führung, kennzeichneten den Kaiser als einen vom Schicksal zum Schwächling gestempelten Menschen und wurden nicht müde, seine weitere Politik Zug um Zug unter ihre scharfe Lupe zu nehmen.

Ihrer realpolitischen Art entsprechend trugen sie ihre Einsichten und Absichten nicht auf die Gasse, die damals zwar nicht dümmer, aber doch weniger mächtig war als heute, sondern gruben sich an die entscheidenden Stellen heran. Ihre Absicht war, den Kaiser durch den Druck einer dafür gewonnenen Umgebung zur Abdankung zu bewegen. Zeitweilig waren ihnen gewisse Literatenkreise in der sozialdemokratischen Presse dienstbar geworden. Die „Münchener Post" ließ solche Einflüsse erkennen. Der Kaiser wehrte sich gegen ihre Tätigkeit auf seine Art durch Reden: „Schwarzseher dulde ich nicht!" — „Wem es hier nicht gefällt, der mag den Staub von seinen Schuhen schütteln." Aus der stürmischen Krisis, die der Veröffentlichung des Interviews in der englischen Zeitung „Daily Telegraph" folgte, ging er mit einer nicht geringen Einbuße an persönlichem Ansehen hervor. Es ist aus den seither erschienenen Memoirenwerken aus der Umgebung des Kaisers bekannt geworden, daß er sich damals ernsthaft mit dem Gedanken eines Thronverzichts beschäftigt hat. Doch er widerstand dem Drucke und erholte sich von den Schmerzen jener Tage. Die Alldeutschen haben danach ihre Arbeit nicht eingestellt, aber sie sind dem Kaiser niemals wieder ernstlich gefährlich geworden. Man hat die Kommandierung des Kronprinzen nach Danzig mit den Maßnahmen zur Abwehr der Alldeutschen in Verbindung gebracht. Im Jahre 1911 brandete der Zorn der alldeutsch gerichteten Gegnerschaft noch einmal auf. Aber die Regierung wich nicht zurück. Über den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes wurde die Briefsperre verhängt.

Von diesen Vorgängen ist noch vieles dunkel, doch besteht kaum ein berechtigtes Bedürfnis nach ihrer vollen Aufklärung. Politische Wirkungen hat der Kampf der Alldeutschen gegen den Kaiser nicht gehabt. Sie haben in diesem Kampfe immer auf die Anrufung der Öffentlichkeit verzichtet, und dieser ist, was sie an echten oder unechten Gründen gegen den Kaiser hatten, niemals bekannt geworden. Der deutsche Zeitungsleser stieß zuweilen auf eine Bemerkung über „alldeutsche Umtriebe", ohne zu wissen, was damit gemeint war. Nur unter einer Annahme wäre der alldeutschen Gegnerschaft ein höheres Gewicht beizumessen, als es hier geschieht, nämlich dann, wenn man glauben wollte, daß diese von den Alldeutschen vertretene Beurteilung der Persönlichkeit des Kaisers den Umstand erklären könne, daß die Monarchie in den entscheidenden Tagen keinen Menschen sah, der für sie zu sterben entschlossen war.

7

Der Eindruck der Gefährlichkeit dieser alldeutschen Gegnerschaft darf jedoch nicht die Tatsache verdunkeln, daß die breiten Schichten des Volkes sich an die Sonderheiten des Kaisers gewöhnt hatten und mit ihm zufrieden waren. Über die in der Arbeiterbewegung vorhandenen Gefühlszustände ist hier nichts weiter zu sagen. Dagegen muß man noch einen Blick auf die Haltung der bürgerlichen Kreise werfen, die hinter den bürgerlichen Oppositionsparteien standen.

Das Zentrum hat sich in seinen Urteilen über den Kaiser immer Zurückhaltung auferlegt. Es hat der Politik des Kaisers verschiedentlich wertvolle Dienste geleistet. Seit Bismarcks und Windthorsts Ausscheiden aus dem parlamentarischen Kampfe hatte sich eine Annäherung des Zentrums an die Politik des Kaisers vollzogen. Schon bei der Militärvorlage des Jahres 1893 kam es dieser Politik mit dem Antrag Huene zur Hilfe. Bei den späteren Militärforderungen hörte die Zentrumsopposition fast ganz auf, und auch bei

den Flottenvorlagen konnte die Regierung bald auf das Zentrum rechnen. Nebenbei war es Graf Ballestrem, ein Zentrumsmann, der als Reichstagspräsident einen Glückwunsch an den Kaiser „in Ehrfurcht ersterbend" unterschrieb. Als das Zentrum im Jahre 1906 durch die Ablehnung des von der Regierung geforderten Kolonialstaatssekretariats unversehens in eine scharfe Oppositionsstellung geriet, benutzte es sehr bald die Gelegenheit, wieder den Anschluß an die Regierungspolitik zu nehmen. Die Mannigfaltigkeit der politischen und sozialen Typen in der Zentrumspartei gestattete eine politische Vielseitigkeit und Anpassung. Das Zentrum war als Regierungspartei und als Oppositionspartei möglich und bewegungsfähig und es hat diesen Vorteil benutzt, wie die Lage es gebot. Aber seine Wegrichtung während der Regierung Wilhelms II. ging hinwärts zum Kaiser — das ist ganz deutlich.

Nicht anders verhielt es sich mit den linksliberalen Parteien. Diese standen zunächst in unentwegter Opposition gegen die Politik des Kaisers. Im Jahre 1893 spaltete sich die Rickertgruppe ab, um für die Militärvorlage zu stimmen. Der Rest unter Eugen Richter hielt noch an der Opposition fest. Es war keine irgendwie imponierende Opposition. Ohne Verständnis für die neugewordenen inneren und äußeren Notwendigkeiten der deutschen Politik, klein in jeder Hinsicht, war sie ein peinliches Gebilde im deutschen Parteiwesen. Die Entwicklung ging über sie hinweg.

Die Gestalt Friedrich Naumanns taucht hier auf. Sein großes Vorhaben: den sozialen Inhalt der Zeit mit ihren nationalpolitischen Forderungen zu verbinden, war gescheitert. Er selbst sprach als seine Erkenntnis aus, daß der national-soziale Gedanke keine parteibildende Kraft habe. Seine Organisation löste sich auf, die Nationalsozialen gingen in die alten Parteien, einige in die Sozialdemokratie, wo sie, wie Maurenbrecher und Gerhard Hildenbrand, nur kurze Gäste waren, oder, wie der schon früher übergetretene Pastor Göhre, zu einer sehr beiläufigen und

unfruchtbaren Rolle sich verurteilt sahen. Naumann aber ging, ohne die Linie seines Wesens zu verlegen, zu einer der linksliberalen Parteien.

Hier hat er als ein großer Anreger gewirkt und die Umbildung des deutschen Liberalismus, die von den entscheidenden Tatsachen der Zeit gefordert wurde, stärker als irgend ein anderer gefördert. Zwar blieb Friedrich Naumann auch im liberalen Parteigehege immer ein eigener, aber er hat doch manches von seinem Wesen in das Wesen der Partei hineintragen können. Er war eine der seltenen Persönlichkeiten, die zu groß und zu umfassend für die Partei sind und in den kleinen Parteidingen nicht zur Geltung kommen können, aber durch die Lauterkeit und Kraft ihres Wesens ihre Partei zwingen, ihnen im großen zu folgen.

Als es nach den Wahlen von 1907 zur Einigung der linksliberalen Parteien kam, da vollzog sich diese im Bannkreise der Gedanken, die Friedrich Naumann in seinem Buche „Demokratie und Kaisertum" dargestellt hatte. Hier bekannte sich Naumann zum deutschen Kaisertum. Es war kein Lippenbekenntnis, und Naumann war kein „Vernunftsmonarchist", ihm war das deutsche Kaisertum keine Sache der Zweckmäßigkeit, ihm war es die Verkörperung des politischen Schöpfertums der deutschen Seele. Es war ihm als Wirklichkeit und Gedanke gleich groß. Sein Gefühl für das Wesenhafte der Geschichte machte ihn zum stärksten, das heißt überzeugendsten Vertreter des deutschen Kaisergedankens. Die Geschichte hatte deutsche Größe noch nie anders dargestellt als in der Form des Kaisertums. Der Reichsgedanke bedurfte dieses Symbols, wenn anders er sich gegen den Partikularismus durchsetzen wollte. Naumann war weit davon entfernt, die Bedeutung des deutschen Kaisergedankens nur für die Vergangenheit gelten zu lassen, sondern gerade die Gegenwart, die im Arbeitervolke eine neue, über das Partikulare hinausgewachsene Schichtung besaß, gab erst dem Kaisertum die vollen, großen Möglichkeiten.

Es ist richtig, daß Naumann nur den einen Zweig der deutsch-bürgerlichen Lebenslinie verkörperte. Aus ihm sprach beste deutsche Bürgerlichkeit, die vom Safte des eigenen Volkstums lebte, deren politisches Denken und Fühlen von der deutschen Geschichte Form und Richtung empfing.

Neben diesem Zweige gab es einen andern. Das war der, der den Stolz auf seine Deutschheit verloren hatte, das war der „geistige" Deutsche, dem Geistiges nur dann echt und preiswürdig schien, wenn es nicht aus Deutschland kam, der sich jedem fremden Einflusse willig darbot, und der in allen fremden Volkstümern eine Fülle des Reizenden, Tiefen, Herrlichen, in seinem eigenen Volkstum aber nur Langweiliges, Banales, Niedriges fand. In dem Bilde des Zivilisationsliteraten hat Thomas Mann die Art dieses Zweiges deutscher Bürgerlichkeit unübertrefflich geschildert. Dieser Typus gewann im letzten Vorkriegsjahrzehnt an Bedeutung. Er erkannte seine von Haus aus gegebene Wesensverwandtschaft mit der Intelligenz im Parteisozialismus. Es kam allmählich zu einem gewissen Zusammenspiel der sozialistischen und bürgerlich-radikalen Journalistik.

Für die Lage und für die Entwicklung kennzeichnend war es, daß der gesamte Linksliberalismus nationalpolitisch in die Linie Friedrich Naumanns hineinwuchs. Im Jahre 1906 war dieser Vorgang abgeschlossen. Von da an ist der „entschiedene Liberalismus", wie er sich zuweilen nannte, ein entschiedener Vertreter der Reichspolitik, ein Bekenner des deutschen Kaisertums und ein Freund der Person Wilhelms II.

Diese Feststellung könnte überraschen, zumal die Nachkriegsausgabe des entschiedenen Liberalismus nicht nur ein eiferndes Republikanertum zur Schau stellt, sondern über das ganze kaiserliche Deutschland und insbesondere über die Person des früheren Kaisers den Stab bricht. Trotzdem ist diese Feststellung richtig. Bei den Reichstagswahlen im Januar 1907 ließ der Linksliberalismus mit seiner Pro-

paganda für die kaiserliche Politik alle anderen Parteien hinter sich. Wer diesen Wahlkampf teilnehmend erlebt hat, wird sich dessen erinnern. Bei der Verhandlung über die letzte große Heeresvermehrung vor dem Kriege gehörten die Linksliberalen zu den überzeugtesten Vertretern der Vorlage und kämpften gegen jeden Abstrich. Und als im Jahre 1913 das Regierungsjubiläum des Kaisers zu feiern war, da feierte auch der Linksliberalismus den Kaiser und feierte ihn mit nicht geringerem Schwunge als die echtesten Royalisten etwa von der Färbung der Kreuzzeitung.

Es hat seinen besonderen Reiz, in jenen alten Zeitungen zu blättern und nachzulesen, was man dem Kaiser etwa zu seinem fünfzigsten Geburtstage oder zu seinem fünfundzwanzigjährigen Regierungsjubiläum an Lobsprüchen darreichte. Zwar liegt der Reiz weniger in diesen Lobsprüchen, als in einem Vergleich jener Äußerungen mit der Behandlung, die dem gestürzten Kaiser später an gleicher Stelle zuteil ward. Von der Persönlichkeit Wilhelms II. sagte die „Vossische Zeitung", „daß kein Fürst von regerem, heißerem Pflichtgefühl beseelt" sei, und daß er „allezeit ein Sehnen empfunden" habe, „die Liebe des Volkes zu gewinnen". In ein besonders schmeichelhaftes Licht wurde das Verhältnis des Kaisers zur Kunst gerückt: die Künstler, so hieß es, könnten sich „beglückwünschen, in unserem Kaiser einen solchen Freund der Kunst und der Künstler zu besitzen". Nicht ungünstiger urteilte die „Berliner Volkszeitung", wenn sie aussprach, „daß der Kaiser es mit seinen Herrscherpflichten ungemein ernst nimmt, daß er eine beinahe rastlose Tätigkeit entfaltet". Das gleiche Blatt lobte die Liebenswürdigkeit des Kaisers und bewunderte besonders den „Zug offener Männlichkeit" an ihm, „der in unserer Zeit der allgemeinen Verweiblichung unseres ganzen öffentlichen Lebens auf unsere volle Wertschätzung Anspruch macht". Ähnlich urteilte auch die „Frankfurter Zei-

tung", welche „die gute Absicht und den ehrlichen Willen" Wilhelms II. „unter allen Umständen rühmen und anerkennen" wollte und in Abwehr der Schmeichler beteuerte, der Kaiser sei „ein Mann von Qualitäten", eine „nicht gewöhnliche Persönlichkeit, eine Begabung, die über das Mittel hinausgeht".

Auch wo diese Presse, von der man sich bewußt bleiben muß, daß sie die bürgerliche Opposition verkörperte, über die Politik des Kaisers sprach, kam sie zu vorwiegend günstigen Urteilen. Zahllos wie die Nadeln an einem Tannenbaum sind die Lobsprüche über Wilhelms II. Friedenspolitik. „Kein Mensch diesseits und jenseits der Grenzen", versicherte die Vossische Zeitung, „wird dem Kaiser die Anerkennung vorenthalten, daß er ein Hort des Friedens gewesen ist," und dieses Lob wiederholte sich in allen Abwandlungen, sogar der „Vorwärts" machte es sich zu eigen. Aber man lobte an der Politik Wilhelms II. auch andere Vorzüge. „Die großen Leitgedanken des Arbeiterschutzes," ließ sich das „Berliner Tageblatt" vernehmen, „die an der Schwelle der Regierung des jetzigen Kaisers standen, sind im wesentlichen verwirklicht worden. Der Begriff des sozialen Kaisertums hat in diesem Vierteljahrhundert Fleisch und Blut erhalten." Daneben stellte die Vossische Zeitung fest, daß die deutsche Volkswirtschaft wisse, „was sie dem Kaiser zu danken hat". Der Kaiser habe „vom Beginn seiner Regierung an seinen Stolz darein gesetzt, sich als Kind seiner Zeit zu fühlen und die schaffenden Kräfte, die sich allenthalben regten, zu fördern und zu stärken". Außerdem habe „der Kaiser insbesondere die Industrie, die Technik und das Verkehrswesen zur hohen Blüte gebracht", die „vorbildliche Ausdehnung der Marine" sei des Kaisers Werk, und „das höhere wie das Volksschulwesen" habe sich „unter dem Zepter Wilhelms II. zu ungeahnter Höhe entwickelt". Trotz all dieser Leistungen sei der Kaiser „kein Autokrat, kein Hierarch und schließlich auch kein abenteuerlustiger Eroberer". „Da ist überall nichts von dem

nachtragenden Eigensinn eines auf seine Macht pochenden Autokraten."

Genug dieser im Grunde unerfreulichen Erinnerungen! Aber sie gehören zum Bilde jener Zeit, und das Bild wäre nicht vollständig, wenn diese Lobsprüche fehlten. Es liegt etwas Gezwungenes und Unwahres in ihnen, aber zugleich haben sie den Boden der Tatsachen unter sich. Der letzte Deutsche hatte allmählich gemerkt, wie glatt dem Kaiser auch ein unverschämtes Lob einging, wie sein Geltungswille ihn bestimmte, auf jede ihm günstige Äußerung zu achten. In dem Deutschland Wilhelms II. war die Schmeichelei zu einem unentbehrlichen Mittel der allerseits gleich hoch geschätzten Realpolitik geworden. Hinter solcher Schmeichelei stand oft genug eine verschwiegene spöttische Geringschätzung. Aber sie war Privatsache. Die offizielle Haltung war die der schmeichelnden Bewunderung, und hierin liegt die eigentliche, die größte Versündigung, deren sich die Oberschicht gegen den Kaiser schuldig gemacht hat. Anderseits aber hatte man wohl Grund zu solchem oberflächlichen Optimismus, und hatte Grund, den Kaiser zu loben.

Man hat von der „Veräußerlichung" als von einem der stärksten Merkmale der Regierungszeit Wilhelms II. gesprochen. Es mag hier unerörtert bleiben, mit welchem Rechte die Gegenwart jenen Zustand rügen darf. Es trifft indessen zu, daß unsere Lebensführung in den zwei oder drei letzten Vorkriegsjahrzehnten in schneller Folge einem neuen Wertempfinden unterworfen wurde. Das heißt nichts anderes, als daß die bewegenden Kräfte des Zeitalters ihre stärkere und allgemeinere Ausprägung fanden. Die sich mehr und mehr vordrängenden Erscheinungen: der steigende Luxus in der Lebensweise, die Zunahme der Vergnügungen und ihre Entwicklung zum Gepränge und zum Rummel, die Verflachung des Denkens und des öffentlichen Lebens, die Umwertung des Geldes zu einer sozusagen sittlichen Größe, die allgemeine Hinwendung zu einem seelenlosen Erwerbsgetriebe — alle

diese Erscheinungen gehörten dem Grunde an, aus dem dieses Zeitalter lebt. Da alle Schichten von dieser Veräußerlichung ergriffen wurden, kam sie nicht zum allgemeinen Bewußtsein. Manchmal aber wurde man ihrer unversehens inne. Als ich zum ersten Male durch Goethes Wohnhaus in Weimar ging, bemerkte ich die Einfachheit des Arbeitszimmers, in welchem dieser auf der Höhe seiner Zeit wandelnde Mann seine Tage verbracht hatte, und ich verglich sie mit der Ausstattung, die etwa ein Hamburger Bauunternehmer oder Getreidemakler seiner Wohnung gab. Da wurde ich des Weges bewußt, den wir gegangen waren.

Deutschland war so bürgerlich wie nie zuvor. Deutschland war ein Industrieland geworden. Es war aus einem Schuldnerlande ein Gläubigerland geworden. Um Hunderte von Millionen wuchs Jahr um Jahr das Volksvermögen. Es war die goldene Zeit des Bürgertums. Der deutsche Imperialismus, wie man die überseeische Ausweitung der deutschen Wirtschaftsgrundlagen nannte, war allerdings seinem Wesen nach eine Sache des ganzen Volkstums, das längst über die Kraft seines Staatsgebietes hinausgewachsen war. Aber er war am unmittelbarsten eine Sache des Bürgertums, das hier neuen Raum für gute Geschäfte fand. Dieser erzwungene Übergang zu den weltpolitischen Methoden der Westmächte, diese innige Berührung mit dem Leben der von den Westmächten durchdrungenen Welt, zog unzweifelhaft auch eine Annäherung der innenpolitischen Methoden an die der Westmächte nach sich. Die Dinge waren im Fluß, wenngleich es ein ziemlich träger Fluß war, in dem sie dahintrieben. Wir waren auf dem Wege zum „englischen System", bei dem der Souverän ein schöner alter Zierat ist, ein ehrwürdiges Symbol der Geschichte eines großen Volkstums, und bei dem die vom Parlament gewünschten Minister regieren. Mit dieser Vorstellung hatte man zwar an Eduard VII. eine harte Nuß zu knacken. Aber immerhin, das „englische System" war „Würde des Volkes", und zu diesem System schien der Weg

der deutschen Entwicklung zu gehen. Dessen war man ganz gewiß. Die Verbürgerlichung der Formen trat ja am Kaiser selbst zutage. Er zeigte sich zwar nur im Kleide des Soldaten. Aber im Wesen war er weniger Soldat als Bürger. Warum sollte ausgerechnet der Bürger sich dieser Zeit und ihrem ersten Exponenten versagen? Die Entwicklung des Linksliberalismus war so natürlich, wie nur ein politischer Vorgang sein kann.

8

Die bürgerliche Zuversicht zu einer „zeitgemäßen" Fortentwicklung des Verfassungswesens hatte auf Arbeiterseite ein Widerspiel. Die junge Arbeiterschichtung, die heute noch kein selbsteigenes politisches System hat, stand auch damals innerlich ratlos vor den Verfassungsfragen, sobald sie auf das Was? hinausliefen. Von Haus aus war sie in Beziehung auf die Form der Staatlichkeit, die sie vorfand, revolutionär aus geschichtlichem Zwange. Sie wußte, was sie nicht wollte, aber sie wußte nicht, was sie zu wollen habe. Lassalle hatte ihr in der Schrift, mit der seine Beziehungen zur Arbeiterbewegung anheben, das allgemeine Wahlrecht als die ihr gemäße Verfassungsforderung genannt. Sie hatte die Forderung aufgenommen Marx stand dem allgemeinen Wahlrecht kritisch gegenüber. Im Norddeutschen und darauf im Deutschen Reichstage war die lassallische Parole schon Wirklichkeit geworden. Als man es hatte, sah man, daß damit vorerst wenig gewonnen war. Aber darüber kam man hinweg, indem man sagte: Agitieren und wieder Agitieren, bis wir die Mehrheit der Stimmen und Mandate haben! Das eigentliche Problem stand noch im Hintergrunde, man sah es zwar nicht, aber feinfühlige Menschen fühlten, daß es da war. Es wurde auch zuweilen benannt. Aber es war nicht dringlich. Das Problem enthielt die Frage: Welches staatspolitische System ist dem Wesen der Arbeiterschichtung angemessen? Dabei handelte es sich um etwas, das viel wichtiger ist als die Frage: Monarchie oder Republik?

Als zu einer Zeit, es mag um die Jahrhundertwende gelegentlich der von Bernstein verursachten Programmdebatten gewesen sein, der Gedanke aufkam, das politische System eines von Arbeitern geführten Staates müsse der Parlamentarismus sein, da war dies völlig neu und wurde als eine bürgerliche Parole zurückgewiesen. Doch die Frage war nicht dringlich und blieb auf sich beruhen.

In Preußen kam allmählich die Frage des Wahlrechts in Fluß. Lange hatte man die Beteiligung an den Wahlen zum preußischen Landtage abgelehnt, weil unter dem geltenden Wahlgesetz kein Erfolg zu erhoffen war. Nach den Reichstagswahlen von 1903 brach man mit dieser Politik der Enthaltsamkeit. Man ging zu den Wahlen, doch blieb ein Mandatserfolg aus. Es wurde jedoch eindringlich betont, daß die stärkste Partei Preußens nicht im Landtage vertreten war.

Von nun an ruhte die Wahlrechtsfrage nicht mehr. Die Sozialdemokratische Partei hielt besondere preußische Tagungen ab, arbeitete mit Massenversammlungen und Straßendemonstrationen. Im Jahre 1908 errang sie bei den Wahlen sogar ein paar Mandate. Der Erfolg war in Groß-Berlin erzielt worden, und die Gewählten, unter denen sich Karl Liebknecht und Adolf Hoffmann befanden, entsprachen der desolaten Menschlichkeit, die den Berliner Massenversammlungen das Gepräge gab. Bei den Wahlen vom Jahre 1912 verdoppelte sich die Zahl der Mandate, und unter den Gewählten saßen neben dem Berliner Typ hochachtbare Arbeiterführer.

Man hat es oft als eine unfaßbare Verblendung angesehen, daß in der Frage des preußischen Wahlrechts nichts geschah. Ein merkwürdiger Reformvorschlag der Regierung im Jahre 1910 versank vor dem allgemeinen Unwillen. Dann war es wieder still. In der Arbeiterbewegung aber schwelte ein dumpfer, gerechter Zorn, der wie ein Pfahl im Fleische wirkte. In dieser Rückschau darf man die Frage aufwerfen: lag

der für alles Denken unbegreiflichen und unheilvollen Haltung der Regierung nicht die gleiche Ratlosigkeit zugrunde — oder spielte sie wenigstens nicht stark mit hinein — die gleiche Ratlosigkeit vor der Frage der politischen Organik, die auch der Zustand der Arbeiterbewegung vor dieser Frage war? Es ist nicht nur ein leeres Schlagwort, wenn man Preußentum und Sozialismus als Parallelen ausspricht. Gebundenheit durch den Geist, nicht durch Mehrheitsbeschlüsse: Pflicht vor dem Ganzen, nicht Freiheit des atomistischen Individuums sind hier wie dort letzter Willensinhalt. Beiden ist ihrem Wesen nach der Parlamentarismus eine Fremdheit.

Darum war der Wahlrechtskampf doch kein Kampf auf Leben und Tod. Es lebte in der Arbeiterbewegung ein Gefühl für die dunkle Problematik des Kampfes, und man empfand sie als eine gemeinsame Problematik, als eine Aufgabe, die man mit der preußischen Staatlichkeit teile. Und doch wieder bäumte sich der Geltungswille der jungen Schichtung gegen das Geldsackwahlrecht auf und riß die Massen auf die Straße zur zornigen Demonstration.

Im letzten Grunde und an der Oberfläche ist das Leben einfach, aber dazwischen, wo es mit der Zeit ringt, liegen seine dunkeln Fragen, vor denen oft die größte Staatskunst nichts anderes tun kann als: warten.

Krieg und Zusammenbruch

1

Der Zustand, in welchem uns der Krieg überraschte, zeigte an der Oberfläche jenen Optimismus, der aus wirtschaftlichen Erfolgen gekommen war, und in der Tiefe eine Spannung, die von der Bewegung des Arbeitervolkes ausging und von der niemand wußte, wie sie sich lösen würde. Ich stand damals mitten in der Gewerkschaftsbewegung und nahm gelegentlich zu den größeren Fragen der Arbeiterbewegung das Wort.

Ich darf sagen, daß ich dieser Spannung in der Tiefe allmählich bewußt wurde und über ihre Bedeutung für die Nation nachdachte. Den ersten Anstoß dazu gab mir der russisch-englische Vertrag über Persien vom Jahre 1907; ich sprach damals in meinem Gewerkschaftsblatte vom Weltverteilungssyndikat der Entente und erörterte die Frage, was der Sieg dieser von England geführten Politik für den deutschen Arbeiter bedeuten würde. Mehr und mehr empfand ich die sozialistische Parteipolitik, die sich der deutschen Machtausdehnung widersetzte und ihr durch Ablehnung der Rüstungen die Mittel verweigerte, als doktrinär verengt und den Arbeiterinteressen zuwiderlaufend. Die ökonomische und kulturelle Hebung der Lebenslage des deutschen Arbeiters stand in einem zu deutlichen Zusammenhange mit den Weltmarkterfolgen der deutschen Wirtschaft, als daß man es dauernd hätte übersehen können. Das gewaltige Anwachsen der deutschen Arbeiterschichtung stellte der deutschen Politik eine neue Aufgabe. Dieses Wachstum hatte ja längst die Grenze überschritten, die sich mit der Nährkraft des volkseigenen Bodens noch vertrug. Weltwirtschaft, das heißt Massenausfuhr deutscher Arbeitserzeugnisse, war jetzt eine Notwendigkeit geworden. Wurde uns dieser Weg verstopft, so mußten einige Millionen deutscher Arbeiter entweder auswandern oder durch Verelendung ausgetilgt werden.

Erwägungen solcher Art gingen seit etwa 1905 in den deutschen Gewerkschaften um, konnten sich aber nur langsam ausbreiten und beschränkten sich auf einen verhältnismäßig kleinen Führerkreis.

Die nationalpolitische Haltung der deutschen Arbeiterbewegung war in ihrer Tendenz bestimmt worden, als solche Zusammenhänge noch nicht vorhanden gewesen waren. Die deutsche Arbeiterbewegung hatte durch ihre aus der bürgerlich-radikalen Intelligenz stammenden Lehrer und Führer jene doktrinären und unfruchtbaren Parolen übernommen, die aus der Geistigkeit des staatsverneinenden bürgerlichen Radikalis-

mus stammten. Das waren Parolen, die nichts von der schicksalhaften Verbundenheit des Arbeiters mit seiner Staatlichkeit wußten und dem Arbeiter den Weg zu seiner geschichtlichen Bestimmung versperrten.

Gegen diese nun schon zur Tradition gewordenen Parolen anzukämpfen, war eine schwere Aufgabe. Das innere Wachsen und Reifen des Arbeiters war noch nicht so weit gediehen, daß er solche weltweiten Zusammenhänge erfassen konnte. Er traute sich in diesen Fragen noch kein selbständiges Urteil zu und blieb, ehe er sich neuen Standpunkten zuneigte, deren Richtigkeit ihm noch fraglich schien, lieber bei den alten Parolen. Das arbeitertümliche Führertum in der Gewerkschaftsbewegung war stolz auf seine organisatorischen Leistungen; an so große Dinge, wie sie in jener Fragestellung enthalten waren, wagten sich nur seine vorgeschrittensten Vertreter heran. Unberührt von jeder Augenblickslage blieb überdies das geschichtliche Revolutionärtum der neuen Schichtung. Der revolutionäre Beruf des Arbeiters stand fest — man hätte der Arbeiterbewegung jeden höheren Sinn genommen und sie zu einer kleinlichen Angelegenheit herabgewürdigt, wenn man diesen Beruf geleugnet hätte. Wie aber wollte man ihn bejahen und gleichzeitig fordern und rechtfertigen, daß sich der Arbeiter der nationalpolitischen Aufgaben der deutschen Staatlichkeit bemächtige?

Diesen Leerraum gedanklich zu überbrücken, das war die Aufgabe, die in jener Lage gestellt war. Erst wenn man sie gelöst hatte, war es möglich, den Arbeiter in die nationale Front einzugliedern und das dynamische Element seiner Bewegung im Staate selbst wirksam zu machen.

Zur Lösung dieser Aufgabe war die arbeitertümliche Führung noch nicht imstande.

2

Umso überraschender war die Haltung des deutschen Arbeiters beim Ausbruche des Krieges. Es liegt hier ein Irrtum vor, der berichtigt werden muß. Fast allgemein glaubt man, diese Haltung sei durch die Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 4. August 1914 herbeigeführt worden. Das ist falsch. Diese Haltung brach vielmehr mit Urgewalt aus den Arbeitermassen hervor. Das war ein Vorgang von einer Größe, die man herabsetzen würde, wenn man den Vorgang erklären wollte. Hier läßt sich gar nichts erklären, sondern man hat einfach anzuerkennen, daß sich mit dem ganzen Volke auch der Arbeiter erhob, und daß dieser Arbeiter über alle Doktrinen und alle Tradition der sozialistischen Bewegung hinweg die Sache des Staates ergriff. Das tat er, ohne erst eine Parole abzuwarten. Schon am 1. August war das geschehen. Am 2. August tagten bereits die Vorstände der freigewerkschaftlichen Verbände in Berlin und stellten sich mit ihren Beschlüssen auf die Seite des Staates, der jetzt in den Kampf um Sein oder Nichtsein hineinging.

In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war selbst der staatsfreudigste rechte Flügel unter der Führung von Ludwig Frank keineswegs von vornherein entschlossen, für die Bewilligung der Kriegskredite zu stimmen, sondern dachte an eine motivierte Stimmenthaltung. Erst unter dem Eindrucke jener Haltung der Arbeitermassen kam es zu der bekannten Erklärung. Abgeordnete, die ihre Reise nach Berlin in der Auffassung angetreten hatten, daß die Ablehnung der Kriegskredite gar nicht in Zweifel zu ziehen sei, wurden unter den Reiseeindrücken anderer Meinung. In Berlin aber erfuhr man die Beschlüsse der Gewerkschaften, man hörte, daß die Gewerkschaften im Lande ihre eigenen Häuser den Militärbehörden oder dem Roten Kreuz zur Verfügung stellten, und vor allem sah man dieses Berlin selber, dieses aufgeregte,

radikale Berlin, das jetzt gänzlich verwandelt und der Mittelpunkt einer gewaltigen nationalen Erhebung war. Das Volk sprach, und die Partei fügte sich.

Dies war eine Wende der deutschen Geschichte, das fühlte jeder, der dem Leben nicht gänzlich entfremdet war. Zwischen Arbeitern und Unternehmern wurde die Streitaxt begraben. Die Gewerkschaften verboten jeden Streik und ergriffen selber die Initiative zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften. Sie übernahmen die Unterstützung der zuerst beträchtlichen Massen von Arbeitslosen, wofür sie nahezu hundert Millionen Mark aufwendeten. Diese Haltung war eine gänzliche Überraschung, sie stand im Widerspruch zu allem, was vorher gedacht und gesagt war. Jene Spannung der Tiefe — sie hatte sich in dieser Erhebung entladen.

Als Wilhelm II. dieses unerhörte Ereignis sah, sagte er: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche." Das war wenig, wenn man es auf dem Hintergrunde der geschichtlichen Gesamtlage sah. Noch nie, so alt das Reich war, hatte es gegen eine solche Übermacht Krieg geführt. Noch nie hatte ein deutscher Kaiser um solche Entscheidungen ringen müssen, wie sie in diesem Kriege gestellt waren. Aber auch noch nie hatte ein deutscher Kaiser eine solche Kraft des Volkes in höchster Einigkeit den Feinden entgegenwerfen können. Und diese Einigkeit — kam sie nicht unerwartet wie ein Geschenk des Himmels? Hatte hier nicht das Volk, von welchem drei Viertel zu der unerlösten Masse des Arbeitervolkes gehörten, die Welt durch eine Tat erschüttert — und mußte diese Tat nicht durch eine andere gerechtfertigt, besiegelt, festgehalten werden? Wilhelm II. erwiderte auf diese Tat mit einem Worte, das eine Selbstverständlichkeit aussprach und in dem zweimal Ich stand.

3

Die Franzosen sprechen seit 1914 gern von politischen Wundern. Zum ersten Male taten sie es, als sie die Einmütig-

keit des deutschen Siegeswillens vor sich sahen. Sie war eine große Enttäuschung für die Welt rings um uns.

Schlagartig antwortete man in Frankreich auf diese Enttäuschung mit der republikanischen Propaganda. Diese Propaganda hatte ja ihre Geschichte. Mit ihr hatte man den Rheinbund geschaffen und das alte Reich zerstört. Die „Ideen der französischen Revolution" waren so oft wirksame Pioniere der französischen Heere gewesen. Auch diesmal stellte man sie in den Dienst des Krieges. In den ersten Augusttagen 1914 schickten die französischen Sozialisten folgenden Aufruf an das deutsche Volk in die Welt:

„Die französische Republik kämpft für die Freiheit Europas.

Die Existenz des Deutschen Reiches ist eine Gefahr für die Freiheit aller Völker.

Europa muß das Deutsche Reich zerstören, jene monströse Militärmacht, welche die universelle Versklavung anstrebt.

Das französische Volk bekämpft nicht das deutsche Volk.

Es spricht zu dem deutschen Volke· Erhebe dich gegen deine Tyrannen, im Namen deiner eigenen Freiheit und der Freiheit aller Völker.

Proklamiere die Republik in Berlin, in Dresden, in München, in Stuttgart, in Karlsruhe.

Wenn einmal das Deutsche Reich durch die doppelte Anstrengung des französischen Volkes und des deutschen Volkes zerstört ist, dann sind der Friede und die Freiheit gesichert.

In einem Deutschland, das frei geworden ist und entledigt seiner Tyrannen, wird das deutsche Volk, auf den Ruinen des militärischen Kaiserreiches, eine friedfertige Konföderation freier Republiken aufzurichten wissen; der sächsischen Republik, der bayerischen Republik, der württembergischen Republik, der badischen Republik und der preußischen Republik.

Und zu beiden Ufern des Rheins werden Franzosen und Deutsche sich als Brüder die Hände reichen.

Die Völker sind für uns Brüder und die Tyrannen die Feinde."

Weder die Methoden noch die Ziele der republikanischen Propaganda hatten sich während der hundert Jahre geändert, auch jetzt: in Frankreich Einheit der nationalen Verteidigung, in Deutschland Revolution und Auflösung des Reichs in seine Bestandteile.

Dieser Aufruf verklang nun freilich ungehört. Aber ihm folgten Propagandamaßnahmen anderer Art. Bald waren die neutralen Kleinstaaten ringsum mit Propagandastellen besetzt. Fast überall fanden sich einige deutsche Lumpazi, Deserteure und Phraseure, die sich von Frankreich kaufen ließen. Diese Art der Propaganda war vornehmlich französische Methode. England und Belgien wählten zumeist andere Wege. Der Hauptsitz der französischen Propaganda war die Schweiz, wo der sozialistische Nationalrat Doktor Brüstlein als Vertrauensmann der französischen Regierung die Instruktionen und Gelder gab. Dort saßen die Grelling, Roesemann und Stilgebauer, die für französisches Geld ihre Pamphlete schrieben und auf Schleichwegen in das Reich sandten. Eine in ähnlichem Sinne arbeitende Propagandastelle befand sich in Holland, wo ein Deserteur namens Minter, ein früherer sozialistischer Journalist, für Frankreich wirkte. Einen guten Ratgeber hatte die französische Regierung an dem elsässischen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Weill, der sich bei Ausbruch des Krieges in Paris befand und sich der französischen Regierung zur Verfügung stellte. Manche Kriegsgefangene haben schmerzlichen Anlaß, seiner zu gedenken.

Zunächst verpuffte diese Propaganda ohne merkbare Wirkung. Eine solche konnte sich erst einstellen, als der Boden in Deutschland einigermaßen günstig dafür geworden war. Solange ihr die Stimmung in Deutschland selber nicht ent-

gegenkam, konnte diese Propaganda nicht gefährlich werden. Zunächst nährte sich nur das Gemüt der radikalen Intelligenz an den Propagandaschriften, jener Intelligenz, aus welcher der Typus der Zivilisationsliteraten stammt und der auch ein Teil der sozialistischen Intellektuellen zuzurechnen ist. Drei dieser Intellektuellen, Haase, Kautsky und Bernstein, machten schon im Juni 1915 den Versuch, durch eine gemeinsame Kundgebung unter dem Titel „Das Gebot der Stunde" den deutschen Arbeiter von der nationalpolitischen Aufgabe abzuziehen. Der Versuch blieb ohne nennenswerten Erfolg.

Die Stimmung, die der feindlichen Propaganda entgegenkam, entstand allmählich im Laufe des zweiten Kriegsjahres. Sie entstand in der Hauptsache unter dem Drucke der zunehmenden Entbehrungen. Auch die Enttäuschung, welche in der Dauer des Krieges lag, schuf einen seelischen Druck, dem sich keiner entziehen konnte. Der Gedanke an die Blutopfer, die der Krieg verschlang, bohrte täglich in deutschen Hirnen. Das alles ist verständlich, weil es menschlich ist. Dieser seelische Druck von tausend Tagen und Nächten, der auf einem hungernden Volke lastete, machte die Gemüter empfänglich für die Frage nach dem Woher? und Wofür?

In dieser Zeit hatte sich auch die feindliche Propaganda von den ersten täppischen Versuchen zu festen Methoden durchgearbeitet.

Sie hatte die Frage der Schuld am Ausbruche des Krieges erörtert und mit der Feststellung beantwortet, daß Deutschland schuldig sei. Deutschland sei der Angreifer — damit berührte sie humanitäre Empfindlichkeiten, an denen in der deutschen Gefühlseigenart kein Mangel ist. Diese Geistesverfassung: ich will keinen Krieg, aber wenn ich angegriffen werde, wehre ich mich — die den Kompromiß zwischen pazifistischer Ideologie und politischem Tatsachensinn darstellt, wurde durch die Feststellung der deutschen Schuld am Kriegsausbruche in der Bejahung des Sieges-

willens wankend. Diese Methode brachte die „gerecht-denkenden" Deutschen gegen Deutschlands politische Führung auf. Deutschland trug die Schuld an der grauenhaften Menschenvernichtung! Und diese Schuld wuchs von Tag zu Tag, sie war eine Blutschuld, die das verdammende Urteil herausforderte.

Eine andere Waffe der feindlichen Propaganda war die Frage: Was will Deutschland — und was wollen die Verbündeten durch diesen Krieg erreichen?

Darauf antwortete man: „Deutschland will die Weltherrschaft. Es will die unangreifbare Vorherrschaft in Europa und von dieser Vorherrschaft aus die Herrschaft über den Erdkreis gewinnen. Es ist die brutale Macht, die furchtbare Verkörperung des Gewaltprinzips. Vor seinem brutalen Machtwillen ist nichts heilig, kein Vertrag, kein Menschenglück. Sehet, wie es die Neutralität Belgiens zerbrochen hat — diese Neutralität, die Deutschland selber vertragsmäßig verbürgt hatte! Sehet die Entfesselung des Krieges, der Millionen von Menschen vernichtet! Dieses Prinzip der Gewalt und der Rechtsverachtung ist der unheimliche Feind der ganzen Zivilisation, und es ist heilige Menschheitsaufgabe, es niederzuringen.

Wir, die Verbündeten," so antwortete die Propaganda weiter, „sind die Vertreter und Verteidiger des Rechts gegen die Gewalt. Wir verteidigen das Recht der Menschheit auf Glück und Freiheit. Wir wollen Freiheit und Gerechtigkeit auch für das deutsche Volk. Denn nicht gegen dieses Volk kämpfen wir, sondern gegen seine Regierung. Das deutsche Volk ist groß und edel und liebt die Freiheit und die Gerechtigkeit wie die Völker der Verbündeten, gegen die es jetzt in barbarischer Weise wütet. Aber das deutsche Volk ist geknechtet von einer Herrenkaste, von Militaristen und Imperialisten, Junkern und Großkapitalisten, an deren Spitze der Kaiser steht. Es entbehrt der Freiheit, welcher sich die Völker der Verbündeten längst erfreuen. Wo ist in Deutschland

Demokratie? Wo gilt in Deutschland der Wille des Volkes? Das Volk gilt in Deutschland nichts, sondern es gilt nur der Wille der Herrenkaste und der Wille des Kaisers. In diesem Kriege geht es um die Entscheidung, ob die Menschheit in der Freiheit oder unter dem Joche des Absolutismus herrschen soll. Für den Absolutismus seiner Herrenkaste blutet, opfert, hungert das deutsche Volk, für seine Knechtschaft führt es die Waffen und verwüstet die Länder seiner friedlichen und freien Nachbarvölker. Das deutsche Volk hat Frieden, Freiheit und Brot, sobald der ‚Kaiserismus' niedergezwungen ist."

Die Leiter der feindlichen Propaganda hatten nicht ohne Erfolg die oppositionelle deutsche Literatur studiert. Sie sprachen in Ausdrücken, die dem Leser der sozialistischen Presse wohlvertraut waren, und brachten Begriffe ins Spiel, deren sich die sozialistische Propaganda seit Jahrzehnten bedient hatte.

4

Wie oft ist es mir begegnet, daß mir ein Kamerad Erzeugnisse der feindlichen Propaganda zeigte und dazu sagte: „Sie haben Recht — so haben wir selber früher gesprochen." In solchen Gesprächen wurde es einem offenbar, wie groß die gedankliche Arbeit war, die hier geleistet werden mußte — die gedankliche Arbeit, die den Leerraum zwischen dem revolutionären und dem nationalpolitischen Beruf des Arbeitervolkes gefüllt hätte. Es war eine Arbeit, an der sich schon so viele versucht hatten, vergeblich versucht hatten, und die unmöglich schien.

Es muß zugestanden werden, daß diese Aufgabe, die durchaus geistiger Art war, nicht gelöst wurde. Vom Bürgertum aus warf sich Thomas Mann dem Ansturm der westlichen Geistigkeit entgegen. Seine „Unpolitischen Betrachtungen" sind (in ihrer ursprünglichen Fassung) die stärkste politisch-geistige Leistung, die wir während des Krieges erlebt haben. In der Arbeiterbewegung fehlte eine ebenbürtige geistige Potenz. Hier wäre lediglich Paul Lensch zu

nennen, der sich in jähem Wandel des Problems bemächtigte. Er sah den Gegensatz zwischen Deutschland und den Westmächten als einen Gegensatz der sozialen Organik. Im Westen sah er den Kapitalismus individualistisch ausgeprägt, in Deutschland sah er die kapitalistische Wirtschaftsform vom Eigenwillen des Staates stark beeinflußt und unterschied hiernach das englische Gesellschaftssystem vom deutschen, wobei das deutsche die höhere Form darstellte, die über das Preußentum zum Sozialismus strebte. So stellte er für Deutschland eine geschichtliche Sendung fest, die es in diesem Kriege zu erfüllen habe und die darin gipfele, das organische Gesellschaftssystem Deutschlands vor der Bedrohung durch den individualistischen Kapitalismus der Westmächte zu retten und seine Überlegenheit zu beweisen.

Diese geistreiche, in mehreren Schriften und Aufsätzen, am ausgebildetsten in dem Buche „Drei Jahre Weltrevolution" entwickelte Hypothese erweckte begreiflicherweise viel Interesse, aber eine tiefere Wirkung blieb ihr versagt. Sie war der einzige großzügige Versuch, die nationalpolitische Haltung des deutschen Arbeiters aus sozialistischem Geiste zu begründen. Was außerdem zur Lösung dieser Aufgabe geschah, war weit bescheidener schon in der Anlage. Eduard David behandelte die Frage der Schuld am Kriegsausbruche und kam mit den damals gegebenen Mitteln zu einer überzeugend wirkenden Rechtfertigung der deutschen Politik. Auch Professor Heinrich Cunow und Haenisch, der spätere preußische Kultusminister, brachten Schriften heraus, die bestimmt waren, das sozialistische Gewissen mit der nationalen Haltung zu versöhnen Von mir erschienen mehrere Schriften, die sich bemühten, die Notwendigkeit der nationalpolitischen Behauptung vom Standpunkte des deutschen Arbeiters sozialwirtschaftlich zu begründen. Sie sind mit ihren großen Auflagen nicht ohne Einfluß auf die Haltung der Gewerkschaften gewesen.

Aber das, was hier eigentlich zu leisten war, wurde nicht

geleistet. Die neue Schichtung hatte mit ihrem inneren Wachstum noch nicht den Punkt erreicht, wo sie die Aufgabe der Nation als ihre eigene hätte erfassen können. Als ich im September 1916 auf der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei den Satz aussprach: Die deutschen Armeen kämpfen nicht für die Krone der Hohenzollern, sondern für die Lebensmöglichkeit des deutschen Arbeiters, da antwortete mir aus den Reihen der Opposition ein lautes Hohngelächter.

Es kam bekanntlich nach dieser Konferenz zur Abspaltung der Opposition, die sich unter dem Namen „Unabhängige sozialdemokratische Partei" selbständig machte. Damit hatten die auf die Zerstörung des Behauptungswillens gerichteten Bestrebungen einen parteimäßig organisierten Mittelpunkt erhalten. In dieser Abstoßung hätte ein großer Vorteil liegen können, wenn der zum kämpfenden Staate haltende Teil der sozialistischen Arbeiterbewegung imstande gewesen wäre, die äußere Trennung auch innerlich zu vollziehen. Aber dazu fand er auch jetzt nicht die Kraft. Wohl fehlte es nicht an Kundgebungen, die bestimmt waren, den Widerstandsgeist der Arbeiter zu stärken. Doch diesen Kundgebungen mangelte die selbstsichere Unbedingtheit, sie bewegten sich auf der Ebene der Zweckmäßigkeitserwägungen und konnten darum wohl Diskussionserfolge erzielen, aber nicht überzeugen, erfüllen und fortreißen. Sie konnten nicht den Widerspruch auflösen, in dem die staatsbejahende Haltung zu der revolutionären Ideologie stand, wie sie die Arbeiterbewegung aus der Hand der bürgerlich-radikalen Intelligenz empfangen hatte. Dieser Widerspruch blieb, und er war die Stärke der Gegenseite, die ihre Selbständigkeit zu einer den Widerstandswillen zermürbenden Propaganda ausnutzte, welche täglich kühner um sich griff.

5

Dieser inneren Unzulänglichkeit der Arbeiterbewegung stand eine instinktlose Führung der Reichspolitik zur Seite. Die Haltung der Reichsführung während des Krieges ist ein

Schulbeispiel für das Unsicherwerden der Führung in den Zeiten eines großen Überganges. Es ist kein Vorwurf gegen die deutsche Politik der Kriegszeit weniger berechtigt als der, daß sie die geschichtliche und taktische Lage der deutschen Staatlichkeit nicht gekannt habe. Sie hat sie besser gekannt als ihre Kritiker. Man möchte sagen, sie habe sie zu gut gekannt. Aber gerade aus diesem Wissen um die große Problematik der Zeit ergab sich ihre Unsicherheit. Ihr Wissen beschwerte und lähmte sie, es erleuchtete sie nicht. Sie sah in der Arbeiterbewegung die große aufsteigende Macht, welche die Zukunft entscheiden mußte. Sie wollte diese Macht für den Staat gewinnen. Aber sie sah auch die Macht der alten Oberschicht und kannte den Widerstand, der sich mit engstirniger Unbeugsamkeit den Notwendigkeiten widersetzte, die von unten her geboten wurden. Um beide Mächte wissend lavierte die Führung des Reichs zwischen ihnen, darauf vertrauend, daß die Not helfen werde, den Widerstand der alten Oberschicht zu überwinden. Aus dieser Lage ergab sich die Politik, die als staatsmännisch weise Abwägung der widerstreitenden Kräfte und der Notwendigkeiten und Möglichkeiten gedacht war, die aber zu einer Politik der Halbheiten wurde, deren große Züge immer zu spät kamen An der deutschen Führung bewahrheitete sich das goethische Wort: Wer in schwankender Zeit schwankend gesinnt ist, der vergrößert das Übel, statt es zu heilen.

Die gleiche Instinktlosigkeit zeigte die deutsche Führung in der Art, wie sie sich draußen gegen die feindliche Propaganda wehrte. Sie glaubte der Welt beweisen zu können, daß wir keine Barbaren seien, daß man uns mit der Bezeichnung Hunnen Unrecht tue, daß wir weder moralisch noch kulturell mindern Wertes seien. In dieser schönen Absicht lähmte sie die Kriegführung, ließ Vorteile aus der Hand und nahm Nachteile in Kauf, und konnte naturgemäß nur erreichen, daß die wahnhaft gegen uns eingenommene Welt uns umso mehr haßte, je mehr wir ihren Haß ins Unrecht

setzten. Hätten wir dieser Propaganda kein Wort entgegengesetzt, aber den Krieg gewonnen, so hätte uns die Welt längst von der Kriegsschuld und den Greueln freigesprochen.

So war die Haltung unserer politischen Führung nicht dazu angetan, die feindliche Propaganda um ihre Wirkung zu bringen, weder drinnen noch draußen. Die ganze deutsche Zwiespältigkeit trug sie in ihrer eigenen Brust. Wie es dem deutschen Geiste schwer geworden ist, vor den Einflüssen von Ost und West seine eigene Art zu finden und zu behaupten, so stand auch die politische Führung des Reichs in dieser Krisis unter dem Drucke der gegensätzlichen Gewalten. Sie wußte um die Eigengesetzlichkeit der deutschen Lebensform und fand Anlaß, sie zu betonen, aber zugleich fühlte sie die Macht der Vorstellung, die in den Staaten des Westens das Vorbild für Deutschland sah. Zwischen beiden Erwägungen schwankend fand sie nicht die Kraft zum Entschluß und zur Tat. Sie bot den Anblick des Mannes, der zwischen zwei Stühlen die Wahl hat. Es gab die Möglichkeit der nationalen Diktatur, und es gab die andere der nationalen Demokratie. In jeder lag eine Idee, die stark genug gewesen wäre, das Reich über die Krisis hinwegzuführen. Die Führung des Reichs lebte ohne Idee.

6

Allmählich wuchs in Deutschland ein Zweifel an der Dauerbarkeit der gegebenen Staatsform auf. Seit der Revolution von 1848 war in Deutschland nicht über Monarchie und Republik diskutiert worden. Als die feindliche Propaganda bei Beginn des Krieges den republikanischen Gedanken nach Deutschland hineinwarf, blieb er liegen wie ein alter Bettlerschuh. Keiner achtete dieser Dinge. Vielleicht hat man in der Oberschicht mehr darauf acht gegeben. Das Volk hat sich nicht einen Augenblick darum gekümmert. Allmählich schob sich eine Fraglichkeit in die Vorstellungen hinein. Man kann ungefähr feststellen, um welche Zeit es geschah. Vom Früh-

jahr 1917 an beginnt man in den Tageszeitungen die Festigkeit des monarchischen Gedankens zu betonen. Auch in der Sozialdemokratie, wo man es bis dahin vorgezogen hatte, des Kaisers nicht Erwähnung zu tun, fängt man um diese Zeit an, über die Monarchie und Wilhelm II. zu sprechen. Heinrich Cunow äußert sich in einer Besprechung der sogenannten Osterbotschaft des Kaisers in der „Glocke" vom 14. April 1917: „Es hieße die Augen vor den gegebenen Tatsachen verschließen, wenn man bestreiten wollte, daß das Verhalten des Kaisers im Kriege den Monarchismus in Deutschland nicht geschwächt, sondern gestärkt hat ... Das mag man im Auslande nicht begreifen ... im deutschen Volke aber haben gerade die Regierungsmaßnahmen während des Krieges immer stärker die Erkenntnis gefördert, daß weit weniger der Wille des Monarchen und das monarchische Staatssystem demokratischen Reformen im Wege stehen, als der Einfluß einer mächtigen Kaste ... Das hat dem monarchischen System bis tief in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft hinein eine wesentlich andere Bewertung verschafft als früher ..." Das „Hamburger Echo" rühmte dem Kaiser nach, daß es ihm immer mit der Versöhnung der sozialen Gegensätze Ernst gewesen sei, und daß er am 4. August 1914 schöpferischen Instinkt bewiesen habe. Die Wiederkehr des alten Mißtrauens wünsche wohl weder der Monarch noch die Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratie sei nicht darauf erpicht, aus Deutschland eine Republik zu machen, und die Monarchie werde auf den Schultern der Millionen werktätiger Männer ebenso fest und sicher ruhen, wie auf den gekrümmten Rücken altpreußischer Granden.

Weder der Aufsatz Cunows noch diese Äußerung eines charaktervollen Arbeiterblattes war hintergründige Zweckschreiberei, sondern diese Worte waren durchaus ehrlich gemeint. Das gleiche gilt von der Äußerung des Abgeordneten Landsberg auf dem Parteitage in Würzburg, Oktober 1917: es sei „nicht wahr, daß starke monarchische Gewalt

ein schwaches, an Rechten armes Volk zur Voraussetzung" habe. Überhaupt war die Wirkung der erwähnten „Osterbotschaft" des Kaisers, die ein allgemeines gleiches Wahlrecht für Preußen zusicherte, trotz des zunehmenden Druckes der Nahrungssorgen sehr stark. Kurz vor dem Erlaß jener Botschaft hatte der „Vorwärts" geäußert: „Findet die Monarchie in dieser Zeit kluge Ratgeber, dann kann sie sich für alle absehbare Zeiten sichern und festigen. Sobald die Monarchie die (Verfassungs-)Wünsche des Volkes erfüllt, ist aller republikanischen Agitation der Boden unter den Füßen weggezogen. Die Frage, ob Monarchie oder Republik, würde dann noch viel weniger Diskussionsthema sein, als sie es jetzt schon ist."

So günstig diese Äußerungen für Wilhelm II. und die Monarchie lauten, so zeigen sie doch an, daß die Frage der deutschen Staatsform jetzt in das politische Blickfeld eingetreten ist. Man weist die republikanische Propaganda zurück, aber man tut es nicht ohne Anlaß: es ist das Gefühl vorhanden, daß die republikanische Propaganda der Feindstaaten, die um diese Zeit eine besondere Unterstützung durch den Präsidenten W i l s o n erfahren hatte, eine gewisse Wirkung tun könnte. Und in der Tat würde man die Lage falsch beurteilen, wenn man sich nur an diese Äußerungen hielte. Es ging auch ein anderer Geist um, und zwar in der gleichen Sozialdemokratie, in der noch im dritten Kriegsjahre solche Bekenntnisse zur Monarchie möglich waren. Die nach der Abspaltung der Unabhängigen als Mehrheitssozialdemokratie bezeichnete Partei war um jene Zeit die uneinheitlichste Partei im Reiche. Sie trug grobe Gegensätze in sich. Ihr Kampf um ihre Politik wurde gelähmt durch den Kampf um die Erhaltung ihres Besitzstandes. Aus diesem Grunde sah sie sich zu parlamentarischen und publizistischen Kundgebungen veranlaßt, die dem Widerstandsgeiste nicht weniger abträglich waren als die Unzulänglichkeiten und Übelstände, gegen die sich solche Kundgebungen wandten. Darum schwankt

das Urteil über die Haltung der Sozialdemokratie im Kriege so stark, daß einige in ihr den eigentlichen Kämpfer gegen den schleichenden Landesverrat, andere den eigentlichen Schuldigen am Zusammenbruch sehen. Sie war weder das eine noch das andere, sondern sie war voller Gegensätze, sie hatte einen national-aktivistischen Flügel, dessen äußerste Spitzen, wie etwa Lensch und Heilmann, sich mit den Alldeutschen berührten, und sie hatte eine Linke, die nur aus Taktik nicht zu den Unabhängigen ging, wohin sie eigentlich gehörte, wie etwa Löbe, der auf einer der wichtigen internen Funktionärkonferenzen im April 1917 zu Streiks und zu ihrer Politisierung aufforderte. In der Mitte und nach beiden Seiten zügelnd und abmahnend bewegten sich die um den formalen Bestand bangenden Hausväter der Partei, deren Haltung durch Ebert bestimmt wurde. Unerschütterlich fest standen nur die Gewerkschaftsführer, die, wie der Metallarbeiterführer Schlicke, lieber ihr Amt als ihre Haltung aufgaben und sich im Kampfe gegen den Landesverrat aufrieben.

7

Wie die republikanische Propaganda der feindlichen Staaten allmählich in Deutschland an Boden gewann, läßt sich urkundlich nicht nachweisen. Die Verbindung zwischen ihr und den in Deutschland für die Revolution arbeitenden Kreisen wird behauptet und ist wahrscheinlich. Die Forschung wird das noch klarstellen.

Die Feindstaaten mußten zunächst mit allen Kräften sympathisieren, die an der Auflösung des deutschen Widerstandsgeistes arbeiteten. Aber sie sahen sich zumindest im letzten Kriegsjahre zu einer gewissen Auswahl gezwungen. Ein Sieg der Spartakisten konnte ihnen nicht willkommen sein, nachdem der Verlauf der russischen Novemberrevolution offenbart hatte, daß hier ein Geist am Werke war, den die Westmächte nicht weniger verabscheuten und fürchteten als dieses Deutschland, mit dem sie auf Tod und Leben

rangen. Dagegen arbeiteten die Unabhängigen durchaus im Geiste der Westmächte und waren Hörige dieses Geistes, wie es Deutsche nur jemals sein konnten. Ihnen innerlich verbunden waren die Pazifisten und Pazifistengruppen, die am Kriege kranken Intellektuellen und die Zivilisationsliteraten, die verunglückten Diplomaten und die nicht geringe Zahl von Spekulierburschen der verschiedensten Art, die allesamt eine immerfort wachsende Betriebsamkeit entfalteten. In diesen Kreisen fanden die vielen politischen Agenten des Auslandes, die unerkannt in Deutschland arbeiteten, die bequemsten Anschlüsse und die bereitwilligsten Helfer, und von diesen Kreisen wurde dann auch der republikanische Gedanke, den die französische Propaganda unablässig nach Deutschland hereinwarf, zuerst aufgegriffen.

Bei dieser Erscheinung muß man einen Augenblick verweilen. In ihr findet eine alte, peinlich schmachvolle deutsch-französische Beziehung ihren Ausdruck. Wie der bürgerliche Radikalismus im Vormärz seine politischen Lehren und Parolen unter französischem Einfluß ausbildete, und wie am Ausgange des achtzehnten Jahrhunderts der deutsche Westen und Süden dem Geiste Frankreichs hörig wurde, so vollzog sich während des Weltkrieges, und zwar umso deutlicher und stärker, je mehr die politische Kraft der deutschen Staatlichkeit erlahmte, eine Unterwerfung deutscher Geistigkeit unter französische Losungen. Es ist eine alte Beziehungslinie, die sich in diesem Vorgange fortsetzt. Sie beginnt nicht erst mit dem Einzuge der Ideen der französischen Revolution. Schon in der Politik der französischen Ludwige, sich als Beschützer der „deutschen Libertät", das heißt: als Beschützer des Rechtes der deutschen Fürsten auf Rebellion gegen Kaiser und Reich aufzuwerfen — schon in dieser Politik Frankreichs taucht jene schmachvolle Beziehungslinie auf. Immer taucht sie auf in Zeiten deutscher Schwäche, und immer führt sie, statt zu deutscher Freiheit, zu deutscher Ohnmacht und schmachvoller Abhängigkeit.

Die Deserteure und Franzosensöldlinge in der Schweiz nannten sich schon 1915 „die Freunde der deutschen Republik" und taten den alten ehrenhaften Farben der deutschen Burschenschaft und der deutschen Freiheitsbewegung den Schimpf an, sie als Deckfarben für ihren Landesverrat zu benutzen. Das blieb so lange wirkungslos, wie das deutsche Volk noch auf einen günstigen Ausgang glaubte hoffen zu dürfen. Die Wende beginnt mit dem Eintritte der Vereinigten Staaten in den Krieg, vollzieht sich aber nicht gleichzeitig damit. Die erste Antwort des deutschen Volkes auf diesen Machtzuwachs der feindlichen Koalition ist ein neues Aufleben stärkeren Widerstandswillens, das in den mitgeteilten Äußerungen der sozialdemokratischen Presse über den Kaiser und die monarchische Staatsform zum Ausdruck kommt. Auch sonst begegnen wir in der sozialdemokratischen Presse gerade in der ersten Hälfte des Jahres 1917 entschiedenen Bekundungen des Widerstandsgeistes. Der „Vorwärts" antwortet im Juli einem englischen Arbeiterführer, der die deutschen Arbeiter zur Bereuung ihrer nationalen Haltung auffordert. „Reue hätten die deutschen Arbeiter nur dann zu empfinden, wenn sie ihr Vaterland im August 1914 gegen zehnfache Übermacht im Stich gelassen hätten."

Allmählich aber verdichten sich die Empfindungen unserer materiellen Unterlegenheit zu einem Bewußtsein der Schwäche, wobei es zweifelhaft ist, ob diese Entwicklung mehr von unten oder von oben gefördert wird. Von unten wirkten die leiblichen Nöte und das Fortschreiten der zermürbenden Wühlarbeit. Von oben wirkten herabstimmende Darstellungen der Zustände bei unseren Verbündeten. Die unklare Geschäftigkeit Erzbergers, die schwerlich jemals ihre überzeugende Rechtfertigung finden wird, taucht hier auf. Die sogenannte Friedensresolution, welche taktischen Absichten auch mit ihr verbunden gewesen sein mögen, war unzweifelhaft ein Ausdruck des Bewußtseins unserer Schwäche. Noch einmal wurde dieses Bewußtsein durch die Erfolge

der großen Angriffsbewegungen im Frühjahr 1918 zurückgedrängt. Als aber auch diese Anstrengungen nicht durchschlugen und der Angriff um Reims zu einem Fehlschlag wurde, da flutete die Hoffnungslosigkeit breit über das Land. Und jetzt begann der entscheidende politische Vorstoß auf die Haltung der Volksmassen — er begann drinnen und draußen. Die politische Führung war erschüttert, auch die militärische Führung begann jetzt unsicher zu werden. Der von der Heimat kommende Ersatz trug den Gedanken der Meuterei in das Feldheer. An der Front regnete es aus feindlichen Flugzeugen Aufrufe, die in schwarzrotgoldener Umrahmung folgenden Wortlaut enthielten:

„An die Kameraden der Westfront

Wir haben erreicht, daß folgender Befehl im französischen Heere ausgegeben wurde. Wer sich gefangen gibt und das Losungswort ‚Republik' ausspricht, wird nicht mehr als kriegsgefangener Feind behandelt Wenn er will, kann er mit uns, mit gleichgesinnten Landsleuten, an der Befreiung Deutschlands arbeiten.

An die Volksgenossen in der Heimat·

Verbreitet die Wahrheit, verbreitet diese Schrift, agitiert für die deutsche Republik!"

Der Feind rief nach der deutschen Republik! Dabei dachte er sicherlich nicht an eine Republik von der Art Frankreichs, an das „eine unteilbare Frankreich", das allen seinen Bürgern einen wehrhaften Nationalgeist zur Pflicht macht. An eine solche Republik dachte der Feind nicht, als er nach der deutschen Republik rief. Er dachte an eine deutsche Republik der nationalen Entmannung, der Selbstpreisgabe, an eine Republik der nationalen Schwäche, deren Geist nicht auf Behauptung, sondern auf Entsagung gerichtet war. Er rief nicht nach einem Volke, das in mächtiger Erhebung zur vollen Mündigkeit eine alte gescheiterte Führung beiseite drängte und unter volkhaft erneuerter Führung seine letzte Kraft einsetzte, um seine Freiheit und seine Größe zu retten und unerschütterlich neu zu begründen. Er rief nach einem Volke von der Art jener Literaten und Menschheitsprediger,

die seit hundert Jahren in Paris erschienen, um sich am Glanze der Lichtstadt zu begeistern und dem französischen Genius mit dem Bekenntnis der deutschen Unterwertigkeit zu huldigen. Der Franzose tat nur, wovon er sich nach der geschichtlichen Erfahrung Erfolg versprechen konnte.

8

Man muß zur Abrundung des Bildes noch einen Blick auf die Haltung des deutschen Bürgertums werfen. Hier hatte der Krieg zunächst eine vielseitige Literatur hervorgerufen, die, soweit sie politischer Art war, mit einem deutschen Siege rechnete und dessen Auswertung behandelte. Dabei überwog die Ansicht, daß Deutschland Gebietsvergrößerungen, teils Hinausrückung seiner Landesgrenzen, teils Vergrößerung seines Kolonialbesitzes, vornehmen müsse. In dieser Literatur entlud sich das deutsche Kraftgefühl. Man sah in diesem Kriege den Durchbruch der Deutschen zum Weltvolk. Darum richtete sich der Kriegs- und Siegeswille vornehmlich gegen England. Man kämpfte nicht um die West- oder Ostmark, sondern um die Geltung in der großen Welt. Aus diesem Gefühl brach der Haß gegen England hervor, dem Lissauers Haßgesang Ausdruck gab. Aus der gleichen Auffassung entstanden große raumpolitische Planungen, wie sie in der Denkschrift Erzbergers vom Oktober 1914 enthalten waren und wie sie in einer Denkschrift „der sechs Wirtschaftsverbände" entwickelt wurden. Deutschland hat keine Ursache, sich dieser damaligen Planungen zu schämen, auch hat keine politische Partei ein Recht, obwohl es verschiedentlich in Anspruch genommen wird, diesen Drang zur Größe als Torheit oder Verbrechen anzuklagen. War solcher Drang eine Sünde, so sind alle Parteien dieser Sünde schuldig. Wollen wir der Wahrheit und uns selbst getreu bleiben, so müssen wir bekennen, daß unser Volk im Gefühl seiner Raumnot ganz allgemein Gebietserweiterungen wünschte. Auch die politische Linke

wünschte sie, und insbesondere die Gewerkschaftsführer hegten sehr weitgehende Wünsche, wenn sie es auch nicht für zweckmäßig hielten, sie öffentlich zu äußern, ehe sie erfüllt werden konnten.

Zunächst machte die Haltung des deutschen Bürgertums den Eindruck der Einheitlichkeit. Gegen Ende des ersten Kriegsjahres begannen sich Unterschiede herauszubilden, die von der Innenpolitik her kamen. Das Wort von der „Neuorientierung" begann die Geister zu scheiden. Man kann von einem Gegensatz liberaler und konservativer Politik sprechen, nur muß man hinter diesen Worten nicht mehr suchen als zwei Geistesverfassungen von einer gewissen Typenhaftigkeit, die sich in der Stellungnahme zu den politischen Fragen ausdrückte. Beide Strömungen sahen sich bald in die Opposition zur politischen Führung des Reiches gedrängt. Beide erkannten die Unzulänglichkeit der gegebenen Führung. Ihr Gegensatz lag im Bereich der Wahlfrage, vor welcher die deutsche Politik stand: nationale Diktatur oder nationale Demokratie? Die konservative Strömung hatte sich in der Vaterlandspartei eine rührige Organisation geschaffen, die liberale Strömung stand dem Volksbunde für Freiheit und Vaterland nahe, ohne jedoch mit diesem völlig gleichbedeutend zu sein.

In der Vaterlandspartei, die eine preußische Gründung war und im wesentlichen auf Preußen beschränkt blieb, wuchs, hinter vernehmbar betonter Königstreue, eine dem Kaiser abgeneigte Stimmung auf, die ihrem Wesen nach mit der früheren ablehnenden Haltung der Alldeutschen eng verwandt war. Diese Stimmung mußte infolge der innenpolitischen Zugeständnisse, zu denen sich der Kaiser veranlaßt sah, an Umfang und Stärke gewinnen. Es ist nicht zu viel gesagt, daß gerade hier das Ansehen Wilhelms II. die größte Einbuße erlitt.

Aber auch in der liberalen Strömung brach im vierten Kriegsjahre ein starker Unwille gegen die politische Führung

hervor, der sich zwar in der Form besonders gegen die „Beamtenregierung" richtete, aber in der Sache ebenfalls auf den Kaiser zielte. Jedoch auch hier ein Festhalten an der Monarchie, eine Abweisung der republikanischen Agitation. Für diese Strömung ist die Haltung Max Webers bezeichnend, der als ihr vornehmster Wortführer gelten darf. In seinem Lebensbilde, von seiner Gattin Marianne Weber verfaßt, heißt es über ihn „Weber gilt an sich die monarchische Staatsform als die zweckmäßigste, weil sie die Spitze der Regierung dem politischen Konkurrenzkampfe entrückt und eine gewisse Stetigkeit des Kurses und Unabhängigkeit der Regierung von den Parteien gewährleistet. Auch hält er den Fortbestand der deutschen Einzeldynasten aus kulturpolitischen Gründen für erwünscht" In Webers eigenen Worten, wie er sich brieflich mitteilte, spricht sich sein Standpunkt schärfer aus: „Keinen Schuß würde ich tun und keinen Pfennig Kriegsanleihe zeichnen, wenn dieser Krieg ein anderer als ein nationaler wäre, wenn er die Staatsform beträfe, womöglich ein Krieg dafür, daß wir diese unfähige Dynastie und das unpolitische Beamtentum behalten. Die Staatsform ist mir völlig wurst . . Staatsformen sind für mich Techniken wie jede andere Maschinerie Ich würde ganz ebenso gegen das Parlament und für den Monarchen losschlagen, wenn dieser ein Politiker wäre oder zu werden verspräche"

Man darf jedoch diesen Stimmungen und Verstimmungen an sich keine entscheidende Bedeutung beimessen Da sie einmal vorhanden waren, spielten sie in den letzten Ablauf der Ereignisse mit hinein und wirkten hier in bescheidenem Maße auf den Ausgang hin, den die Dinge schließlich nahmen. Aber eine Kraft, die selbständig eine Entscheidung hätte herbeizwingen können, wohnte diesen Strömungen und Stimmungen nicht inne. Es bleibt festzuhalten, daß auch in dieser Krisis das deutsche Bürgertum von sich aus keine Entscheidung herbeizuführen vermochte Das gilt für seine liberale

wie für seine konservative Strömung. Der monarchisch verkörperte Staatswille war auch jetzt noch in der Vorstellung des Bürgertums die überlegene Macht. Man sträubte sich gegen die Einsicht, daß dieser Wille längst von dem Gefühl der Unsicherheit zermürbt und schwach geworden war. In Wirklichkeit gab es in Deutschland keine Macht mehr, die das Bewußtsein der letzten Verantwortlichkeit in sich trug und aus diesem Bewußtsein handelte. Kaiser und Reichstag, Oberste Heeresleitung und Reichsregierung standen willentlich getrennt an ihren Stellen, in jedem lebte das Bewußtsein einer Verantwortlichkeit, aber in jedem war dieses Bewußtsein durchlöchert von der Existenz der anderen Machtträger, und diese anderen wurden von jedem als Hemmung, ja als Gegenspieler empfunden, und so trug jeder in seiner Vorstellung nur eine Teilverantwortlichkeit, die ihn von der ganzen und letzten Verantwortlichkeit freisprach Hier wurden die Gefahren des Überganges zum Verhängnis: wir hatten nicht eine neue Macht geschaffen, wir hatten eine alte aufgelöst.

9

Als in dieses Wirrsal der wollenden Willenslosigkeit die Forderung des Feindbundes hineinstieß, da mußte sich die Schwäche unseres Zustandes offenbaren.

Wilson war, seitdem sich die Vereinigten Staaten dem Ringe der Koalition eingefügt hatten, zum ersten Wortführer der Feindmächte aufgerückt. Willig ließen die Staatsmänner der Entente diesem Manne den Vortritt, der ihnen die unverbrauchten Kräfte des größten Staatswesens der Zivilisation zugeführt hatte. Begeistert begrüßten die Völker den Mann, der ihre Hingegebenheit an die Sache der Westmächte mit seiner neuartigen Pathetik rechtfertigte. Nur so konnte seiner ebenso anspruchsvollen wie ahnungslosen Mittelmäßigkeit zeitweilig ein so hoher Rang zufallen. Daß

auch viele Deutsche sich in Bewunderung und Verehrung an ihn herandrängten, bleibt ewig ein Zeugnis dafür, wie schwach der historisch-politische Instinkt in unserm Volke entwickelt ist.

Bei Beginn des Krieges hatte Wilson auf einen Brief Wilhelms II. „wie ein Freund dem Freunde" geantwortet. Nach dem Abbruche der diplomatischen Beziehungen und noch mehr nach der Kriegserklärung hatte er sich in allmählicher Steigerung seiner Ausdrucksweise zum Weltkampfe gegen die „barbarische Autokratie" der Deutschen bekannt. Er fühlte sich als Anwalt des Weltgewissens, den eine höhere Macht berufen hatte, die absolute Gerechtigkeit in aller Welt zum Siege zu führen. Seine Mittelmäßigkeit, durch die Fülle der Macht, über die sie verfügte, in Unordnung geraten, macht die Annahme möglich, daß er selber an seine Ideen geglaubt hat.

An Wilson richtete die Reichsregierung am 6. Oktober 1918 das Ersuchen um Anbahnung eines Waffenstillstandes. In seiner Antwort vom 8. Oktober stellte er am Schlusse die Frage, „ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spreche, die bisher den Krieg geführt haben", und fügt hinzu, daß „die Antwort auf diese Frage von jedem Standpunkte aus außerordentlich wichtig" sei.

Die Frage war noch ziemlich vorsichtig gefaßt. Immerhin konnte nicht übersehen werden, daß der Wortführer der Feindmächte hier den Anspruch anmeldete, in Angelegenheiten der deutschen Verfassung hineinzureden. Die Reichsregierung beantwortete in ihrer Note vom 12. Oktober die Wilsonfrage dahin, die jetzige Regierung sei „durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages gebildet", und der Reichskanzler spreche „im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes".

Über den Punkt, auf welchen die Wilsonfrage zielte, konnte man, wenn man sich der Wilsonschen Reden erinnerte,

schwerlich im Zweifel sein. Die Frage hatte naturgemäß die Wirkung, daß nun Erörterungen und Forderungen ans Licht traten, die bis dahin nur unter der Oberfläche gelebt hatten. Vorsichtig zunächst nur und vereinzelt wurde von der Abdankung des Kaisers gesprochen. Unabhängige und Spartakisten trugen ihre Propaganda aus dem Dunkel geheimer Zusammenkünfte in die großen Säle und auf die Straße. Man wagte nichts mehr dagegen zu tun und war froh, wenn nur die äußere Ordnung leidlich aufrechterhalten blieb. Die letzte Auflösung hatte begonnen. Die erste, noch vorsichtige Aktion der Feindmächte stürzte die alte Führung in Ratlosigkeit und in jene Stimmung, die alles preiszugeben bereit ist, wenn nur ein einziger eigener Rest gerettet werden kann.

Am 15 Oktober, „in einer schlaflosen Stunde nach Mitternacht", schreibt der letzte Kanzler des alten Reichs, Prinz Max von Baden, aus Berlin an seinen Großherzog: „Heute noch hoffe ich, den Kaiser und die Dynastie Hohenzollern zu retten; aber dies allein erfordert einen Aufwand an Geist und Seelenstärke, der einen ganzen Mann in Anspruch nimmt. Die Konservativen sprechen ganz offen von seiner Abdankung. Gottlob, daß ich in den Sozialdemokraten Männer auf meiner Seite habe, auf deren Loyalität wenigstens gegen mich ich mich vollkommen verlassen kann. Mit ihrer Hilfe werde ich hoffentlich imstande sein, den Kaiser zu retten. Welche Ironie des Schicksals"

In der Tat leistete die Sozialdemokratie gerade jetzt dem Radikalismus einen Widerstand, der die landläufige Legende von der „verräterischen Haltung der Sozialdemokratie" ins klarste Unrecht setzt. Dieser Widerstand darf weder verschwiegen noch vergessen werden, wenn man von Herkunft und Ursprung der deutschen Republik spricht, weil sich in ihm der Gegensatz zwischen arbeitertümlicher und bürgerlich-radikaler Staatsauffassung ausdrückt. Dieser Widerstand war weiter wirksam. Er kapitulierte auch nicht vor den folgenden, deutlicheren Winken Wilsons.

In seiner zweiten Antwortnote vom 14. Oktober will Wilson „keine Möglichkeit eines Mißverständnisses“ in dieser Frage offen lassen und bringt darum der Reichsregierung den Wortlaut seiner Friedensbedingungen in Erinnerung: „Vernichtung jeder willkürlichen Macht überall, welche es in den Händen hat, allein, geheim und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, oder, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht.“ Die bisher in Deutschland regierende Macht sei von der hier beschriebenen Art. Die deutsche Nation stehe nun vor der Wahl, ob sie dies ändern wolle. Er müsse jedoch erklären, „daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und dem befriedigenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, welche in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können“.

Ton und Inhalt dieser Note gaben der in Deutschland noch etwa vorhandenen Zuversicht den Rest In dieser Zeit erreichte der Einfluß der von der Schweiz herüberwirkenden Propaganda seinen Gipfelpunkt. Dort hatten sich außer jenen von Frankreich bezahlten Landesverrätern auch andere Deutsche angesammelt, Menschen, deren Ehrlichkeit nicht anzuzweifeln ist, wie etwa der Dichter Fritz v. Unruh, der noch zwei Jahre früher dem Kronprinzen seinen Ehrgeiz bekannte, der Shakespeare der Hohenzollern zu werden, und jetzt von Zürich aus die Reichsregierung aufforderte, sich dem Willen der Feindmächte zu ergeben; oder wie etwa Otto Bauer, der radikal-sozialistische Parteiführer aus Wien, der durch die „Basler Nationalzeitung“ sein eigenes unbedingtes und unbegrenztes Vertrauen in den Edelmut Wilsons auf das deutsche Volk übertragen wollte. Nach der zweiten Antwortnote Wilsons erhob sich aus diesen Kreisen der Vorwurf. warum Kaiser und Kronprinz den Wink Wilsons nicht verstanden hätten?

und warum die öffentliche Meinung Deutschlands nicht auf diesen Kern der Wilsonschen Forderungen eingehe?

Am 16. Oktober beschäftigte sich eine Kabinettssitzung mit der Lage und erörterte insbesondere die Möglichkeit, den Forderungen der zweiten Wilsonnote zu entsprechen. Man war nicht einig, ob Wilson die Abdankung des Kaisers fordere. Haußmann nahm das an und verwies auf die Erörterungen im Lande. Scheidemann deutete die Note anders und glaubte, daß Wilson nur eine Verminderung der Kronrechte im Auge habe und den Deutschen Kaiser in eine Stellung gebracht sehen wolle, wie sie der König etwa in Italien oder Belgien oder in den nordischen Ländern innehabe; im übrigen sei es schmachvoll, daß man die Verfassungsänderungen jetzt unter dem Drucke des Feindes vornehmen müsse.

Am 21. Oktober konnte die Reichsregierung auf die zweite Wilsonnote erwidern, daß in der deutschen Verfassung „ein grundlegender Wandel" eingetreten sei: „Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstages gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers vor der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstage ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reiches dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist. Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruht aber nicht nur in den gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen

Reformen steht und deren energische Fortführung fordert. Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes."

Aus Wilsons Antwort auf diese Eröffnungen mußte sich nun ergeben, wohin er wirklich zielte. Diese Antwort, datiert vom 23. Oktober, wurde am 24. Oktober in Deutschland bekannt, an einem der Tage, wo sich der Reichstag mit der ersten parlamentarisch gebildeten Regierung auseinandersetzte, sie wurde bekannt in jenem kritischen Augenblicke, der durch das Auftreten der Polen, durch die Erklärungen der elsaß-lothringischen und des dänischen Abgeordneten im Deutschen Reichstage gekennzeichnet ist

Wilson sagte, es hänge jetzt der Weltfriede davon ab, „daß klar gesprochen und aufrichtig und gerade gehandelt" werde. Er wolle nicht versuchen, „Worte, die schroff klingen, zu mildern", sondern aussprechen, „daß die Völker der Welt kein Vertrauen in die Worte derjenigen setzen können, die bisher die Beherrscher der deutschen Politik gewesen sind". Die Vereinigten Staaten würden „mit keinen anderen als wahrhaften Vertretern des deutschen Volkes verhandeln". Dann folgte der entscheidende Satz der Note: Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten „mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten Deutschlands verhandeln muß, oder der Wahrscheinlichkeit nach später mit ihnen zu verhandeln haben wird in bezug auf internationale Verpflichtungen des Deutschen Reiches, dann muß sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Übergabe fordern. Nichts kann dadurch gewonnen werden, daß man diese wesentlichen Dinge unausgesprochen ließe".

Jetzt konnte es keinen Zweifel mehr über Wilsons Absichten geben. Hier wurde dem deutschen Volke gesagt: beseitigt den Kaiser, dann gewähren wir einen guten Frieden. Unter diesem Drucke zerbrach nun schnell der letzte Wille zum Widerstand im Volke.

10

Einige Tage erwog die Reichsregierung, ob es nicht besser sei, durch eine offene Zurückweisung der Wilsonschen Zumutung die Verhandlungen abreißen zu lassen und das Volk zum letzten Widerstande aufzurufen. Aber in diesen Tagen jagte das Wilsonwort durch das Reich. Tausend und aber tausend Zungen wiederholten es. Die Berichte über die Wirkung dieses Wortes lähmten die zwischen Tat und Entsagung schwankende Reichsregierung. Noch hielt sich die Presse zurück. Doch am 25. Oktober war es auch damit vorbei. Die „Frankfurter Zeitung" forderte als erste deutsche Zeitung die Abdankung des Kaisers Auch jetzt noch suchte sich die Sozialdemokratie vor der Massenstimmung zu behaupten, über welche Unabhängige und Spartakisten täglich mehr Macht gewannen. Scheidemann, der wichtigste politische Vertrauensmann im Kabinett, hielt noch unentwegt an seiner Absicht fest, „um die Abdankung des Kaisers herumzukommen"

Es hing jetzt alles davon ab, ob die Sozialdemokratie dem Drängen der in Bewegung gebrachten Massen gewachsen war. Sie war jetzt der letzte Schutzwall des deutschen Kaisertums. Das war nicht eine Ironie der Geschichte, sondern es schien eine zu sein. Eine Ironie, ein Widersinn, eine Umkehrung der natürlichen Beziehungen schien dieser Vorgang dann, wenn man die Erscheinungen der Oberfläche betrachtete und keinen Sinn für tiefere geschichtliche Zusammenhänge hatte. In den letzten Beziehungen zwischen dem deutschen Kaisertum und der deutschen Arbeiterbewegung wirkten solche geschichtlichen Zusammenhänge, es wirkte hier

ihre gemeinsame Herkunft aus dem Mutterboden des Volkstums. Diese volkhafte Herkunft hatten sie gemein, und diese Gemeinsamkeit verband sie in der Abwehr des volksfremden Republikanertums. Nicht Nützlichkeits- und Zweckmäßigkeitserwägungen bestimmten diese Haltung der Sozialdemokratie, sondern das Gefühl für das Geschichtliche, die Ehrfurcht vor der tausendjährigen Geschichte des deutschen Kaisertums, vor einer Geschichte, in die jetzt die Arbeiterbewegung hineinwuchs und deren Traditionswerte sie nicht missen wollte. Darum war die Haltung der Sozialdemokratie in diesen letzten Tagen des Kaiserreichs nicht eine Ironie des Schicksals, sondern sie war echteste deutsche Geschichte.

„Manche von uns geben einer demokratischen Monarchie den Vorzug," hatte David aus seiner Fraktion noch am 5. November dem Kanzler berichtet, und noch am 8. November hatte sich diese sozialdemokratische Fraktion des Reichstages nicht für die Republik, sondern für eine Regentschaft ausgesprochen. Eine solche Stärke hatte der Gedanke des deutschen Kaisertums noch vierundzwanzig Stunden vor seiner völligen Preisgabe. Durchaus richtig stellte Scheidemann die Verantwortlichkeiten und die Herkunft des republikanischen Gedankens fest, als er darauf verwies, daß nicht seine Partei, sondern die bürgerlich-radikale Presse den Kampf gegen den Kaiser eröffnet habe.

Am frühen Morgen des 9. November fiel die Entscheidung. Im Kabinett wartete man auf die Abdankungserklärung des Kaisers, wartete auf sie seit zwei oder drei Tagen. Lief sie ein, ehe die Unabhängigen und Spartakisten den Mut fanden, die ihnen folgenden Massen zum Generalstreik aufzurufen und auf die Straße zu bringen, so blieb dem Kabinett die Möglichkeit, die in Aussicht genommene Lösung durchzuführen, das heißt einen Regentschaftsrat einzusetzen. Das wäre die Beibehaltung der Monarchie unter dem Hause der Hohenzollern gewesen.

Als der Kaiser der Entscheidung auswich, sahen sich die Mehrheitssozialisten vor die Entscheidung gestellt. Sie trafen sie, als am Morgen des 9. November keine Abdankungserklärung eingegangen war. Sie beschlossen, nun ihrerseits zum Generalstreik aufzurufen. Diesen Beschluß teilten sie unverzüglich den Arbeitern in den Großbetrieben mit und traten mit den Unabhängigen in Verbindung, um mit ihnen gemeinsam die Bewegung zu führen und die Lösung zu suchen.

Die Mehrheitssozialisten faßten ihren Entschluß nicht in voller Freiheit. Sie riefen zum Generalstreik auf, damit nicht die Unabhängigen und Spartakisten dazu aufriefen. Sie wußten, daß diese Absicht bestand. Sie wußten, daß der Aufruf schon für den 4. November geplant gewesen und aus einem letzten Zweifel am Gelingen um einige Tage hinausgeschoben worden war. Sie wußten, wenn sie es nicht taten, so würden es die Unabhängigen und Spartakisten tun. Dann aber mußte die Bewegung sich auch gegen die Mehrheitssozialisten als gegen die Teilhaber am „alten Regime" richten und, wenn sie siegreich war, über sie hinweggehen. Die Mehrheitssozialisten, die Gegner der Revolution, riefen jetzt selber zur Revolution auf. Die Revolution, die sie nun für unvermeidbar hielten, sollte *ihre* Revolution, nicht die Revolution der Spartakisten und Unabhängigen sein. Das war der Sinn dieses Beschlusses. *Ledebour* hat diese Handlung später in seinem Strafprozeß dahin beurteilt, daß die Mehrheitssozialisten den wirklichen Revolutionären die Revolution listig gestohlen hätten.

Die Wirkung war zunächst so, wie die Mehrheitssozialisten gehofft hatten. Sie konnten nun von den revolutionären Gruppen nicht ausgeschaltet, nicht an die Seite geschoben werden. Die Revolutionäre, die sich zum Kampf auch gegen die Mehrheitssozialisten gerüstet hatten, mußten es geschehen lassen, daß diese Mehrheitssozialisten sich an die Spitze der Revolution stellten. Die Revolutionäre fühlten sich betrogen und sahen sich in einer fragwürdigen Lage. Aber im Augen-

blick konnten sie nichts anderes tun, als sich der Revolution anzuschließen, wenn auch mit dem Vorbehalt, sie in ihre Hand zu bekommen. So gehörten auch sie zu den Massen, die dem bisherigen kaiserlichen Staatssekretär Scheidemann zujubelten, als er am Nachmittage des 9. November von einem Fenster des Reichstagsgebäudes aus die deutsche Republik ausrief.

Der Deutsche mit wachem Gefühl für die Geschichte seines Volkstums kann nicht ohne schmerzliche Bewegung auf diesen Ausgang des deutschen Kaisertums blicken, dem selbst die Weihe menschlicher Größe versagt blieb, und es mag wohl sein, daß gerade das Erlebnis dieses schmachvollen Ausganges dereinst Willenskräfte von besonderer Fruchtbarkeit aus unserem Volke hervortreibt. Denn mit einem solchen Erlebnis kann ein großes Volk nicht dauernd durch die Zeit gehen. Je größer die Schmach ist, die einem Volke angetan ward, umso sicherer wird es dazu kommen, daß sich sein Ehrgefühl, das ja ein natürlicher Teil volkhaften Lebenswillens ist, erhebt, um jenem Erlebnis der Schmach das Gegengewicht einer im geschichtlichen Sinne ehrenhaften Tat zu schaffen.

Der 9. November schuf eine neue Lage. Die alte Staatlichkeit war dem von außen gelenkten Drucke der Massen gewichen. Nicht volkhaftes Wachsen und Reifen hatte die alte Staatlichkeit überwunden, sondern der äußere Feind mit seiner Übermacht. Diesen Sieg hatten die Feindmächte errungen, indem sie das deutsche Arbeitervolk ihrem Vernichtungswillen dienstbar machten. Das hatte ihnen nur gelingen können, weil im Geistigen des deutschen Arbeiters jene Lücke zwischen der ihm überkommenen revolutionären Ideologie und seinem nationalen Beruf klaffte. Diese revolutionäre Ideologie, durch bürgerlich-radikale Intelligenz verfälscht und zur Staatsverneinung geformt, hatte die gänzliche Verbindung des Arbeiters mit den Aufgaben der Staatlichkeit verhindert. Durch diese Lücke hatten jene Einflüsse in

den deutschen Arbeiter eindringen können, die ihn der Sache des Staates entfremdeten. Die Geschichte hatte den deutschen Arbeiter vor eine unsagbar schwere Aufgabe gestellt, ehe er dieser Aufgabe geistig gewachsen war. Jetzt hatte das Übermaß der Leiden ihn überwältigt, und nun erhob er sich nicht für den Staat, um unter neuer Führung zu retten, was entflammte Leidenschaft noch retten konnte, sondern er streckte die Waffen vor dem Geiste der Staatsverneinung. Nicht der Wille zu einem erneuerten, einem höheren, stärkeren Staat brach hier durch, sondern der Wille zum Nichtstaat. Kein Wollen, sondern ein Nichtwollen führte den Zusammenbruch herbei. Diese Novembererhebung konnte einen Staat zerstören, aber sie konnte keinen errichten. Welcher Art der neue Staat sein mochte, — seine Schöpfer mußten sich zuerst mit der Macht des Unstaates auseinandersetzen.

Drittes Kapitel

Behauptung

Erster Zustand

1

Die Härte der Waffenstillstandsbedingungen entsprach dem Zustande der Ohnmacht des Landes. Vom Lande aus war weiterer Widerstand unmöglich. Hätte Wilson wirklich, wie er gedroht, die Übergabe gefordert, so hätte das Land auch die Übergabe zugestanden. Aber die Waffenstreckung war dem deutschen Feldheere erspart geblieben. Nicht die Politik, sondern nur der Ruf seiner Taten hatte das Feldheer vor diesem Äußersten bewahrt.

Auch drüben war man müde, und die großen Worte konnten das nicht verbergen. Man wußte drüben, daß der Sieg, den man feierte, kein Soldatensieg war, daß man ohne die Hilfe des Hungers noch lange nicht am Ende wäre und daß man den Sieg, neben dem Hunger, dem moralischen Gifte zu danken hatte, das man dem entkräfteten Volkskörper hatte beibringen können.

Wohl konnte der Soldat drüben auf seine Leistungen stolz sein. Es mußten ihn Hochgefühle durchströmen, nun er diesen furchtbaren Krieg bestanden hatte. Aber auf den Sieg konnte er nicht stolz sein, und er war es auch nicht: die schwungvollen Reden, mit welchen man den Sieg feierte, wurden von Gewinnern gehalten, nicht von Helden. Der Soldat drüben fühlte, daß die größere Ehre bei dem sieglosen grauen Feldheere der Deutschen war. Denn Ehre ist kein äußeres Ding. Sie haftet nicht am Siege. Ehre ist keine Sache, sondern ein Wert. Der Soldat auf der anderen Seite fühlte, daß der höhere Wert in der deutschen Leistung lag, weil sich hier eine kleinere Zahl mit geringerer Rüstung und bei schlechterer Pflege vier Jahre lang gewehrt und behauptet hatte. Er fühlte diese höhere Ehre trotz des Siegeslärms, der ihn umbrauste. Er fühlte den Unterschied zwischen Ruhm und Ehre. Ruhm ist Geschrei und Gerede, ist Musik und Fahnen-

schwenken, ist Prunken und Protzen Ehre aber ist ein schwei gendes Gefühl.

Der Ruhm war drüben. Aber die Ehre zog mit dem ein samen grauen Heere in die arm gewordene Heimat.

Der Geist dieses sieglos heimkehrenden Feldheeres wa das Beste, was dem deutschen Volke noch geblieben war Es war der Geist entsagungsvoller Pflichterfüllung

Welcher Unterschied zwischen diesem Geiste und jenen anderen, der sich jetzt im Lande breitmachte! Fort mit dei Achselklappen! Hinunter mit der Nationalkokarde! Weg mi jedem Zeichen staatlicher Hoheit! So wirft ein Volk, wem es in schwerster Prüfung unterliegt, das letzte Selbstbewußt sein fort. So wirft es sich in der Wollust eines herrenlo gewordenen Knechttums dem neuen fremden Herren vor di Füße. Die Wut der Knechte gegen alles, was Widerstan und Selbstachtung bedeuten konnte, fegte durch Deutschland Bei dieser Geistesverfassung konnte es geschehen, daß sic die Deserteure in Berlin organisierten und der neuen Re gierung ihre Forderungen stellten. Und es konnte geschehen daß die Marine ihre Abfahrt zur Auslieferung der Kriegs schiffe mit festlichen Gelagen bei Paukenschlag und Trink sprüchen feierte. Und das alles und viel mehr war möglic bei dem selben Volke, das bei Kriegsausbruch sich erhobe hatte in nie erlebter Eintracht und Größe.

2

In Deutschland dachte man an einen Friedenskongreß und in den Ämtern bereitete man die Verhandlungen vor Man dachte an ein ähnliches diplomatisches Konzil, wie e vor hundert Jahren in Wien zum Abbau des Napoleonis mus gehalten worden war. Voller Hoffnung erinnerte ma sich der Rolle, die der Vertreter des besiegten Frankreic dort gespielt hatte.

Aber dabei achtete man nicht der Veränderung, die sic im Wesen der Staatengesellschaft vollzogen hatte. In Wie

hatten Dynastien verhandelt. Die europäische Fürstenfamilie hatte dort ihren häuslichen Streit geschlichtet. Dabei hatte der Vetter den Vetter zu überlisten gesucht. Jeder hatte nach einem guten Ausgang für sich getrachtet und gegen den andern die diplomatischen Künste der Zeit spielen lassen. Aber keiner war dem andern ans Leben gegangen. Wäre Napoleon nicht der Plebejer aus Korsika gewesen, sondern ein Bourbone oder Oranier, niemals hätte man ihn auf St. Helena lebendig begraben. In dieser unsichtbaren aber tatsächlichen Verbundenheit der europäischen Dynastien hatte sich so etwas wie eine Kultursolidarität der europäischen Staaten ausgedrückt.

Aber diese Welt war versunken Das neunzehnte Jahrhundert hatte eine andere Welt emporgetragen. Die Welt der Dynastien war, soweit es noch Dynastien gab, zu einem Schein geworden. Die Wirklichkeit bestand aus Staatsvölkern, aus Nationen. Die Nationalstaaten, deren Bildung sich im neunzehnten Jahrhundert vollendete, verkörperten nicht nur eine höhere Form volklicher Lebensgestalt, sie bedeuteten zugleich die Überwindung der dynastischen Traditionen, zu denen auch jene unausgesprochene Solidarität gehörte. In diesem neuen Europa war die Luft dünner und kälter. Mochten auch die Akten der Diplomatie noch in dem alten verbindlichen Stil der Vergangenheit geschrieben sein, so war doch die Politik von anderen Kräften bewegt. Die Politik war, seitdem sie aufgehört hatte, eine Politik der Dynastien zu sein, nicht verbindlicher, nicht friedfertiger, nicht humanitärer geworden. In etwa dem gleichen Maße, wie die Machtmittel der Staaten gewachsen waren, waren die Ziele ihrer Politik größer, waren die politischen Methoden brutaler geworden Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß mit der Überwindung des dynastischen Prinzips etwas für den Frieden, für die Gesittung, für die Humanität gewonnen worden wäre. Nie haben die Völker Europas mit solch leidenschaftlichem Hasse gegeneinander gekämpft wie im

Weltkriege. Der Eintritt der Völker in die Politik, die sogenannte Demokratisierung der Politik im Kleinen wie im Großen, hat nicht die Schärfe der Gegensätze, hat nicht die Leidenschaft der Kämpfe gemildert Das Gegenteil ist eingetreten.

Darum mußte die Hoffnung auf einen Friedenskongreß nach der alten Art betrogen werden. Dessen wurde man sich in Deutschland allmählich bewußt, als der Notenwechsel mit Wilson vor sich ging, und erkannte es, als man die Waffenstillstandsbedingungen erfuhr. Deutschland mußte die Kriegsgefangenen sofort in ihre Heimatländer entlassen. Die kriegsgefangenen Deutschen aber hatten weiter in der Gefangenschaft zu schmachten. Deutschland wand sich vor Hunger Aber die abschnürende Blockade blieb bestehen. Deutschland harrte der Dinge wie ein Verdammter des Gerichts.

3

Nirgends hatte der Zusammenbruch die Schwierigkeiten vermindert, sondern überall sie vermehrt. Die Versorgung mit den notwendigsten Lebensmitteln war nicht besser, sondern schlechter geworden. Die Eingriffe der Arbeiter- und Soldatenräte störten mehr als sie förderten. Die Abgabe von fünftausend Lokomotiven und hundertfünfzigtausend Wagen auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen mußte den Güterverkehr hart treffen, zumal die Rückbeförderung des Heeresgutes besondere Ansprüche stellte. Lebensmittel und Kohlen fehlten darum im großen Umfange, fehlten besonders in den Großstädten, doch waren die Notstände auch in den Landstädten und selbst in vielen Dörfern hart und drückend. Dazu kam eine Wohnungsnot, welcher auch durch die rücksichtslosesten Eingriffe nicht abzuhelfen war. Die Entlassung von etwa zehn Millionen Heeresangehörigen mußte notwendig eine Arbeitslosigkeit von erschreckendem Umfange ergeben, zumal die Jahreszeit die Aufnahme größerer Notstandsarbeiten nicht zuließ. Diese Nöte wurden

in einer peinvollen Ungewißheit erlebt, welche die Zukunft des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens verhüllte. Der Gemütszustand der Bevölkerung schwankte zwischen dumpfer Verzweiflung und krankhafter Reizbarkeit. Die Disziplin des täglichen Lebens begann sich zu lösen. Die Arbeit schien ihren Sinn verloren zu haben. Es war, als stände man in einem allgemeinen Bankerott, der mit Verlusten drohte, aber auch Gewinne dem verhieß, der sich des Zugreifens nicht scheute. Die Spekulation auf mühelose Gewinne, die im Kriege großgezüchtet worden war, erfaßte jetzt die Massen. Das Wort vom „Gesundmachen" kam auf und wurde eine Losung der Zeit. Gesund machte sich der große Spekulant, der jetzt, wo man keinen Heeresbedarf mehr liefern konnte, solchen an sich brachte, was nicht immer nur auf dem Wege des Kaufs geschah. Gesundmachen wollten sich Hunderttausende kleiner Betrüger und Diebe. Wenn es das Wahrzeichen der echten Revolutionen ist, daß sie auf einem Aufschwunge des sittlichen Wollens beruhen oder doch einen solchen herbeiführen, so war diese deutsche Revolution die unechteste, die jemals ein Volk erlebt hat. Denn ihr Wahrzeichen war ein allgemeiner moralischer Niedergang. Dieser zeigte sich auch in der Schamlosigkeit des Straßenlebens, in dem Hervorbrechen einer Welle unsauberster Druckwerke, und überhaupt darin, daß alles Minderwertige und Gemeine mutig wurde, die Verborgenheit aufzugeben und sich in der Öffentlichkeit breitzumachen.

Die staatliche Autorität drohte zu einem Kinderspott zu werden. Man kann wohl glauben, daß der völlige Zusammenbruch der äußeren Ordnung nicht zu verhindern gewesen wäre, wenn nicht das Berufsbeamtentum unerschüttert seine Pflicht getan hätte. Das gilt wenigstens für die Kreise des Beamtentums, die nicht durch den Zusammenbruch den Boden unter den Füßen verloren hatten. Einer solchen Erschütterung war die Ordnungspolizei ausgesetzt. Sie ging in ihrer alten Form bei dieser Katastrophe zugrunde. Im übrigen

aber wurde es in den Wirbelstürmen dieser Zeit offenbar, was ein fest in seiner Pflicht wurzelndes Beamtentum für den Staat bedeutet. Alle anderen Bemühungen, auch die Leistungen der Volksbeauftragten, wären umsonst gewesen und hätten das Abgleiten in die allgemeine Anarchie nicht verhindern können, wenn nicht jener vielverspottete und angefochtene Geist der unentwegten ruhigen Pflichterfüllung im deutschen Berufsbeamtentum lebendig gewesen wäre. Diese Pflichterfüllung des Berufsbeamtentums, vom Staatssekretär bis zum Landjäger im letzten Weiler, hat das Verdienst, daß der staatliche Organismus auch nicht für die Dauer eines Tages seine Tätigkeit einstellte. Das Beamtentum hob hiermit den Staat an sich aus dem Wirrsal der Straße, es sicherte ihn als eine vom Wibel der Ereignisse unberührbare Selbstverständlichkeit und erwies damit die Überlegenheit des Staates, die kein Zeitgeschehen antasten konnte

Gewiß konnte das Beamtentum allein den Staat nicht retten. Auch als der Staatsorganismus den Zusammenbruch der alten Führung überstanden hatte, ohne von diesem Ereignis gelähmt worden zu sein, blieb die Gefahr bestehen. Aber diese noch weiter andauernde Gefahr meisterten die Reste des alten Feldheeres. Denn das ist das seltsame Kennzeichen dieser deutschen Revolution, daß die aus ihr hervorgegangene Staatlichkeit ihr Dasein nicht den revolutionären Kräften verdankt, sondern dem Beamtentum und dem Heere, also den Schöpfungen der alten Führung, die den Zusammenbruch der Führung überdauerten. Diese Tatsache ist ein Symbol, und erst durch sie wird der weitere Weg der neuen Staatlichkeit verständlich.

Bürgerkrieg

1

Obwohl die große Kriegsmaschine im Westen angehalten und stillgesetzt worden war, gab es doch für Deutschland noch keine Ruhe Im Osten erhob sich der polnische Aufruhr und setzten sich russische Truppen gegen die deutsche Grenze in Bewegung. In Berlin drohte der Bürgerkrieg

Die Mehrheitssozialisten glaubten einen großen Sieg errungen und sich und das Reich gerettet zu haben, als sie die Revolution ausriefen. In Wahrheit hatten sie vor dem Geiste kapituliert, gegen den sie vier Jahre gekämpft hatten. Die einzige Rechtfertigung ihres Schrittes liegt darin, daß es ihnen nicht mehr möglich war, die Revolution zu verhindern. Da legte die Klugheit ihnen nahe, sich der Revolution zu bemächtigen, sich mit ihr zu verbünden, um sie zu beherrschen. Aber nun kam es darauf an, ob ihnen das gelang. Jetzt mußte es sich zeigen, wer der Stärkere war, wer seinen Geist als den Geist des neuen Staates durchsetzen konnte. In dieser Verbindung mit dem Geiste des Unstaates lag die Gefahr, selber diesem Geiste zu verfallen.

Doch zeigten sich die Mehrheitssozialisten in den stürmischen ersten Wochen als die Überlegenen. Sie hatten sich der stärksten Stellungen bemächtigt. In Kiel hatte Gustav Noske die unruhigen Matrosen gebändigt und in seine Hand zu bringen gewußt. Wo Mehrheitssozialisten und Unabhängige als Volksbeauftragte und Minister nebeneinander arbeiteten, traten die Mehrheitssozialisten in den Vordergrund. Je mehr das geschah, umso größer wurde die Enttäuschung der Unabhängigen, umso deutlicher kam ihnen ihre untergeordnete Rolle zum Bewußtsein und umso mehr neigten sie zur Begünstigung der Spartakisten, deren Empörung über den Lauf der Ereignisse von Tag zu Tag höher aufschäumte.

Die Spartakisten hatten den Frontwechsel der Mehrheits-

sozialisten wohl sogleich in seinen Beweggründen erkannt. Sie hatten eine Teilnahme an der Regierung abgelehnt und bemühten sich, Arbeiter und Soldaten um sich zu scharen und gegen die Regierung zu führen, um sie zu stürzen. Es war das Glück der Regierung, daß kein Tatmensch an der Spitze der spartakistischen Bewegung stand. Weder Karl Liebknecht noch Rosa Luxemburg waren Menschen der Tat. Liebknecht war ein redender, Rosa Luxemburg ein schreibender Mensch. Wilhelm Blos, der im Jahre 1927 verstorbene erste württembergische Staatspräsident, urteilt über beide:

„Es muß heute ausgesprochen werden, daß diese beiden Persönlichkeiten weit überschätzt worden sind, was daher kam, daß sich die Sozialdemokratie von der radikalen Phrase, die von jenen beiden Persönlichkeiten im Übermaß kultiviert wurde, so leicht kaptivieren ließ. Ich kannte sie beide sehr gut, namentlich Karl Liebknecht, und diesen schon als Kind, da ich viel in die Liebknechtsche Familie kam. Er galt in seiner Jugend als nicht ganz normal wegen seiner oft krankhaft erscheinenden Geschwätzigkeit, die er auch später im politischen Leben beibehielt und die wir in der Reichstagsfraktion bis zum höchsten Überdruß zu kosten bekamen. Ich will jenes Urteil nicht ohne weiteres unterschreiben, aber ich rechne Liebknecht zum politischen Querulantentum und lasse mich durch seine historische Berufung auf Spartakus, den berühmten Helden des römischen Sklavenkriegs, nicht stören Er war gänzlich außerstande, Positives zu schaffen. Seine persönliche Uneigennützigkeit wurde paralysiert durch einen zum Größenwahn sich auswachsenden unbändigen Ehrgeiz, den die Schönfärber als ‚Willen zur Tat' bezeichneten Rosa Luxemburg, eine sehr überschätzte Persönlichkeit, trat, als sie bei uns erschien, gleich sehr anmaßend auf, ohne sich auf eigentliche Leistungen berufen zu können, fand aber sofort einen Anhang, der sie verherrlichte Ihr einziges wissenschaftliches Werk — über Imperialismus — ward auch von den

Parteikritikern (Eckstein und anderen) abgelehnt. Aber es gelang ihr, die enge Freundschaft meines damals schon kranken Freundes Doktor Schönlank zu gewinnen, welcher als der befähigste Journalist, den die Sozialdemokratie je gehabt, ihr eine literarische Position machte, dem sie aber zum Unheil wurde. Die näheren Umstände dieses Trauerspiels gehören nicht hierher. In ihren Briefen aus dem Gefängnis schwärmte sie von Nachtigallen und Blumen und brachte es dahin, daß sogar die bürgerliche Rührseligkeit sie für einen Ausbund von Herzensgüte hielt. Dagegen schrieb ihre Freundin Luise Kautsky bei ihrem Tode: ‚Im Parteikampf schonte Rosa Luxemburg ihre ältesten besten Freunde nicht. Im Gegenteil, leider handelte sie in solchen Fällen wie der von ihr bewunderte Lenin, der einst, wegen Verleumdung seiner Parteigenossen vor ein Parteigericht gestellt, erklärte: Einen politischen Gegner, besonders wenn er unserem eigenen (sozialistischen) Lager angehört, soll man mit vergifteten Waffen bekämpfen, indem man den schlimmsten Verdacht gegen ihn zu erwecken sucht.‘ — Sie gewann die Freundschaft Liebknechts und hatte einen Vertreter in unserer Fraktion in ihm, sie wurde seine Egeria und bereitete uns viele Unannehmlichkeiten. Der alte Liebknecht hatte sie im ‚Vorwärts‘ mit dem Titel ‚Kapitolswächterin‘ versehen. Sie war weder hübsch noch liebenswürdig, aber sie hatte glühende Verehrer, wie ihr Freund Liebknecht von dem bekannten Franzosen Barbusse für den einzigen ‚Stern in der Nacht dieser Zeit‘ erklärt wurde.“

Wäre Liebknecht ein Mann der Tat gewesen, so hätte er nicht zwei Monate gewartet, um sich dann in einen Kampf drängen zu lassen, bei dem er sich den Frontsoldaten gegenübersah und den er verlieren mußte. Ein Sieg des Bolschewismus wäre nur in der Überraschung möglich gewesen, in den ersten drei bis vier Wochen nach dem Umsturz. Als die Frontsoldaten zurückgekehrt waren, gab es für den Bolschewismus keine Möglichkeit des Erfolges mehr, von diesem

Zeitpunkt an hätte er nur durch eine Invasion der Roten Armee Rußlands die Macht erlangen können.

2

Der jeweilige Anlaß zu den verschiedenen Kämpfen soll uns hier nicht beschäftigen. Diese Dinge haben nur immer für die kurze Zeit Bedeutung, wo die Opfer gezählt werden und die Frage aufschwirrt, wer den Kampf und die Opfer verschuldet hat. Diese Zeit ist vorbei, und man kann heute an den Anlässen vorübergehen. Die Ursachen aber sehen wir heute klarer als damals. Sie lagen selbstverständlich in dem Zustande der Zersplitterung und Zerrissenheit, in welchem sich die Arbeiterbewegung befand. In diesem Zustande fand die innere Unfertigkeit der jungen Schichtung ihren sichtbaren Ausdruck, und diese innere Unfertigkeit bedeutete eben auch Richtungslosigkeit inmitten der Fülle der durch den Zusammenbruch gestellten Fragen und Aufgaben. Das Wissen um Ziel und Weg fehlte der gesamten Arbeiterbewegung, und unter welcher Losung auch die einzelnen Strömungen sich bewegten, sie bewiesen schon mit ihrer Losung das Fehlen eines eigenen Richtungswillens. Die Spartakisten oder Kommunisten (der Spartakusbund organisierte sich als Kommunistische Partei Deutschlands) forderten den Übergang der öffentlichen Gewalt an die Arbeiter- und Soldatenräte, betrieben die Sozialisierung durch Aufhebung des Privateigentums und die Errichtung der Räterepublik. Ihr Gegenpol waren die Mehrheitssozialisten, die schon frühzeitig mit der Absicht hervortraten, eine Nationalversammlung einzuberufen und ihr die Verfassungsfrage zur Lösung zu überweisen. Hinter dieser Absicht stand von vornherein der Wille, die deutsche Staatlichkeit auf dem Grunde einer parlamentarisch-republikanischen Verfassung neu zu organisieren. Zwischen beiden Polen irrten die Unabhängigen hilflos hin und her. Weder die Losung der Kommunisten noch die Losung

der Mehrheitssozialisten war eine Schöpfung deutschen Arbeitergeistes. Jede Losung stand vielmehr im Banne eines Vorbildes. Die Kommunisten blickten nach Osten und übernahmen von den russischen Bolschewiken die Idee des Rätestaates. Die Mehrheitssozialisten aber folgten der westwärts gehenden Blickrichtung des bürgerlichen Radikalismus, der in der Parlamentsdemokratie der westlichen Staaten sein Ideal und das Ziel seiner Bemühungen sah.

Man muß diesen Zustand beachten. In ihm enthüllte sich der deutsche Jammer, die deutsche Unselbständigkeit, die den Deutschen eine Staatsschöpfung aus eigenem Geiste vorenthielt und sie zur Nachahmung fremder Staatsschöpfungen verurteilte. Dieser deutsche Jammer, der uns das Verhängnis der Religionsspaltung und das Elend der staatlichen Zersplitterung gebracht hatte, war auch bei dieser Neuordnung der deutschen Staatlichkeit die stärkste Macht, und die Hoffnung, daß er dereinst von der Arbeiterbewegung überwunden würde, blieb unerfüllt. Auch die deutsche Arbeiterbewegung, obwohl der stärkste Ausdruck des Arbeiterwillens, den die Geschichte kennt, war dem deutschen Verhängnis der geistigen Überfremdung nicht entgangen. Auch ihr war es nicht gelungen, einen staatsschöpferischen Gedanken aus eigener Kraft hervorzubringen, und so hatte sie die natürliche Folge innerer Unkraft an sich erfahren müssen. Nun kämpfte sie in sich selber um die fremden Losungen. Das vom bürgerlichen Radikalismus übernommene Staatsideal der parlamentarischen Republik, eine Schöpfung westeuropäischen Geistes, rang mit dem von Rußland übernommenen Ideal der Räterepublik. Das war der Gegensatz, aus dem die Kämpfe hervorbrachen. Nur darf man nicht glauben, daß er in dieser Klarheit von den Massen empfunden wurde. Wahrscheinlich haben ihn selbst die Führer nicht so empfunden.

Im Gedanken des Rätestaates erhob sich ein neues, der bürgerlichen Zivilisation feindseliges Prinzip. Die bürgerliche Staatsauffassung in der Form, wie sie der Westen aus-

gebildet und wie sie Deutschland übernommen hat, regelt die Beziehung des Bürgers zum Staat durch den *Mengenbegriff*. Die Macht im Staate wird nach der Zahl verteilt. Die Menge des Geldes oder die Menge der Wähler entscheidet über den Besitz der Macht im Staate. Nicht ein innerer Wert, sondern eine von außen bestimmbare Menge liegt der Entscheidung über den Besitz der Staatsmacht zugrunde. Der Rätegedanke bricht mit dieser Auffassung. Er verneint den Anspruch der Menge auf Anteil an der Staatsmacht. Er schafft eine *Qualität*, die erst solchen Anspruch verleiht. Das ist ein neues, und auf die Staatsauffassung der Zivilisation bezogen, ein feindliches Prinzip. Allerdings ist die im Rätestaat aufgerichtete Qualitätsvoraussetzung nicht innerlicher, sondern äußerlicher Art. Die Qualität, die gefordert wird, haftet grundsätzlich an der Tätigkeit des Lohnarbeiters. Die Voraussetzung ist also eine wirtschaftliche Funktion, nicht ein geistig-seelischer Wert. *Damit enthüllt sich der Gedanke des Rätestaates als eine rohe, mechanische Umkehrung des plutokratischen Staates*. In ihm lebt nicht eine neue Idee, sondern nur das Haß- und Vergeltungsgefühl des mißhandelten Arbeiters, der die plutokratische Staatsordnung umkehrt.

Von diesen Haß- und Vergeltungsgefühlen lebte und lebt der Kommunismus, und darin wurzelt sowohl seine Stärke wie seine Schwäche, wie auch sein historischer Charakter und seine Lebenslinie hierdurch bestimmt werden. Indem er diese Gefühle aufstachelt, wird er zwar auf die aktiveren Teile der Arbeiterbevölkerung eine besondere Anziehungskraft ausüben, aber ebenso wird er immer die politische Zuflucht des Lumpenproletariats sein, und Ursache und Wirkung: die Aufstachelung der Haß- und Vergeltungsgefühle und die dadurch herbeigeführte Durchsetzung mit lumpenproletarischen Elementen belastet ihn mit dem Makel des Untermenschlichen und Minderwertigen und führt zu einer weitgehenden Solidarität

aller anderen Teile der Bevölkerung. Das gilt für heute und wird für morgen gelten, und es galt auch für die Kämpfe, die im Dezember 1918 begannen und sich bis in das Frühjahr 1919 hinzogen.

3

Die Kämpfe begannen in Berlin am 6. Dezember mit einem Zusammenstoße zwischen Demonstranten und Frontsoldaten vom Regiment der Gardefüsiliere. Die Demonstranten kamen aus einer Versammlung, welche der Spartakusbund für Deserteure, Urlauber und Arbeitslose einberufen hatte, und waren auf dem Wege zur Wilhelmstraße, um den Volksbeauftragten ihre Forderungen vorzutragen. Auf diesem Wege wurden sie aufgehalten, und es kam zu einer Schießerei mit blutigem Ende. In den Weihnachtstagen gab es einen größeren und weit ernsthafteren Kampf mit spartakistisch verführten Matrosen um Schloß und Marstall Den Höhepunkt erreichten die Kämpfe in Berlin vom 5 bis 10. Januar in einem Aufstande der Kommunisten, der diese vorübergehend der vollen Herrschaft über die Stadt nahebrachte, bis neu aufgestellte Freiwilligenverbände ihn niederwarfen

Im Reiche waren militärische Aktionen verschiedenenorts nötig, und es mag wohl kaum eine Großstadt von Kämpfen dieser Art verschont geblieben sein. Auf Einzelheiten darf hier füglich verzichtet werden, zumal die treibenden Kräfte in jedem Falle der gleichen Art waren. Am weitesten waren die Zustände in Braunschweig, Bremen und München abgeglitten. Die Vorgänge in diesen und anderen Orten hatten zuweilen einen anekdotenhaften Charakter, der einen seltsamen Gegensatz zu dem blutigen Ernst bildet, der die Episoden abschloß. In München war im April die Räterepublik erklärt worden, sie bestand fast einen ganzen Monat, so daß erst im Mai, ein halbes Jahr nach Ausbruch der Revolution, die letzten Schüsse des Bürgerkrieges verhallten. Zwar waren die inneren Kämpfe hiermit noch nicht beendet, aber es war

doch eine neue Festigung der Staatsordnung erreicht worden, und damit war viel gewonnen.

Denn zeitweilig hatte es in der Tat so ausgesehen, als solle der Staat jedes inneren Haltes beraubt werden. Nicht nur die Großstädte waren solche Herde der Unruhe, — sie wühlte im ganzen Lande und brachte das Leben selbst im kleinsten Dorfe aus dem Gleichgewicht. Wo Industriearbeiterbevölkerung sich mit der Bäuerlichkeit räumlich berührte, was in Tausenden von Dörfern geschieht, gab es bösartige Zusammenstöße, und nicht minder kam es in den Gebieten des Großgrundbesitzes zu vielfachen Rechtsbrüchen, die verschiedentlich zu völliger Anarchie ausarteten. Waffen gab es überall im Überfluß, ein Militärgewehr war wohl in jeder Wohnung zu finden, und dieser Waffenbesitz machte auch Feiglinge kühn. Es gab ländliche Bezirke, in denen die Rechtsordnung monatelang zerbrochen war. Aber diese Zustände auf dem Lande waren doch nur Ausstrahlungen der Zustände in den Städten, und als in diesen die Ordnung wiederhergestellt und gefestigt war, rückten sich die Zustände auf dem Lande meist von selber wieder zurecht. Zu Militäraufgeboten gegen ländliche Revolten kam es nur in wenigen Fällen.

Das allerdings war der unverwischbare Eindruck dieser Zeit: ohne die Freiwilligenverbände, die sich teils von selber bildeten, teils von der Regierung geschaffen wurden, wäre es nicht möglich gewesen, die Gefahr der Anarchie zu bannen; hätte sich nicht das Frontsoldatentum vor die wankende Staatsordnung gestellt, so wäre die deutsche Staatlichkeit zunächst ein Raub der Anarchie geworden; jene Kreise, die heute den Schutz der Republik zu einer Parteiparole gemacht haben, können kaum ein Verdienst an der Bewahrung des Staates vor seiner ersten und ernstesten Gefahr in Anspruch nehmen.

Krieg um die Ostmark

1

Während sich der junge Volksstaat der drohenden Anarchie im Innern erwehrte, hatte er nach außen nicht minder ernsthafte Kämpfe um sein Gebiet zu führen.

Beim Frieden von Brest-Litowsk hatte die deutsche Politik die Mitwirkung Rußlands bei der Neuordnung des Ostens ausgeschaltet. Mit der Bildung des polnischen Königreiches hatte sie einen entscheidenden Schritt getan. Ihre Absicht war es, den russischen Koloß durch Abtrennung der Fremdvölker zu schwächen und durch die Bildung von Randstaaten einen Schutzwall vor der deutschen Ostgrenze aufzurichten.

Die Polen hatten die staatliche Unabhängigkeit gern entgegengenommen und zeigten sich zunächst dem Willen der Mittelmächte scheinbar gefügig. Aber hinter dieser hervorgekehrten Loyalität warteten sie augenscheinlich auf den Ausgang des Krieges und betrieben ihre Sache bei den Westmächten. Die Auflockerung aller politischen Verhältnisse zeigte ihnen größere Möglichkeiten, als sie im Einvernehmen mit Deutschland und Österreich vorhanden glaubten. Die kühnsten nationalpolitischen Erwartungen schienen den Polen erfüllbar. Je tiefer der Stern der Mittelmächte sank, umso heller schimmerte den Polen das Morgenrot einer erneuerten staatlichen Größe. In der Stärke des polnischen Nationalbewußtseins offenbarten sich die Werte einer wohlgehüteten nationalen Tradition.

Die Reichstagsverhandlungen in den letzten Oktobertagen hätten der deutschen Öffentlichkeit die Gefahren zeigen können, die sich im Osten zusammenzogen. Der Pole Stychel meldete die Ansprüche Polens auf preußisches Gebiet an und sprach von der inneren Einheit aller Polen, die trotz der Aufteilung zwischen den drei Teilungsstaaten immer bestanden habe. Solf hatte matt darauf erwidert, daß die Regelung der Ostfragen dem Friedenskongreß überlassen bleibe. Noske

hatte mit gesuchter Schärfe die polnischen Ansprüche au
deutsches Staatsgebiet zurückgewiesen. Darauf war Korfant
hochgefahren zu einer wilden Rede, in welcher er Posen un
Westpreußen als polnisches Gebiet bezeichnete, auf das di
Polen nie verzichten würden.

In der Geistesverfassung jener Tage blieb diese heraus
fordernde Drohrede so gut wie unbeachtet. Erst zehn Tag
später sammelte sich das Deutschtum in Posen und Wes
preußen zu Kundgebungen gegen die polnischen Ansprüch

In der Provinzialhauptstadt Posen bildete sich am 10. No
vember ein Arbeiter- und Soldatenrat, der sich als die ne
Macht organisierte. Er stand zunächst unter deutscher Füh
rung. Der Vorsitzende des Soldatenrats war der Gouverne
der Festung, General v. Hahn. Die bestehenden polnische
Organisationen unter Führung der „Nationalen Arbeite
partei" und des „Zentralbürgerkomitees" suchten sogleich Ein
fluß auf den Rat zu gewinnen. Das gelang ihnen in kurz
Zeit. Die deutschen Soldaten und deutschorganisierten A
beiter ließen den Vorsitzenden im Stich, entsetzten ihn sein
Amtes und öffneten den Polen die Tür zum Rat. Innerhal
weniger Tage waren alle Arbeiter- und Soldatenräte d
Provinz Posen Werkzeuge der polnischen Politik.

Dieser Vorgang zeigte eine Geistesverfassung an, vo
welcher wir wissen, daß sie den revolutionären Räten in
gemein zu eigen war. Das Polentum nützte diese Geiste
verfassung aus, indem es sich militärische Organisation
schuf, denen die deutschen Soldaten die Waffen lieferte
Als das erschreckte deutsche Bürgertum ebenfalls Zugang
den Räten forderte, blieb es bei hinhaltenden Vertröstunge
und als es zu seinem Schutze Waffen verlangte, verwies m
auf seinen „reaktionären Charakter" und verwahrte sich geg
solche „Förderung der Gegenrevolution". So wirkten d
revolutionären deutschen Soldaten und Arbeiter als Helf
der Polen und unterstützten sie in jeder möglichen Gestalt. S
übergaben den Polen die Lebensmittelversorgung, halfen ihn

bei der Entfernung der deutschen Beamten und Lehrer, und vor allem darin, die Welt und namentlich die Berliner Behörden über die Zustände in der Provinz zu täuschen.

2

Es war den Deutschen in der Provinz Posen schließlich doch gelungen, die Presse im Reich von den obwaltenden Zuständen zu unterrichten und durch sie die Aufmerksamkeit der Berliner Behörden auf die Vorgänge im Osten zu lenken. Im Auftrage der preußischen Regierung begab sich am 19. November der linksradikale Publizist H. v. Gerlach, der vorübergehend preußischer Staatssekretär war, nach Posen, um die Zustände zu prüfen und der Regierung Unterlagen für ihre Maßnahmen zu beschaffen. Obwohl er feststellen mußte, daß die Polen gut bewaffnet und die tatsächlichen Herren des Landes seien, dessen Abtrennung von Deutschland ihnen als vollzogene Tatsache gelte, sprach er sich gegen Schutzmaßnahmen aus.

Die Regierungen ließen sich jedoch weder durch diesen Bericht noch durch das Erscheinen einer Abordnung des Posener Arbeiter- und Soldatenrats bestimmen, die in Aussicht genommenen Schutzmaßnahmen zu unterlassen. Mit ihrer Zustimmung forderte die Oberste Heeresleitung die Soldatenräte des Feldheeres auf, Freiwillige für einen Grenzschutz im Osten zu werben und in Marsch zu setzen. Dieser Aufruf rief einen vielstimmigen Widerspruch hervor. Die Arbeiter- und Soldatenräte sowie die mit der polnischen Demokratenpartei gemeinsam operierende deutsche Sozialdemokratie der Provinz Posen erließen heftige Protestationen dagegen. Der Vollzugsausschuß der Berliner revolutionären Räte legte sein Veto gegen diesen Schritt ein, und die gesamte linksradikale Presse, einschließlich der meisten mehrheitssozialistischen Zeitungen, schloß sich diesem Widerspruche an. Man bezeichnete den Grenzschutz als „reaktionäre Schutztruppe" — das tat der Arbeiter- und Soldatenrat

von Posen —, als „Aufmarsch der Gegenrevolution" — das tat die deutsche Sozialdemokratie in Posen —, als „die gegenrevolutionäre Freiwilligenarmee des Ostens" — das tat die „Leipziger Volkszeitung" — und als „das Aufgebot der reaktionären deutschen Banden". Bei den deutschen Mehrheitssozialisten war zwar ein gewisses Wohlwollen für die Schutzmaßnahmen vorhanden, aber dieses Wohlwollen „war schweigsam und brütete tief versteckt", wie die Liebe zu Deutschland in der Vorkriegszeit, es wagte sich nicht hervor, es war ein mutloses Wohlwollen. Es duldete die schroffsten Anklagen gegen die verantwortlichen Regierungen und ermannte sich, alle Kühnheit zusammenraffend, äußerstenfalls zu einer Bitte um mildernde Umstände für die Volksbeauftragten. Öfter aber noch schlug sich die mehrheitssozialistische Presse auf die Seite der Tadler, und die Volksbeauftragten mußten es Tag für Tag erleben, daß sie von ihren eigenen Freunden verlassen wurden und Verständnis und Unterstützung nur bei den bürgerlichen Kreisen fanden. Selbst der „Vorwärts", obwohl noch am ehesten dem Einflusse der verantwortlichen Stellen offen, hatte seinen Anteil an dieser widerspruchsvollen Haltung Auch er lehnte die alarmierenden Hilferufe der Deutschen in den gefährdeten Ostgebieten als „reaktionäre Gerüchte" ab und konnte sich nicht dazu verstehen, den Aufrufen zur Bildung freiwilliger Schutzwehren für den Osten seine Spalten zu öffnen

Dieser Schwachmut der für die deutsche Politik nun verantwortlichen Parteien mußte auf die Polen anfeuernd wirken. Anfang Dezember tagte mit Genehmigung der preußischen Staatsregierung ein Landtag des preußischen Polentums in Posen. Hier sprach man aus, daß der Friedenskongreß die preußischen Ostprovinzen dem zusprechen würde, der sie tatsächlich beherrsche, und in dieser Annahme erörterte man die militärische Organisation des Polentums. Unter rauschendem Beifall erklärte der Abgeordnete Seyda, daß Polen sich als Verbündeten der Westmächte betrachte.

Ergebungsvolle Begrüßungstelegramme gingen an Wilson, Clemenceau, Foch und Lloyd George. Auch dieser offene Übertritt zu den Feindmächten änderte nichts an der Haltung der Linken, die weiter die Zurückziehung und Auflösung des Grenzschutzes forderte. Selbst die nun schon in einigen Orten losbrechenden blutigen Kämpfe gegen die deutsche Bevölkerung der Provinz blieben auf die Haltung der Revolutionsparteien ohne Einfluß. Die Polen waren klug genug, diese Lage auszunutzen. Kurz vor dem Ausbruche des Aufstandes ließen sie durch Flieger Massen von Druckschriften über Berlin abwerfen, in denen es hieß: „Arbeiter, Kameraden, Parteigenossen! In der Provinz Posen herrscht mustergültige Ruhe! Wenn man euch mit beunruhigenden Nachrichten quält, so kommen sie von einer Seite, die ein Interesse daran hat, uns um die Früchte unserer revolutionären Arbeit zu bringen." Die deutschen Arbeiter und Soldaten in den revolutionären Räten der Reichshauptstadt fühlten sich durch solche Nachrichten in ihrer Haltung neu gestärkt. Nun gab auch die preußische Regierung nach. Sie hatte sich bisher zwar nicht um den Grenzschutz bemüht, aber doch, wie die Volksbeauftragten, seiner Aufstellung zugestimmt. Die drohende Unruhe in Berlin nahm ihre Aufmerksamkeit so in Anspruch, daß für dieses Ringen um das Staatsgebiet nur wenig übrig blieb.

Seit Anfang Dezember hatten die polnischen Vorbereitungen auf Westpreußen übergegriffen. Die Deutschen schickten Boten nach Berlin, die dort um Schutz baten. Sie gingen ungetröstet nach Hause, und als die preußische Regierung am 15. Dezember deutsche und polnische Vertreter in einer mehrstündigen Besprechung angehört hatte, erklärte sie, daß sie den Grenzschutz nicht für erforderlich halte, und daß es genüge, wenn man Truppen bereitstelle, um das zurückkehrende Ostheer aufzunehmen. Infolge dieser Stellungnahme wurden die vom Oberkommando Ost beorderten Grenzschutzformationen zurückgezogen, und nun war der Weg für das Polentum frei.

Am 26. Dezember erhob sich der polnische Aufstand in der Stadt Posen. Das tags zuvor aus dem Felde zurückgekehrte sechste Grenadierregiment wurde nach blutigem Straßenkampfe in seine Kaserne zurückgedrängt, wo es sich einige Tage tapfer verteidigte, bis es, aller Lebensmittel entblößt, ausgehungert den Widerstand aufgab. Auch einige andere Feldformationen leisteten in ihren Kasernen Widerstand, der überall nach einigen Tagen durch den Hunger gebrochen wurde

Auf die Nachricht von diesen Vorgängen eilten einige preußische Regierungskommissare nach Posen. Sie empfingen die Erklärung der polnischen Führer, daß die Provinz Posen jetzt zum großpolnischen Staat gehöre, und fuhren nach Berlin zurück. Der deutschen Bevölkerung hatten sie sagen müssen, sie solle sich selber helfen, die Regierung könne nichts mehr für sie tun.

Der Aufstand in Posen breitete sich schnell nach Süden und Westen aus. Ein Widerstand trat ihm nicht entgegen. Der Grenzschutz war ja zurückgenommen worden.

3

Jetzt allerdings bereuten die verantwortlichen Stellen ihre Nachgiebigkeit. Der Berliner „Zentralrat", der oberste Ausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte, stimmte dem schleunigen Ausbau des Grenzschutzes zu. Die Volksbeauftragten und die preußische Regierung, aus denen um die Jahreswende die Unabhängigen ausgeschieden waren, zeigten eine rühmliche Entschlossenheit Es schien, als solle jetzt noch ein neuer starker nationaler Auftrieb über die Mächte des Zusammenbruchs triumphieren. Eine verheißungsvolle Entwicklung schien sich anzubahnen. Die Republik als Erneuerung des nationalen Widerstandes, als Führung im Kampfe um die Lebensrechte der Nation. das war eine Hoffnung und ein Ausblick auf bessere Tage. Dann wäre diese Zeit der tiefsten Erniedrigung nur ein flüchtiger Augenblick, ein kurzes Versagen der Kräfte gewesen.

So schien es in der Tat. Im „Vorwärts" vom 4. Januar schrieb Oberst a. D. Gädtke: „Ein Volk mag noch so sehr durchdrungen sein von dem Ideal des ewigen Friedens, wenn seine Nachbarn nicht von den gleichen Gedanken erfüllt sind, muß es fechten oder untergehen. In dieser Lage befinden wir uns an unserer gesamten Ostgrenze. Auch die deutschen Arbeiter und die Berliner insbesondere werden schwer zu leiden haben, wenn unser Wirtschaftsgebiet noch mehr verengt wird. Für uns handelt es sich an unserer Ostgrenze um Leben oder Sterben, um unsere ganze Zukunft. Man hätte aller Wahrscheinlichkeit das, was jetzt kommen wird, vermeiden können durch rechtzeitige militärische Kraftentfaltung im Osten. Das ist in aufgeregten Zeiten das sicherste Mittel, um es zum Blutvergießen erst gar nicht kommen zu lassen, es ist also auch das menschlichste Mittel. Wir sind nun einmal gegenwärtig noch nicht in der Lage, ohne eine bewaffnete Macht auskommen zu können, weder im Innern noch an der Grenze . . . Soweit aber ist es bereits gekommen, daß die polnischen Absplitterungsbestrebungen über das Deutsche Reich, das noch immer besteht, mit Verachtung hinweggehen. Es ist die allerhöchste Zeit, daß wir genügend starke, rein deutsche Truppenteile unter entschlossenem Befehl nach Osten in Marsch setzen und die Polen nicht nur wieder zurückdrängen, sondern ihnen die Waffen abnehmen und ihre Organisationen auflösen. Mit der Achtung vor der polnischen Sprache und vor berechtigten Eigentümlichkeiten der Polen hat das nicht das mindeste zu tun, sie sollen umso strenger geachtet werden, je mehr wir ihre Übergriffe, wenn nötig mit Hilfe äußerster Gewalt zurückweisen. Insbesondere möchte ich die Notwendigkeit betonen, die Stadt und Festung Posen unter allen Umständen wieder in unsere Hand zu bringen. Es macht durchaus den Eindruck, als ob die Polen die ganze Provinz Posen für sich beanspruchen wollen und auf unsere Schwäche und Unentschlossenheit gestützt noch vor dem Frieden sich als vollzogene Tatsache sichern möchten Damit aber würden rein deutsche Gebiete

in ihre gierigen Hände fallen. Die Gefahr ist bereits so groß, daß wohl eine allgemeine Bewaffnung der deutschen Bevölkerung jener Gegenden in Frage kommen könnte, wenn die anderen Mittel versagen sollten. Ich glaube aber bestimmt, daß wir noch militärische Machtmittel in genügendem Maße zur Hand haben, wir müssen nur gewillt sein, sie anzuwenden. Je stärker wir dabei auftreten und von allen Seiten auf Posen anrücken, es besonders gegen Osten sofort absperren, umso größere Aussicht haben wir, ohne größeres Blutvergießen unsere Absicht zu erreichen. Ich möchte glauben, daß ein solches Zeugnis von Kraftgefühl auch allen sonstigen separatistischen Bestrebungen am wirksamsten entgegentreten wird. In der Lage, in der wir uns gegenwärtig befinden, haben wir von Kleinmut und Verzagtheit, von ängstlichen Fragen, was wohl die Gegner sagen könnten, nichts zu gewinnen, sondern alles zu verlieren. Nur Würde, nationaler Stolz und der Wille, uns zu behaupten, können unsere Zukunft noch verbessern. Wenn die Regierung so handelt, so wird sie sich auf die freudige und tatkräftige Unterstützung der weit überwiegenden Mehrheit unseres Volkes verlassen dürfen."

Das waren Worte, wie sie seit Monaten in keiner sozialistischen Zeitung mehr laut geworden waren. Sie hätten gerade im „Vorwärts" von entscheidender Wirkung sein können, wenn eben nicht an dieser selben Stelle seit Monaten die nationalpolitische Entsagung gepredigt und als die neue wahre Tugend gepriesen worden wäre. Im übrigen blieb es bei dieser einen Äußerung dieser Art, die ohnehin dadurch, daß sie von einem politischen Außenseiter stammte, für das Parteigemüt kein volles Gewicht hatte. Als die englische Regierung am 8. Januar der Reichsregierung in einer scharfen Note „jede weitere Herausforderung der polnischen Bevölkerung in den preußischen Provinzen" untersagte, war es nur die Presse der Rechtsparteien, die solche Einmischung in deutsche Angelegenheiten zurückwies.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß es in dieser Zeit auch eine „Republikanische Schutztruppe" gab, welche eine Werbestelle für den Grenzschutz eröffnete, wovon der „Vorwärts" im redaktionellen Teile Notiz nahm. Das verdient darum besonders vermerkt zu werden, weil es der einzige Fall war und blieb, wo eine ausgesprochen republikanische Organisation zum freiwilligen Waffendienst zur Verteidigung des Staates aufrief, wie es sich auch niemals wieder ereignete, daß die sozialdemokratische Presse solche Aufrufe unterstützte. So dringlich die Zustände im Osten nach dem Grenzschutz verlangten, so hat doch die sozialdemokratische Presse niemals und der „Vorwärts" nur in diesem einen Falle ein Wort für den Grenzschutz gesagt. Was für den Bürgerkrieg gilt, gilt auch für diesen Kampf um die deutsche Ostmark: seinen wirklichen Schutz fand der neue Staat nicht in den republikanischen Parteien, sondern allein in jenem Frontsoldatentum, das nicht einer Parteimeinung hörig war, sondern den Geist der Pflicht vor Volk und Vaterland im Herzen trug.

Das polnische Vordringen in Posen und Westpreußen wurde in wechselvollen Gefechten und Einzelkämpfen im Netzebruch aufgehalten. Mitte Februar, als der Erfolg der Werbungen größere Aussichten eröffnete, diktierten die Westmächte bei der Verlängerung des Waffenstillstandes: „Die Deutschen müssen alle Offensivbewegungen im Gebiet von Posen und in jedem andern Gebiet aufgeben". Es kam zur Festlegung einer Demarkationslinie, die später in die deutsch-polnische Grenze des Versailler Diktats einbezogen wurde.

Abwehr der Roten Armee

Andersgeartet war der Kampf, den die Republik um die Sicherung Ostpreußens führen mußte.

Das Reich hatte mit der russischen Sowjetrepublik Frieden geschlossen. Es war kein wirklicher Frieden geworden. Die

Sowjets hatten ihn unter dem Drucke der deutschen Überlegenheit, unter dem Drucke eines großen Vormarsches, der ihre Hauptstadt bedrohte, angenommen. Aber sie warteten auf die Gelegenheit, sich seiner zu entledigen. Die Ermordung des deutschen Botschafters v. Mirbach in Moskau zeigte, wie man in Rußland gesonnen war. Im Sommer 1918 sammelte sich unter dem Schutze der deutschen Besatzung ein russisches Emigrantenheer, das von Pleskau aus auf Petersburg vorzustoßen gedachte. Das Unternehmen ist nicht zur Entwicklung gekommen. Vermutlich aber war der Plan den Russen bekannt geworden, denn sie hatten eine ziemlich starke Grenzsicherung nach dem Norden gelegt.

Dieser Grenzschutz geriet in Bewegung, als man in Rußland von den Vorgängen in Deutschland Kenntnis erhielt. Seine Flügel begannen auf die deutsche Linie zu drücken. Teils durch propagandistische Einwirkung, teils durch Vorstöße und Überfälle bewog man den deutschen Landsturm zur Aufgabe seiner Stellungen. Ende November rannte man die schwache deutsche Linie bei Narwa über den Haufen und trat danach den Vormarsch an, bei welchem sich die Russen allmählich nach Süden, auf die Düna hin, zusammenzogen und von hier aus Riga und Mitau zu erreichen suchten. Deutscherseits betrieb man eine Verständigung mit den Russen, die auch Anfang Dezember zustande kam, aber von den Russen nicht gehalten wurde.

Auch hier sah sich die deutsche Abwehr auf Freiwillige angewiesen. Sie genügte indessen nicht, um das russische Vordringen aufzuhalten. Am 3. Januar fiel Riga in die Hände der Russen. Um die Mitte des Monats mußten ihnen auch Mitau und Kurland bis etwa zur Windau überlassen werden.

In Reval war am 13. November die estnische, in Riga am 19. November die lettische Republik ausgerufen worden. Die Regierungen beider Kleinstaaten nahmen alsbald politischen Anschluß an die Westmächte und setzten es durch, daß diese Deutschland für die Schäden verantwortlich machten, die

durch den russischen Einbruch entstanden. England verlangte, daß Deutschland die Russen zurückwerfe. Dieses Verlangen lehnte Deutschland ab, da es dazu weder verpflichtet, noch willens, noch imstande war. Dagegen war es aus politischen Gründen bereit, den lettischen Staat in seinem Kampfe gegen die russischen Eroberungsabsichten zu unterstützen.

Hatte man zunächst geglaubt, Rußland strebe nur nach dem Besitz Rigas, so stellte sich alsbald heraus, daß die russischen Absichten viel weiter gingen, daß Rußland nicht nur die Dünamündung in seine Hand bringen wollte, sondern nach dem Besitz Kurlands und Litauens strebte, um von dort in Ostpreußen eindringen und weiter in die inneren Kämpfe Deutschlands eingreifen zu können. Es war die „Weltrevolution", die hier gegen die deutsche Nordostgrenze marschierte und um die Straße Kowno—Königsberg—Berlin kämpfte. Hier stand nicht nur der Besitz einer Provinz auf dem Spiele, sondern es ging um viel mehr.

Die Maßnahmen zur Abwehr dieser Gefahr stießen auf besondere Schwierigkeiten. Eine Anwerbungsstelle „Baltenland" in Berlin mit Zweigstellen in einigen großen Städten suchte Freiwillige für den Abwehrkampf zu gewinnen. Da der Vollzugsausschuß des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats die Werbungen in aller Form verbot, konnten sie nur im stillen betrieben werden. Die Freiwilligen wurden abseits gesammelt. Doch am schwierigsten war es, sie geschlossen nach dem Baltenlande zu schaffen. Die Räte, welche den Bahnverkehr überwachten, hielten die Transporte, soweit diese sich nicht durchstehlen konnten, an und zwangen sie zur Umkehr. Erst als um die Wende Februar-März die Macht der Räte eingeschränkt war, konnte den schwachen Abteilungen, die in Litauen dicht vor der deutschen Grenze den letzten Widerstand hielten, wirksame Hilfe gebracht werden. Die Sowjettruppen, die Ende Februar nur noch ein Tagesmarsch von Memel trennte, wurden nun schnell zurückgedrängt, so daß im April die unmittelbare Gefahr beseitigt

war. Die gänzliche Ungewißheit, die über die weiteren Absichten Rußlands bestand, erlaubte allerdings nicht die Zurücknahme und Auflösung dieser allmählich zu hohem Kampfwert gebrachten Truppe. Außerdem waren die Dinge im ganzen Osten so im Flusse, daß es ein Gebot politischer Vorsicht und Klugheit war, ein solches Machtmittel nicht aus der Hand zu geben. Nur jene gottverlassene Vertrauensseligkeit der deutschen Linken konnte dem widersprechen, und jener Geist des Nichtstaates, der den Zusammenbruch gewollt hatte und der den kämpferischen Geist des Frontsoldatentums ebenso fürchtete, wie er ihn haßte, mußte in dieser Truppe eine Gefahr für sich wittern. So geschah es, daß die Schutzmaßnahmen, die den Staat vor dem Einbruch der Sowjetarmee bewahrten, als das „baltische Abenteuer" herabgewürdigt, und daß diese Soldaten, die mit ihren Leibern die Grenze gedeckt hatten, als entmenschte Räuber und Marodeure beschimpft wurden.

Als die Truppe keine eigentliche militärische Aufgabe mehr hatte, machten sich allerdings die Folgen des Unbeschäftigtseins in ihr bemerkbar. Im Herbst 1919 mußte sie auf Anordnung der Westmächte zurückgezogen und aufgelöst werden. Die dauernden Beschimpfungen, denen sie ausgesetzt gewesen war, hatten sie in eine Geistesverfassung gebracht, die es später ermöglichte, Teile der Truppe politisch zu mißbrauchen.

Weimar

1

Die ersten Kundgebungen der Volksbeauftragten sprachen schon von einer „konstituierenden Versammlung", die „nach dem gleichen, allgemeinen, direkten, geheimen Wahlrecht für alle mindestens zwanzig Jahre alten männlichen und weiblichen Personen" und auf Grund des Proportionalwahlsystems gewählt werden sollte. In diesem verfassungspolitisch

wichtigen Punkte verfolgten die Volksbeauftragten vom ersten Augenblicke an ein deutliches Ziel. Sonst waren ihre Äußerungen so unklar, wie die Lage, die sie zu meistern hatten. Sie verkündeten als ihre Aufgabe, „das sozialistische Programm zu verwirklichen", wobei sie offen ließen, ob sie den reformerischen Teil des Erfurter Programms meinten oder die Umwandlung der Privatwirtschaft in eine Staatswirtschaft beabsichtigten.

In Erfüllung des reformerischen Programmteils vollzogen sie einige sozialpolitisch wichtige Maßnahmen. Sie verkündeten das uneingeschränkte Vereins- und Versammlungsrecht auch für Staatsbeamte und Staatsarbeiter, sie hoben das Hilfsdienstgesetz mit Ausnahme der Schlichtungsbestimmungen auf, setzten die Gesindeordnung außer Kraft und führten den achtstündigen Maximalarbeitstag ein, sie regelten die Unterstützung der Erwerbslosen und stellten Maßnahmen zur Ausdehnung der Krankenversicherung und zur Bekämpfung der Wohnungsnot in Aussicht. Zugleich versprachen sie, eine „geordnete Produktion" aufrechtzuerhalten und „das Eigentum gegen Eingriffe Privater" zu schützen. Die „Sozialisierung" sollte durch Studium vorbereitet werden. Nicht die Volksbeauftragten, sondern die Räteredner sprachen von der „sozialistischen Republik".

Über das Ziel, auf das die Volksbeauftragten zusteuerten, konnte man trotz der Unklarheit ihres Programms kaum im Zweifel sein. Sie wollten den bürgerlichen Verfassungsstaat in der nun für Deutschland möglich gewordenen republikanischen und radikalen Prägung. Sie wollten keinen „sozialistischen" Staat. Sie wollten eine demokratische Republik mit dem erreichbaren Höchstmaß an sozialer Fürsorge. Die „Sozialisierung" war ihnen ein gefährliches Schlagwort, das eine unerfüllbare Forderung enthielt. Selbst die Unabhängigen in der ersten Revolutionsregierung haben nicht anders gedacht, wenn sie auch für die Masse anders gesprochen haben mögen. Von vornherein bildete die „Sozialisierung" nur ein massen-

psychologisches, ein taktisches Problem, und sie ist für die Politik nie etwas anderes gewesen.

Anfänglich war es zweifelhaft, ob sich die Volksbeauftragten mit ihren Absichten durchsetzen würden. Man konnte nicht vorhersagen, wohin die revolutionäre Strömung trieb, denn keiner wußte, wie die Kräfte in ihr verteilt waren. In den Arbeiterräten hatten sich die Mehrheitssozialisten gute Plätze gesichert, aber wie weit ihre Macht reichte, konnte erst eine Probe ergeben. Von den Soldatenräten hatte man zunächst den Eindruck, daß in ihnen der Radikalismus die Oberhand habe, zumal die Frontsoldaten an der Bildung der Räte nicht teilgenommen hatten.

Am 25. November kamen die neuen Regierungen der Länder in Berlin zusammen. Hier waren es nur die radikalen Vertreter zweier kleiner Länder, welche die Forderung erhoben, sofort die Sozialisierung zu beginnen und bis zu ihrer vollen Durchführung die Herrschaft bei den Arbeiter- und Soldatenräten zu belassen. Die übrigen Vertreter waren für baldige Vornahme der Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung.

Die Entscheidung fiel auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, der am 16. Dezember im preußischen Abgeordnetenhause zusammentrat. Nach mehrfach durch Demonstrationen und eindringende Abordnungen unterbrochenen und stürmisch bewegten Verhandlungen entschied sich diese aus rund fünfhundert Personen bestehende Versammlung mit Neunzehntelmehrheit für die Nationalversammlung und ging noch über die Vorschläge der Volksbeauftragten hinaus, indem sie den Wahltag vier Wochen früher ansetzte, als jene wollten.

Zwar war dieser Beschluß den Radikalen Anlaß zu vermehrter Propaganda, und die bald danach losbrechenden Aufstandsversuche hatten zunächst das politische Ziel, die Wahlen zu verhindern und den Gedanken der Nationalversammlung niederzukämpfen. Aber es war nun doch deutlich

geworden, daß hinter dem Radikalismus nur eine sehr kleine Minderheit stand, und das Bewußtsein davon gab dem Widerstande gegen den anstürmenden Terror die Kraft, diese Kämpfe siegreich zu bestehen. Am 12. Januar war die Regierung in Berlin wieder arbeitsfähig, und eine Woche später fanden die Wahlen zur Nationalversammlung statt, deren Ergebnis die Schwäche der radikalen Bewegung vollends dartat. Der bürgerliche Verfassungsstaat war gesichert. Die Aufgabe der Nationalversammlung, soweit sie verfassungspolitischer Art war, bestand nur noch aus technischen, nicht aus grundsätzlichen Lösungen. Die demokratisch-parlamentarische Republik war mit dem Augenblicke gesichert, wo der Berliner Kommunistenaufruhr bezwungen war.

2

Dem Auge mußte es scheinen, als sei eine im Wesen neue Zeit angebrochen. Die meisten der alten Parteien verschwanden, und Gebilde unter neuen Namen traten an ihre Stelle.

Neu war die Deutsch-Demokratische Partei. Sie war aus einer Verschmelzung der Fortschrittlichen Volkspartei mit einem Teile der Nationalliberalen Partei und etlichen Landesparteien entstanden. In ihrem Gründungsaufruf sagte sie, daß sie sich auf den Boden der republikanischen Staatsform stelle, sie bei den Wahlen vertreten und den neuen Staat gegen jede Reaktion verteidigen wolle. Im Wahlaufruf bekräftigte sie das Bekenntnis zur Republik und forderte „völlige Gleichheit aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen vor dem Gesetz und in der Verwaltung ohne Rücksicht auf Stand, Klasse oder Bekenntnis".

Neu war die Deutsche Volkspartei, die aus den Resten der alten Nationalliberalen Partei entstand. In ihrem Programm war zwar das Wort Republik nicht enthalten, aber sie sprach sich für eine demokratische Verfassung aus und erklärte sich bereit, „unter der jetzigen Regierungsform mitzuarbeiten".

Neu war die Deutschnationale Partei, die sich aus der

alten Deutsch-Konservativen Partei und der Reichspartei gebildet hatte. Sie sagte in ihrem unter dem frischen Eindrucke des Zusammenbruchs geschaffenen Programm, man dürfe dem Verlorenen nicht untätig nachtrauern, es sei Pflicht eines jeden, an dem Wiederaufbau des deutschen Staates mitzuarbeiten und „dem neuen Deutschland neue Form und neuen lebensvollen Inhalt zu geben". „Wir sind bereit, und entschlossen," so hieß es in diesem Programm, „auf dem Boden jeder Staatsform mitzuarbeiten, in welcher Recht und Ordnung herrschen." Vom Staat wurde gesagt, daß er „vom freien Willen des Volkes" getragen sein müsse, und es ist weiter von der „nach den letzten Ereignissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform" die Rede.

Neu war schließlich die „Christlich-Demokratische Volkspartei", zu welcher sich das Zentrum umgewandelt hatte. Sie sagte in ihrem Programm vom neuen Deutschland: „Ein freier sozialer Volksstaat soll es werden — rückhaltloses Bekenntnis zum demokratischen Volksstaat!"

Man darf sagen, daß die demokratisch-parlamentarische Republik nach der Niederlage der Kommunisten auf keinen Widerstand mehr stieß. Was freilich das neue Wesen der Zeit angeht, so mußte, wer daran glaubte, die allerherbste Enttäuschung erleben. Gewiß war außer dem neuen Namen der Parteien noch anderes Neues da. Es waren wirklich inmitten des grauen Elends hoffnungsgrüne Keime eines neuen Wachsens zu bemerken. So unwahrscheinlich das heute anmuten mag, es war doch bei aller Trostlosigkeit ein Hauch von Märzstimmung vorhanden, der auch den Parteien den Schimmer einer neuen Verheißung gab. Wo kam er her? Er kam von den Willenskräften, die durch den Zusammenbruch des alten Systems freigeworden waren und jetzt frisch und tatfroh in das politische Leben hineindrängten. Insbesondere kam er von der Jugend.

Von der Jahrhundertwende an war es in der deutschen

Jugend lebendig geworden. Es war ein kritischer Geist in ihr erwacht, der sich mit dem Charakter der Zeit auseinanderzusetzen trachtete. Er wandte sich gegen die oberflächliche Selbstsicherheit, von der das offizielle deutsche Leben strahlte, gegen den genießerischen Zug, der in dem Vorkriegsdeutschland immer mächtiger wurde, und gegen all jene Erscheinungen, die einer mammonistischen Entwicklung notwendig anhaften. Aber dieser kritische Jugendgeist wandte sich ebenso gegen den Kastengeist des alten Systems, der es weder verstand noch verstehen wollte, die in der Nation neuaufwachsenden Kräfte für den Staat lebendig zu machen, sondern sich geflissentlich gegen sie verschloß. Diese Jugendbewegung kam aus reinen Gefilden. Sie war eine Regenerationsbewegung, aus den Kräften des Bürgertums und aus einem unklaren aber starken und sicheren Gefühl für nahende Verhängnisse erwachsen. Ihre kritische und ablehnende Haltung zu den Erscheinungen der Zeit mochte vielfach befremden und erschrecken, und ihr äußeres Auftreten wie ihre hochzielenden Verheißungen und Ansprüche mochten berechtigten Anlaß zu spöttlicher Gegenkritik geben · diese Jugendbewegung blieb trotzdem eine beachtliche und nicht unwürdige Erscheinung, denn sie zeigte an, daß die deutsche Lebensart der wilhelminischen Zeit noch nicht das letzte Wort des Bürgertums war, sondern daß hier noch unverbrauchte Kräfte aufstiegen, die reinen und kühnen Willens waren. Der freideutsche Jugendtag auf dem Hohen Meißner, eine Kundgebung gegen die wilhelminisch hohle, an Bombast und Gepränge überreiche Hundertjahrfeier der deutschen Erhebung von 1813, verhieß das Aufblühen eines neuen Nationalbewußtseins, die Pflege des Wandersinnes und die Wiedererhebung des deutschen Volksliedes bewiesen einen Kulturwillen gegen die vordringende Wüste der Zivilisation, und diese beiden Dinge allein gaben der Jugendbewegung ein Recht auf Dasein und Ausdruck. Wenn das offizielle Deutschland dieser aus dem selbsteigenen Willen der Jugend entstandenen Bewegung eine

von ihm geschaffene Jugendbewegung entgegenstellte, s
konnte es doch nicht hindern, daß auch in dieser offizielle
Schöpfung das Bewußtsein einer besonderen Berufung un
Verpflichtung der Jugend eine Stätte fand. Langemark wurd
das Symbol für den Geist der ganzen deutschen Jugend
bewegung.

Die aus dem Kriege zurückgekehrte Jugend hatte zu groß
Dinge erlebt, um vor der grauen Trostlosigkeit des Zusam
menbruchs den Mut zu verlieren. Sie trug den stillen Stol
auf die deutschen Leistungen zu tief im Herzen, als daß si
vor diesem Elend die Waffen ihres Glaubens hätte strecke
können. Der Glaube an Deutschland und der Wille zur Arbei
gaben ihr die Kraft, den furchtbaren Spruch der Welt
geschichte hinzunehmen und sich den neuen Aufgaben zuzu
wenden. Jetzt erst wurde diese Jugend politisch und wandt
sich den Parteien zu. Ihr Wille zur Arbeit drückte sich i
ihrer Wahl aus. Die große Mehrheit dieser Jugend gin
zu den Parteien der Linken. Unter diesem Gesichtspunkte is
das Ergebnis der ersten öffentlichen Wahlen besonder
wichtig.

Bei der Wahl zur Nationalversammlung wurden run
30,5 Millionen Stimmen abgegeben. Davon erhielten di
Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei zusamme
4,5 Millionen, das Zentrum 6 Millionen, die Demokratisch
Partei 5,6, die Mehrheitssozialisten 11,5 und die Unab
hängigen 2,3 Millionen, eine halbe Million Stimmen fi
auf kleinere Gruppen.

Betrachtet man dieses Ergebnis unter dem Gesichtspunkte
wie es den Willen zur bejahenden Arbeit an den Aufgabe
des neuen Staates ausdrückt, so wird man Oppositions- un
Arbeitsparteien zu unterscheiden haben. Oppositionsparteie
waren bei der gegebenen Sachlage die Deutschnationale un
die Deutsche Volkspartei auf der Rechten und die Unab
hängige sozialistische Partei auf der Linken. Arbeitsparteie
waren Zentrum, Deutsch-Demokratische und Mehrheits

sozialistische Partei. Für die Oppositionsparteien der Rechten hatten sich nur 17,4 vom Hundert, etwa ein Siebtel der Wähler, entschieden, den Unabhängigen waren 7 vom Hundert der Stimmen zugefallen, die gesamte Opposition hatte wenig mehr als ein Fünftel der Stimmen auf sich vereinigt. Die Arbeitsparteien hatten dagegen drei Viertel aller Stimmen erhalten. Sie hatten nicht nur die Mehrheit des Volkes, sondern auch die Mehrheit der Jugend hinter sich. Mit diesem großen Besitz begannen sie in Weimar ihre Arbeit.

3

Vom Geiste dieser Jugend war in Weimar nichts zu spüren. Die Nationalversammlung war eine schlechte Fortsetzung des Reichstages. Dieselben Gestalten und Gesichter, dieselben parteihaft gebundenen Gedanken, die man vom Reichstage her kannte, füllten und bestimmten diese Versammlung, die keine Versammlung der Nation, sondern eine Versammlung von Parteigängern war. Diese Parteimenschen nahmen den Faden der Parteirede dort wieder auf, wo er im Herbst ihren Händen entglitten war. Sie kannten sich alle, — sie kannten ihre Reden, ihre Schwächen und ihre Sünden.

Das Schicksal war zermalmend über Deutschland hinweggeschritten, doch während das Land unter seinen Schritten erdröhnte, hatten die Parteimenschen sorglich gespäht, daß es ihnen nichts zuleide tue, und hatten erwogen, wie sich die Gewalt dieses Unheils für die Partei nutzbar machen lasse. Nun waren sie alle wieder beisammen und musterten sich mit den alten Blicken und tasteten sich ab und freuten sich ihrer Beständigkeit in dem großen Wirrwarr.

Ja, sie waren gut durch den Winter des Mißvergnügens gekommen, sie waren bewahrt geblieben! An ihnen war das Schicksal vorübergegangen, ihre Würdigkeit hatte es respektiert. Ihr Handwerk, das mehr ein Mundwerk war, hatte nicht gelitten, sondern kam jetzt erst zur vollen Blüte. Das

Schicksal war gerecht, wie die Welt überhaupt, mit Ausnahme der Parteigegner, eine annehmbare Einrichtung war.

Doch sie, die in Würdigkeit Erkorenen des Volkes, hatten ihre Pflichten. Sie mußten wachsam sein, daß der ihnen anvertrauten Sache kein Schaden zugefügt würde. Sie mußten an ihre Sache denken. Diese Sache lag in den Versammlungssälen draußen im Lande. Sie mußten achten, daß sie jederzeit mit geruhigem Gemüt dort erscheinen und Rechenschaft geben konnten. Die Versammlungssäle waren die obersten Instanzen des Lebens, und die in ihren Neigungen arg bewegliche Menge war der oberste Richter. An diesen Richter mußte man denken, wenn man in seiner Würde bestehen wollte.

Die Welt da draußen war jetzt sehr aufgeregt. Hier liebte man die Aufgeregtheit nicht. Es konnte sich ereignen, daß sie zur Parteipflicht wurde. Dann regte man sich auf, doch tat man's mit Genehmigung und Anerkennung der Partei und nicht auf eigene Kosten. Trotzdem fühlte man mit dem Volk. Dazu war man da, und wer sollte wohl besser mit dem Volke fühlen! Man hatte ein Auge und ein Herz für die Not und für die Forderungen und Wünsche des Volkes. Doch fragte es sich, ob die Not eine von der Partei beglaubigte Not sei, und ob die Notleidenden auch zum Kreise der Parteifürsorge gehörten. Vor Voreiligkeit galt es sich zu hüten, wie man denn überhaupt die starken Erschütterungen zu meiden hatte, um sich die Fähigkeit des prüfenden Abwägens zu erhalten.

Die Nationalversammlung war nicht ungeschickt zur Arbeit. Die Vorherrschaft der alten erfahrenen Parlamentarier hatte das Gute, daß die Arbeit der Gesetzesherstellung glatt und flott vonstatten ging. Wenn ich mich recht erinnere, so erledigte sie die Notverfassung an einem Sitzungstage. Ihre Vollsitzungen verliefen meist ruhig. Die Erklärungen der ganz aus der Arbeit ausgeschalteten Rechtsopposition, kurz und bestimmt gehalten, wurden in der Regel schweigend ent-

gegengenommen. Hin und wieder kam Lärm von den Bänken der zweiundzwanzig Unabhängigen. Er wurde ertragen. Der große Block der Arbeitsparteien, dreihundertfünfzig Abgeordnete von vierhundertzwanzig, arbeitete wie eine gute Maschine.

Für die nationalpolitische Haltung der Arbeitsparteien wurde ein Vorgang kennzeichnend, der sich gleich beim Zusammentritt der Versammlung abspielte. Es hatte sich eine Abordnung der Elsaß-Lothringer in Weimar eingefunden und wünschte von der Nationalversammlung empfangen zu werden, um in einer Vollsitzung im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Völker und unter Hinweis auf die Deutschheit Elsaß-Lothringens gegen die Annexion Verwahrung einzulegen. Die Abordnung, welche der frühere Kriegsminister Schéüch führte, verweilte einige Tage in Weimar und mußte danach unverrichteter Sache abziehen. Da ich mich in meiner Fraktion für das Anliegen der Elsaß-Lothringer verwandte, so sind mir die Gründe der Abweisung bekannt. Man fürchtete mit einem Empfang der Abordnung die Gefühle Frankreichs zu verletzen und die Friedensverhandlungen zu erschweren. Auch der Vorschlag, das Präsidium der Nationalversammlung möge die Elsaß-Lothringer in amtlicher Sitzung empfangen, wurde aus diesem Grunde abgelehnt. Man darf wohl bezweifeln, ob irgend ein anderes europäisches Staatsvolk in solcher Lage so gehandelt hätte, wie es die deutsche Nationalversammlung in diesem Falle tat.

Ich erwähne diesen Vorgang, der damals kaum beachtet wurde, weil er für die Haltung der Nationalversammlung typisch ist. Mutig war diese Nationalversammlung nur im Kampfe gegen die kleine ohnmächtige Minderheit, aber nicht gegen die übermächtigen und übermütigen Sieger. In diesem Kampfe gegen die kleine Opposition erhob sich zuweilen die Welle der Entrüstung. Als aber Erzberger von den Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes

zurückkam und seinen Bericht gab, in welchem nichts von der Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen und nichts von der Aufhebung der Blockade zu hören war, der aber die Bestimmungen enthielt, durch welche Deutschland die Verfügung über seinen Goldbestand verlor, da wurde kein Wort der Entrüstung laut. Und als bei diesem oder einem ähnlichen Anlaß der Vorschlag kam, die Nationalversammlung solle wenigstens als Ausdruck der Trauer die Sitzung aufheben, da erhob sich die eifervolle Gegenvorstellung: ob man denn noch nicht von der Prestigepolitik genug habe? Ob es noch härterer Schläge bedürfe, um uns Realpolitik zu lehren? Ob man die Westmächte noch mehr reizen wolle? Ob man nicht einsehe, daß es für Deutschland jetzt nur Erleichterung gebe, wenn man drüben das Mitleid lebendig mache?

Das war der Geist der Nationalversammlung. Es war ein Geist des Kleinmutes, der Entsagung und Unterwürfigkeit, der Geist der Domestikation.

4

Verfassung, Finanzen und Neuordnung des Wehrwesens bildeten die innenpolitischen, Herstellung und Ausführung des Friedens die außenpolitischen Aufgaben.

Der endgültigen Verfassung ging das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vorauf, das am 10. Februar verabschiedet wurde. Am Tage darauf wurde F r i e d r i c h E b e r t zum Reichspräsidenten gewählt. Diese Wahl vollzog sich ohne Kampf. Die Mehrheitssozialistische Partei nahm die erste Stelle unter den politischen Mächten ein. Sie war die Großmacht unter den Parteien. Da lag es nicht nur nahe, sondern es war selbstverständlich, daß der erste Repräsentant des Reichs ihren Reihen entnommen wurde. Innerhalb der Sozialdemokratie aber war wiederum nur die Kandidatur Ebert möglich. Obwohl diese erste Wahl des Reichspräsidenten keine Volkswahl war, sondern im Beratungszimmer der sozialdemokratischen Fraktion entschieden wurde, war ihr

Ergebnis doch nicht anders, als das Ergebnis einer Volkswahl gewesen wäre.

Ebert übernahm ein schweres Amt. Noch war die Gärung in der Tiefe nicht vorüber. Noch stand man mitten in den Aktionen des Bürgerkriegs. Es war sicher, daß man den Reichspräsidenten für alles verantwortlich machen würde, was hier geschehen mußte, für alles, was sich in diesen Kämpfen ereignete. Es war sicher, daß die Demagogie die stärksten Angriffe auf den Reichspräsidenten richten würde, in dessen Namen die Truppen marschierten. Ebert kannte die Macht der Demagogie, und er kannte auch die Schwäche seiner eigenen Partei vor dieser Macht, er wußte, wie leicht seine eigene Partei vor der Demagogie zurückwich und ihr selber verfiel, wenn jene mit aller Dreistigkeit auftrat. Ebert wußte, welche Last er mit diesem Amte auf sich nahm, auch kannte er sich selber genug, um zu wissen, wie schwer sie ihn bedrücken würde. Denn Ebert war nicht das, was man heute einen politischen Kämpfer nennt. Wenn ihn die Parteilegende als eine Kampfnatur feiert, so tut sie ihm Unrecht. Er war ein Mensch des Ausgleichs, dessen Tun und Trachten immer auf Harmonie gerichtet war. Er war ein so tief harmonischer Mensch, daß man gerade hierin seinen eigentlichen Persönlichkeitswert vor sich hat. Gewiß war Ebert auch ein Kämpfer, er war in jenem Sinne Kämpfer, wie es jeder Mensch sein sollte: er war ein Mensch eines redlichen und guten Willens, und so war er ein Kämpfer für das Rechte und Gute, aber niemals ein Kämpfer im Sinne der politischen Demagogie, die sich des öffentlichen Lebens mehr und mehr bemächtigte. Doch auch diesen Kampf hat Ebert mehr in der Stille als in der Öffentlichkeit geführt; zwar ist ihm hier nicht jede Wirkung versagt geblieben, aber zur Wirkung im Großen kam es nicht. Seine Partei hat ihm oft die Gefolgschaft verweigert und ist ihm auch ein sehr unzuverlässiger und unzulänglicher Schutz in der Flut der persönlichen Angriffe gewesen, die sich bald gegen ihn erhob.

Der schmählichste Streich traf ihn am Tage seiner Vereidigung, als nach dem feierlichen Akte im Nationaltheater die Ullsteinsche „Illustrierte Zeitung" auf den Straßen Weimars verkauft wurde, deren Schauseite ein Lichtbild von Ebert und Noske am Badestrand wiedergab. Von seiner Gewerkschaft wurde Ebert ausgeschlossen, und auch in der Parteiorganisation kam es zu Ausschlußanträgen. Da die Entartung des politischen Kampfes keineswegs auf die Kreise der Linken beschränkt blieb, sondern auch auf die Rechte hinübergriff, so fehlte es auch nicht an persönlichen Angriffen von dieser Seite, die umso häßlicher waren, als man hier sehr gut wußte, daß der Angegriffene nicht nur ein untadeliger Mensch war, sondern daß man nicht zuletzt seiner Stetigkeit die feste Durchführung des Kampfes gegen den kommunistischen Aufruhr zu danken hatte. Und es war der Ausdruck einer ungeschichtlichen und engen Denkweise, wenn man über den Sattler spöttelte, der jetzt an der Spitze des Reiches stand.

Die Politik Eberts war in der ersten Zeit überwiegend von den Eindrücken bestimmt, die er von der kommunistischen Bewegung empfangen hatte. Die Berührungen mit der Sowjetrepublik hatten ihm einen starken Widerwillen gegen jede deutsch-russische Beziehung eingegeben. Er, der sozialistische Arbeiter, war in seiner Haltung zu Rußland abweisender als die bürgerlichen Minister, die zu seinen Mitarbeitern gehörten. Er hat sich später ihren Ratschlägen gefügt, aber sein Herz war nicht auf der Seite der sogenannten Rapallopolitik. Ebert sah innenpolitisch vor allem die Aufgabe einer durchdringenden Befriedung, einer endgültigen Überwindung der revolutionären Strömungen. Außenpolitisch fügte er sich dem Zwange, der hinter einer Verständigung mit den Westmächten stand. Doch will das nicht heißen, daß er gesinnungsmäßig ein „Erfüllungspolitiker" gewesen sei. Er war für Vertragserfüllung, solange die deutsche Ohnmacht keinen anderen Weg zuließ. Aber seine Hoffnung war immer die Abschüttelung der Fesseln, und hätte das Schick-

sal es gefügt, daß Deutschland in der Lage gewesen wäre, die Waffen zur Befreiung zu erheben: Ebert hätte sich durch keine pazifistische Doktrin abhalten lassen, sich an die Spitze der Befreiungsbewegung zu stellen. Mit Schmerz und Weh erlebte er das Abgleiten seiner Partei in den Sumpf der pazifistischen Ideologie, er erkannte die furchtbare Bedeutung dieses Vorganges und sprach es im letzten Jahre seines Lebens aus: „Wenn Deutschland keine nationale Arbeiterbewegung bekommt, so wird es zugrunde gehen."

5

Das Verfassungswerk der Nationalversammlung litt naturgemäß darunter, daß die große Teilnahme nicht ihm, sondern dem Zustandekommen des Friedens mit den Westmächten zugewandt war. Zwar fehlte es nicht an einer öffentlichen Erörterung der Verfassungsfragen, aber diese Erörterung geschah ohne Wärme und Eindringlichkeit, und es mangelte ihr das weite Echo, das ihr Schwung und Kraft und Richtungsklarheit hätte geben können. Über allen diesen Erörterungen und Verhandlungen lag das Zwielicht der Vorläufigkeit.

Man war sich wohl klar, daß man auf dem Wege zur Einheit des Reiches einige große Schritte vorwärts tun könne. Aber vor der Ausführung der radikalen Vorschläge, die bis zur Aufteilung aller Einzelstaaten in Reichsprovinzen gingen, schreckte man zurück. Weder Preußen noch die süddeutschen Staaten waren für diesen Einheitsstaat zu haben. Die Geschichte war stärker als die Zweckmäßigkeitsgründe. Gewiß haben Zufall und Willkür die deutschen Ländergrenzen weithin bestimmt, haben naturhafte Unterschiede vereinigt und naturhafte Zusammenhänge getrennt, aber das Leben ist in diese oft naturwidrigen Gebilde hineingewachsen, sie sind Geschichte geworden und pochen auf das Recht des Geschichtlichen.

In einer anderen Lage wäre die Nationalversammlung wohl fähig gewesen, sich darüber hinwegzusetzen. Der Wille zum Einheitsstaat war in ihr sicherlich vorhanden. Doch diesem Willen fehlte die Kraft zur rücksichtslosen Durchsetzung. Es ging damals in Deutschland mehr vor, als in den Akten steht. Das Reichsgefüge schien durch den Zusammenbruch schwer erschüttert. Es regten sich vielerorts reichszerstörerische Gedanken. Zum Teil wurzelten sie in einem Unvertrauen zur deutschen Zukunft allgemein, in einem Zweifel am Zusammenhalt des Reichs. Zum Teil waren es Gebilde der Furcht vor der bolschewistischen Gefahr und vor der Anarchie, der Deutschland nach viel geäußerter Meinung verfallen schien. Zum Teil war ihre Herkunft noch kläglicher: man hoffte durch Abfall vom Reich den Tributlasten zu entgehen, die dem Reiche auferlegt wurden. Dieser Zustand war den Leitern der französischen Politik nicht unbekannt geblieben, und sie waren mit aller Kunst beflissen, ihn auszuwerten. Es mag damals und auch noch später manch reichsverräterischer Plan erörtert worden sein. Frankreich saß in Deutschland mitteninne und hatte überall Ohren und Zungen.

In dieser Lage schien es wohl ratsam, die Reichseinheit zu stärken und die Einzelglieder fester untereinander zu verbinden. Aber ebenso ratsam war es, hierin vorsichtig zu sein, denn es konnte leicht geschehen, daß allzu straffe Reichsbindung den Geist der Sonderung stärkte und in ihr Gegenteil umschlug.

Diese Erwägungen und Bedenken waren für einen großen Teil der Nationalversammlung wesentlich. Im übrigen aber gilt für die Verfassung von Weimar, daß sie in einer Zeit geschaffen wurde, in welcher ganz andere Dinge im Vordergrunde standen, so daß es zu keiner wirklichen Versenkung in den Geist der Aufgabe kommen konnte. Immerhin stellte die beschlossene Erweiterung der Reichsgewalt einen nicht geringen Fortschritt auf dem Wege zum Einheitsstaat dar.

Armenwesen, Wandererfürsorge, Presse- und Vereinswesen, Bevölkerungspolitik, Gesundheitspflege, Arbeitsrecht, Enteignungsrecht, Vergesellschaftung von Naturschätzen und wirtschaftlichen Unternehmungen, Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln, Gewerbe- und Bergbau, Versicherungswesen, Seeschiffahrt, Theater und Lichtspiel und anderes mehr wurden der Gesetzgebung des Reichs unterstellt. Ferner erhielt das Reich das Recht, seine Gesetzgebung auf die Wohlfahrtspflege, den Schutz der öffentlichen Ordnung, auf die „Religionsgesellschaften" (womit die Kirchen gemeint sind), das Schul- und Bildungswesen, das Beamtenrecht, das Bodenrecht und das Bestattungswesen auszudehnen. Außerdem erhielt das Reich die Gesetzgebung für seine eigenen Steuern und eine gewisse Einwirkung auf das Steuerwesen der Länder. Hier griff dann die Erzbergersche Finanzreform ein, durch welche die Finanzhoheit der Länder stark beschnitten wurde.

Eine Aufgabe eigener Art war die „Teilung der Gewalten" im neuen Reich. Denn hier waren keine geschichtlichen Gewalten vorhanden, deren Verhältnis zueinander abzugrenzen gewesen wäre, sondern die Gewalten sollten erst geschaffen werden. Da war der Reichstag, der seinen alten Namen behielt, aber in eine ausschlaggebende Stellung aufrückte. Wer sollte neben ihm stehen? Mit wem sollte er die Macht teilen? Und in welchem Verhältnis sollte die Macht geteilt werden? Die in Weimar gefundene Lösung ist bekanntlich nicht so klar ausgefallen, wie es der erste flüchtige Eindruck scheinen läßt, sie ist vielmehr in Anläufen und Halbheiten stecken geblieben und ist leider auch nicht frei von Unklarheiten. So duldete einerseits der Geist der Demokratie kein Oberhaus, anderseits verlangte die Stellung des Reichstages und die Unberechenbarkeit seiner Zusammensetzung nach einem Gegengewicht, um Reichstagsbeschlüsse von äußerster Unzuträglichkeit aufheben zu können. Das Ergebnis dieser Erwägungen wurde der Reichsrat, der teils dem Bundesrat

der alten Reichsverfassung, teils dem Ständerat der schweizerischen Verfassung nachgebildet wurde. Desgleichen forderte der Organismus des Staates auf der einen Seite eine von den Parlamentswahlen und den Länderregierungen unabhängige zentrale Spitze, auf der andern vertrug es sich aber schlecht mit dem Geiste der Demokratie, in dieser Spitze eine dem Reichstage überlegene Macht zu schaffen. So entstand der Reichspräsident, der teils Amt, teils Würde ist und dessen Stellung erkennen läßt, daß sowohl die französische wie die amerikanische Form der Präsidentschaft in Betracht gezogen wurde — mit dem Ergebnis, daß man sich etwa in der Mitte zwischen diesen beiden Grenzmöglichkeiten hielt. Der nach der Verfassung mögliche Fall einer präsidialen Diktatur ist im eigentlichen Sinne nicht gewollt, das Offenlassen dieser Möglichkeit ist ausschließlich der Zeitstimmung zuzuschreiben: die Nationalversammlung war zeitweilig durch kommunistisch geführte Eisenbahnerstreiks vom Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten, und außerdem war man soeben durch eine Aufruhrwelle hindurchgegangen. Der in die Verfassung aufgenommene Volksentscheid entspricht dem Willen zu demokratischer Vollständigkeit, und es liegt ihm mehr doktrinäre Nachahmung als etwas anderes zugrunde.

Es ergab sich aus dem Gesamtcharakter der Zeit, daß die verfassungspolitische Gesetzgebung der deutschen Nationalversammlung den äußersten Grenzen der Freiheits- und Fortschrittsideologie zustrebte. Deutschland vollzog als der letzte Großstaat des Abendlandes seine Demokratisierung. Der innere Halt und das Ansehen der geschichtlichen Mächte waren seit der französischen Revolution im gleichen Maße schwächer geworden, wie der Gedanke der Volkssouveränität an Kraft und Weite gewonnen hatte. So war es selbstverständlich, daß Deutschland das radikalste Wahlrecht der Welt erhielt, daß die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frau kaum eine Anfechtung erfuhr und die Wahlalters-

grenze in das Jünglings- und Mädchenalter verlegt wurde. Doch verdient es daneben Beachtung, daß sich mitten in dieser schrankenlosen Anwendung des formfeindlichen Mengenprinzips der Versuch zu einer neuen Organik findet. Als einen solchen Versuch darf man die Einrichtung des Reichswirtschaftsrates wohl betrachten, auch wenn man zugeben muß, daß dieser Versuch nicht zu den Quellen eines neuen staatsschöpferischen Geistes geführt hat und auch nicht führen konnte, da er nur auf eine andere Art die gleichen Kräfte ins Spiel zu bringen trachtete, die von den Parteien aus auf den Staat einwirken, nämlich die Interessen. Trotzdem bleibt der Versuch beachtlich — er drückt sowohl das Gefühl für die kommende Hinfälligkeit des Mengenprinzips der rationalen Demokratie wie das Bedürfnis nach einer neuen Staatsorganik aus.

Als die Nationalversammlung die Verfassung verabschiedete, stand sie nicht unter dem Eindrucke, ein Werk für die Dauer von Menschenaltern geschaffen zu haben. Soviel guter Wille, Scharfsinn und Fleiß daran teilhatten, so wußte man doch, daß diese Verfassung auf viele Fragen nur eine vorläufige Antwort gab, und daß die geschichtlichen Kräfte das Werk von Weimar hier anerkennen und fortbilden und dort verwerfen und umformen würden.

6

Die deutschen Bemühungen um einen Vorfrieden waren von den Siegerstaaten kühl abgewiesen worden. Die Bitten um Aufhebung der Blockade und um Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen waren unerhört geblieben. Die Verlängerungen des Waffenstillstandes mußten jedesmal teuer erkauft werden. Aber noch lange hielt man an der Vorstellung eines großen, durch Monate sich hinziehenden Friedenskongresses fest, wo die deutsche Diplomatie, still aber wirksam von Amerika unterstützt, die französische Gier zur Mäßigung und die englische Unvernunft zur Besinnung

bringen würde. Es gab die vierzehn Punkte Wilsons. Di
Punkte waren die Grundlage des Friedens — die ha
Deutschland angenommen, und im Vertrauen auf Wilso
Wort hatte es die Waffen niedergelegt. Über die Anwendu
und Ausführung der vierzehn Punkte sollte verhandelt we
den: so stand es in den Noten vom Oktober 1918. Da sta
Wilsons Wort. — Die Deutsch-Demokratische Partei hat
im Glauben an die Unverbrüchlichkeit des Wilsonsch
Wortes ein feierliches Huldigungstelegramm an den groß
Mann gerichtet, der jetzt die Wage des Weltgerichts
seinen Händen hielt.

Es war ja auch immer die Rede der Feindländer gewese
daß man nicht gegen das deutsche Volk kämpfe. Dem Kais
und seinem System, seiner Autokratie und seinem Militari
mus hatte der Kampf gegolten. Der Kaiser saß jetzt lan
flüchtig in Holland, und sein System war tot, und d
Militarismus war nur noch eine Erinnerung. Die Deutsch
hatten alles erfüllt, was die Feindmächte gefordert hatte
Sie durften jetzt fragen: dies alles haben wir verlassen un
sind euern Ratschlägen gefolgt — was wird uns dafür
Man muß allerdings sagen, daß die Deutschen nicht
fragten, sondern daß sie sich auf sehr schwere Friedens
bedingungen gefaßt machten, je länger die Ungewißhe
währte.

Am 18. April sandten die Feindmächte die Einladung zu
„Friedenskonferenz". Die deutsche Delegation sollte sich a
25. April abends in Versailles einfinden, „um dort den vo
den alliierten und assoziierten Mächten festgesetzten Text de
Friedenspräliminarien in Empfang zu nehmen". Brockdorff
Rantzau antwortete entsprechend, daß die und die Herre
sich einfinden würden, um „den Text des Entwurfs de
Friedenspräliminarien entgegenzunehmen, den sie alsbald de
deutschen Regierung überbringen werden". Clemenceau pro
testierte: man könne „nicht Abgesandte empfangen, die ledig
lich zur Entgegennahme des Wortlautes der Friedensartike

ermächtigt sind, so wie es die deutsche Regierung vorschlägt", sondern man müsse fordern, daß die deutsche Regierung „Bevollmächtigte nach Versailles entsendet, die ebenso vollständig ermächtigt sind, die Gesamtheit der Friedensfragen zu verhandeln wie die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen".

Dieses Vorspiel war nicht belanglos. Man hatte die Absicht der brutalen Demütigung der deutschen Vertreter zu sichtbar werden lassen. Brockdorff-Rantzau hatte ihr durch Absendung einer Kurierabordnung begegnen wollen. Nun den Siegern das Schauspiel der Demütigung zu entgehen drohte, sicherten sie es sich durch Vorspiegelung von Verhandlungen. Als dann am 7. Mai die deutschen Vertreter zur Konferenz erschienen, lasen sie in der Tagesordnung, was Clemenceau danach in seiner Rede wiederholte: „Es wird keine mündliche Verhandlung geben. Die deutschen Bevollmächtigten haben ihre schriftlichen Bemerkungen über die Gesamtheit des Vertrages zu überreichen". — Ja, Herr Clemenceau hatte sich dieses Schauspiel gesichert, und er eröffnete es:

„Es ist hier weder der Ort noch die Stunde für überflüssige Worte. Sie haben vor sich die Versammlung der Bevollmächtigten der kleinen und großen Mächte, die sich vereinigt haben, um den fürchterlichsten Krieg auszufechten, der ihnen aufgezwungen worden ist. Die Stunde der Abrechnung ist da. Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren. Wir übergeben Ihnen das Buch des Friedens. Der zweite Versailler Friede ist zu teuer von uns erkauft worden, als daß wir nicht einmütig entschlossen sein sollten, sämtliche uns zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um jede uns geschuldete Genugtuung zu erlangen." Danach hatte Brockdorff-Rantzau in seiner würdigen Antwort wohl das Recht, zu sagen: „Wir kennen die Wucht des Hasses, die uns hier entgegentritt."

Vierundzwanzig Stunden später lasen wir in Deutschland

in den Zeitungen die Hauptstücke aus diesem „Buche d
Friedens". Die erste Antwort darauf war allgemein eine tie
Enttäuschung. Im deutschen Charakter war kein Raum fi
die Gesinnung, welche diesen Frieden geschaffen hatte. G
sprach daraus eine pervertierte Leidenschaft des Hasses ui
der Rachsucht, die jugendlichen Völkern unmöglich und u
verständlich ist; wir können solche Leidenschaft zur Kenntn
nehmen, aber wir können uns nicht in sie hineindenken. U
vergessen bleibt die Tagung der Nationalversammlung vo
12. Mai in der Aula der Berliner Universität — nicht wegi
des Scheidemannschen Wortes von der Hand, die verdorri
solle, wenn sie diesen Frieden unterschriebe, nicht wegi
dieses ehrlichen Wortes, dessen guter Sinn sich später
einen so peinlichen Unsinn verwandelte, sondern wegen di
stolzen Ernstes, der sie beseelte. Diese Tagung war di
einzige Augenblick im Leben der Nationalversammlung, di
wirkliche Größe in sich trug, und wo diese Versammlung a
der Ort der deutschen Nation empfunden wurde.

Von den Kundgebungen und Stellungnahmen in der Pres
und Versammlungen ist nicht zu sagen, inwieweit sie letzt
Wille und nicht nur Anpassung an den Augenblick warei
Der Übergang von dem feierlichen Nein der Aulatagung z
dem törichten Ja von Weimar vollzog sich nicht in einei
Akt an einem Tage, sondern war das Ergebnis mehrfach
dauernder Einwirkungen, denen die ratlose Not sich schlieſ
lich ergab. Es wollte vielleicht wenig bedeuten, daß d
Presse der Unabhängigen mit einem Eifer für die Ar
nahme eintrat, als würde ihr jede Zeile mit Franken vei
gütet, — mehr als die Haltung dieser Partei bedeutete di
Tätigkeit halbamtlicher und nichtamtlicher Agenten der Feind
mächte, von denen einige Hundert in Deutschland herum
spekulierten. Sie alle verfügten über „Informationen", fü
die sie offene Ohren in Überzahl fanden. Sie wußten, da
am Tage nach der Ablehnung tausend Flieger aufsteige
würden, um Deutschland durch ein Generalbombardemen

auf den Einmarsch der Verbündeten vorzubereiten. Der Unabhängige Haase, Mitglied der Nationalversammlung, eilte mit dieser „Information" von Ort zu Ort. Jene Agenten wußten noch mehr. Beispielsweise wußten sie, daß dieser Friedensvertrag nicht ernst gemeint sei. Vielmehr liege die Sache so, daß die Verbündeten von der Undurchführbarkeit des Versailler Machwerkes selber überzeugt seien, doch müsse es zunächst angenommen werden, um den Ehrgeiz und Revanchehunger Frankreichs zu befriedigen. Frankreich brauche eine historische Genugtuung. Sei ihm die durch die Unterzeichnung geworden, so werde sich die Gesamtlage alsbald entspannen, und dann werde man auf einem wirklichen Friedenskongreß den wirklichen ernsthaften Frieden schaffen. Die Träger dieser Informationen waren zeitweilig in Berlin so zahlreich, daß der eine dem andern die Klinke eines Amts- oder Zeitungshauses in die Hand gab. Sie waren auch in der Nähe der Obersten Heeresleitung und fehlten naturgemäß nicht in Weimar. Man wird den Anteil dieser Einwirkungen am schließlichen Ergebnis schwerlich überschätzen können.

Beim Ringen um die Entscheidung trat ein Gegensatz zutage, der nicht unbeachtet bleiben soll, nämlich ein Gegensatz zwischen dem deutschen Osten und dem deutschen Westen und Süden. Im Osten forderte man die Ablehnung und rüstete zur Abwehr der Polen. Im Westen und Süden herrschte, wie der württembergische Staatspräsident Blos in Weimar berichtete, „Rheinbundstimmung". In dieser Verschiedenheit drückte sich mehr aus als der Unterschied der geschichtlichen Landschaften, von denen die eine nach Westen, die andere nach Osten blickt — ein Unterschied, der uns lehren kann, warum Deutschland kein Einheitsstaat werden konnte.

Drei heiße Junitage rang man in den Fraktionszimmern in Weimar um die Entscheidung, und während dieser Tage war man wiederum durch einen Eisenbahnerstreik von der Außenwelt getrennt, was nicht vergessen werden darf.

Die Friedensdelegation hatte den furchtbaren Kampf tapfer

gekämpft und einige Abstriche von den Forderungen erreicht — die wichtigste davon war das Zugeständnis einer Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen — nun war sie müde und verzweifelt zurückgekehrt. Ablehnung! sagte Brockdorff-Rantzau. Ablehnung! sagte Landsberg. Ablehnung! sagten sie alle, die dem Haßgeiste von Versailles ins Gesicht gesehen hatten. Ablehnung! sagte sogar Friedrich Stampfer vom „Vorwärts", der mit der Delegation gereist war und bei der Abfahrt aus dem Stacheldraht die Gewalttätigkeit des Franzosenpöbels am eigenen Leibe erfahren hatte. Ein Nein! rief auch das „Berliner Tageblatt" seinen guten Bekannten in Frankreich zu.

Doch in den Fraktionen war die Entscheidung schon gefallen. Einen Versuch wollte man noch wagen — man wollte die infamierenden Bestimmungen des Textes ablehnen — das Schuldbekenntnis und die Auslieferungsforderung. Als die Sieger diesen Versuch zurückwiesen, stimmte die Nationalversammlung trotzdem, und zwar mit 237 Stimmen von 423, dem Ultimatum zu.

Am Abend dieses Tages, der sonnig und warm war, zog eine Schar wandernder Jugend mit Gesang und Lautenspiel durch die Straßen von Weimar und schmetterte: Futsch ist futsch — hin ist hin!

Aber diese Jugend wußte nicht, was geschehen war.

Nationale Opposition

1

Das neue Deutschland hatte sich erniedrigt. Es hatte sich erniedrigt aus Torheit, Furcht und Kleinmut. Wohl hatte der neue Kanzler Bauer, der dem zurücktretenden Scheidemann gefolgt war, von dem Zwange gesprochen, und daß dieses Unrecht ewig Unrecht bleiben würde und niemals Recht werden könne. Diese Worte waren nicht übel. Doch es waren

nur Worte. Hinter ihnen stand keine Gesinnung, die ihnen entsprochen hätte.

Hätte eine Gesinnung hinter ihnen gestanden, so wären sie heute nicht vergessen. Sie sind aber verweht, wie das welke Laub verweht in den Winden des Herbstes.

Wir wissen heute, daß die Annahme des Versailler Ultimatums eine Torheit war. Aber sie hätte auch eine Klugheit sein können. Wer damals der Annahme widerriet, tat es, wenn sein Rat ehrlich war, nicht aus Klugheit, sondern aus dem Zwange der Gesinnung.

Es läßt sich sehr wohl denken, daß die tapferste Gesinnung damals dem Volke gesagt hätte: wir müssen annehmen. Aber versteht: wir müssen — weil uns die Feinde sonst zermalmen. Seid dessen eingedenk, daß wir müssen, weil in der Welt nur die Macht gilt. Heute sind die Feinde die Macht, und wir sind die Unmacht. Denkt bei allem Leid und bei allen Lasten daran, daß wir erdulden müssen, weil wir einmal schwach geworden sind. Denkt von jetzt an, daß wir nur ein Ziel haben können, nämlich, daß wir wieder zu Kräften kommen. Wir gehen ins Joch, wir nehmen alle Lasten auf uns, aber ihr Druck soll uns fort und fort daran mahnen, daß man nicht schwach sein darf. Wir nehmen auch alle Schande auf uns, die man uns antut, denn wisset: die Ehre ist ein innerer Besitz, den nur der verliert, der ihn fortwirft. Bergt die deutsche Ehre in der innersten Kammer eures Herzens, haltet sie fest, arbeitet und hoffet!

Und zu den Feindmächten hätte solche Gesinnung wohl gesagt: Es geschehe, wie ihr befehlt. Wir waren einmal stark, heute sind wir schwach. Gott helfe uns, daß wir wieder stark werden. Mehr hätte sie nicht zu sagen brauchen.

Eine Führung mit solcher Gesinnung wäre echte Führung gewesen. Sie hätte sich mit den besten Kräften des Volkstums verbunden fühlen dürfen, hätte mit ihrer Hilfe den neuen deutschen Staat gebaut und gefestigt und hätte ihn mit einem Geiste erfüllt, der allmählich viel neues und tüchtiges Leben

geweckt hätte. Mit einem solchen Geiste hätte Deutschland selbst den Versailler Vertrag ertragen können. Freilich erhebt sich dann die Frage, ob die Feindmächte es gewagt hätten, uns einen solchen Vertrag anzubieten, wenn diese Gesinnung in Deutschland mächtig oder auch nur möglich gewesen wäre.

Der Ablauf der politischen Ereignisse bot hier noch einmal die Gelegenheit, die neue deutsche Staatlichkeit mit dem Geiste der Staatsbehauptung und dem Willen zur nationalen Macht zu verbinden und zu erfüllen. In der Lösung und Steigerung des nationalen Lebensgeistes standen der neuen Staatlichkeit ungleich größere Möglichkeiten offen als dem kaiserlichen Deutschland. Diese neue Führung konnte mit ihrem Willen weit größere Teile des Volkes bewegen als die alte, und sie mußte es, wenn sie sich vor der Nation und vor der Geschichte rechtfertigen wollte. Nicht darin konnte sie ihr Recht finden, daß sie nicht Bethmann Hollweg und Helfferich, sondern Bauer und Müller hieß, und daß sie nicht aus der alten Oberschicht, sondern von unten her kam, — das ist vor der Geschichte gleichgültig; ihr geschichtliches, ihr echtes Recht fand sie nur, wenn sie die Willens- und Tatkräfte der Nation steigern konnte, wenn sie sich den Aufgaben der deutschen Politik in höherem Maße gewachsen zeigte, als die alte Führung diesen Aufgaben gewachsen gewesen war.

Der Weg dazu war noch nicht endgültig verschlossen. Er brauchte sich selbst durch die Zustimmung zum Versailler Ultimatum noch nicht endgültig zu schließen. Es schloß ihn erst die Gesinnung, in welcher man sich dem Ultimatum unterwarf und die sich von dieser Entscheidung an immer eindeutiger ausbildete. Zuerst freilich war diese Führung weniger durch ihre Gesinnung als durch einen Mangel an Gesinnung gekennzeichnet, durch eine Richtungslosigkeit und eine weitgehende Abhängigkeit von den Anregungen und Anstößen, den Einflüssen und Pressungen, denen sie ausgesetzt war und denen sie nur den Widerstand einer unsicheren

Schwerfälligkeit, aber keinen eigenen Richtungswillen entgegenzusetzen hatte.

Es ist im einzelnen nicht nachzuweisen, wie sich diese schwerfällige Ratlosigkeit dann doch in eine bestimmte Richtung drängen ließ. An sich war es eine natürliche und selbstverständliche Erscheinung, daß die Annahme des Ultimatums viele Äußerungen der Empörung hervorrief. Es wäre furchtbar gewesen, wenn das ganze deutsche Volk zu diesem Vorgange geschwiegen hätte. Man hätte jede Hoffnung auf eine deutsche Wiedererhebung aufgeben müssen, wenn das ganze Volk dieses Ereignis ohne Äußerungen des Schmerzes und des Zorns über sich hätte ergehen lassen. Es war ebenso natürlich, daß sich diese Äußerungen nicht nur gegen die Feindmächte, sondern auch gegen die Führung richteten, die diese Entscheidung vollzogen hatte. Darin gerade bestand jetzt die innenpolitische Aufgabe der deutschen Führung, daß sie diese natürliche und echte Empörung nicht von sich stieß, sie nicht auf das Ödfeld verneinender Kritik drängte, sondern die großen und wertvollen Kräfte, die hinter dieser Empörung standen, zur Teilnahme an der Arbeit für die Wiedererhebung gewann. Das war nicht leicht, wie es auch für den Segler nicht leicht ist, den konträren Wind aufzufangen und mit ihm vorwärtszukommen. Es war eine Aufgabe der Politik, und das heißt: einer Kunst. Doch wäre selbst die feinste politische Kunst an dieser Aufgabe gescheitert, wenn sie nicht mit der Gesinnung verbunden gewesen wäre, die hier nötig war. Nur wenn man das Recht dieser Empörung innerlich bejahte, wenn man in der Gesinnung mit ihr verbunden war, konnte man Macht über sie gewinnen und ihre Kräfte der Arbeit am neuen Deutschland dienstbar machen.

2

Die neue Führung besaß weder die Kunst noch die Gesinnung, die zu dieser Aufgabe gehörte. Hier wäre es wohl nötig, von den Personalien der deutschen Führung in dieser

entscheidenden Zeit zu sprechen. Eberts Ausscheiden aus der unmittelbaren Führung der Regierungsgeschäfte war ohne Zweifel ein Verlust. Auch an Scheidemann, der vor der Zustimmung zum Versailler Ultimatum zurücktrat, weil er diese Entscheidung nicht billigte und sie nicht decken wollte, verlor man eine nicht alltägliche Persönlichkeit, die sowohl Aktivität wie Mut zur Verantwortlichkeit besitzt und der man auch politischen Horizont zubilligen muß; ein veranlagungsmäßiger Mangel an Widerstandskraft gegen die Drohungen und Lockungen der Demagogie mußte ihn allerdings hemmen und irreführen. Noske war Wehrminister geblieben. Seine Stellung war jedoch von der eigenen Partei und Fraktion so angefochten, daß er sich, um sich seiner eigentlichen Aufgabe zu erhalten, eine starke politische Zurückhaltung auferlegte. Was aus der sozialdemokratischen Partei neben Noske im Kabinett saß, war weder gut noch schlecht, weder hervorragend noch minderwertig, sondern Funktionärtum von jener selbstzufriedenen Durchschnittlichkeit, die in den Berufs- und Parteiorganisationen an den Schreibtischen sitzt und die laufenden Geschäfte erledigt. Die Politik dieses Kabinetts trug den Namen Erzberger. Wohl hatte Erzberger schon unter der Regierung der Volksbeauftragten, die ihm die Leitung der Waffenstillstandskommission übertrugen, und im ersten Weimarer Kabinett eine besondere Rolle gespielt. Seine Vordringlichkeit und Geschäftskundigkeit sicherte ihm hier schon einen bedeutenden Einfluß. Aber die wirkliche Führung der Regierungspolitik ging erst in Weimar in seine Hände über. Eine rührige Parteilegende bemüht sich vergeblich, diesem Geschäftemacher den Nachruf eines verdienstvollen Staatsmannes zu verschaffen. Erzbergers politische Tätigkeit ist von dem Augenblicke an, wo sie für eine weitere Öffentlichkeit nachprüfbar wird, dem Reiche schädlich, um nicht zu sagen: verhängnisvoll gewesen. Seine Sache mit den Habsburgern, die ihn gegen das Reich ausspielten, und seine Indiskretionen, die dem feindlichen

Auslande die Schwäche der Verbündeten preisgaben, wie überhaupt seine Friedensstiftungsumtriebe haben der deutschen Sache unendlich geschadet. An der Aufweichung der Widerstandshaltung der Mehrheitssozialisten hat dieser Mann einen größeren Anteil als alle Propaganda der Unabhängigen. Er gab sich als der Unterrichtete, Eingeweihte, von allen Dingen Wissende und verschaffte sich dadurch bei den sozialdemokratischen Abgeordneten ein aufmerksames Gehör. Mehr als einmal ist es ihm gelungen, die sozialdemokratischen Vertreter in den Ausschüssen völlig umzustimmen und gegen die Regierung in Harnisch zu bringen. Dabei war Erzberger nichts weniger als ein grundsatzhaft geprägter Charakter. Wenn er in der zweiten Hälfte des Krieges ein Rufer im Streit gegen die Annexionisten wurde, so entsprach das ebensowenig einer grundsätzlich bestimmten Haltung wie seine Denkschrift aus den ersten Kriegsmonaten, in welcher er Annexionspläne entwickelte, die selbst über die Forderungen der Alldeutschen weit hinausgingen. Es war ihm in jedem Falle nur darum zu tun, eine bedeutende Rolle zu spielen, sich in den Vordergrund zu drängen und die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Wer Erzbergers Leben rein menschlich würdigen wollte, würde es bewegt sehen von der Besessenheit des aus kleinen Verhältnissen kommenden Menschen, den ein mächtiger Geltungs- und Wirkungswille in die Vordergründe der Weltgeschichte treibt. Aber er müßte auch sehen, daß diese schicksalsmäßig vermachte Dämonie von keinem Ethos gezügelt und geleitet wurde. Die Vermischung von Politik und Geschäft im Sinne des engsten Eigennutzes, diese Vermischung, die heute so verbreitet ist, daß man sie bereits als parlamentarisch toleriert ansehen darf, geht zwar nicht ausschließlich, aber vornehmlich auf Erzbergers Vorbild zurück. Erzberger war für das zweite Kabinett der Republik eine schwere politische Belastung. In der sozialdemokratischen Fraktion erhoben sich warnende Stimmen, doch man schlug sie in den Wind. Seine Geschäftskundigkeit hatte

ihn so unentbehrlich gemacht, daß seine Stellung von dieser Seite nicht zu erschüttern war.

Muß es auch eine offene Frage bleiben, ob sich das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition ohne Erzberger grundsätzlich anders entwickelt hätte, so steht doch die Tatsache fest, daß der Kampf der Opposition als ein Kampf gegen Erzberger begann. Der frühere Vizekanzler Helfferich eröffnete ihn mit einem Aufsatze in der Kreuzzeitung, in welchem er seine Vorwürfe gegen Erzberger zusammenfaßte. Erzberger antwortete zunächst anonym in der Deutschen Allgemeinen Zeitung mit der ihm eigenen formalen Gewandtheit, aber ohne Wirkung in der Sache, so daß er sich am 25. Juli in der Nationalversammlung zu einer Abwehr erhob. Seine Rede war schon vorher als ein besonderes Ereignis angekündigt worden, es hieß von ihr, sie solle der Langmut und Schonung ein Ende machen und die Generalabrechnung mit der Opposition bringen. In der Tat erzielte Erzberger einen starken Eindruck. Er schilderte die Ereignisse um den Friedensschritt des Papstes im Sommer 1917, schilderte sie in wirkungskräftiger Gruppierung: wie der Papst auf Anregungen hin, die von England ausgegangen seien, sein Schreiben an die deutsche Regierung gerichtet habe, in welchem er um Klarheit über die deutschen Absichten mit Belgien bat, und wie dann dieser Schritt durch die Verzögerung der deutschen Antwort, durch den Inhalt dieser Antwort und durch die Treibereien der deutschen Militärs, der Kriegsgesellschaften, der Schwerindustrie und so weiter um seinen Erfolg gebracht worden sei. Erzberger sprach von den großen Hoffnungen, zu denen dieser Schritt berechtigt habe, von seinen eigenen Bemühungen und von dem Hasse und den Verfolgungen, denen er seiner Friedensbemühungen wegen ausgesetzt gewesen sei. Es gab unter den zuhörenden Abgeordneten sicherlich viele, die bemerkten, wie hier Tatsachengruppierung und Versammlungsrhetorik vereint den örtlichen Erfolg herbeizwingen sollten, denn diese

Art des rednerischen Kampfes war wohl keinem fremd, aber es gab unter ihnen nur wenige, denen auch die Nebenumstände jener Lage von 1917 bekannt waren, und noch wenigeren mochte es gelingen, sich beim Zuhören der Gesamtlage während des Krieges bewußt zu bleiben und diesen Vorgängen den ihnen zukommenden Rang zuzuweisen. Erzberger hatte den Kampf gewonnen, als er seine Rede schloß:

„Wir müssen dem deutschen Volke sagen, wie es zwei Jahre gewissenlos irregeführt worden ist. Hätte es die Dinge besser gekannt, so hätte es den Frieden einfach erzwungen. Wie stand es im Juli 1917? Wir wollten den Frieden und die Freiheit. Da war ihr Parole: Keinen Frieden und keine Freiheit! Was war die Folge? Die ganze Wehrmacht zu Wasser und zu Lande wurde mobil gemacht gegen den Mann, der vor Ihnen spricht. Namenloses, Entsetzliches wurde gegen mich vom Kriegspresseamt zusammengelogen. In dem Augenblick, wo die Friedensaktion auf dem Höhepunkte stand, wurde die Vaterlandspartei gegründet zu dem Zweck, die Friedensresolution totzuschlagen. Militärs, Beamte, Kriegsgesellschaften und wirtschaftliche Verbände! Ende September war die vom ehrlichen Willen des deutschen Reichstages getragene Friedenspolitik des verständigen Ausgleichs durch die Agitation erledigt, die Hoffnungen, die auch die anderen Völker hatten, mit einem Schlage vernichtet. Was war die Folge hiervon? Die Ablehnung der von England verursachten Friedensvermittlung! Die Wahrheit über alles!"

Die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien empfanden den unbestreitbaren rednerischen Erfolg Erzbergers als einen großen Sieg. Für die Entwicklung der innerdeutschen Verhältnisse aber begann gerade hier das Unheil. Die Regierung hatte mit diesem Vorstoß ihre Führerstellung verlassen und war Partei geworden. Es rechtfertigt sie nicht, daß dieser Vorstoß in der Abwehr unternommen wurde, daß er eine Antwort auf scharfe und schwere Angriffe war. Denn

sie war Regierung und hatte eine Aufgabe, die nicht Rechtfertigung oder Verurteilung verflossenen Verhaltens, sondern Arbeit für die Nation hieß. Das vergaß die Regierung. Statt die Opposition, die den Streit suchte, moralisch zu entwaffnen, was jeder deutschen Regierung in dieser Lage möglich gewesen wäre, ließ sie sich in den Streit hineinziehen, in diesen Streit um verflossenes Verhalten, und machte damit alle Gegensätze der Vergangenheit und Gegenwart lebendig und öffnete die tiefsten Zwiespalte.

3

Diese Gefahr hatte den neuen Staat vom ersten Tage an bedroht. Ebert war sich ihrer immer bewußt gewesen, hatte sie immer im Auge behalten und gesorgt, daß sie nicht Ereignis wurde. Im zweiten Kabinett war das Gefühl für sie nicht mehr vorhanden. Jetzt wurde sie Ereignis, und jetzt erst wurde das deutsche Unglück vollständig. Deutschland war unermeßlich tief gefallen. Es war beraubt, geknebelt und geschändet und sah seiner Ausplünderung entgegen. Es war der Fußschemel der Welt geworden. Alles Deutsche war in der weiten Welt geächtet. Aus Posen und Westpreußen strömten die Deutschen, flüchtend vor polnischer Gewalt, ins Reich. Im Gebiet der Esten und Letten wurden die Deutschen ihres Besitzes beraubt und vertrieben. In Böhmen und Siebenbürgen, in Tirol und Kärnten sah sich das Deutschtum fremder Gewalt überantwortet. Aus Podolien und Wolhynien kamen die Deutschen in langen Zügen heran und suchten im alten Mutterlande eine neue Heimat. Aus den Kolonien waren die Deutschen unterwegs. Nirgends in der Welt war noch Raum für die Deutschen, überall waren sie vogelfrei, und das alte Reich mußte ihren Jammer ansehen, mußte alles Unrecht geschehen lassen; dieses alte Reich, die Wiege der abendländischen Kultur, galt weniger als irgend ein Balkanstaat oder eine südamerikanische Raubrepublik. Nie war Deutschland so tief gefallen wie in diesem

Sturz. Aber konnte nicht gerade die Größe des Unglücks eine neue Größe des Volkes begründen? Selbstverständlich war es möglich, daß die Deutschen gerade an ihrem Unglück wuchsen. Wie der einzelne Mensch im Kampfe mit der Natur an den Widerständen wächst, wie im Lebenskampfe seine Kräfte mit der Not wachsen, so kann auch ein Volk durch sein Unglück größer werden, als es im Glücke war. Beim Einzelmenschen hängt das ab von seiner Kraft und seiner Tüchtigkeit, bei einem Volke hängt das ab von seiner Führung. Das deutsche Volk wurde durch sein Unglück nicht größer, sondern kleiner. Das hat seine Führung verschuldet und insbesondere die Führung des zweiten Kabinetts. Nicht alles in diesem Laufe der deutschen Dinge ist Schicksal, nicht von allem kann man sagen, es habe so geschehen müssen. Daß in unserem Volke nach der Erniedrigung nicht der Wille zur Eintracht über die Verlockung zum Ressentiment siegte, das ist Schuld, und es ist die Schuld der jammervollen Führung, die in dieser entscheidenden Zeit an der Spitze des Reichs stand.

Mit dem Ausbruch dieses Streites änderte sich der Zustand gänzlich. Bis dahin hatte es zwar auch zwei feindliche Lager gegeben. Auf der einen Seite stand die große Mehrheit derer, denen es vorerst darum ging, den Staat an sich durch die Fährnis der Zeit zu retten. Auf der anderen Seite stand eine kommunistische Minderheit. Der Streit um Erzberger führte zu einer neuen Teilung und Gruppierung. Er rückte das Nebensächliche, das Beiläufige in den Vordergrund, er lähmte die nach außen gekehrten Kräfte des Volkes, lenkte den Blick ab von den großen nationalen Aufgaben und bannte ihn auf die innenpolitische Parteiung. Das war möglich, weil das ganze Volk mit seinem Schicksal haderte und der gewaltige Grimm nach einer Entladung drängte. Eine ungeheure Spannung lagerte im Volke. Sie suchte einen Ausweg. Diese Spannung war Kraft, und es war die Aufgabe der Führung, sie für den Staat nutzbar zu machen.

Das aber ging über das Vermögen dieser Führung. :
diese Führung zu klein und zu schwach für eine solche Aufg
war und vor ihr in den Parteikampf flüchtete, so suchte nun
ganze Volk im innern Kampfe Erlösung von allem, wa
ihm gärte.

Und wie gern flüchtete man vor der Größe der deuts
Aufgabe in diesen Kampf! Denn dort galt es Anstreng
Entsagung, Zucht und Haltung. Hier aber winkte lock
das Ressentiment. Hier war man auf wohlvertrauten We
Hier konnte man den ganzen Unrat des letzten Mensch
alters aufgreifen und auf den Gegner werfen. Und nun
füllte sich die Luft mit dem Geschrei der Demagogen
Klopffechter. Jetzt verlor das deutsche Schicksal seine tragi
Würde und wurde ein Parteistreit. Jetzt hörten die Deutsc
aus dem Munde ihrer Minister und von den Redn
der regierenden Parteien, daß nicht der Vernichtungsw
der Feinde den Sturz herbeigeführt habe, sondern der v
brecherische Übermut und Leichtsinn der alten Führung. J
hörte sie, daß die Feinde zu wiederholten Malen zu ein
anständigen Frieden bereit gewesen seien und nur der b
Wille der deutschen Führung den Frieden verhindert ha
Damit nahm man dem Volke das Letzte, was es aus dem Z
sammenbruche gerettet hatte, man nahm ihm d
Glauben an sein Recht, man nahm ih
den Stolz auf seine Opfer. Alles, was die De
schen in der furchtbaren langen Zeit geleistet und gelitt
hatten, wurde nun entwertet. Die zwei Millionen Tot
hatten nicht für das deutsche Recht, nicht für die deutsche Fr
heit ihr Leben gelassen, sondern waren von frevelhaft
Machtgier hingeopfert worden. Die Hekatomben von Greis
und Kindern, die dem Hunger erlegen waren, klagten nic
die Würgeblockade, sondern klagten die deutsche Führung a

Es war wohl selbstverständlich, daß der Unwille über sold
Haltung hell aus dem Volke herausschlug. In dieser Ze
wurde die nationale Bewegung zur Opposition. All d

Bünde, die sich in den ersten Wochen und Monaten des Zusammenbruchs gebildet hatten, waren nicht als oppositionelle Organisationen entstanden. Sie waren zunächst Selbstschutzverbände, die sich der drohenden Auflösung des Staates entgegenwarfen. Sie entstanden nicht als Kämpfer gegen den neuen Staat, sondern als Schutz dieses Staates, der selber nicht imstande war, sich vor der Zertrümmerung durch die untermenschlich bewegten Massen zu schützen. Es hatte sich in ihnen der beste Teil des Frontsoldatentums zusammengefunden, jener Teil, in dem die Idee der Nation zu Fleisch und Blut geworden war und der die lebendige Ehre des Kämpfers für Volk und Heimat nicht abgetan hatte. Als die Führung des neuen Staates Idee und Ehre der Nation preisgab, mußte sich dieses Frontsoldatentum gegen sie kehren.

Damit war eine Entwicklung eingeleitet, die den neuen Staat noch in manche Krisis führen sollte.

Es ist wohl dem einzelnen Menschen, aber nicht den Menschenmassen gegeben, Bild und Wesen einer Erscheinung auseinanderzuhalten und unabhängig voneinander zu betrachten und zu beurteilen. Das Bild des neuen Staates, durch die Haltung dieser Führung dargestellt, mußte auf den national bestimmten Deutschen abstoßend wirken. Aber das Wesen des neuen Staates war diesem Bilde nicht zwingend verhaftet. Die Idee des Staates war auch im Volksstaat der Weimarer Verfassung vorhanden, wenngleich seine Führung sie preisgab. Doch diese Unterscheidung ist für die massenmäßig gebildete Vorstellung zu fein und darum zu schwierig. Sie sieht die Erscheinungen als Holzschnitte, nicht als Gemälde. Die national bewegte Masse verwarf mit der Führung, die sie verwerfen mußte, auch die Idee des Volksstaates, die für die Gegenwart die allein mögliche Idee des Staates ist.

Nun wurde die nationale Bewegung das große Sammelbecken aller, die den Staat als Volksstaat verneinten. Da war der alte Zwiespalt wieder offen, der alte deutsche Zwie-

spalt zwischen Volksrecht und Staatsmacht. Die Idee der Nation, von der Regierung preisgegeben, fühlte sich heimatlos im neuen Staat und verband sich mit dem Gedanken der Wiederherstellung geschichtlich verurteilter Zustände. Was zu neuem Leben wollte, verband sich mit Abgestorbenheit. Zwar gewann die nationale Bewegung durch solche Verbindung den Anschein besonderer Kraft, aber sie konnte nicht hindern, daß sie zugleich auf eine Bahn abgedrängt wurde, die zuletzt ins Nichts führen mußte. Zunächst aber fühlte sie nur die Kräftigung und entwickelte aus solchem Gefühl einen gegen den neuen Staat gerichteten Angriffsgeist.

4

Volksrecht und Staatsmacht: die beide vereinende Idee wurde in der Öffentlichkeit und in der Nationalversammlung am glücklichsten von der Demokratischen Partei vertreten. In dieser Partei lebte der Wille, aus dem Zusammenbruche der alten Staatlichkeit den vollkommensten bürgerlichen Verfassungsstaat zu schaffen. Der aus ihren Reihen stammende Entwurf der Reichsverfassung zeigte sich zwar sehr abhängig von der Doktrin des Westens und hatte sich viele Änderungen gefallen lassen müssen. Aber in ihren politischen Entscheidungen trat ein starkes deutsches Empfinden zutage. Die demokratischen Abgeordneten hatten für die Beibehaltung der alten schwarzweißroten Reichsflagge gestimmt, was zwar mit den Interessen des Überseehandels begründet wurde, aber weit mehr, als sie selber wahrhaben wollten, aus Achtung vor der deutschen Tradition geschah. Außerdem hatten sie mit wenigen Ausnahmen der Annahme des Versailler Ultimatums widersprochen, und die Partei hatte, als die Annahme der Versailler Bedingungen feststand, die Regierungskoalition verlassen und hatte dem zweiten Kabinett nicht einmal ihr Vertrauen ausgesprochen. Von der Demokratischen Partei aus schien es möglich, den neuen Staat mit den ideellen Kräften der nationalen Tradition zu verbinden.

In dieser Hoffnung hatten sich Millionen dieser Partei zugewandt, und als die Demokraten sich weigerten, den Weg nach Versailles anzutreten, und die Koalition verließen, schien darin eine Rechtfertigung solcher Hoffnungen zu liegen. Aber sie erfüllten sich dennoch nicht.

Im Oktober, als die Nationalversammlung ihre Tagungen von Weimar nach Berlin verlegt hatte, schloß sich die Demokratische Partei der Regierungskoalition wieder an, womit sie naturgemäß ihren früheren Austritt zu einer spekulativen Geste entwertete, und unterwarf sich von dieser Zeit an einer Entwicklung, deren eigentliches Wesen nicht sogleich augenfällig wurde, obwohl ihre Elemente schon vorher in der Partei vorhanden gewesen waren. In dieser Entwicklung setzte sich der Kampf der zwei Strömungen fort, in denen seit mehr als hundert Jahren der bürgerliche Geist mit den Aufgaben der Zeit ringt. Noch in der Entscheidung über das Versailler Ultimatum hatte sich die deutschgeistige Strömung, die in ihren Anfängen durch Ernst Moritz Arndt, in ihrer Mitte durch Ludwig Uhland gekennzeichnet wird, als die stärkere erwiesen. In Friedrich Naumann hatte sie ihren letzten Vertreter. Durch ihn hatte sie die Haltung der Partei bestimmt. Aber Naumann war im Kriege ein alter Mann geworden. Die Entbehrungen hatten ihm die Kraft genommen. Müde und mit tiefen Kummerfalten um Augen und Mund wandelte er durch die Tage von Weimar und wirkte mehr durch Sein als durch Tat. In der großen Schar derer, die sich seine Jünger nannten, war nicht einer, der mit ihm zu vergleichen war und als Erbe seines Geistes hätte gelten dürfen. Das tiefe Wissen um die unzerstörbare Einheit des Geschichtlichen, um die unsichtbare, aber zugleich unzerreißbare Kette, die den gegenwärtigen Tag mit allen voraufgegangenen Tagen verbindet, und die von solchem Wissen stammende Weite des Blickes und Sicherheit des politischen Urteils, waren keinem unter seinen Jüngern zu eigen. Naumann war gefeit gegen die Anfechtungen, die von der fremdgeistigen Strömung in

der demokratischen Bewegung an ihn herankamen, von seinen Jüngern waren es nur wenige. Diese fremdgeistige Strömung aber drängte sich mehr und mehr in den Vordergrund. Sie verfügte über die tonangebende Presse, hatte in den Berliner Zeitungshäusern Mosse und Ullstein ihre Kraftmittelpunkte, von denen aus sie die Partei in Berlin beherrschte und in der Provinz mächtig beeinflussen konnte. Sie verfügte über einen Journalistentypus, der die großstädtischen Massen gefällig zu unterhalten und mit Ressentiments politisch zu gewinnen verstand, dessen politische Linie aber nicht von der deutschen Geschichte, sondern von den Einwirkungen des westmächtlichen Geistes ihre Richtung empfangen hatte.

Wie im Fortgange dieser Entwicklung die durch Naumann verkörperte deutschgeistige Strömung von jener fremdgeistigen Strömung verdrängt wurde, wie der großstädtische Literatentypus mehr und mehr die geistige Führung der deutschen Demokratie an sich nahm, so verringerten sich die Möglichkeiten, den deutschen Volksstaat mit den ideellen Kräften der nationalen Tradition zu verbinden und die zeitbedingte Idee des Volksstaates mit der bleibenden Notwendigkeit staatlichen Machtwillens zu wirkungskräftiger Einheit zu verschmelzen.

Diese Entwicklung zerstörte die letzte Brücke, auf der die nationale Bewegung den Anschluß an den neuen Staat hätte finden können. Nun war die nationale Bewegung endgültig zur Opposition verurteilt.

5

Hinter allen diesen Ereignissen: hinter der Annahme des Ultimatums der Feindmächte, hinter der Aufnahme des Kampfes gegen die nationale Opposition, aber auch hinter der eben geschilderten Entwicklung in der deutschen Demokratie stand die Furcht vor der Gefahr, die von den chaotisch bewegten Massen des Proletariats drohte

Die Aufstände der Kommunisten waren zwar unterdrückt worden. Aber die in ihnen aufmarschierten Massen waren

damit nicht beruhigt. Für die Gesamtheit des Proletariats war diese Zeit ein unlösbares Gewirr. Seit Jahrzehnten in die Köpfe hineingehämmerte Forderungen hätten nun erfüllt werden sollen. Die „Eroberung der politischen Macht", nach Wortlaut und Sinn der marxistischen Lehre die Voraussetzung für die Aufrichtung des sozialistischen Staates, war Tatsache geworden. Das Proletariat war Herr des Staates geworden. In Tausenden von Räten hatte es die Macht gehandhabt. Im Rätekongreß hatte seine Macht ihren Ausdruck gefunden. Aber wo war nun der Sozialismus? Man hatte von der „sozialistischen Republik Deutschland" geredet. Aber was nun bestand — war das eine sozialistische Republik? Kein Mensch wagte das zu bejahen.

Der marxistische Sozialismus war als ein sozialökonomisches System erdacht worden. Er ist der gedankliche Versuch, die Problematik, die mit dem Entstehen der Arbeiterschichtung aufwuchs, durch eine neue sozialökonomische Ordnung zu lösen. Er ist ein legitimes Kind des neunzehnten Jahrhunderts, das heißt jener Weltvorstellung, die alles Geschehen ökonomisch bedingt sah, alle Fragen der Zeit auf einen ökonomischen Grund zurückführte und ihre Lösung nur durch Mittel der Ökonomie für möglich hielt. So mußte dieser Sozialismus des neunzehnten Jahrhunderts notwendig ein ökonomischer Sozialismus sein und in der radikalen Änderung des Gesellschaftsrechts und der Wirtschaftsordnung die Lösung der Arbeiterfrage suchen. Von diesem marxistischen Sozialismus leitet sich die Vorstellung und Forderung des sozialistischen Staates ab, dessen Merkmal die Aufhebung des produktiven Privateigentums und „die planmäßige Produktion und Verteilung durch die Gesamtheit" bildet.

Diese Vorstellung lebte in den Arbeitermassen, und aus ihr ergab sich die Forderung der Sozialisierung. Sie ergab sich mit Notwendigkeit, nachdem das Proletariat die politische Macht erobert hatte, was nach marxistischer Lehre die Voraussetzung für die Schaffung des sozialistischen Staates war.

Das Wort von der sozialistischen Republik hatte den Sinn, daß Deutschland nunmehr jene Vorstellung vom sozialistischen Staat verwirklichen werde.

Schon am 19. November 1918 schrieb die „Freiheit", das Berliner Blatt der Unabhängigen: zu den vielen Dingen, die nicht diskutiert zu werden brauchten, sondern sofort dekretiert werden könnten, gehöre vor allem die Einleitung der Sozialisierung. Gerade diese dulde keinen Aufschub. Über die Möglichkeit der Überführung der großen industriellen Monopole in Gemeinbesitz gebe es unter Sachverständigen keinen Zweifel mehr.

An dieser letzten Behauptung war soviel richtig, daß einige Theoretiker innerhalb und außerhalb der deutschen Universitäten für die Sozialisierung eintraten. Die Professoren Lederer, Wilbrandt, Ballod, Neurath und wohl noch andere sprachen sich in verschiedenen Kundgebungen für die Sozialisierung aus. Auch der „Vorwärts" war zeitweilig dieser Ansicht und öffnete seine Spalten für die Erörterung der Frage. Am 24. November gab er den Vorschlag Wilbrandts bekannt, nach welchem sämtliche Produktionsmittel sofort zu Nationaleigentum erklärt werden sollten. Der Vorschlag sah eine staffelweise Übergabe an den Staat und eine teilweise Abgeltung vor. Die Einzelheiten berühren uns hier nicht weiter.

Die Volksbeauftragten griffen zu dem in solchen Verlegenheiten üblichen Mittel, sie setzten eine Kommission ein, die den Auftrag erhielt, ein schleuniges Gutachten über die Sozialisierung zu erstatten. Diese Kommission veröffentlichte schon am 11. Dezember in der Deutschen Allgemeinen Zeitung ihren Arbeitsplan, der den hoffenden Massen die erste leise Enttäuschung brachte. Hier war die Sozialisierung als ein länger währender Aufbau gedacht. In die Exportindustrie, den auswärtigen Handel und die Lebensmittelversorgung dürfe einstweilen nicht eingegriffen werden. Dagegen war die Kommission der Ansicht, „daß jene Gebiete, in denen

sich kapitalistisch-monopolistische Herrschaftsverhältnisse herausgebildet haben, für die Sozialisierung in erster Linie in Betracht kommen". Die Kommission nahm ihre Arbeiten auf, aber inzwischen wurden die Widerstände stärker.

Nachdem die Unabhängigen aus der Regierung ausgetreten waren, fühlten sich auch die Volksbeauftragten freier in ihrer Haltung, und ihre allen Wagnissen abholde Geistesverfassung brachte es mit sich, daß sie nun auch den abratenden Stimmen Gehör schenkten. An solchen fehlte es nicht. In den Gewerkschaften war die Auffassung geteilt. Man war auch hier zunächst vor den radikalen Strömungen und Ansprüchen zurückgewichen, kam aber allmählich wieder zu einiger Besinnung und suchte die radikalen Forderungen zu entkräften und zu umgehen. Man fragte, ob jetzt gerade der passende Zeitpunkt für die Sozialisierung gekommen sei? Gewiß sei die Sozialisierung notwendig. Aber „Altmeister Marx" habe sich die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nur in einer Zeit der Überfüllung vorgestellt. Diese Voraussetzung sei jetzt nicht gegeben. Wer jetzt sozialisiere, würde nur als Konkursverwalter auftreten, jetzt könne man nur „den Hunger sozialisieren". Nicht nur Ebert und andere Mehrheitssozialisten warnten vor „Experimenten, die den Sozialismus auf Jahrzehnte in Mißkredit bringen müßten", sondern auch Unabhängige wie Hilferding und Eisner ließen sich im gleichen Sinne aus. Es bestand eine weitreichende stille Übereinkunft unter den Sozialisten, die Sozialisierung „dilatorisch" zu behandeln und nichts zu überstürzen. In der Sozialisierungskommission tauschte man Reden und Schriftsätze, und die Zeit verging.

Der Radikalismus ließ naturgemäß diese Propagandamöglichkeit nicht ungenutzt. Er stellte dem Arbeiter die Frage, was bei dieser Revolution für ihn herausgekommen sei? Der Achtstundentag werde zwar als eine große Errungenschaft ausgegeben, aber das soziale Unrecht bestehe weiter, der Arbeiter unterliege der kapitalistischen Ausbeutung wie früher

und sei weiter dem Besitze hörig, wie er das immer gewesen sei. Erst der Sturz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung werde den Arbeiter zu einem freien Menschen machen.

Zwar konnte diese Propaganda die Sozialisierung nicht erzwingen, aber sie konnte die innere Unsicherheit der Massen in Enttäuschung verwandeln und diese Enttäuschung zum Mißmut steigern. Unter diesem Zeichen stand die Entwicklung nach der Niederwerfung der kommunistischen Aufstände um die Wende 1918/19. Äußerlich machte sie sich bemerkbar in den Streiks, welche dieser Zeit das eigentliche Gepräge gaben. Die bürgerliche Welt erblickte in dieser Erscheinung den Ausbruch eines Wahnsinns. Die Streiks entstanden aus den nichtigsten Anlässen. Oft wußten die Streikenden selber nicht, wofür sie den Kampf aufnahmen, und erst im Kampfe kam es zur Aufstellung bestimmter Forderungen. Von Sozialisten wurde das Wort geprägt, die Revolution entarte zu einer Lohnbewegung. Die Löhne erfuhren in der Tat bedeutende Steigerungen und hatten sich bis zur Mitte des Jahres 1919 auf das Vierfache der Vorkriegslöhne erhöht. Aber keine Lohnerhöhung konnte die Unruhe stillen. Es war nicht nur das, daß man mit den Lohnerhöhungen Wasser in ein Sieb schüttete, da jede Lohnerhöhung sofort von den steigenden Warenpreisen aufgefressen wurde und sich die Lebenshaltung der Massen kaum wesentlich verbesserte. Sondern die Unruhe kam aus dem Gefühl der Massen, daß diese Revolution an ihnen vorbeigehe. Hier war die Revolution — und doch wurde nichts von dem wahr, was man sich als Ergebnis der Revolution vorgestellt hatte. Was da gekommen war: Achtstundentag, uneingeschränktes Vereinigungsrecht, Arbeitslosenfürsorge — das waren alles Dinge, zu denen es der Revolution nicht bedurft hätte. Dieses Gefühl lag der tiefen Unzufriedenheit zugrunde, und die Streiks gaben ihm Ausdruck. Die Massen fühlten, daß die Geschichte sie fordere, und sie waren willig zur Tat. Aber in ihrer inneren Unfertigkeit wußte ihr Wille keinen Weg, und so entlud sich

ihr Drang in den primitiven Formen der Demonstrationen und Streiks.

Die Streiks machten die Zuständlichkeit nach außen erkennbar. Aber zugleich vollzog sich, was man zunächst nicht sehen und messen, sondern nur schätzen konnte, es vollzog sich eine politische Radikalisierung der Massen, eine Abwanderung zu dem Radikalismus, wie er von den Unabhängigen und Kommunisten gepflegt wurde. Das konnte keinem verborgen bleiben.

Im Januar 1920 fühlte sich der erstarkte Radikalismus kräftig genug zu einem Vorstoß gegen die Nationalversammlung, die im Reichstagsgebäude über das Betriebsrätegesetz beriet. Der Vorstoß wurde blutig abgewiesen, und es folgte die Verhängung des Ausnahmezustandes. Aber die Unruhe gärte weiter, und der Kommunismus schöpfte aus dieser Niederlage besondere Kraft. Er konnte sagen, daß das neue Deutschland gewalttätiger gegen die Arbeiter auftrete, als es das kaiserliche jemals getan habe. Die demagogische Unehrlichkeit hinderte nicht den Erfolg solcher Hetze.

6

Die inneren Spannungen entluden sich in den Märztagen in zwei unmittelbar aufeinanderfolgenden Aktionen, in dem Kappschen Staatsstreich und dem Aufruhr der Kommunisten im Ruhrgebiet und anderen Teilen des Reichs. Der Verlauf beider Aktionen darf als bekannt gelten. Kapp räumte nach einer fragwürdigen Herrschaft von viertägiger Dauer das Feld. Die Erhebung der Kommunisten konnte erst nach wochenlangen blutigen Kämpfen unterdrückt werden. Kapp wurde durch den stillen Widerstand der Beamtenschaft und die Zurückhaltung der Bevölkerung unsicher und durch den Generalstreik zum Aufgeben seiner Absicht gezwungen. Zur Niederkämpfung der kommunistischen Erhebung wurden Reichswehr und Polizei eingesetzt, denen sich Freiwillige aus den Frontsoldatenbünden anschlossen

Diese beiden Aktionen standen untereinander in keinen Zusammenhange. Die kommunistische Erhebung war keineswegs durch den Kappschen Staatsstreich verursacht worden Die Kommunisten hatten sich seit Monaten zur Erhebung gerüstet. Russische Verbindungsleute und russisches Geld waren seit Monaten tätig gewesen. Wohl aber darf man annehmen, daß die Kommunisten die Erschütterung der Staatsgewalt durch die Kappsche Aktion zu ihren Gunsten nutzen wollten und sich darum in diesem Augenblick erhoben.

Beide Aktionen waren gescheitert. Der neue Staat hatte beide Erschütterungen überstanden. Gegen den Staatsstreich von rechts hatte er die Arbeiter aufgeboten. Gegen den Aufruhr von links hatte er das Frontsoldatentum eingesetzt. Im einen wie im andern Falle hatte er der Gefahr überlegene Kräfte entgegenwerfen können.

Bei den Kämpfen im Ruhrgebiet hatte es ernste Augenblicke gegeben. Diese kommunistische Erhebung war mehr als eine Straßenrevolte gewesen. Man hatte nicht um Häuser und Straßen, sondern um Städte und im freien Gelände gekämpft. In Fronten lag man sich gegenüber, und Maschinengewehre und Geschütze sprachen auf beiden Seiten mit. Man hatte sich Schlachten geliefert. Soldaten gegen Kommunisten, aber Deutsche gegen Deutsche. Der Staat behauptete sich.

Im Vergleich mit dieser Erhebung war der Kappsche Staatsstreich eine harmlose, nicht eine heroische Torheit. Der Mann, der ihn in Szene setzte, war kein Heros, sondern ein Spieler, und er war kein Volksmann, sondern ein Reaktionär. Der Sache Kapps fehlte jede Verbindung mit der großen nationalen Strömung im Volke. In ihr machte die alte Führung den schwächlichen Versuch, wieder Führung zu werden. Der Versuch scheiterte, weil er Reaktion, nicht vorwärtstragende volkhafte Bewegung war. In diesem Versuche schlug nicht das Herz des Volkes — das schlug dort im Ruhrgebiet, wo deutsche Jugend, Soldaten und Kom-

munisten, Arbeiter und Studenten, in die deutsche Tragik verstrickt, einander töteten.

Aus dieser doppelten Gefahr rettete sich der Staat als der Wille ideenloser Mittelmäßigkeit. Sein Sieg war gerechtfertigt vor dem gesunden Menschenverstande, der hier sehen mußte, daß weder links noch rechts eine Lösung der deutschen Frage lag. Diese Lösung lag irgendwo in der Zukunft. Man mußte warten und mußte sich inzwischen in die Zeit schicken. Es gab keinen andern Weg. Aus dieser Lage, die sich fortschreitend dem allgemeinen Bewußtsein aufdrängte, gewann der neue Staat seine Kraft. Die Erschütterungen hatten ihn gefestigt. Seine Gegner hatten sich erhoben und waren unterlegen. Zwar waren sie nicht vernichtend unterlegen. Sie blieben als Ideenträger weiter Anfechtungen des neuen Staates. Aber sie hatten ihre Grenzen erkennen müssen, wie auch der Staat seine Zwischenlage, seinen Behelfscharakter erkannt hatte. Der Staat hatte sich erhalten, indem er einen Feind gegen den andern stellen konnte. Diese Lage machte den Staat stark und schwach zugleich. Sie machte ihn stark, weil ihm jeder Gegner gegen den andern half, und sie machte ihn schwach, weil er nach beiden Seiten Rücksicht üben mußte. In diesen Umständen fand der Staat seine Behauptung.

Viertes Kapitel

Arbeit

Außenpolitik

1

Behauptet hatte sich das neue Deutschland, aber in welcher Lage! Der amtliche Sprachgebrauch vermied es nun, von Feinden zu sprechen. Wo aber hatte Deutschland Freunde? In den einstigen Feindländern feierte der Deutschenhaß weiter seine Feste. Von den Neutralen erfuhr es keine Freundlichkeiten. Wer war in diesem Kriege neutral gewesen? Jedes Land hatte sich in Zuneigung und Abneigung gespalten, und die Deutschenfreunde waren dabei fast überall eine kleine Minderheit geblieben. Schmerzlich war es anzusehen, daß auch die uns blutsverwandten Völker mit ihrer Sympathie mehr auf Seiten unserer Feinde als bei uns standen. Die Deutschfeindlichkeit überwog überall dort, wo der Geist der westeuropäischen Zivilisation der herrschende Geist geworden war. Darum gab es in Schweden eine starke deutschfreundliche Strömung, aber nicht in Dänemark, nicht in Holland und nicht in der Schweiz. Die westeuropäische Zivilisation war gegen Deutschland. Vergeblich hatte man in den Tagen, als das Versailler Diktat in die Welt ging, auf einen Ausbruch der Empörung bei den Neutralen gewartet. Es empörte sich keiner, sondern man blieb sachlich und kühl. Deutschland stand einsam in der Welt. Auch bei den früheren Verbündeten, in der Türkei, in Bulgarien und Ungarn waren Regierungen aufgekommen, die offen von Deutschland abrückten. Nur das arme verstümmelte Österreich bekannte sich treu und rückhaltlos zum alten Mutterlande, und seine Vertreter beschlossen im Dezember 1918 einstimmig den Anschluß an das Reich. Und dann war im äußersten Nordosten, wo Europa und Asien ineinanderfließen, ein Geist freundwilliger Dankbarkeit wach — die Finnländer vergaßen nicht, daß deutsche Soldaten ihnen geholfen hatten, sich vom Russentum zu lösen. Aber einen politischen Rückhalt konnten diese Freund-

schaften nicht bieten, wie auch die fernen Sympathien in Argentinien und bei den ringenden Völkern im östlichen Asien nicht politisch wirksam werden konnten.

Das Bewußtsein der gänzlichen Verlassenheit tastete nach Anhalten und Bündnismöglichkeiten. Am nächsten lag die Vereinigung mit dem Reste Deutschösterreichs. Zwar hätte sie dem Reiche keinen unmittelbaren Machtzuwachs gebracht, aber sie hätte eine alte Aufgabe der deutschen Politik gelöst, hätte die siebzig Millionen Deutsche zu einem Block vereinigt und wäre der erste Schritt zu einer besseren Zukunft gewesen. Aber diese Vereinigung, da sie nicht sogleich in den ersten Tagen der Revolution gewagt wurde, unterblieb, weil die Feindmächte sie verboten.

Weiter ausgreifend war der Gedanke eines „Bündnisses der Besiegten", der eine deutsch-russische Gemeinsamkeit suchte. Dieser Gedanke war groß und kühn und mußte darum Traum und Plan bleiben. Das auch seelisch entwaffnete deutsche Volk war nicht imstande, den Weg einer solchen Politik zu gehen. Dabei mag es unerörtert bleiben, was Deutschland durch eine außenpolitische Gemeinsamkeit mit Rußland hätte gewinnen oder verlieren können. Das Leben wird Deutschland immer wieder vor diese Frage stellen, aber jede Zeit wird sie auf ihre eigene Weise beantworten. Für unsere Zeit ist Deutschlands soziale und geistige Verfassung entscheidend. Sie macht für uns eine Politik des kühnen Wagnisses unmöglich. Deutschlands Bevölkerungszahl ist heute mehr seine Schwäche als seine Stärke. Sie macht uns überempfindlich für jede Störung unserer Weltmarktbeziehungen. Eine Erschwerung und Einschränkung der Warenausfuhr bringt uns Erwerbslosigkeit, eine Absperrung der Lebensmitteleinfuhr bringt uns den Hunger. Jede Politik des Wagnisses bedeutet für große Volksmassen alle Leiden der Entbehrung. Das Maß unserer Widerstandskraft wird bestimmt durch unsere Leidensfähigkeit. Hier tritt ein seelischer Faktor in das Reich der außenpolitischen Möglichkeiten. Ein Volk, innerlich so

zerrissen wie unseres, wird nur unter übermächtigem Zwange bis zur leiblich gesetzten Grenze leidensfähig sein. Zur freiwilligen Hinnahme großer Entbehrungen, zum Leiden für die Güter der Nation, ist unser innerlich zerspaltenes und verfeindetes Volk nicht fähig. Das ist eine der Grundtatsachen des heutigen deutschen Seelenzustandes, über die sich keine Politik hinwegsetzen kann. An ihr hätte eine Politik der deutsch-russischen Gemeinsamkeit scheitern müssen, sobald sie uns mit dem Westen in Konflikte gebracht hätte.

Nur der Vollständigkeit halber soll erwähnt sein, daß der noch kühnere Gedanke auftauchte, Deutschland müsse sich zum Führer der unterdrückten Völker aufwerfen. Dabei dachte man insbesondere an die Völker Asiens, an Inder, Chinesen, Perser, Afghanen. Der Gedanke gewann keine Bedeutung. Sowohl der Druck der Siegermächte wie die eigene dingliche und seelische Wehrlosigkeit erzwangen eine Politik der äußersten Vorsicht und Zurückhaltung.

2

Die Politik der Mächte ist viel gebundener, als man gemeinhin glaubt. Man spricht oft von einer schier unbegrenzten Zahl der Möglichkeiten und fordert Ausnützung dieser Bewegungsfreiheit zu „schöpferischer" Politik. Nur zu sehr übersieht man, daß die Einmaligkeit des Raumes Aufgaben und Lösungsmöglichkeiten stellt, die nur selten grundstürzende Änderungen erfahren. Erst die in den letzten Jahren wieder aufgenommene Pflege der politischen Geographie weckt allmählich Verständnis für diese Gebundenheiten. Käme es hier auf Beispiele an, so würde sie uns jeder Staat bieten.

Für Deutschland ist seine Mittellage von überragender Bedeutung. Sie ist Segen und Unsegen zugleich. Auf dieser Mittellage beruhte die Machtstellung des mittelalterlichen Reichs. Als sie sich durch die Erschließung des Seeweges in eine Randlage verwandelte, fiel Deutschland der Verarmung und Verödung anheim. Erst als das Rußland Peters des Großen

sich dem europäischen Leben öffnete, wurde Deutschland w
der allmählich das Land der Mitte und genoß den Vor
dieser Lage. Ohne die Hinwendung Rußlands zur europäisch
Zivilisation wäre der deutsche Wirtschaftsaufstieg im neu
zehnten Jahrhundert nicht möglich gewesen. Aber dan
wurde der deutschen Politik eine ungeheuer schwere Aufga
gestellt. Das deutsche Leben wurde von Ost und West z
gleich bedroht und abhängig. Wie hat Bismarck mit die
Aufgabe gerungen! Und wie hat Bülow seine nicht gering
Künste an ihr versucht! Obwohl in jenen Zeiten die Schla
worte von der Westorientierung und Ostorientierung no
nicht erfunden waren, stand die deutsche Politik doch gän
lich im Banne dieser Frage. Friedrich der Große hatte no
die Wahl unter den Westmächten gehabt, weil diese selb
durch ihre Machtpläne getrennt waren. Seit 1905 war ei
solche Wahl nicht mehr möglich. Aber auch die Wahl zw
schen Ost und West war nicht mehr möglich. Deutschlan
Expansionskraft, von der Fruchtbarkeit seiner Bevölkerun
geschwellt, drückte auf den Osten und den Westen zugleich
Daß die wilhelminische Politik gleichwohl die Gefahr vo
Westen für näher und größer hielt, als die vom Oste
braucht man nicht nur aus Neigungen zu erklären. In de
absprechenden Beurteilung der wilhelminischen Politik ha
journalistische Oberflächlichkeit die Führung. In der viel
berufenen Ziellosigkeit dieser Politik drückte sich die Unlös
barkeit ihrer Aufgabe aus.

Diese Aufgabe war nicht weniger der deutschen Nach
kriegspolitik gestellt. Auch für sie erhob sich vom ersten Tag
an die Frage: mit dem Osten gegen den Westen — oder um
gekehrt?

Die Beantwortung dieser Frage war nicht die Sache vo
Monaten, sondern Jahren.

In einem aber hatte sich die Vorkriegslage geändert. Ruß
land konnte der deutschen Wirtschaft nicht mehr sein, was
es ihr vor dem Kriege gewesen war. Die russische Kaufkraft

war im Verhältnis zu seiner Bevölkerung immer gering gewesen. Aber durch die Masse der Bevölkerung war sie doch mit ihrem Milliardenbetrage wesentlich geworden. Das Nachkriegsrußland, von den Schauern einer ungeheuren Revolution durchschüttelt, von den Opfern des Krieges erschöpft und verarmt, in seiner Produktionskraft geschwächt, konnte für Deutschland keine Stütze sein. Eine Politik, die, auf dieses Rußland gestützt, den Westmächten Trutz geboten hätte, wäre vielleicht für ein im Trutzwillen einiges deutsches Volk möglich und erfolgreich gewesen. Aber unser von Parteikämpfen aufs tiefste zerrissenes deutsches Volk war den Anforderungen einer solchen Politik nicht gewachsen.

Eine Politik der deutsch-russischen Gemeinsamkeit wäre allerdings immer ein Schritt ins Ungewisse gewesen. Die Sowjetpolitik der ersten Jahre war viel mehr Parteipolitik als Staatspolitik. Die Ideologie der Weltrevolution, die Absicht, von Rußland aus das europäische Gesellschaftssystem zu zerstören, war zunächst ehrlich. Diese russische Politik war die Politik eines kleinen Kreises fanatisierter Intellektueller, der seine marxistischen Dogmen von Europa nach Rußland getragen, der sich dort an die Stelle der zerbrochenen Führerschicht gesetzt hatte und diese Dogmen nun mit den Machtmitteln, die ihm zugefallen waren, der europäischen Zivilisation aufzwingen wollte. Rußland war für diese Fanatiker des Dogmas nichts anderes als das große Kraftfeld, über das sie verfügten. Sie hätten ebenso die gleiche Ideologie von Deutschland oder Frankreich aus in die Welt zu tragen versucht, wenn sie hier zur Macht gekommen wären. Sie hatten keine russische, sondern eine kommunistische Mission.

So waren sie für Europa eine Bedrohung. Sie waren eine Bedrohung für die Siegerstaaten, und die Möglichkeit eines deutsch-russischen Zusammengehens erschien diesen Staaten oft als eine unheimliche Gefahr. Aber sie waren auch eine Bedrohung für Deutschland: in welches Chaos mußte Deutsch-

land stürzen, wenn es sich dem Gedanken der Weltrevoluti öffnete! Es war wiederum der deutsche Wille zur Selb erhaltung, der sich gegen ein Zusammengehen mit Rußla wehrte. Ein Zusammengehen mit den Machthabern d Sowjetrepublik aus Gründen außenpolitischer Vernunft u m strenger Beschränkung auf die Außenpolitik, wie man heimlich wünschte, war unmöglich, das scheiterte an d Ideologie der Weltrevolution, von welcher die russische Po litik dieser ersten Jahre lebte.

Kurz vor dem Zusammenbruche hatte die Reichsregierun dem Botschafter der Sowjetrepublik die Pässe zugestell weil es offenbar geworden war, daß er die spartakistische Umtriebe beeinflußte und förderte. Auch später blieb es be der hierdurch eingetretenen Spannung. Die Abwehr de inneren Bolschewismus wirkte als Feindseligkeit gegen di bolschewistische Regierung Rußlands. Erst als diese Zeit de Kommunistenabwehr vorüber war, etwa seit dem Herbst 1920, kam es wieder zu freundlicherer Fühlungnahme, die allerdings immer wieder zur Begünstigung der kommunistischen Bewegung ausgenützt wurde.

Im Sommer 1920 unternahm die russische Politik ihren stärksten Vorstoß gegen den Westen. Die polnischen Truppen wurden überrannt. Schon schwenkte die Reiterei der Roten Armee um Ostpreußen herum in die Weichselniederung ein. In Soldau tränkte sie ihre Pferde und erließ ihre Aufrufe an die sich erwartungsvoll verhaltende deutsche Bevölkerung. Aber vor Warschau wurde die Rote Armee geschlagen, und der kühne Vorstoß ihrer Reiterei endete mit Gefangennahme und Übertritt auf deutsches Gebiet.

Drei Jahre später glaubte die Politik der Weltrevolution noch einmal ihre Stunde gekommen. Als die Franzosen ins Ruhrgebiet eingebrochen waren und der deutsche Widerstand vergeblich nach Halten tastete, als in Dortmund und Essen das Blut floß und Schlageter in den Tod ging: als in dieser Zeit der deutsche Nationalgeist in ohnmächtigem

Zorn sich bäumte, da erschienen sie wieder, die Propheten der Weltrevolution, mit Radek an der Spitze, und riefen ihre Losungen aus.

Das war die letzte große westwärts gerichtete Offensive der russischen Politik dieses Charakters. Aber schon vorher hatten sich die Grundlagen einer neuen russischen Politik gebildet. In einzelnen Zügen war sie schon früh zutage getreten. Der Propagandalärm hatte von diesen Zügen ablenken können. Aber von jener Zeit an wurde es allmählich klar, daß sich in Rußland etwas wesenhaft anderes bildete, als die Fanatiker des marxistischen Dogmas erstrebten. In der russischen Revolution zerbrach mit der alten russischen Führung die Hülle europäischer Zivilisation, es zerbrach die Kruste europäischer Lebensformung, an der die russische Oberschicht seit den Tagen Peters des Großen gewirkt hatte. Unter dieser Hülle lebte das Russentum und fühlte die Fremdheit der Form, die ihm seine Oberschicht aufzwang. Es war mehr als eine inhaltlose Phrase, wenn dies Russentum seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts vom „verfaulten Westen" sprach, wie sich auch im Panslawismus die Opposition gegen Europa verbarg. Alle die großen Wortführer des Russentums, die Dichter des neunzehnten Jahrhunderts, die Publizisten und Philosophen, sie waren alle krank an dem Zwiespalt zwischen ihrem Russentum und der europäischen Lebensformung, der die russische Gesellschaft verfallen war. Diese Hülle zerbrach mit der russischen Oberschicht. Mit den Kerenskileuten, mit den Advokaten, Literaten und Professoren der Duma, warf das Europäertum seine letzten Reserven in diesen Kampf um die Bindung Rußlands. Sie wurden verschlungen. Los von Europa! das war die Strömung in der russischen Tiefe. Diese Strömung trug die Maximalisten-Bolschewisten nach oben. Die Bolschewisten errangen die Macht nicht als die marxistischen Dogmatiker, die sie waren, sondern als die Todfeine des Westens, die sie schienen. Aber sie, die wohl Verneinung, aber nicht

Gegensatz des Westens waren, die nicht, wie einst die Waräger, eine neue Welt im Blute, sondern nur ein System im Kopfe trugen: sie konnten dem Russentum nicht die neue Lebensformung bringen. Wohl zerschlugen sie, was noch von der alten Oberschicht vorhanden war, und begannen auf den Trümmern ihre Systeme zu bauen, Systeme, die der Geist des Westens ausgedacht hatte; doch während sie sich damit beschäftigten, sammelten sich die Kräfte des Russentums, und es begann ein Neuwerden aus den Säften dieses ungeheuren jugendlichen Lebens. Die Welt sprach von der russischen Sphinx. Diese Sphinx gibt ihr Rätsel noch nicht preis. Aber wir wissen, daß sie mehr mit sich als mit der Ideologie der marxistischen Weltrevolution beschäftigt ist, wir vermuten in den Verschickungen einstiger Heilbringer eine bedeutsame Auslese, die das Russentum vornimmt, und wir ahnen, daß der Beruf Rußlands zur Weltrevolution nicht aus einem Dogma des alten Westens, sondern aus dem Lebenswillen des weiten jungen Ostens aufsteigt.

So muß Rußland seinen Weg gehen, und wir müssen unsern Weg gehen. Beider Kraftlinien können sich berühren. Aber jeder hat sein Schicksal, das ihm die Gesetze des Handelns auflegt. Es ist nichts vorhanden, was Deutschland und Rußland zwänge, Feinde zu sein, beide können sich im wechselreichen europäischen Spiel gelegentlich begegnen, aber ihre Wege müssen sie allein gehen. Es schien möglich, daß deutsche und russische Politik sich in Polen trafen. Als aber Deutschland wegen seiner Schwäche auf den Marsch nach Osten verzichten mußte, da versank auch diese Möglichkeit, und damit mußte der Gedanke eines deutsch-russischen Zusammengehens auf vermutlich lange Zeit eingesargt werden.

3

Auch in den Rand- und Nachfolgestaaten, in denen sich der Balkan heute bis zum Finnischen Meer fortsetzt, fand die deutsche Politik keine ernsthaften Ansatzpunkte. Die

baltischen Staaten Estland und Lettland schwankten zwischen Russenfurcht und Deutschenhaß. Hier waren Tagelöhnervölker unter der Führung einer kleinen Intelligenz zum Nationalbewußtsein erwacht. Als die Zurückdrängung des Russentums diesem Nationalbewußtsein Raum verschaffte, wandte es sich kämpferisch gegen die alte deutsche Oberschicht, die in sträflicher Sorglosigkeit versäumt hatte, die leere Weite ihrer Länder mit deutschblütigem Bauerntum zu füllen. Jetzt stürzte sie der Haß der kleinen Völker von ihren Sitzen. Der große Landraub der Esten und Letten am baltischen Großbesitz war nicht nur Landhunger der Landlosen, er war noch mehr der Haß gegen das deutsche Herrentum. Der junge Nationalgeist dieser Kleinvölker war gleichbedeutend mit dem Deutschenhaß. Hier konnte die deutsche Politik nur sehr langsam auf eine Abkühlung der Haßgefühle hinwirken, um den Deutschen einen kleinen Rest an Daseinsrecht zu erhalten.

Günstiger sah sie sich in Litauen gestellt. Was den Esten und Letten der Deutsche ist, das ist dem Litauer der Pole. Ein Ur- und Erbhaß steht zwischen Polen und Litauen. Er muß sehr alt sein und mag bis in die Zeiten der großen litauisch-polnischen Union reichen, durch welche das litauische Führergeschlecht der Jagellonen die polnische Krone erhielt und seinem Volke entfremdet wurde. Die deutsch-litauischen Beziehungen haben manche Phase durchlaufen. Sie ermangelten zeitweilig nicht einer gewissen Wärme. Als Litauen im Januar 1923 das Memelland an sich riß und die Memeldeutschen wie Unterworfene behandelte, mußte sich die deutsche Politik rühren. Es kam zu weitläufigen Auseinandersetzungen, bei denen sich gelegentlich die menschliche Fragwürdigkeit des Randstaatentums offenbarte. Die besondere Wichtigkeit dieses Kleinstaates liegt in seiner feindseligen Beziehung zu Polen, die, solange sie besteht, ein deutsches Aktivum im Osten ist.

In dem neuen Polen mußte Deutschland von vornherein seinen Feind sehen. Polen hatte dem Reiche zwei Provinzen

entrissen. Es hatte zum Raube den Hohn und den Schimpf hinzugetan. Es stritt mit dem Reiche um den Besitz Masurens und Oberschlesiens. In Masuren hatte es vergeblich Zettelungen versucht. Die Volksabstimmung im Juni 1920, die mit ihren siebenundneunzig Prozent deutscher Stimmen die großartigste Offenbarung grenzdeutscher Treue im neuen Staate war, hatte durch die polnischen Ansprüche einen breiten Strich gemacht. Aber in Oberschlesien hatte Polen größere Möglichkeiten gefunden. Hier wollte es durch Aufstände nehmen, was ihm die Volksabstimmung nicht zu geben versprach. Dreimal schlug die Lohe des Polenaufruhrs empor. Dreimal wurde sie erstickt — nicht von den Sicherheitstruppen der Siegerstaaten, sondern von den deutschen Freiwilligen, die aus dem Reiche herbeieilten und in losen Verbänden für das deutsche Recht in Oberschlesien stritten. Langwierig und blutig waren diese Kämpfe, und wieder waren es nicht Aufgebote der republikanischen Parteien, die den Erdraum des deutschen Staates verteidigten. Die republikanische Jugend sauerte in den Parteitöpfen und überließ den Kampf um das Staatsgebiet der nationalistischen Jugend, die sich im Bunde Oberland und anderen Freikorps zusammenfand. Nicht die Fahne der Republik, sondern das Schwarzweißrot der Bünde wehte in diesen Kämpfen.

So groß der polnische Landraub war, so befriedigte er doch nicht die polnischen Ansprüche. Fort und fort wurden diese Ansprüche geäußert, die Ansprüche auf Ostpreußen, die Ansprüche auf den deutsch gebliebenen Teil Oberschlesiens, die Ansprüche auf das zwangsweise zum Freistaat umgewandelte Danzig. Selbst eine deutsche Politik, die bereit gewesen wäre, sich mit allem Geschehenen abzufinden und ostwärts gänzliche Entsagung zu üben, hätte bei diesen dauernden Bedrohungen durch solche Ansprüche nicht zum Ausgleich mit Polen kommen können. Zuletzt aber stand einem nachbarlichen Verhältnis der grundsätzliche Charakter der polnischen Staatspolitik im Wege.

Polen hatte sich den Siegermächten angeschlossen. Seine Erhebung zum Staat, zu der sich Deutschland und Österreich genötigt gefunden hatten, hatte die ganze staatliche Konfiguration im Osten in Bewegung gebracht. Einst unter den drei Großmächten aufgeteilt, konnte Polen nur auf Kosten dieser Großmächte wieder erstehen. Deutschland und Österreich hatten geglaubt, den neuen polnischen Staat nur auf Kosten Rußlands schaffen und ihn ihrem System eingliedern zu können. Der Gedanke wäre kühn gewesen, wenn er der Kühnheit und nicht der Not entsprungen wäre. Verwirklicht, hätte er die wahre Grenze Europas festgelegt, denn diese Grenze verläuft dort, wo römische und griechische Katholizität sich berühren. Nur Deutschland und Österreich wären imstande gewesen, dem europäischen Osten eine großzügige Ordnung von Dauer zu geben. Nicht dieser Gedanke versagte, sondern die Kraft seiner Träger. Das wurde das Verhängnis der Deutschen, aber es wurde auch das Verhängnis der Polen und das Verhängnis des europäischen Ostens überhaupt. Denn nun, wo die Kraft der beiden Kaiserreiche versagte, brachen die polnischen Leidenschaften durch. Jetzt warfen sie, verbündet mit dem Westen, das politische System des europäischen Ostens über den Haufen: das einzige System, das der volklichen Zerrissenheit dieses Raumes eine neue sinnvolle Ordnung hätte geben können, wurde von seinem Kernvolke zerschlagen, und nun trat ein, was höchste Sinnwidrigkeit war: der europäische Osten verlor den Rang eines von sich selber bewegten Kraftfeldes, er wurde dem Westen untertan. Polen konnte sich fortan nur behaupten, wenn es dem Westen dienstbar wurde. Es gab sich in die Hand des Westens und wurde ein Werkzeug der französischen Politik. Es geriet in einen Grad der Abhängigkeit, der sachlich dem Verhältnis der Vasallität entspricht. Dadurch war es der deutschen Politik einstweilen unmöglich gemacht, ein neues Verhältnis zu Polen zu suchen, vielmehr mußte sie mit der Feindschaft Polens

als mit einer der festesten und zugleich wichtigsten Tatsachen rechnen.

Polen wurde vom ersten Tage seines Bestehens an ein Hauptstück der französischen Herrschaft über Europa. Man hat das Verhältnis zwischen Frankreich und Polen dem früheren Verhältnis zwischen Frankreich und Rußland verglichen. Es besteht hier in der Tat eine Ähnlichkeit, indem Deutschlands östlicher Nachbar wie früher ein Verbündeter Frankreichs ist. Aber die heutige Lage ist für Frankreich günstiger. Das alte Rußland der Entente war ein unabhängiger Staat mit eigenwilliger Politik, der als Verbündeter seine Ansprüche stellte und den Verbündeten oft seinen Willen aufzwang; Polen ist kein unabhängiger Staat, sondern besitzt nur eine Scheinsouveränität, es ist nicht imstande, seine Politik frei zu bestimmen, sondern muß der französischen Politik Gefolgschaft leisten. Nie war die französische Macht im Osten so groß und so zuverlässig begründet, wie durch diese Vasallität des polnischen Staates.

Bei dieser Sachlage waren die Wirkensmöglichkeiten der deutschen Politik eng begrenzt. Sie konnte sich von vornherein nur das Ziel setzen, die Nachteile und Unzuträglichkeiten einer solchen Nachbarschaft zu mindern Insbesondere ging es dabei um die Behandlung des deutschen Eigentums in Polen, um die Lage der deutschen Minderheit, um die Regelung des Verkehrs von Land zu Land und im Durchgang durch den Weichselkorridor, und um die Durchführung verschiedener Bestimmungen der Friedenstraktate. Alle diese Aufgaben erforderten langwierige Auseinandersetzungen. Manches ist schließlich notdürftig geordnet, vieles aber ist noch in der Schwebe. Die seit Jahren geführten Verhandlungen über eine vertragliche Regelung der Handelsbeziehungen zeigen in ihren häufigen Stockungen und in ihrem hoffnungslosen Stande am besten, wie es um die deutsch-polnischen Beziehungen bestellt ist Hier ist der Frieden die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Die gleiche deutschfeindliche Grundstimmung beherrscht den tschechoslowakischen Staat. Die Reibungsflächen mit ihm sind geringer. Es ist weniger Anlaß zu Konflikten gegeben. Aber die Seele dieses Staates ist Haß gegen das Deutsche in jeder Gestalt. Von seinen heutigen Führern stammten jene Entwürfe einer neuen Karte Europas, die im Jahre 1915 bei uns bekannt wurden, wonach Deutschland auf das Gebiet des niedersächsischen Stammes zwischen Elbe und Weser beschränkt werden sollte. Für die Tschechen gilt das gleiche wie für die Polen: sie fanden ihre staatliche Unabhängigkeit in feindseligem Gegensatz zum Deutschtum, sie lösten sich aus der naturgegebenen politischen Beziehung und mußten sich daher zu Vasallen des Westens erniedrigen. Soviel sie auch von der Kraft des Deutschtums binden, so bleibt doch das Deutschtum mit seinen siebzig Millionen eine politische Macht, die sie als Bedrohung empfinden müssen, solange sie im Gegensatz zum Deutschtum leben. Beide Staaten umschließen Millionen von Deutschen, die durch Zwang ihre Bürger geworden sind und die ihre Kräfte einem Staate widmen müssen, dessen Politik vom Kampfe gegen ihr Volkstum lebt. Dieser unnatürliche Zustand bedingt für beide Staaten eine Anspannung, die weit über ihre Kräfte hinausgeht. Er bedingt ein dauerndes Gefühl der Unsicherheit und Fraglichkeit und drückt der politischen Gesamtordnung des osteuropäischen Raumes den Stempel des Provisorischen auf.

4

Bei den Westmächten hatte sich im Laufe des Krieges manche Veränderung vorbereitet, die erst nach Kriegsende zutage trat. Man muß sich noch einmal vorstellen, was sich ereignet hatte. Rußland war unter Preisgabe seines fremdvölkischen Westens aus der europäischen Lebensgemeinschaft ausgeschieden. Das Doppelreich der Habsburger war zerschmettert: wo einst ein geschlossenes Staatswesen mit eigenen politischen Zielsetzungen geherrscht hatte, lag jetzt ein Ge-

menge von Klein- und Mittelstaaten, von denen keiner ohne Anlehnung leben konnte. Deutschland hatte aufgehört, eine Weltmacht zu sein. Es war entwaffnet, machtpolitisch ein Leerraum. Sein Heer, einst die stärkste Waffenmacht des Festlandes, war verschwunden. Seine Kriegsflotte verschlammte auf dem Grunde von Scapa Flow. Sein Außenhandel war vernichtet. Seine Auslandsvermögen waren geraubt. Seine Arbeit war mit Tributen belastet. Seine geschichtlichen Formen waren zerschlagen. Die Masse des europäischen Festlandes war politisch ein neues Gebilde, unbekannt in seiner Dynamik, fragwürdig in seinem Bestande.

Die Sieger hatten ihre Ziele erreicht. England war den großen Konkurrenten auf den Märkten der Welt los. Der Mitbewerber um die Herrschaft auf der hohen See war erledigt. Der Bedroher seiner Wege im Orient war gefesselt. Der störende deutsche Besitz in Afrika war verschwunden. Ein Engländer hatte einst seinem Volke gesagt, jeder seiner Landsleute werde um vieles reicher sein, wenn man Deutschland vernichtet habe. Das war nun geschehen. Frankreich hatte die Reichslande wieder an sich genommen und hatte seinen großen Triumph in Versailles genossen, es genoß ihn weiter in den besetzten Gebieten, in allen deutschen Städten, wo seine Vertreter in den Ausführungs- und Überwachungskommissionen saßen. Italien hißte seine ruhmlos gebliebene Flagge in Triest, in Bozen und Meran. Belgien, das von Bewunderung und Mitgefühl einparfümierte Schoßkind der westlichen Zivilisation, hatte in Eupen und Malmedy einziehen können. Sie alle, diese Sieger, durften frohlocken und triumphieren und taten es eine gerechte Weile. Darüber aber mußten sie merken, daß die Welt anders geworden war.

Die Veränderung ist zu vielgestaltig, als daß man ihren Sinn in einem erfassen könnte. Betrachtet man nur den alten Erdteil, so hebt sich am eindringlichsten der Umstand hervor, daß Frankreich der Beherrscher des Festlandes geworden ist. Seine Armeen stehen am Rhein, aber sie stehen auch in

Böhmen und Polen. Seine Bündnisse sichern ihm die Herrschaft über Europa. Hier ist etwas eingetreten, was England nicht vorausgesehen hatte. Es wollte Deutschland stürzen, aber es wollte nicht Frankreich zum Herrn des Festlands machen. England wollte ein neues Gleichgewicht, es wollte nicht, daß auf der einen Seite alle Macht und auf der andern gar keine sei. Aber nun, wo Deutschland entwaffnet und gefesselt, Österreich zerstört und Rußland entfernt worden war, wer konnte nun noch Frankreich das Gegengewicht halten? Italien war zu schwach dazu, und der Balkan war nur stark, wenn er im Schatten einer größeren Macht zur Einheit gebunden wurde — jetzt stand er im Schatten Frankreichs. England hatte, wenn es die europäischen Dinge betrachtete, Anlaß zur Unzufriedenheit.

Wandte England das Gesicht nach der atlantischen Seite, so war der Ausblick ebenso unerfreulich. Dort hatte sich die Welt gleichfalls nicht zu Englands Vorteil verändert. Die Vereinigten Staaten hatten ein anderes Gesicht erhalten. Grundsätzlich Neues hatte sich freilich nicht ereignet. Eine schon alte Entwicklung hatte sich fortgesetzt.

Der Wirtschaftscharakter Amerikas wurde von Haus aus durch die Ausführung von Lebensmitteln und Rohstoffen bestimmt. Korn, Fleisch, Baumwolle, Metalle und Erze hatte Amerika der alten Welt geliefert und dafür Fertigwaren bezogen. Wohl war es schon früh dazu übergegangen, Rohstoffe selber zu verarbeiten und Fertigwaren für den eigenen Bedarf herzustellen. Aber daneben war es immer noch Käufer europäischer, insbesondere englischer Waren geblieben. Die amerikanische Wirtschaftsentwicklung strebte ganz unverkennbar der Herausbildung einer großen Fertigwarenindustrie zu. Die Zollkämpfe zeigen, daß Amerika sich dieser Entwicklung bewußt war und sie nach Kräften förderte. Dabei handelte es sich aber vornehmlich um die Deckung des eigenen Marktbedarfs. Eine Fertigwarenproduktion für den großen Weltmarkt schien noch vor dem Kriege in ziem-

licher Ferne zu liegen. Das Fehlen einer eigenen Hochsee-handelsflotte drückt diesen Zustand aus. Gewiß gab es schon seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts eine Ausfuhr amerikanischer Fertigwaren, denen man auch in den deutschen Hafenstädten zuweilen begegnete. Aber diese Ausfuhr war unwesentlich gegenüber der Ausfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln, und der Kampf um ihren Absatz war ein Spiel — verglichen mit den Anstrengungen, die der Eroberung des eigenen Marktes dienten.

In diese Entwicklung hatte der Krieg als eine gewaltige Förderung eingegriffen. Die Feindmächte sahen sich bekanntlich bald genötigt, einen Teil ihres Kriegsbedarfs aus Amerika zu beziehen. Erst waren es Granaten, dann kamen Geschütze dazu, dann Automobile, dann Zelt- und Uniformtuche, dann Flugzeuge, Torpedos und Schiffe, und schließlich mußte die amerikanische Industrie nicht nur für den Bedarf der Ententearmeen und -flotten, sondern auch für die Bevölkerung der Ententeländer arbeiten. Amerika erlebte eine industrielle Entwicklung, wie sie in dieser Schnelligkeit und Größe nie ein Land erlebt hat Nach Beendigung des Krieges wurde dieser Produktionsapparat nur zum Teil abgebrochen. Der größere Teil suchte sich den Friedensverhältnissen anzupassen. So kam Amerika zu einer Fertigwarenindustrie, deren Leistungen weit über den eigenen Marktbedarf hinausreichen, und die sich zum Export gezwungen sieht. Amerika ist aus einem Rohstoffe ausführenden auch zu einem Fertigwaren ausführenden Lande geworden. Das ist der Sinn dieser Entwicklung.

Damit aber haben sich die Aufgaben der amerikanischen Politik geändert. Das Rohstoffe ausführende Amerika hatte keine Sorge um seine Absatzmärkte. Alle Industrieländer waren seine Abnehmer, und der Fortgang der Industrialisierung brachte es mit sich, daß der Bedarf der Industrieländer nach den Rohstoffen und Lebensmitteln Amerikas von Jahr zu Jahr wuchs. Diese Wirtschaft Amerikas bedurfte keines

militärischen Schutzes, sie kannte keinen Kampf um die Absatzmärkte, sie kannte keine Konkurrenz und hatte keine neidischen Rivalen. Das alles änderte sich mit dem neuen Charakter der amerikanischen Wirtschaft. Als Fertigwarenexporteur trat Amerika in den Wettbewerb um die Märkte der Welt. Jetzt wurde es Konkurrent. Hatte Amerika vorher mit einfältigem Stolze über die Rüstungslasten Europas als über den Wahnsinn der Unvernünftigen gelächelt, hatte es der alten Welt zeigen wollen, wie echte Demokratie friedlich ist und der Waffenrüstung nicht bedarf, so kam es jetzt wie von selber dazu, sich eine starke Flotte zu schaffen. Des Landheeres bedurfte es nicht, da seine Grenzen weder von dem dünnbevölkerten Kanada, noch von dem armen Mexiko gefährdet sind. Dagegen schien ihm eine Hochseeflotte nun unentbehrlich. Einmal zu dieser Erkenntnis durchgedrungen, löste es die Aufgabe mit der Großzügigkeit, die ihm sein Reichtum gestattete.

So war jenseits des Wasserberges, von wo den Verbündeten die rettende Hilfe im Kriege gekommen war, eine neue Macht entstanden, die wirtschaftlich und politisch überlegene Kräfte entwickelte.

England war in den Krieg gegangen, um seine Suprematie zu See zu sichern, es hatte alle seine Kräfte in den Krieg hineingeworfen, um einen lästigen Wirtschaftskonkurrenten zu erledigen. Es hatte gesiegt, aber als es gesiegt hatte, sah es sich in zweifacher Weise entthront: ohne mit der Wimper zu zucken, baute Amerika eine der englischen ebenbürtige Hochseekampfflotte und offenbarte eine expansive Wirtschaftskraft, deren Druck viel stärker war als jemals der Druck des deutschen Wettbewerbs.

Und zu alledem kam ein weiteres: England war tief bei Amerika verschuldet. Zwar war England auch in ebenso hohem Maße Gläubiger anderer verbündeter Staaten geworden, wie es seinerseits Amerikas Schuldner geworden war. Doch diese Gleichung war keine echte Gleichung. Eng-

land war es schlichthin seinem einmaligen politischen Rang
schuldig, seine Schulden zu bezahlen. Frankreich und Belgien
Italien, Portugal und was sonst zu Englands Schuldner
gehörte, nahmen es mit ihrer Zahlungspflicht weniger ernst
Hinter dieser Verschuldung verbarg sich eine Verlagerun
des Schwerpunktes der globalen Kapitalmacht. Dieser Schwer
punkt war von London—Paris nach Neuyork hinübergewan
dert. Im neunzehnten Jahrhundert war die Welt über
raschend schnell englisch geworden. England mußte erkennen
daß das zwanzigste Jahrhundert einen anderen Charakte
tragen würde.

Mit dieser gewaltigen Erhöhung Amerikas mag es zu
sammenhängen, daß die amerikanische Politik nach der Rück
kehr Wilsons aus Versailles einen schroffen Bruch vollzog
Amerika lehnte den Versailler Vertrag samt der Völkerbund
pakte ab und bereitete dem Wilsonismus ein ruhmloses Ende

Dieses Ausscheiden Amerikas aus dem Ringe der Sieger
staaten wurde in Deutschland als eine moralische Genug
tuung empfunden. Es kam zum Abschlusse des deutsch
amerikanischen Sonderfriedens, der uns die Aussicht auf
Rückerstattung der deutschen Vermögenswerte eröffnete
welche Amerika bei seinem Eintritte in den Krieg beschlag
nahmt hatte. Die Erfüllung dieser Aussicht ließ lange auf
sich warten, erst im Frühjahr 1928 kam es zur Annahme
des Rückgabegesetzes durch die gesetzgebenden Körperschaften.
Die Abkehr Amerikas von der europäischen Politik be=
freite allerdings die Siegerstaaten von einer ihnen oft
schon lästig gewordenen Hemmung.

Aus der deutschen Gesamtlage ergab sich, daß die deutsche
Politik versuchen mußte, die zu erwartenden Risse und
Sprünge im Kreise der Feindmächte für ihre Aufgaben
auszunutzen. Nachdem sich Amerika aus den europäischen
Ereignissen zurückgezogen hatte, mußte man die einst hoch=
gespannten Erwartungen auf tatkräftigen amerikanischen Bei=
stand aufgeben. Instinkt und Einsicht leiteten die deutsche

Politik, wenn sie ihre Blicke nun auf England richtete. Das Unheil drohte von Frankreich. Deutschlands Aufgaben lagen nun auf dem Festlande, wo Frankreich der unumschränkte Gebieter war. Wollte die deutsche Politik das französische System lockern, so konnte sie das nur mit englischer Unterstützung.

Von diesem strategischen Gedanken lebte die deutsche Politik in den ersten Jahren der Republik.

5

Deutsche Politik hieß zunächst Reparationspolitik. Reparation: so hatte man die Tribute genannt, die man mit dem Rechte des Siegers dem Besiegten auferlegte. Der ganze Charakter des Krieges tritt in dieser Bezeichnung noch einmal zutage. Wie man während des Krieges der Welt die Meinung aufgezwungen hatte, daß man sich gegen einen gefährlichen räuberischen Überfall verteidige, so wollte man ihr nach dem Siege die Meinung aufzwingen, daß man nicht Kontributionen eintreibe, sondern Wiedergutmachungen erhebe. Die Gewalt des Siegers wurde umgefälscht in eine ideale Gerechtigkeit. Die Welt nahm diese Fälschungen an, und auch Deutschland nahm sie an. Man spricht nicht von Tributen, sondern von Reparationen. Dieser Umstand, der nebensächlich scheint, ist zur Kenntlichmachung der deutschen Lage sehr wesentlich. Dieser Methode der Heuchelei entsprach es, daß man die Wegnahme der Reichslande nicht eine Annexion, sondern eine Reannexion nannte, daß man den Raub der Kolonien durch die Erfindung des Systems der „Mandate" um seinen wahren Sinn zu betrügen suchte. Die deutsche Politik hat wenig getan, um diesen Trug zu verhindern.

Eingeleitet wurde die Politik der Tributerpressung durch den großen Aderlaß beim Abschluß und bei den wiederholten Verlängerungen des Waffenstillstandes. Danach begann die Saugpumpe der Besatzung und der verschiedenen Friedens-

kommissionen zu arbeiten. Verschiedene Konferenzen beschäftigten sich dann mit der Festsetzung der deutschen Tributpflichtigkeit, bis es zur Aufstellung des berüchtigten Londoner Zahlungsplanes vom 27. März 1921 kam, der die deutsche Gesamtschuld auf hundertzweiunddreißig Milliarden Mark festsetzte. Die eingehende Verfolgung dieses Leidensweges der deutschen Politik würde den Rahmen dieses Buches sprengen. Es darf genügen, seine Hauptetappen dort zu nennen, wo sie im Flusse der Ereignisse auftauchen.

Die deutsche Bereitwilligkeit zur Tributleistung stand fest Eine merkwürdige Entwicklung hatte sich in Deutschland angebahnt, das heißt: in den regierenden Parteien nahm man es mit der Erfüllung des Zwangsvertrages ernst. Erst hatte man dem Vertrage das Wort „unmöglich und unerfüllbar" entgegengesetzt. Dann hatte man mit dem Vorgeben um die Annahme des Zwangsvertrages geworben, daß dieser Vertrag nie erfüllt werden könne und auch nie erfüllt werden solle. Als dann die Unterschrift gegeben war, sagte man, nun müsse man, wenn man ehrlich bleiben wolle, die Forderungen des Vertrages auch erfüllen, und die Betonung dieser Absicht zur „ehrlichen Vertragserfüllung" wurde alsbald das Stichwort, mit welchem sich die Regierungsparteien von der Opposition unterschieden. Es wurde Sitte, den Widerstand gegen die Vertragserfüllung als einen Rückfall in die Methoden des alten Regimes anzuklagen: wie die Hinterhältigkeit und Unehrlichkeit der kaiserlichen Politik Deutschlands Unglück geworden sei, so werde auch dieser Rückfall das Unglück Deutschlands werden.

Ja, es wurde nun ein Brauch der republikanischen Parteien, von den Tributen so wenig wie möglich zu sprechen. Die „Reparationen" erlangten allmählich den Charakter der Rechtmäßigkeit und Selbstverständlichkeit. Nur im ersten Aufwallen des Entsetzens hatte man ihre brutale Ungerechtigkeit angeklagt. Später geschah das nicht mehr. Nur wenn Poincarés allsonntägliche Brandreden das Maß über-

schritten, an das man sich gewöhnt hatte, raffte man sich zu einem Protest auf, für den Wirth einmal das gute Wort fand: Erst Brot — dann Reparationen! Aber solche Proteste blieben Rhetorik, und die Haltung der Regierungsparteien ließ sie bald vergessen. Soweit das deutsche Volk von den republikanischen Parteien politisch unterrichtet wurde, blieb es ohne Vorstellung von der frechen Schändung der Rechtsbegriffe, deren sich die Siegerstaaten schuldig machten. Man darf fragen: Wer von den Angehörigen der republikanischen Parteien weiß beispielsweise, daß Deutschland auch für die Gesundheitsschädigungen haftbar gemacht wird, die Kriegsgefangene durch die unzureichende Ernährung in den deutschen Gefangenenlagern erlitten? Die Kosten dafür sind mit anderthalb Milliarden Mark zu unseren Lasten geschrieben worden. Wir waren durch die Blockade von der Zufuhr abgesperrt. In unserem Lande wütete der Hunger, dem allein siebenhundertfünfzigtausend Kinder zum Opfer fielen. Dieser Hunger war der Wille unserer Feinde, und diese fordern Entschädigung dafür, daß auch ihre Gefangenen den deutschen Hunger spürten. Von diesem rechtsschänderischen Charakter der „Reparationen" erfährt unser Volk, soweit es von den republikanischen Parteien unterrichtet wird, kein Wort

Diese Entwicklung stieß zwar beim Zentrum zunächst auf einigen Widerstand, der aber nicht ernsthaft war. Die dem Zentrum von Erzberger angewöhnte Haltung zu den nationalpolitischen Fragen behielt auch dann die Oberhand, als Erzberger selber nach seinem Waffengange mit Helfferich notgedrungen das politische Feld räumen mußte. In der Deutsch-Demokratischen Partei setzte sich diese Entwicklung ohne bemerkbaren Widerstand durch. Einst waren zwar die demokratischen Parteiführer die Schildhalter der deutschen Machtpolitik gewesen. Naumann hatte den Zug nach China mit seinen Wünschen begleitet und hatte sich von der Sozialdemokratie darum Hunnenpastor nennen lassen müssen. Dern-

burg hatte der deutschen Kolonialpolitik die Weihe der Berliner Demokratie gegeben. Petersen war in Norddeutschland bei jedem Wahlkampfe als der Preisfechter der deutschen Machtpolitik aufgetreten. Aber diese Haltung wurde nun Vergangenheit. Jetzt beugte sich die Demokratie vor dem Worte Erfüllung. Am deutlichsten offenbarte sich die Entwicklung zur Erfüllungspolitik in der Haltung der Sozialdemokratie. Im Mai 1919 hatte sie noch dem Worte Scheidemanns zugejubelt: es solle die Hand verdorren, die diesen Vertrag unterschriebe. Einige Monate später stand sie schon mit beiden Füßen auf dem Boden der „loyalen Vertragserfüllung", und nicht lange dauerte es, da legte sie vor dem Tribunal der sozialistischen Internationale das Bekenntnis ab, sie habe die Revolution „vier Jahre zu spät gemacht", Deutschland trage die Schuld am Ausbruche des Krieges und habe die moralische Pflicht, die ihm auferlegten Reparationen zu leisten.

So von den regierenden Parteien moralisch entwaffnet, trat die deutsche Politik an ihre Aufgabe heran.

6

Frankreich vermochte an die Echtheit dieser Gesinnung der regierenden deutschen Parteien nicht zu glauben. Es war für das französische Volk unfaßbar, daß die Deutschen auf eine solche Behandlung, wie sie ihnen widerfahren war, mit ehrlich gemeinten Loyalitätskundgebungen antworten konnten. Frankreich wußte wohl, was es den Deutschen angetan hatte. Jeder Franzose wußte, was mit den deutschen Kriegsgefangenen geschehen war. Paris hatte sich daran geweidet, als man die deutschen Gefangenen aus der Marneschlacht sieben Stunden lang durch die Straßen geschleppt und in ihrem furchtbaren Zustande zur Schau gestellt hatte. Frankreich hatte frohlockt, als diese deutschen Gefangenen die seit Jahrzehnten verwahrlosten Pariser Kloaken hatten säubern müssen. Jeder Franzose wußte, welche Hölle man den deutschen Gefangenen in den afrikanischen Besitzungen bereitet

hatte — wie dort die Deutschen zu Hunderten dem Hunger und den Peitschenhieben erlegen waren Ebenso wußte jeder Franzose, wie Deutschland um die Freigabe seiner gefangenen Soldaten gebettelt und wie man diese Bitten behandelt hatte. Diese Vorgänge waren keinem Franzosen unbekannt, denn jeder hatte sich ihrer gefreut. Wie viele hatten an den Mißhandlungen selber teilgenommen! Jeder Franzose wußte auch, was Versailles für das Empfinden eines ehrliebenden Volkes bedeutete. Und weil ganz Frankreich wußte, daß eine Nation mit Ehrgefühl und Behauptungswillen die empfangenen Demütigungen nie vergessen und die entrissenen Länder nie aufgeben würde, so konnte es den Loyalitätskundgebungen der deutschen Regierungsparteien keinen Glauben schenken. Eine solche Haltung war für französische Begriffe unmöglich.

Frankreich setzte den deutschen Regierungskundgebungen stärkstes Mißtrauen entgegen. Aber dieses Mißtrauen war mit einer großen Furcht gepaart. Auch Völker haben außer dem geäußerten Bewußtsein ein Unterbewußtsein, in welchem sie Gedanken bewegen, die sie nicht gern laut werden lassen. Im Unterbewußtsein der Franzosen lebt die Ahnung eines großen künftigen Unheils, das ihnen von Deutschland kommen wird. Man kann es auch so ausdrücken: das französische Volk hat ein schlechtes Gewissen, und dieses schlechte Gewissen zeigt ihm Gefahren, die ihm von Deutschland drohen. Denn trotz aller Siegesfeiern fühlt sich das französische Volk dem deutschen unterlegen. Es weiß, daß es trotz aller Tapferkeit den Krieg in kurzer Zeit verloren hätte, wäre ihm nicht der halbe Erdkreis zu Hilfe gekommen. Es weiß, daß die Ergebnisse des Krieges verloren sind, sobald es sich einmal allein mit Deutschland auseinandersetzen muß. Auf diesem Grunde beruht die Furcht Frankreichs vor dem besiegten Deutschland, und sie ist die Seele der französischen Politik.

Aus dieser Furcht forderte Frankreich die Abrüstung Deutschlands und aus eben dieser Furcht lehnt es seinerseits

die Abrüstung ab. Die Furcht steht hinter der Sorge um seine Sicherheit, mit der es seit Versailles die Welt in Atem zu halten sucht. Aus Furcht ruft es, nachdem Deutschland waffenlos ist, nach der moralischen Abrüstung, nach der Abrüstung der Geister, und plädiert für die allgemeine Versöhnung; doch wird es von der gleichen Furcht wiederum zu einer Haltung gezwungen, von der es weiß, daß sie die Versöhnung verhindert. So ist die französische Politik auf das unglücklichste durch ihr böses Gewissen und ihre Furcht irritiert und schlechterdings unfähig, das Verhältnis zu Deutschland zu bereinigen. Sie ist dazu verurteilt, zwischen Verständigungsversuchen und Unterdrückungsmaßnahmen hin und her zu schwanken. Dieses Schwanken kennzeichnet die französische Haltung von Person zu Person, von Tag zu Tag. Es drängt sich der französischen Politik als der ihr eigene Rhythmus auf. Im zeitlich größeren Rückblick äußert es sich in dem Wechsel der leitenden Staatsmänner. Auf Clemenceau, den Schöpfer des Versailler „Vertrages", der den Unterdrückungswillen verkörperte, folgte Briand, der zur Verständigung neigte. Während der Konferenz von Cannes wurde er gestürzt. Mit Poincaré folgte wieder der Wille zur gewalttätigen Unterdrückung, der sich zur Besetzung des Ruhrgebiets verstieg. Doch da die gehäuften Schandtaten dieser Politik die Spannung der Furcht vor den Folgen im Unterbewußtsein der Franzosen naturgemäß erhöhen mußten, so mußte dem Poincarismus notwendig sein Gegenstück, der Verständigungswille, folgen. Er manifestierte sich in den Maiwahlen von 1924, die eine Mehrheit der Linken und das Kabinett des Radikalsozialisten Herriot brachten. Die von diesem Umschwunge datierende Politik der Verständigungsversuche führte bis zu dem Sicherheitspakt von Locarno und den Gesprächen von Thoiry. Seitdem begann, ohne ersichtlichen sachlichen Anlaß, ein neuer Wandel. Poincaré trat wieder in die Regierung ein, erst als Finanzminister, danach als Chef, und die von Briand

geführte Außenpolitik neigte sich nun abermals, trotz der weiterbestehenden linksgerichteten Kammermehrheit, der Unterdrückungslinie zu. In den Tagen, wo dieser Teil des Buches seine Fassung erhält, steuert die französische Politik auf neue Konflikte mit Deutschland los. Die bevorstehende Neuwahl der französischen Kammer wird voraussichtlich zu einem deutlichen Erfolge der poincaristischen Politik führen*).

Die Hoffnung der deutschen Linksparteien, sie würden Frankreich von ihrer Friedfertigkeit überzeugen und dadurch zu einer offenen, folgerichtigen Verständigungspolitik bewegen, hat sich bis heute nicht erfüllt und wird sich nie erfüllen. Sie scheiterte an der französischen Geistesverfassung, und wird stets von neuem an ihr scheitern. Auch wenn sich Deutschland so weit entwaffnete, daß der Polizeiknüppel die ultima ratio wäre, so würde die französische Furcht bleiben, und wenn die deutschen Parteien bis zu den Nationalsozialisten die Heiligkeit aller Pariser Vorortsverträge beschwören, so würde auch das die Franzosen nicht von ihrem schlechten Gewissen befreien, und sie würden auch darin nur eine „deutsche Falle" erblicken. Gegen diese französische Geistesverfassung gibt es kein Mittel. Sie ist das Verhängnis Europas.

7

Die französische Politik hat sich die Aufgabe gesetzt, den durch den Versailler Vertrag geschaffenen Zustand zu erhalten. Diese Aufgabe steht im Mittelpunkte aller französischen Bemühungen, und wie oft Frankreich auch Mittel und Wege geändert hat, so ist es ihr doch niemals untreu geworden, es hat sie nie aus den Augen verloren und hat sie nie vernachlässigt. Die Mittel und Wege waren verschieden entsprechend dem Schwanken zwischen den Methoden

*) Inzwischen haben die Kammerwahlen stattgefunden und zu diesem Erfolge geführt

der friedlichen und der gewalttätigen Politik. Das Ziel blei
immer dasselbe. Alle französische Politik bewegt sich u
diese Aufgabe als um den unverrückbaren Mittelpunkt.

So ging Frankreichs Trachten danach, Deutschland auf je
Weise derart zu schwächen, daß es aus eigener Kraft niema
etwas gegen den bestehenden Zustand unternehmen kann. Da
um mußten ihm Tribute in solcher Höhe auferlegt werde
daß alle deutsche Kraft von ihnen gebunden wird. Aus der
selben Grunde mußte das deutsche Staatsgebiet nach Mö
lichkeit verkleinert und die deutsche Bevölkerungszahl ve
ringert werden. Zum gleichen Zwecke war Deutschland
vollständig wie möglich zu entwaffnen. Die Beschränkun
auf das Söldnerheer von hunderttausend Mann und d
Beschränkung der Ausrüstung dieses Heeres auf einen Stan
der ihm die Gefechtskraft vom Jahre 1890 gibt, gehören
diesem System. Gegenüber dem so geschwächten und en
waffneten Deutschland legte sich Frankreich die schwerste ur
vollkommenste Rüstung zu.

Doch konnte die damit geschaffene Überlegenheit der fra
zösischen Politik nicht genügen Nicht genug, daß Deutsch
land waffenlos und Frankreich schwer gerüstet war, — Fran
reichs Furcht verlangte nach Bündnissen Allein auf sich g
stellt konnte Frankreich seiner Macht keine Dauer verbür
sehen. So ging sein Trachten danach, die große Koalitic
gegen Deutschland zusammenzuhalten und sie durch weite
Bündnisse zu vervollständigen. Es brachte die Verabredun
vom 16. Juni 1919 zwischen Clemenceau, Lloyd George un
Wilson zustande, der am 28. Juni 1919 das Bündnis mit Eng
land und Amerika folgte. Damit allerdings fühlte sich Fran
reich nur halb gesichert. Das System war erst vollständig
wenn seine Bündnisse Deutschland auch im Osten umschlosse
Die Vorarbeiten dazu waren bereits während des Kriege
begonnen worden. Schon vor dem Zusammenbruch der Mitte
mächte hatte Frankreich ein geheimes Militärabkommen m
den Vertretern des künftigen Tschechenstaates abgeschlosse

Die Vereinbarungen mit den Polen reichen vermutlich noch weiter zurück. Mit beiden Staaten schloß Frankreich geheime Militärbündnisse, die mehrfach ergänzt wurden. Durch diese Bündnisse kann Frankreich in jedem Ernstfalle über die tschechischen und polnischen Streitkräfte wie über seine eigenen verfügen. Ein ähnliches Abkommen, das ebenfalls als geheim behandelt wird, ist mit Belgien geschlossen worden. Die Bündnisse mit Polen und der Tschechei haben den Zweck, den Anschluß Österreichs an Deutschland zu verhindern, die Grenzziehung im Osten aufrechtzuhalten und die republikanische Staatsform in Deutschland vor Bedrohungen durch die Hohenzollern zu schützen.

Diese Rüstungs- und Bündnispolitik wurde durch eine großzügige Friedenspropaganda ergänzt. Es liegt kein Widerspruch darin, daß diese selbe französische Politik, die ihrem Lande die stärkste Rüstung schuf, welche es je in Friedenszeiten getragen, und die ein Netz von Militärbündnissen strickte, zugleich der Propagandist des ewigen Friedens wurde. Die französischen Logen und Ligen stellten sich willig in den Dienst der Aufgabe, der Welt den Pazifismus als die allein menschenwürdige politische Geisteshaltung darzustellen Es gibt für Frankreich keine bessere Sicherung des Erreichten, als in den unterworfenen Völkern die pazifistische Gesinnung zu fördern. Frankreich ist im Besitz der Macht, es ist der Beherrscher des Festlandes. Erhaltung des Friedens heißt Erhaltung dieser Vorherrschaft. Jeder neue Krieg kann sie gefährden, erschüttern, beseitigen. Die unterworfenen Völker pazifistisch, und Frankreich stark durch Rüstungen und Bündnisse· das ist die Verewigung des Versailler Systems, der alle Bemühungen Frankreichs gelten. Diese Friedenspropaganda geht verschiedene Wege, von denen die meisten nach Deutschland führen. Zu ihr gehört die Unterstützung pazifistischer Zeitschriften vom Schlage der „Menschheit", aber zu ihr gehören auch die interparlamentarischen Verbindungen und Konferenzen Die fran-

zösische Politik weiß das eigene Volk immun gegen die Gefah der nationalpolitischen Knochenerweichung.

Keiner der französischen Staatsmänner hat je dem Ge danken Raum gegeben, daß der Versailler „Vertrag" eine Änderung zugunsten Deutschlands unterzogen werden könne Für jeden ist Versailles die unantastbare ewige Ordnun Europas. Ob sie die Gewaltmethoden oder die Methode der Verständigung anwandten, immer ist die „Heiligkeit de Verträge" die Voraussetzung und die Sicherung der er reichten Vormachtstellung das Ziel gewesen. Auch die so genannte Locarnopolitik ist französischerseits nicht ander gemeint, obwohl sie als die Heraufkunft eines neuen Geiste ausgegeben und vielfach auch angenommen wurde.

Diese vorletzte Phase der französischen Politik könnte al Ausgeburt einer besonderen Arglist gelten. In ihr erreicht Frankreich mehr, als es je für möglich gehalten haben kann Der Locarnopakt hat den Sinn einer nochmaligen Zustim mung zur Abtretung Elsaß-Lothringens und ist darum vo hervorragender politischer Bedeutung Die Zustimmung zun Versailler Ultimatum erfolgte in einer offenkundigen Zwangs lage und konnte niemals als eine moralische Bindung Deutsch lands gelten. Der Locarnopakt dagegen hat den Charakte eines aus freier Willensbestimmung hervorgegangenen Ver trages.

Diese nicht unwesentliche Bindung Deutschlands hat di französische Politik erreicht, und zwar ohne wirkliche Gegen leistungen. Sie hat sie erreicht durch Inaussichtstellung eine Verminderung und vorzeitigen Aufhebung der Besatzung ohne aber eine feste Verpflichtung einzugehen. Sie hat di deutsche Politik überredet, sich auf die französische Generositä zu verlassen. Als der Pakt von Locarno unterschrieben war, hat die französische Politik nicht sofort, sondern allmählich, ihr Steuer umgelegt.

Man könnte hierin, wie bereits bemerkt, eine besondere französische Arglist erblicken Aber das wäre nicht richtig.

Diese französische Haltung erklärt sich ohne solche Annahme aus der französischen Angst und aus der Aufgabe, den durch eine ungewöhnliche Gunst des Schicksals erreichten Zustand zu sichern.

Darin traf sich die französische Politik mit der Politik der meisten Siegerstaaten. Soweit diese aus dem Siege Gebietsgewinne und Ansprüche auf Tribute erzielt hatten, war grundsätzlich auch ihr Trachten darauf gerichtet, den Gewinn zu sichern, die Ansprüche erfüllt zu sehen und den neuen politischen Zustand Europas zu verewigen Dies galt von vornherein für Belgien, das nicht nur durch seine hohen Tributansprüche und die Rücksicht auf seinen so überaus törichten Gebietsgewinn an die Seite Frankreichs geführt wurde, sondern ebenso durch die Geistesverfassung seiner wallonischen Bevölkerung zum Gefolgsmann Frankreichs bestimmt ist. Für die italienische Politik war eine gewisse Unabhängigkeit möglich. Sie hat auch zuweilen Miene gemacht, sich den französischen Schritten zu widersetzen. Bei dem Kampf um Oberschlesien ist das italienische Kontingent der Besatzung des öftern als Widerpart der französisch-polnischen Komplizenschaft aufgetreten. In den grundsätzlichen Entscheidungen aber hat sich Italien nicht von Frankreich getrennt, obwohl es gelegentlich seinem Unwillen über die französische Vorherrschaft Ausdruck gab. Einer der italienischen Minister aus der Kriegszeit, Nitti, hat später das französische System des „friedlosen Europa" scharf kritisiert, wie denn überhaupt das politische Denken in Italien bemerkenswerterweise zur Unabhängigkeit von der französischen Phraseologie neigt. Innerlich unzufrieden sowohl mit der Rolle, die ihm im Kriege zu spielen beschieden war, wie mit dem Anteile an der Beute, den die Größeren ihm zugestanden, entwickelt Italien schon aus diesem Grunde eine gewisse Neigung zur Opposition. Dazu kommt der Druck, den die Armut seines Bodens an Erzen und Kohle in Verbindung mit einer hohen Geburtenziffer auf seine sozialen Zustände ausübt, ein Druck, der es zu

raumpolitischen Ansprüchen führt, mit denen es der französischen wie zuweilen auch der englischen Politik unbequem wird. In dieser Lage mochte die deutsche Politik wohl eine Ermutigung sehen, sich Italien zu nähern. Bisher sind solche Versuche erfolglos geblieben. Stärker als die Umstände, die der italienischen Politik eine Auflehnung gegen das Versailler System nahelegen könnten, hat sich bisher die Sorge um die Sicherung der Beute aus der österreichischen Ländermasse erwiesen. Der Kampf gegen die Deutschheit Südtirols, der elbstverständlich in Deutschland manchen empörten Protest weckt, verhindert eine ruhige Erörterung etwaiger Gemeinsamkeiten.

Daß der Tschechenstaat und Polen das französische Streben nach Verewigung des Versailler Systems unterstützen, bedarf nach den früheren Ausführungen über die Politik dieser Staaten keiner weiteren Begründung. Das gleiche gilt für die beiden Gewinner unter den Balkanstaaten: für das Königreich der Serben und Kroaten und für Rumänien. Der Kreis der Interessenten ist im Norden durch Dänemark erweitert, indem man diesem Staate deutsches Gebiet zuwies, das er, unedel und unklug, annahm; diese Erniedrigung zum Nutznießer des französischen Systems kommt denn auch in seiner politischen Haltung zum Ausdruck.

Die große Frage der französischen Politik konnte nur England werden.

Es ist der britischen Staatskunst nicht leicht geworden, sich in der veränderten Welt zurechtzufinden. Gewiß waren ihre Aufgaben auch schon in der Vorkriegszeit keineswegs einfacher Art, — etwa seit dem Berliner Kongreß hatte sie sich zunehmenden Schwierigkeiten gegenüber gesehen. Die gemütliche Zeit, die dem Sturze Napoleons gefolgt war, wo sich keine Politik so leicht führen ließ wie eben die englische, diese angenehme Zeit war vorüber, als Rußland nach den empfindlichen Lehren der Türkenkriege seine Politik in Europa und Asien neu fundierte und ausrichtete und die deutsche Politik

außerkontinentale Ziele in Aussicht zu nehmen begann. Viel Glück, Instinkt und daneben einige Klugheit haben der britischen Politik geholfen, nach längerem Zögern und Schwanken immer den Zug zu tun, der den Gewinn brachte. Sie hat den von Rußland vorbereiteten „Sturm über Asien" durch den russisch-japanischen Krieg beschwören können und danach ohne wesentliche Opfer das besiegte Rußland für ihre Absichten in Europa gewonnen. In diesen Leistungen liegt viel subtile Arbeit, die der britischen Politik den Ruf einer übermenschlich durchdachten Planmäßigkeit eintrug. Man vergaß bei dieser Beurteilung der britischen Politik, daß ein mächtiger Staat seine Absichten leichter durchsetzen kann als ein schwacher, und daß er auch eine fehlerhafte Politik leichter erträgt und etwa angerichtete Schäden leichter wieder gutmachen kann.

Die Weltlage, vor die sich die britische Politik nach dem Versailler „Frieden" gestellt sah, war ungleich problematischer als vorher. Bei Kriegsausbruch war das britische Imperium die erste Macht der Welt. Jetzt waren die Vereinigten Staaten zur Ebenbürtigkeit emporgestiegen. Aber zugleich war ein anderes Rußland entstanden. Es gab nun drei große machtpolitisch organisierte Erdräume, deren ausstrahlende Kraftlinien sich berühren müssen. Das war für England eine neue Lage Amerika war ein neues politisches Wesen durch den Aufstieg zu einer höheren Stufe der wirtschaftlichen Organik. Rußland war ein neues politisches Wesen durch seine neue Führung, deren Dogma den Kampf gegen den englischen Imperialismus in sich schloß. Mit dem zaristischen Rußland hatte die englische Politik eine Teilung der Machtzonen finden können. Mit dem bolschewistischen Rußland war das nicht möglich. Zum ersten Male fühlte sich England nicht mehr als der alleinige Herr des Erdballs

Im Jahre 1921 sprach man in England und in den Vereinigten Staaten von der Unvermeidbarkeit eines englisch-amerikanischen Krieges. Man sprach von diesem Kriege als

von einem Schicksal, vor dem es kein Ausweichen gebe. Amerika ergriff dann die Initiative zu Verhandlungen über eine Flottenverständigung, die zu dem Erfolge des Washingtoner Abkommens führten, in welchem die Flottenstärken Englands, Amerikas und Japans auf das Verhältnis 5 5 : 3 festgelegt wurden. Zum ersten Male verstand sich England dazu, einer zweiten Macht den gleichen Rang zur See zuzubilligen. Damit war diese Gefahr beschworen. Der Kampf gegen Rußland, zuerst durch Begünstigung der „weißen" Generale Koltschak, Denikin und Judenitsch aufgenommen, wurde nach dem Scheitern dieser antibolschewistischen Unternehmungen diplomatisch organisiert und geführt. Damit hatte die englische Politik ihre strategische Linie gefunden: Einvernehmen mit Amerika, Kampf gegen Rußland. Ob England auf dieser Linie wiederum Gewinner sein wird, steht einstweilen außerhalb der Beurteilung. Die sowjetfreundliche Haltung der englischen Arbeiterpartei zwingt die englische Politik ebenso zur Vorsicht, wie der Umstand, daß eine weitere Verständigung mit Amerika über die Flottenstärken nicht zustande kommen konnte.

In diese globalen Linien hatte England seine Kontinentalpolitik hineinzuarbeiten, und hier hatte es sich in der Hauptsache mit der Vormachtstellung Frankreichs auseinanderzusetzen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß es die französische Herrschaft über Europa alsbald sehr unangenehm empfand Es war klar, daß der überragende Einfluß Frankreichs auf die europäische Staatenwelt den Einfluß Englands zurückdrängen mußte. Aber zugleich mußte England sehen, daß Frankreichs gesteigertes Selbstgefühl sich auch im Orient äußerte, wo Frankreich die Türkei in ihrem Widerstande gegen die Ausführung des geheiligten Vertrages von Sèvres erfolgreich unterstützte und dadurch seinen Einfluß im vorderen Orient auf Englands Kosten ausdehnte. So war in England wohl das Gelüst vorhanden, Frankreichs Politik zu durchkreuzen. Die amtlichen deutschen Stellen haben das vielfach emp-

funden. Die Engländer sahen es gern, wenn sich die Franzosen in den besetzten Gebieten und in den verschiedenen Kommissionen möglichst verhaßt machten, und taten das ihre, die Franzosen als Quäler bloßzustellen. Aber die englische Politik ging in solcher Distanzierung nicht so weit, daß daraus eine Trennung hätte werden können. England konnte es angesichts der noch gänzlich unbekannten politischen Dynamik der neuen Weltlage nicht auf eine Verfeindung mit Frankreich ankommen lassen. Die englische Politik konnte nicht daran vorbeidenken, daß die Fortschritte der Kriegstechnik der Unversehrbarkeit des Vereinigten Königreichs ein Ende gemacht haben. Schon das deutsche Tauchboot hatte diese englische Sicherheit fraglich gemacht. Die Entwicklung der Fliegerwaffe in Verbindung mit der Ausbildung des Gaskrieges und das Ferngeschütz haben militärtechnisch eine Lage geschaffen, die England bei der Behandlung seiner Beziehungen zu Frankreich auf das ernsthafteste zu beachten genötigt ist.

Aus dieser Gesamtlage ergab sich jenes Verhalten der englischen Politik, das in Deutschland so oft enttäuscht hat. Englands Verhalten war darauf berechnet, in Deutschland, bei Regierung und Volk, die Meinung hervorzurufen, daß es der heimliche Freund und Beschützer der deutschen Ohnmacht sei, der zwar nicht offen als solcher auftreten könne, aber unter der Hand durch Winke und Ratschläge und im Kreise des Siegerverbandes durch einen stillen Widerstand gegen die Absichten der französischen Politik helfen wollte. Es konnte nicht Wunder nehmen, daß sich diese Meinung tatsächlich bildete und daß die deutsche Politik vielfach bereit war, englische Ratschläge zu hören und sich nach ihnen zu richten.

Dabei gab es dann viele Enttäuschungen. Die größte von ihnen betraf die Entscheidung der Botschafterkonferenz über das Schicksal Oberschlesiens. Im Osten hatte sich England besonders den französischen Absichten abgeneigt gezeigt und

vornehmlich seinem Mißvergnügen über die Ausdehnung Polens auf Deutschlands Kosten oftmals Ausdruck gegeben Als eine bezeichnende Einzelheit mag hier erwähnt sein, daß mir der Vertreter Englands in der interalliierten Kommission für das ostpreußische Abstimmungsgebiet als seine Ansicht mitteilen ließ: Deutschland brauche die ihm aufgezwungenen Grenzen im Osten nicht so ernst zu nehmen: er werde sich nicht wundern, wenn wir nach Abzug der Kommission den Weichselkorridor wieder an uns nähmen, wozu ja ein paar Panzerzüge genügten. Das ist nur ein Einzelfall, doch waren derartige vertrauliche Ermutigungen durchaus nicht selten.

Auch bei der Festsetzung der Tribute erlebte Deutschland herbe Enttäuschungen. Bei den Londoner Verhandlungen im Frühjahr 1921 gebärdete sich Lloyd George wie ein tobender Derwisch, als Simons die deutschen Vorschläge bekannt gab, obwohl diese Vorschläge nicht ohne Fühlung mit England ausgearbeitet waren

Man würde indessen der englischen Haltung nicht gerecht, wollte man in ihr nur Falschheit sehen. Zwar ist über Lloyd George kein Zweifel möglich — der gehört zu den Demagogen, die in der Spätzeit der Demokratie ans Ruder zu kommen pflegen, und hat die Eigenschaften der Unzuverlässigkeit und Unehrlichkeit, die mit dem Wesen der Demagogie unzertrennlich verbunden sind. Aber im übrigen entspricht jene englische Politik der politischen Situation des englischen Imperiums. Hier wühlt das Gefühl der Unsicherheit und dämmern Ahnungen von „verlorener Herrschaft". Man fühlt, daß in der neuen Weltlage eine neue Dynamik am Werke ist, und kennt sie noch nicht. Diese Unsicherheit hat die englische Politik die alte stille, zielstrebige Stetigkeit bisher nicht wiederfinden lassen und ist die eigentliche Ursache des Schwankens und der bänglichen Kompromißbereitschaft, die heute die englische Politik so ausgeprägt kennzeichnet, ob diese nun von Lloyd George, von Macdonald oder von Baldwin geführt wird.

8

Die deutsche Politik mußte selbstverständlich den Möglichkeiten nachgehen, die in dieser englischen Haltung, deren Unzuverlässigkeit nicht sogleich erkennbar war, zu liegen schienen. Sie hat sich in den ersten Nachkriegsjahren bei fast allen wichtigen Schritten von Lord d'Abernon beraten lassen. Dieser Botschafter des britischen Reiches hat vermutlich an der deutschen Politik bis zu Ende des Ruhrkampfes einen nicht geringeren Anteil als die verschiedenen deutschen Außenminister und Kanzler.

Die deutsche Politik war grundsätzlich erfüllungsbereit. Sie wollte die Ansprüche der Siegerstaaten befriedigen, doch hoffte sie, die Lasten mit Englands Hilfe auf ein erschwingliches Maß zu bringen.

Diese Hoffnung war auf der Londoner Konferenz, März 1921, gescheitert, und zwar unter besonders herabstimmenden Umständen. Die deutsche Abordnung hatte bei ihrer Ankunft in London erfahren, daß das Angebot, das sie bei sich trug und den Verbündeten vorzulegen gedachte, von der Umgebung des englischen Premiers Lloyd George dahin beurteilt werde, daß es gleich zu viel biete. Naturgemäß machte sich die Abordnung sofort daran, es zu ermäßigen, und legte ein verringertes Angebot vor. Die Wirkung war eine ungeheure Aufregung. Man sprach von einer deutschen Herausforderung und Verhöhnung der Verbündeten, und besonders Lloyd George erging sich in wüsten Schimpfereien. Obwohl die deutsche Vertretung schon wenige Tage nach diesem Unfall einen neuen Vorschlag einreichte, schritten die Verbündeten doch unverzüglich zu Strafmaßnahmen, indem sie Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzten. Unter dem Drucke dieser „Sanktionen" (Wort und Begriff wurden durch diese Maßnahme in den deutschen Sprachgebrauch eingeführt, da man die Deutlichkeit des Ausdruckes „Strafe" fürchtete) verhandelte man dann weiter. Im Laufe der Verhandlungen bot die deutsche Vertretung die Zahlung von

zweihundert Milliarden Goldmark an. Dieses ungeheuerlich
Angebot scheint man nicht beachtet zu haben. Es kam zu
Aufstellung des berüchtigten Londoner Zahlungsplanes, der
der Reichstag unter der ultimativen Drohung mit der Be
setzung des Ruhrgebiets zustimmte.

Nun begannen die Zahlungen. Im Jahre 1921 zahlt
man eine Milliarde Goldmark. Die Wirkung auf die deutsch
Währung war furchtbar. Im Frühjahr 1921 wurden sechzi
Mark für einen Dollar gefordert. Im Herbst mußten drei
hundert Mark und mehr für den Dollar gezahlt werden. De
erste Versuch der Erfüllung hatte zu einer Katastrophe geführt
Sie traf nicht nur Deutschland, sondern alle Welt, die im
Vertrauen auf Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähig
keit in Reichsmark spekuliert hatte. Jetzt rief Deutschland
nach einem Zahlungsaufschub, über den auf der Tagung des
Obersten Rates in Cannes verhandelt wurde. Während de
Verhandlungen stürzte das Kabinett Briand, Poincaré er
griff das Steuer der französischen Politik. An Stelle des
Obersten Rates, der durch die Abreise Briands beschluß
unfähig wurde, entschied nun die Reparationskommission
über den deutschen Antrag auf Zahlungsaufschub. Es kam
zu keiner Aussetzung der Zahlungen, sondern es traten an
Stelle der bevorstehenden großen Planzahlungen Dekaden-
zahlungen im Betrage von je einunddreißig Millionen Mark.

Diese Atempause benutzte die deutsche Regierung zu neuen
Bemühungen, den Verbündeten die Unmöglichkeit der Inne-
haltung des Londoner Zahlungsplanes darzutun. In der
Tat kam es zu einer neuen vorläufigen Regelung, wonach
Deutschland für das Jahr 1922 siebenhundertzwanzig Mil-
lionen Goldmark in bar und eintausendvierhundertfünfzig
Millionen in Sachlieferungen leisten sollte Das war gegen
den Londoner Zahlungsplan wie gegen die Dekadenzahlungen
eine Milderung, doch hatte sie nur gegen den Widerstand
Frankreichs durchgesetzt werden können. Die Rückkehr Poin-
carés zur Regierung war der Übergang zur schroffsten

Gewaltpolitik, aber sie machte auch die englisch-französische Spannung deutlich.

In Cannes hatte der Oberste Rat auf Englands Antrag beschlossen, eine große Konferenz der europäischen Staaten nach Genua einzuberufen. Sie sollte eine umfassende Aussprache über wirtschaftliche Fragen bringen. Es sollten diesmal nicht die Sieger den Besiegten Diktate auflegen und Ultimaten stellen, sondern man wollte in gemeinsamer Bemühung die Wege suchen, auf denen Europa aus den Nachkriegsschwierigkeiten herauskommen könnte. Lloyd George sprach sehr hoffnungsvoll von dieser Konferenz, und es mag wohl in seiner Absicht gelegen haben, eine Front der friedenswilligen Staaten gegen das Streit suchende Frankreich und seine Vasallen zusammenzubringen und Frankreich moralisch und politisch zu isolieren. Aber Poincarés Argwohn witterte die Gefahr. Er nahm die Konferenz erst an, als sein englischer Gegenspieler ihm bei einem Zusammentreffen in Boulogne zugesagt hatte, die Tributangelegenheit in Genua nicht zur Sprache zu bringen. Auch mit dieser Zusage in der Tasche hielt es Poincaré für geraten, selber der Konferenz fernzubleiben und sich durch einen Beauftragten vertreten zu lassen.

Da die europäische Kernfrage von der Erörterung ausgeschlossen war, konnte aus den Beratungen nichts herauskommen, und so hat denn auch diese Konferenz, der man, nicht nur in Deutschland, mit großen Hoffnungen entgegensah, nichts weiter geschaffen als ein umfangreiches Protokoll, das schon wertlos war, als man es geschrieben hatte. Ihr größtes Ereignis gehörte ihr nicht einmal an, sondern hatte sich nur zeitlich und räumlich zu ihr verirrt. Das war der deutsch-russische Vertrag von Rapallo: keine Improvisation, wie man meinte, sondern ein in monatelangen Verhandlungen vorbereitetes und einige Wochen vor dem Zusammentritt der Genuaer Konferenz fertig entworfenes Abkommen, das in einer bestimmten fragwürdigen Situation der Genuaer

Verhandlungen unterschrieben wurde und nun allerdings w
eine Bombe wirkte.

Der Rapallovertrag war seinem Inhalte nach eine A
gelegenheit, die nur die beiden Vertragschließenden anging
Der Versailler „Vertrag" machte Deutschland ersatzpflichti
auch für alle Kriegsschäden, die Rußland erlitten hatt
Diese Bestimmung war genau so bösartig wie das ganz
Versailler Machwerk, denn sie verfolgte den Zweck, Ruß
land in die Koalition der Tribute heischenden Sieger
mächte einzureihen. Mag man auch von der Sowjetrepubli
nicht erwartet haben, daß sie auf diesen Köder einging, s
rechnete man umso sicherer auf den Hinzutritt eines unte
Nikolajewitsch oder den Kerenskileuten restaurierten Ruß
lands. Der Rapallovertrag sprach lediglich aus, daß di
beiden Vertragschließenden auf die Geltendmachung vo
Entschädigungsansprüchen verzichten. Die bleiche Wut, welch
den ganzen Chorus der Siegermächte und ihrer Hörigen
beim Bekanntwerden des Abschlusses packte, galt dem Um
stande, daß Deutschland es gewagt hatte, selbständig einen
politischen Schritt zu tun. Hinter dieser Wut stand die Furch
vor einer deutsch-russischen Gemeinsamkeit, und es mischt
sich in sie der Ärger über das Mißlingen des Planes, mi
Rußland Beziehungen anzuknüpfen und Deutschland dabe
auszuschließen. Der ganze Vorgang, der damals draußen so
viel Staub aufwirbelte und bei uns so viel unbegründete
Hoffnungen weckte, hat geschichtlich nur untergeordnete Be-
deutung. Er hat die deutsch-russischen Beziehungen bereinigt,
aber er hat sie nicht zu einer machtpolitischen Gemeinsamkeit
verflechten können. Er hat den Debattierklub von Genua aus
der Fassung gebracht, aber er hat den Verlauf der Ausein-
andersetzung zwischen Deutschland und den Westmächten
grundsätzlich nicht beeinflußt. Abwegig ist auch die Auf-
fassung, Rapallo habe den englisch-französischen Gegensatz
in seiner Entfaltung aufgehalten; England konnte bei der
gegebenen Weltlage der französischen Politik wohl kleine

Schwierigkeiten bereiten — und das hat es getan —, aber es konnte nicht die französische Feindschaft herausfordern. Der Verlauf der europäischen Politik wäre ohne Rapallo grundsätzlich nicht anders gewesen, als er mit Rapallo gewesen ist.

Von größerer Bedeutung wurden die Bemühungen, die Vereinigten Staaten wieder für die Teilnahme an den Fragen der europäischen Politik zu gewinnen. Solche Bemühungen gingen sowohl von Deutschland wie von englischen und französischen Wirtschaftskreisen aus, wie sich denn überhaupt in der gesamten europäischen Wirtschaft die Überzeugung bildete, daß man ohne die Hilfe Amerikas der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht Herr werde. Die Verlagerung der Kapitalmacht in der Welt trat immer fühlbarer hervor, zugleich aber stellte sich heraus, daß die deutsche Tributpflichtigkeit nicht nur Deutschland bedrückte, sondern empfindliche Störungen in die Wirtschaft aller am industriellen Leben beteiligten Völker hineintrug. Zahlte Deutschland in Geld, so setzte sich der Verfall seiner Währung fort und der Markbesitz des Auslandes entwertete sich. Anderseits flutete dann die deutsche Ware in die Länder mit stärkerer Währung, überschwemmte dort die Märkte und drückte auf die eigene Erzeugung. Zahlte es in Sachleistungen, so erfuhr die Industrie des Empfangslandes eine Einschränkung ihrer Absatzmöglichkeiten und sah sich gleichfalls zu stärkerem Wettbewerbe auf dem Weltmarkte gezwungen. Die Arbeitslosigkeit wurde eine europäische Erscheinung, von der nur Deutschland verschont blieb. Die europäische Wirtschaft, durch den Krieg zu ungesunder Steigerung der industriellen Produktion aufgestachelt und an reichliche Gewinne gewöhnt, glitt abwärts, begann unter Absatzmangel zu leiden und wurde krank und kränker. Die Wirkungen dieses Zustandes machten sich auch in Amerika bemerkbar. Jedenfalls begannen Vertreter der amerikanischen Hochfinanz im Jahre 1922 eine neue Teilnahme für Europa zu äußern. Es

kam zu Verhandlungen über eine große Anleiheaktion, der deutschen Währung und Wirtschaft Hilfe bringen soll Sie zerschlugen sich, weil Frankreich einer Neuregelung i deutschen Tributpflichtigkeit hartnäckigen Widerstand leiste

Von jetzt an steuerte die französische Politik zielbewu auf den Konflikt los. Was sie wollte, war seit langer Z bekannt. Sie wollte das Ruhrgebiet besetzen. Der Gedan an einen solchen Einfall in Deutschlands wichtigstes Industr gebiet war schon oft ausgesprochen worden. Übrigens hai Lloyd George auf der Konferenz von Spaa im Juli 19 als erster offen damit gedroht. Er hatte die Drohung auf d Londoner Konferenz im März 1921 wiederholt, und gera er war es gewesen, der die erste Besetzung über die Versaill Grenzen hinaus, die Besetzung von Düsseldorf, Duisbu und Ruhrort, gewollt hatte und die Verantwortung daf trug. Jetzt allerdings versuchte die englische Politik d französischen Drang nach Essen zu zügeln. In der R parationskommission wurden die Beschlüsse, die den Recht grund für den Einmarsch liefern sollten, gegen die Stimme des englischen Vertreters gefaßt.

Man kann der deutschen Politik nicht Untätigkeit zu Vorwurf machen. Sie hatte vorher in der Tributangeleger heit Initiative entwickelt, hatte Vorschlag über Vorschla ausgearbeitet, und ließ es auch jetzt nicht an Beweglichke fehlen. Aber die Dinge waren gegen sie. Gegen sie war di Stimmung in Frankreich, wo Poincaré jeden Sonntag ei Kriegerdenkmal mit einer Triumph- und Haßrede einweihte Gegen sie war auch die Stimmung in Deutschland. Gege den Angriffsgeist der französischen Politik war nichts aus zurichten. Hier halfen die entgegenkommendsten Vorschläg nicht. Der deutsche Gesandte in Brüssel, Landsberg, kenn zeichnete die Stimmung mit den Worten: Deutschland werd die Reparationen nur mit Blut und Eisen bezahlen können In Deutschland hatte die Regierung, Sozialdemokraten und Zentrum, wohl eine parteimäßig gebundene Gefolg-

schaft, aber kein Ansehen. Sie hatte eine parlamentarische Mehrheit, aber kein Volk hinter sich. Die Parteien folgten ihr, und die Parteimaschinen arbeiteten für sie, aber das geschah ohne Überzeugung und ohne Schwung, es geschah mit dem Unvertrauen, das die Beziehungen zwischen Volk und Regierung seit deren Abgleiten nach der Annahme des Ultimatums kennzeichnete. Dieser Zustand machte die Regierung unsicher. Zuweilen, wenn der französische Druck und Schimpf zu arg wurde, begehrte sie dagegen auf und wollte dem Volke zeigen, daß auch sie des Widerstandes fähig sei und die Würde der Nation wahren könne. Dann sagte sie in ihren Reden und Noten mehr und sagte es gröber, als eine in ihrem guten Geiste sichere Regierung getan hätte. Doch das eigene Volk vermochte sie damit nicht zu überzeugen und nicht zu gewinnen, und die Franzosen fanden nun ihren Argwohn bestätigt, daß alle deutsche Loyalität nur Maske sei, hinter welcher sich in tückischer Hinterlist der Rachedurst verberge.

Solcher Ungunst hatte die Regierung auch keine Persönlichkeitswerte entgegenzusetzen, die ihrer hätten Herr werden können. Das deutsche Partei- und Parlamentsleben, allezeit in Fraktionskrakeel schwelgend, im Interessenkampf aufgehend und sein höchstes Verdienst in der Opposition suchend, war der Entfaltung staatsmännischer Begabungen wenig günstig gewesen. Zur Herausbildung des Demagogen großen Stils, wie ihn England in Lloyd George besitzt, oder des politischen Advokaten, wie er die Ministerbänke Frankreichs ziert, war es in Deutschland noch nicht gekommen. Wir waren erst bei Wirth und Fehrenbach angelangt. Der einzige Mann von Geist und Format, über den die deutsche Regierung in dieser kritischen Zeit verfügte, war Walter Rathenau, der mitten in dieser hoffnungslosen Arbeit ein Opfer des politischen Mordes wurde. Daß Rathenau, trotz seiner Gabe, den Zeitgeist in den Lebensvorgängen aufzuspüren und darzustellen, trotz seines reichen und bunten

Wissens und trotz seiner sichern Beherrschung des Ausdrucks kein Staatsmann im eigentlichen Sinne war, muß jedem beim Lesen seiner Schriften klar werden. Wohl aber hatte die deutsche Politik dieser Zeit in ihm einen Mann, der, wenn er auf den politischen Tagungen sprach, gehört wurde und der auch den Gegnern imponierte. In einer weniger hochgespannten Zeit hätte Rathenaus Persönlichkeit wohl nachhaltige Wirkungen erzielen können. In dieser Lage aber, zu deren Entwirrung man ihn gerufen hatte, blieb auch ihm der politische Erfolg versagt. Die einzigen Kräfte, die sich bei der Regelung der deutschen Tributpflichtigkeit dauernd bemerkbar machten und Einfluß ausübten, stellte nicht die Politik, sondern die Bureaukratie. Bei allen politischen Erschütterungen hielten sie die sachliche Aufgabe fest, und wo der Faden ihrer Hand entrissen wurde, suchten und tasteten sie, bis sie ihn wieder hatten, und arbeiteten weiter, ohne einen anderen Gedanken als den, aus dem Reiche der Unmöglichkeiten und der Willkür zu einer einstweils haltbaren Ordnung zu kommen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1922 aber mußten auch diese Kräfte einsehen, daß der Gang der Dinge, wie Frankreich ihn wollte, nicht zu ändern war.

Es wurde schwül in der europäischen Politik. Das fühlte man ringsum und fühlte es auch in Deutschland. Der Konflikt war im Anzuge. Die deutsche Regierung wußte, daß er nicht mehr zu verhindern war, obwohl sie sich fort und fort darum bemühte. Nun wollte sie sich darauf vorbereiten. Sie wußte, daß sie so, wie sie war, nicht die Kraft hatte, den Konflikt zu bestehen. Sie wollte sich eine breitere und stärkere Grundlage schaffen und erstrebte die sogenannte „große Koalition", das heißt die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die bestehende Regierungsmehrheit. Die Sozialdemokratie, die sich soeben mit den Unabhängigen unter rauschenden Verbrüderungsklängen wieder vereinigt hatte, lehnte ab. Vergeblich bemühte sich der Reichspräsident um ihre Einwilligung. Da mußte dann die Regierung Wirth

zurücktreten, und Cuno, der aus der Finanzverwaltung stammte, dann zum größten deutschen Schiffahrtsunternehmen übergegangen war und Beziehungen zu einflußreichen amerikanischen Wirtschaftskreisen geschaffen hatte, bildete nach einigen gescheiterten Versuchen die neue Regierung, die sich auf alle Parteien des Reichstages mit Ausnahme der Kommunisten und Sozialdemokraten und der Deutschnationalen stützen konnte.

Auch die neue Regierung versuchte noch einmal mit neuen Vorschlägen den Sturm zu beschwören. Es war vergeblich. Am 11. Januar rückten französische und belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein, das sie zunächst bis zu den östlichen Vororten Essens, später bis über Dortmund hinaus, besetzten.

9

Damit hatte der Kampf begonnen, den die Zeitgeschichte den Ruhrkampf nennt. Die Reparationskommission hatte Nichterfüllung des Vertrages durch Deutschland festgestellt, zunächst in der Lieferung von Holz, danach auch in der Lieferung von Kohlen, in beiden Fällen gegen die Stimme des englischen Mitgliedes der Kommission. Mit der Nichterfüllung hatte es seine Richtigkeit. Nur war sie bei der Holzlieferung so unerheblich, daß sie im Grunde kein Mensch ernst nahm. Bei der Kohlenlieferung betrug sie seit etwa Jahresfrist fünfzehn vom Hundert der vorgeschriebenen Monatsmengen. Sie beruhte nicht auf bösem Willen, sondern hing mit den Schwierigkeiten der Kohlenförderung zusammen, die sich aus den Nachkriegszuständen ergaben; es war viel darüber hin und her verhandelt worden, die Empfangsmächte hatten sich von der einstweiligen Unmöglichkeit der vollen Lieferung überzeugt und damit abgefunden. Die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zur Erfüllung stand auch für sie nicht in Frage. Aber man hatte die Nichterfüllung festgestellt, weil Frankreich den Vorwand für den seit langer Zeit geplanten Einmarsch in das Ruhrgebiet brauchte.

Die deutsche Regierung antwortete auf den Einmarsch mit den Maßnahmen, die als „passiver Widerstand" bekannt sind. Der deutsche Botschafter in Paris und der deutsche Gesandte in Brüssel verließen ihre Posten, doch wurden die diplomatischen Beziehungen durch Geschäftsträger aufrechterhalten. Die Sachleistungen an Frankreich und Belgien wurden eingestellt. Den Zechen wurde verboten, Kohle und Koks an Frankreich und Belgien zu liefern. Den Beamten wurde die Weisung gegeben, daß sie den Befehlen der Besatzungsmächte nicht gehorchen dürften, sondern sich ausschließlich an die Vorschriften der eigenen Regierung zu halten hätten. Den Beamten und Arbeitern der Eisenbahn wurde verboten, den Befehlen der Besatzungsmächte zu folgen und Kohle für Frankreich und Belgien zu befördern.

England stand zuschauend neben diesen Vorgängen. Italien hatte sich an dem Truppeneinmarsch nicht beteiligt, hatte aber einige Ingenieure dazu gesandt; die verschwanden bald wieder, so daß Frankreich und Belgien allein standen und freie Hand hatten. Poincaré war jetzt im Begriff, jene Gedanken zu verwirklichen, zu denen er sich am 26. Juli 1922 vor den namhaftesten Publizisten Frankreichs bekannt hatte:

„Ich lehne es ab, unsere Diplomatie von unseren Finanzen abhängig zu machen. Ich weiß, daß eine pekuniäre Wunde nicht tödlich ist. Wir gehen ganz einfach, und ich fühle mich dabei sehr wohl, der dauernden Besetzung des linken Rheinufers entgegen. Mir für meinen Teil würde es weh tun, wenn Deutschland zahlte, denn dann müßten wir das Rheinland räumen und würden den Nutzen unserer Experimente verlieren, die wir unternehmen, um friedlich, aber mit den Waffen in der Hand, die Bevölkerung am Ufer des Grenzflusses zu erobern. Halten Sie es für besser, das Geld einzukassieren oder neues Gebiet zu erwerben? Ich für meinen Teil ziehe die Besetzung und Eroberung dem Geldeinstreichen und den Reparationen vor. Daher werden Sie es verstehen, wenn wir eine starke Armee, einen Waffenpatriotismus

brauchen, und daß das einzige Mittel, den Versailler Vertrag zu retten, darin besteht, es so zu arrangieren, daß unsere Gegner, die Besiegten, ihn nicht einhalten können. Wenn Deutschland die in Versailles eingegangenen Verpflichtungen erfüllte, wäre es um die Macht unserer Armee getan, dann müßte abgerüstet werden." —

Es gibt noch keine deutsche Veröffentlichung, die man als die Geschichte des Ruhrkampfes ansprechen könnte. Vieles ist noch dunkel, und wir müssen es einstweilen noch im Dunkeln lassen. Aus guten und schlechten Gründen wurde vieles in Heimlichkeit getan, und aus ebensolchen Gründen bleibt uns vieles auch heute noch verborgen. Verborgen ist noch manche gute Tat, die deutscher Wagemut im Abwehrkampfe unternahm, und verborgen ist noch manche Lumperei und Schufterei, verborgen manche Charakterlosigkeit und mancher Verrat. Doch vieles ist uns bekannt und sollte der deutschen Erinnerung auf ewig eingeprägt sein. Bekannt ist uns das entmenschte Treiben der Einbruchstruppen, bekannt ist uns der Massenmord an den Kruppschen Arbeitern auf dem Fabrikhofe zu Essen; bekannt ist uns der Osterabend in Dortmund, wo arglose Heimkehrer in den Straßen abgeschossen wurden wie flüchtiges Wild; bekannt sind uns die blutigen Untaten von Recklinghausen, die hundertfachen Schändungen der Frauen und Mädchen durch weiße und dunkle Franzosen. Und bekannt ist uns der Akt auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf, die Hinrichtung des Leo Schlageter, die dem deutschen Gedächtnis ebensowenig entschwinden kann, wie ihm der Märtyrertod Andreas Hofers oder der Schillschen Offiziere entschwinden konnte.

Diese Ereignisse werden unvergessen bleiben, wenn die Unzulänglichkeiten und Jämmerlichkeiten des Ruhrkampfes längst in der Erinnerung gestorben sind.

Deutschland hatte den Kampf nicht gewollt und nicht herausgefordert, vielmehr hatte sich die deutsche Politik bis in die allerletzten Tage hinein bemüht, ihn zu verhindern. Die

Fama behauptet, auch Poincaré sei zuletzt erschreckt gewesen, als er die erstrebte Lage gehabt habe, und sei zu Millerand gegangen, um ermutigenden Rat zu holen. Das widerspricht nicht seinen vielen Drohungen mit dem Einmarsch und ändert nichts daran, daß Poincaré den Kampf gewollt und gesucht hat. In seinem letzten Schwanken hätte sich dann nur die Furcht vor der Auflösung der Koalitionen geäußert. Aber diese Furcht war unbegründet. Keinem Politiker konnte es bei ruhiger Betrachtung der Tatbestände zweifelhaft sein, daß Englands Gegenwirkung nicht über diplomatische Einwände hinausgehen würde. In Deutschland war man sich jedenfalls darüber klar, wenn man auch den diplomatischen Einwänden Englands eine größere Wirkung zugetraut haben mochte.

Hierin mag man sich getäuscht haben. Wahrscheinlich hat man sich auch in der Beurteilung der Geistesverfassung des deutschen Volkes getäuscht. Die ersten Maßnahmen der deutschen Regierung zeugten von einem entschlossenen Willen zur Abwehr und hielten deutlich erkennbar die Möglichkeit offen, die Abwehr zum Angriff zu steigern. Wie sich die Regierung diese Steigerung gedacht hat, mag dahingestellt bleiben. Vermutlich war sie entschlossen, den bald beginnenden Sabotageakten an den Verkehrsanlagen freien Lauf zu lassen. Um den vierten Monat der Besetzung trat in der Haltung der deutschen Politik der Umschwung ein. Um diese Zeit wurden die Einflüsse wirksam, die sich aus den widerstreitenden Strömungen in unserem Lande ergaben. Zwar hatte der Streit dieser Strömungen sogleich begonnen, als der erste Franzose das Ruhrgebiet betrat. Aber bei der Stärke des auflodernden Abwehrwillens hatte die auf „Verhandlungen" drängende Strömung zunächst keinen Raum gewinnen können. Verhandlung hieß hier natürlich Unterwerfung unter ein noch unbekanntes Diktat. Doch schon im März war das Drängen nach Verhandlungen so stark geworden, daß der preußische Innenminister Severing auf

einer Konferenz im Westen es für nötig hielt, gut gewählte Worte gegen das „Verhandlungsgeflenne" zu richten. Je länger der Kampf währte, umso mehr erstarkte die auf Unterwerfung drängende Strömung, und von Ende Mai an hatte sie deutlich die Oberhand, und der Kampf war im Grunde jetzt schon verloren.

Der Ruhrkampf brachte die Gewißheit, daß Deutschland in seiner gegebenen Geistesverfassung nicht in der Lage war, nationalpolitische Aufgaben von einiger Bedeutung zu lösen — daß es nicht in der Lage war, dem Auslande eine geschlossene Front zu bieten. In den Parteien und in der Presse zeigte sich bald der Riß, der dem Feinde die deutsche Schwäche offenbarte. Zwar konnten die Franzosen mit dieser deutschen Schwäche von vornherein gerechnet haben. Sie wußten, wie es in Deutschland aussah. Sie hatten es bei der Durchführung der deutschen Entwaffnung erfahren, wo ihnen deutsche Angeber in Überzahl zu Diensten gewesen waren. Das war auch in diesem Abwehrkampfe nicht anders. Untreue und Verrat gingen in mancherlei Gestalt in Deutschland um. Es gab den kleinen schäbigen Verrat, der den Einbruchstruppen die Wege zeigte, es gab den Verrat journalistischer Art, der den Widerstand als unklug und ungerechtfertigt verwarf, und darüber hinaus — wie im Falle des Dortmunder „General-Anzeigers" — das Recht der Feinde zum Einbruch anerkannte, und es gab den seriösen Verrat der Politiker mit und ohne Reichstagsmandat, die das, was die deutsche Regierung über ihre Absichten und Erwartungen sagte, den Gesinnungsfreunden im Auslande meldeten. Das alles aber wollte nicht Verrat sein, alle diese Ehrenmänner handelten nach politischen Grundsätzen und Überzeugungen

In diesem Kampfe sah man sie beide am Werke, das eine und das andere Deutschland. Das eine trug im Lande Brot und Fleisch zusammen, um dem ausharrenden Volke an der Ruhr seine Treue kundzutun und es zum weiteren Festbleiben zu stärken Das andere näherte sich dem Feinde, war ihm

gefällig und trachtete danach, den deutschen Widerstand zu zermürben.

Abseits von diesen Parteiungen stritten interessenbestimmte Kräfte um die Führung des Kampfes. Was dort im Ruhrgebiet den Widerstand leistete, war die bodenständige Industrie. Hinter ihr stand Rückhalt gebend die Landwirtschaft. Es war die raumgebundene Wirtschaft, die diesen Kampf als eine letzte Gelegenheit ergriff, eine neue Entscheidung zu suchen und die Fesseln des Versailler Systems zu lockern oder gar gänzlich abzustreifen. Das hatte seinen guten Sinn. Denn diese Industrie war bis dahin Herr im eigenen Hause gewesen, hatte aus eigener Kraft gelebt und jede finanzielle Abhängigkeit zu vermeiden gewußt. In ihr hatte sich Deutschlands stärkste nationale Kapitalmacht verkörpert. Sie kämpfte jetzt als die Vormacht der deutschen Wirtschaft um die Freiheit. Wie sie seit dem Zusammenbruche hinter allen Regungen des nationalen Widerstandsgeistes gestanden hatte, wie sie die opferwillige Förderung der nationalen Bünde gewesen war, so hatte sie sich ohne bängliches Fragen nach dem Ausgange zum Widerstande erhoben, als die fremden Soldaten das Ruhrgebiet betreten hatten. Ihr war dieser Kampf mehr als nur Widerstand gegen den Einbruch — sie suchte eine neue Entscheidung im ganzen.

In eine andere Richtung wiesen die Interessen der raumgelösten Wirtschaftsmächte, des Bankkapitals, des Handels und der vom Export lebenden Industrie. Die Verflochtenheit mit dem internationalen Geldwesen und die Abhängigkeit von den Weltmärkten machen diese Wirtschaftskreise in höherem Maße einer Politik der Anpassung an die machtpolitischen Gegebenheiten geneigt. Ohne ausgesprochen pazifistische Haltung wünschen sie doch außenpolitischen Konflikten auszuweichen und sind Stützen einer Friedenspolitik, die ihren Interessen am dienlichsten ist. Sie empfanden den Ausbruch des Ruhrkampfes von vornherein hauptsächlich als eine Störung, die man zwar nicht hatte verhindern können,

aber doch möglichst schnell beendet sehen wollte. Von hier aus legte sich bald ein hemmender Druck auf die Führung des Kampfes. Er wurde umso stärker, je mehr sich der Kampf in die Länge zog und je unwahrscheinlicher ein deutscher Erfolg wurde.

Der passive Widerstand aber war ein zweischneidiges Schwert. Wohl verhinderte er eine wirkliche Ausbeute der „produktiven Pfänder" durch die Einbruchsmächte. Aber er legte dem Reiche ungeheure Lasten auf. Denn die feiernden Werke, Beamten und Arbeiter mußten unterhalten werden. Es mußten gewaltige Mengen Papiergeld in das Kampfgebiet geschafft werden, für die das Reich keinen Gegenwert an Steuern und Zöllen oder Waren erhielt. Drei Monate lang hatte man die Markwährung durch Gold- und Devisenverkäufe stützen können. Dann aber fiel sie stark ab und fiel immer schneller, und es wurde von Tag zu Tag unwahrscheinlicher, daß hier noch ein gutes Ende zu erreichen sei.

Die Stimmung im Kampfgebiete selber, zuerst von heroischer Opferbereitschaft getragen, verschlammte schließlich in einer allgemeinen Sucht, die Konjunktur der freigebigsten Geldverteilung nach Kräften auszunutzen. Aus einem nationalen Kampfe wurde ein aufgetragener und bezahlter Streik. Als aber der Kampf nun einmal eine Gelegenheit zum Geldverdienen geworden war, da konnte es nicht ausbleiben, daß man sich auch nach dem höherwertigen französischen Gelde drängte. Die Zahl der Überläufer von der Mark zum Franken stieg, erst langsam, aber allmählich schneller, so daß schließlich doch manches der Pfänder produktiv zu werden begann.

Eine peinliche und schändliche Beigabe dieser Entwicklung war das Aufkommen der separatistischen Bewegungen, die weniger im eigentlichen Kampfgebiete, umso stärker aber im besetzten Rheinlande auftraten. Ganz gewiß war es Lumpenpack, das in dieser Zeit das Mutterland verriet und sich den Feinden an den Hals warf. Aber der Verrat ging nicht nur in

Lumpen, sondern ging auch in Häusern um, wo er persische Teppiche unter den Füßen hatte und von hohen Würden nach noch höheren schielte.

Um den Mittsommer war der Ruhrkampf entschieden. Keine Hand hatte sich dem ringenden Deutschland entgegengestreckt. England hatte durch seine höchsten juristischen Autoritäten den Einmarsch ins Ruhrgebiet als unberechtigt erklären lassen und vermittelnde Noten nach Frankreich gesandt. Poincaré hatte darauf erwidert: Auge um Auge, Zahn um Zahn, und hatte sich nicht beirren lassen. Rußland hatte seine Agitatoren geschickt, die in Deutschland die Anarchie predigten. Amerika hielt sich gänzlich zurück. So mußte sich denn Deutschland zum zweitenmal ergeben. Die Regierung Cuno trat zurück, und Stresemann, nun der Mann der verständigungsbereiten Wirtschaftsmächte, bildete die neue Regierung, die „große Koalition" mit der Volkspartei und der Sozialdemokratie als Flügelparteien, und übernahm die schwere Aufgabe des Abbruchs dieses merkwürdigen und bedeutungsvollen Kampfes.

10

Die folgende Zeit der deutschen Politik ist durch drei Worte zu kennzeichnen. Dawespakt, Völkerbund und Locarnopakt.

Die sachlichen Inhalte dieser Pakte dürfen als bekannt gelten.

Frankreich hatte zwar erreicht, daß Deutschland sich erneut demütigte. Es genoß diesen Triumph. Aber es mußte nun dem Drängen der übrigen tributheischenden Siegerstaaten nachgeben und in eine Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch einen Sachverständigenausschuß einwilligen. Hiergegen hatte sich Poincaré lange gesträubt, nun aber sah er sich zum Nachgeben gezwungen.

Für Deutschland war dieser Ausgang die Besiegelung der Tributpflichtigkeit. Die bei Beginn des Ruhrkampfes noch

einmal wachgewordene Hoffnung auf eine allgemeine Revision des Versailler „Vertrages" und auf Wiedergewinnung der Souveränität mußte nun begraben werden. Mit dem Dawespakt wälzte man den Stein auf das Grab der deutschen Freiheit, der so bald kein Ostermorgen tagen wird. Als man in Weimar dem Versailler Ultimatum zustimmte, konnte sich das deutsche Volk noch über seine Lage und über die Bedeutung dieses Aktes täuschen, es konnte den Zustand der Ohnmacht noch als eine Absurdität von nur vorübergehender Dauer empfinden. Als wir aber im Herbst 1923 im Ruhrkampfe kapitulierten und im folgenden Sommer die Dawesgesetze annahmen, war solche Täuschung nicht mehr möglich. Jetzt wußte man, daß dieser Zustand der Schwäche und der Verknechtung dauern werde. Jetzt erst gewannen die Folgen des deutschen Niederbruchs ihre feste Form.

Hinter der Kapitulation und hinter der Annahme der Dawesgesetze stand ein erbarmungsloser Zwang. Der Zwang ergab sich nicht nur aus der Entwaffnung, die damals so gut wie vollständig durchgeführt war. Er ergab sich aus dem geistig-seelischen Zustande eines Volkes, das nun seit acht Jahren unter nie erlebtem äußeren und inneren Drucke gestanden, das die Qualen der Hungerzeit und die Schrecken der Geldvernichtung erduldet hatte und an der Grenze seiner Leidensfähigkeit angelangt war. Was sich jetzt noch gegen die Politik der Kapitulation aufbäumte, war politische Romantik, deren Ehrlichkeit nicht in Zweifel zu ziehen ist, die aber nichts von dem wahren Zustande des Volkes wußte. Wohl war dieser Zustand voller Spannungen, aber es waren nicht solche, die zur großen heroischen Erhebung drängten, sondern Spannungen einer letzten, schon von der Verzweiflung umspielten Anstrengung, der drohenden Auflösung aller Bindungen zu entgehen.

Die deutsche Politik vollzog mit der Annahme der Dawesgesetze das Gebot dieses grausamen Zwanges· sie hatte die Sache eines Volkes zu führen, dessen Lebensraum längst

zu eng für seine Zahl geworden war und das nur leben konnte, wenn es seine eigene Wirtschaft mit der Weltwirtschaft verflocht, wenn es seine überschüssige Menschenkraft als handelsfähiges Gebrauchsgut mit dem Nahrungsüberschuß anderer Völker tauschte. Kein Wortgetön konnte dieser Lage ihren Zwang nehmen. Deutschland brauchte das Ausland, und da der Osten zum Wirrsal geworden war, mit dem es nicht tauschen konnte, so mußte es sich zum Westen wenden. Deutschland mußte sich dem politischen System des Westens nähern. Das war der unentrinnbare Zwang, dem sich die deutsche Politik unterworfen sah.

In solcher Lage mußte sie es als einen Gewinn betrachten, daß neben England auch Amerika bereit war, in die deutsch-französische Auseinandersetzung einzugreifen und aus ihr eine Auseinandersetzung zwischen Deutschland und den Siegerstaaten zu machen. Der Dawespakt war das Ergebnis dieser Auseinandersetzung. Die deutsche Politik kann sich mit dem Ergebnis nicht zufrieden geben, aber sie konnte, als die Sachwalterin eines Volkes in dieser Lage und Verfassung, einen anderen Weg nicht gehen. Es war folgerichtig, daß sie nun auch den Weg nach Genf beschritt und Mitglied des Völkerbundes wurde. Damit erfuhr der gegebene Zustand eine Abschwächung zugunsten Deutschlands: aus einem bloßen Objekt der Weltpolitik begann Deutschland hier wieder als Träger eines eigenen Willens Teilnehmer an den Entscheidungen zu werden. Das Maß dieser Teilnahme ist, der wirtschaftlichen und militärischen Schwäche entsprechend, meist gering, obwohl Deutschlands rechtliche Stellung im Völkerbunde die einer Macht ersten Ranges ist. Aber mit diesem Schritte hat Deutschland aufgehört, stummes Opfer der Politik zu sein, und das ist ein Gewinn, der ins Gewicht fällt, auch wenn es furchtbar ist, ihn als Gewinn anerkennen zu müssen.

Als die deutsche Politik diese Entscheidungen traf, durfte sie nicht nach den Gefahren fragen, die sich nun ergeben

mußten. Die eine Gefahr bestand darin, daß Deutschland dem russisch-westmächtlichen Gegensatz dienstbar gemacht werden konnte. Das Verhältnis zwischen der Sowjetrepublik und den Westmächten ist dem Grunde nach das Verhältnis zwischen Feinden. Äußerlich ist diese Feindschaft durch den Gegensatz zwischen dem kapitalistischen und dem antikapitalistischen wirtschaftlichen Ordnungsprinzip begründet. Die Propaganda der Sowjetrepublik in den Weststaaten bringt diesen Gegensatz nachdrücklich zum Bewußtsein. Weniger ausgesprochen, aber entscheidender ist die feindselige Berührung der raumpolitischen Bestrebungen Rußlands und Amerikas in der chinesisch-japanischen Sphäre des Stillen Ozeans, und Rußlands und Englands im Innern Asiens, die zeitweilig noch durch ölpolitische Rivalitäten verstärkt wird. Es handelt sich hier um einen Gegensatz, der mit dem Dasein dieser Staatsgebilde verbunden ist, der zeitweilig verdeckt, aber nicht behoben werden kann. Er ist der Mittelpunkt der weltpolitischen Spannungen, und es ist ein selbstverständliches Bemühen der Westmächte, die ganze Staatenwelt ihrer aus diesem Verhältnis bedingten Politik dienstbar zu machen. Es ist einleuchtend, daß Deutschland nicht gut daran täte, sich dieser Absicht zu fügen. Deutschland hat von sich aus keinen Grund zu einer russenfeindlichen Politik, und es hat ebensowenig Anlaß, sich den Westmächten zuliebe mit Rußland zu verfeinden. Deutschland hat sich aus einem unentrinnbaren Zwange dem westmächtlichen Kapital als Opfer überantwortet. Es hat der Fronknecht der Sieger werden müssen. Aber es darf nicht auch noch der Landsknecht seiner Knechter werden. Es darf sich nicht selber der Gunst des Schicksals berauben, daß es neben dem Westen, dem es tributpflichtig und untertan ist, noch eine unabhängige Macht von weltpolitischem Range gibt; denn auf dieser Gunst beruht die letzte politische Bewegungsfreiheit, die ihm noch geblieben ist.

Es ist eine Leistung der deutschen Politik, die nicht unter-

schätzt werden sollte, daß es ihr, wie man annehmen darf, bisher gelungen ist, das Reich von einer solchen Bindung freizuhalten. Dieser Gefahr hat sie sich gewachsen gezeigt. Einer andern Gefahr ist sie erlegen.

Sie hat es nicht verhindern können, daß der Sinn ihrer Haltung verkannt wurde. Ihre Haltung war ein Nachgeben vor übermächtigem Zwange. Sie handelte, wie sie handeln mußte, weil sie nicht anders konnte. Sie unterwarf sich und mußte die Unterwerfung Verständigung nennen. Es gehörte zu dieser Politik, daß sie für eine bittere Sache süße Worte fand. Sie mußte, während sie sich knirschend unterwarf, von Verständigung und Versöhnung, von der Solidarität der Völker und von der Heiligkeit des Friedens reden, — von der Heiligkeit dieses Friedens, der das deutsche Volk zur Fronknechtschaft und seinen Staat zur Ohnmacht verurteilt. Die deutsche Politik mußte sich die ganze unwahre Phraseologie des siegreichen Westens zu eigen machen, denn sie war ja eine Politik ohne Machthintergrund, und konnte nur auf die Wirkungen hoffen, die eine gewandte Diplomatie erzielen kann. Sie mußte sich selber verleugnen, — sich selber, die deutschen Ansprüche, die deutsche Situation, die deutsche Gesinnung.

Hiermit war die Gefahr gegeben, daß sie mit ihrer Haltung das deutsche Volk täuschte, daß man im Volke diese Zweckreden für bare Münze nahm. Dieser Gefahr hat die deutsche Politik nicht begegnen können. Sie hat nicht zu verhindern vermocht, daß man aus der Not eine Tugend, aus dem Zwange eine Überzeugung machte. Sie hat es nicht zu verhindern vermocht und sie ist schließlich selber dieser nicht gewollten Täuschung erlegen. Davon zeugt der Schritt, den sie mit dem Abschlusse des Locarnopaktes tat. Dieser Schritt geschah nicht unter wirklichem Zwange. Er ist selbstverständlich bedacht getan worden. Aber er konnte nur getan werden, wenn man an die Möglichkeit einer wirklichen Verständigung mit Frankreich glaubte. Nur unter Voraussetzung dieses

Glaubens liegt ihm ein politischer Gedanke zugrunde. Dieser Pakt sollte die französische Angst beschwören, er sollte der französischen Seele die Sicherheit geben, um die sie fort und fort zittert, und sollte über diese Beruhigung Frankreichs zur Freigabe des besetzten Rheinlandes und zur französischen Abrüstung führen. Die deutsche Politik ist die Bindung dieses Paktes eingegangen, das damit angestrebte Ergebnis ist aber nicht eingetreten. Weder hat sich an der Besetzung des Rheinlandes Wesentliches geändert, noch ist Frankreich der Abrüstung günstiger gesinnt worden. Das einzige Ergebnis dieser Bindung ist das fortgesetzte Drängen, daß Deutschland den gleichen Verzicht, den es für den Westen erklärt hat, auch für den Osten erkläre. Wo die deutsche Politik über die Linie des Zwanges hinausging und in den Bann der Phraseologie des Westens geriet, hat sie zu Mißerfolgen geführt, die voraussichtlich leider nicht einmal als Lehre wirksam zu werden versprechen.

Was die unzweifelhaft vorhandenen Erfolge der deutschen Politik wert sind, läßt sich indessen nicht ohne Betrachtung des Wirtschaftlichen verständlich machen.

Wirtschaft

1

Die deutsche Wirtschaft war nach dem Zusammenbruche in einer trostlosen Verfassung, die sich am auffälligsten in einem allgemeinen Warenmangel äußerte. Es fehlte an allen Gebrauchsgütern, vor allem an Nahrung und Kleidung. Der Wohnungsbau war in der Zeit des Krieges fast ganz unterbunden gewesen, während die natürliche Vermehrung der Haushalte nicht geruht hatte. Bei der Entlassung der Heeresangehörigen trat das Mißverhältnis in einer Wohnungsnot zutage, wie sie Deutschland bis dahin noch unbekannt gewesen war. Der Ackerboden war entkräftet, der

Nutzviehbestand furchtbar gelichtet. Die Verkehrsmittel waren heruntergewirtschaftet, die Gruben durch Raubbau verwahrlost, Gebäude und Anlagen jeder Art größtenteils verwohnt und mitgenommen. Der Wille zur Arbeit war vermindert, die Arbeitsdisziplin bis nahe zur Auflösung gelockert.

Das war die Wirkung des Krieges, der eine Überspannung aller Produktionskräfte erzwungen hatte. Der Zustand war Erschöpfung durch übermäßigen Kräfteverbrauch.

Die so geschwächte deutsche Wirtschaft hatte die Abgaben zu leisten, die in den Waffenstillstandsbedingungen und später in den Friedensbedingungen verlangt wurden, die Abgaben von Lokomotiven und Bahnwagen, von Schiffen, Maschinen und Nutzvieh; sie erfuhr durch die Gebietsverluste weitere erhebliche Verminderungen ihrer Produktionsgrundlagen und ihrer Leistungsfähigkeit, verlor das Anrecht auf ihre Auslandsguthaben und hatte Tributleistungen in Geld und Waren zu übernehmen.

Der Sturz war zu tief, der Wandel in den Grundlagen zu groß, als daß er sofort in seiner ganzen Bedeutung hätte erfaßt werden können. Wohl ergriff jeden ein lähmendes Entsetzen, der sich den Umfang dieser Verluste klarzumachen suchte. Aber danach begann sich doch wieder der Optimismus zu regen, jener Optimismus, zu dem uns das wilhelminische Vierteljahrhundert verführt hatte — ein Optimismus, der jetzt vom deutschen Organisationsgeist, von deutscher Gründlichkeit und Sachlichkeit, von deutschem Fleiß und Ordnungssinn sprach, und hinter diesem Optimismus verschwand die unheimliche Wahrheit der deutschen Lage. Diesem Optimismus begegnete man nicht nur bei den anspruchsvollen Dilettanten, die in den Parlamenten den wirtschaftspolitischen Sachverstand darzustellen pflegen, er beherrschte sowohl den größeren Teil der deutschen Fachpresse wie weite Kreise des Unternehmertums und steckte selbst die Fachwissenschaft an.

Das Wirtschaftsdenken der Gegenwart wird vorwiegend vom Gelde bestimmt. Die an das Magische streifende Funktion des modernen Geldwesens übt eine starke Anziehungskraft auf das Denken unserer Zeit aus. Geld ist für uns nicht mehr, was es für unsere Väter war: eine runde Metallscheibe mit aufgeprägten Wert- und Hoheitszeichen. Es ist nicht mehr das künstlich hergerichtete Papier, als das wir's täglich nehmen und geben. Es ist etwas unsichtbar Flutendes — ein Begriff. Doch diesem Begriff haftet eine unheimliche Eigenschaft an: er gibt Anspruch und Macht. Der Wert eines großen Industriewerkes, einer ganzen Stadt wechselt mit der Geschwindigkeit des elektrischen Funkens den Ort. Millionen- und Milliardenbeträge verlagern sich von heute auf morgen von Tokio nach Paris, von Berlin nach Neuyork. Ein riesiger Strom von Geld flutet unausgesetzt um den Erdball. Nur das kleine persönliche Leben bewegt noch gegenständliches Geld in Papier oder Silber und Gold. Der große Austausch vollzieht sich als eine unsichtbare Übertragung von Ansprüchen. Immer größer wird der Strom dieses den Erdball umflutenden Geldes. Immer mehr Werte werden aus ihrer Besitzlage herausgelöst, aus ihrer Raumgebundenheit, in der sie sich seit Jahrhunderten befanden, und werden diesem Strome zugeleitet, mit dem sie von Land zu Land fluten. Sie haben aufgehört, nationale Werte zu sein, sie sind jetzt diesem Strome hörig geworden, der von Volk zu Volk flutet und keine Gebundenheit mehr kennt. Das Volk sieht diesen Vorgang nicht. Die Dinge bleiben. Das Stahlwerk am Niederrhein, das Rittergut in der Priegnitz — sie bleiben, sie sind raumgebunden Aber ihre Aktien und Rentenbriefe, auf die ihr Wert übertragen ist, treiben in diesem großen Strome, gehen von einer Hand in die andere, und die Menschen, die dort gießen und pflügen, tun es für Fremde, die sie nie gesehen haben und nie sehen werden. So bildet sich über den Dingen eine Abstraktion der Dinge, und es entsteht ein Doppelwesen der Wirtschaft:

die körperhafte, die wirkliche Wirtschaft: Boden, Gebäude, Maschinen, Rohstoffe und wirkende Menschen, — und darüber die Welt des Geldes, in der sich die Wirtschaft wiederholt, aber nicht als körperhaftes Wirken, sondern als ein unkörperlicher Wert, der in jenem Strome treibt und von Hand zu Hand gehandelt wird. So bildet das Geld, indem es sich von der Gegenständlichkeit befreit und zu einer Funktion wird, eine bewegliche, von der dinglichen Wirklichkeit losgelöste Oberfläche des Wirtschaftlichen und muß dem Menschen, der hoch genug steht, um sie zu sehen und ihre Äußerungen zu beobachten, als die eigentliche, die wesentliche, die entscheidende Sphäre der Wirtschaft erscheinen. Darum wird das Denken des Wirtschaftsmenschen der Gegenwart ein Denken in Geld. Er sieht die entscheidende Bedeutung in dieser frei beweglichen Oberfläche und sucht hier die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben. Er sieht nicht mehr jene tiefere Wirklichkeit, wo die Menschen und Dinge sich durch die Arbeit schöpferisch verbinden, sondern nur jene Abstraktion dieser Wirklichkeit.

Darum kreisten alle Gedanken, die sich mit der deutschen Lage beschäftigten, um das Geld. Darum erschienen die von der deutschen Wirtschaft gestellten Fragen in erster Linie als Geldfragen. Diesem leichtbeweglichen Wesen aber war kein Kunststück unmöglich, und darum konnte sich dieser Optimismus bilden, der in der Folge vielfach erschüttert wurde, aber auch heute noch vorhanden ist, obwohl er von den Tatsachen her eine zunehmende Anfechtung erfährt.

2

Betrachtet man die grundlegenden Bedingungen der deutschen Wirtschaft, so ist zu einem Optimismus zunächst kein Anlaß gegeben. Dieses Buch beginnt mit dem Satze: Blut und Boden sind das Schicksal der Völker. Das bezieht sich nicht nur auf das Gefüge der politischen Gemeinschaft, sondern auch auf die Schicksalsströme, die aus dem Gebiete des

Wirtschaftlichen kommen. Das Schicksal des Raumes hat der deutschen Wirtschaft sowohl seine Gunst wie seine Ungunst gezeigt. Seine ganze Gunst zeigte es im Mittelalter, wo Deutschland der Mittelpunkt des Handels mit dem Gebiete der arabischen Kultur wurde und die hohen Vorteile dieser Mittellage genoß. Die Ungunst des raumgebundenen Schicksals hatte Deutschland nach dieser Blütezeit durchgekostet, als es durch die Verlagerung der Weltverkehrswege zum östlichen Randgebiet des Abendlandes wurde. Dieser Ungunst hatte es sich nur in dem Maße entziehen können, wie sich der Osten, Polen und Rußland, dem europäischen Wirtschaftsleben öffnete. Im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts begann sich das Schicksal des Raumes in einer anderen Weise bemerkbar zu machen. Es entstand das Mißverhältnis zwischen der nahrunggebenden Räumlichkeit des deutschen Siedlungsgebietes und der wachsenden Bevölkerungszahl. Alsbald nach der Neugründung des Reichs warf dieses Mißverhältnis seinen Schatten auf die deutschen Zustände. Von Jahr zu Jahr vermehrte sich die Bevölkerungszahl, erst um zweihundertausend, dann um drei, um vier, um fünf Hunderttausende Von Jahr zu Jahr vermehrte sich die Menge der Lebensmittel, die Deutschland vom Auslande beziehen mußte. Es entstand ein doppeltes Problem. Hier war die Notwendigkeit, wachsende Lebensmittelmengen aus dem Auslande einzuführen, ohne daß Deutschland in der Lage war, diese Ausgaben durch Einnahmen auszugleichen; und hier war zugleich die Notwendigkeit, Korn und Fleisch aus Überschußländern einzuführen, die erheblich billiger produzierten als die deutsche Landwirtschaft, und deren Preise einen Druck auf die deutsche Landwirtschaft ausübten, aus dem schließlich eine Agrarkrisis wurde.

Es ist bekannt, wie Deutschland dieses zweifache Problem löste. Es ging zur Schutzzollpolitik über, um den deutschen Ackerbau vor der Vernichtung durch die Konkurrenz der Überseeländer zu schützen, und es züchtete eine Industrie auf,

die allmählich Zugang zum Weltmarkte fand und durch Ausfuhr ihrer Erzeugnisse einen Ausgleich für die wachsende Notwendigkeit der Lebensmitteleinfuhr herbeiführte. Es war ein sehr allmähliches Vorwärtsschreiten auf diesem Wege. Wir sehen einzelne Marksteine, die seine Bahn deutlich machen. Da ist das Anschwellen der überseeischen Auswanderung. Jahr für Jahr müssen viele tausend Deutsche das Heimatland verlassen, das zu enge ist für die mächtig quellende Volkskraft. Im Jahre 1882 werden es zweihundertzwanzigtausend. Das ist der Höhepunkt der deutschen Auswanderung. Dann geht sie zurück, allmählich, sehr allmählich. Im Jahre 1885 ist in Chicago eine Weltausstellung. Die deutsche Industrie zeigt dort ihre Erzeugnisse neben englischen, amerikanischen, französischen Waren. „Billig und schlecht" ist die Note, die ihr dort ausgestellt wird. Aus diesem selben Jahre kennen wir die erste deutsche Lohnstatistik. Sie zeigt Lohnzahlen (achtundzwanzig bis zweiunddreißig Pfennig für gelernte Arbeiter in Großstädten), die auf eine erbarmungswürdige Dürftigkeit der Lebenshaltung schließen lassen. Erst in den letzten Jahren des alten Jahrhunderts hat sich die Entwicklung wirklich durchgesetzt. Jetzt beginnt die Zeit eines Aufschwunges, der nur durch die amerikanische Entwicklung übertroffen wird. Immer noch wächst die Bevölkerung. Sie wächst jährlich um sechs, um sieben, um acht Hunderttausende. Der Zuwachs besteht aus Arbeitern, kleinen Angestellten, Bauern und Taglöhnern. Aber er wird nicht zur Last. Deutschland hat Arbeit für alle Hände, die sich nach Arbeit ausstrecken. Es hat auch Brot für alle. Auch das Zubrot, das es bieten kann, wird allmählich reichlicher. Es hat mehr Arbeit, als das eigene Volk leisten kann. Schon in den neunziger Jahren beginnt es fremde Arbeitskräfte ins Land zu ziehen, Polen, Italiener, Böhmen, Slowaken und Ruthenen. Die braucht es für seine grobe Arbeit in den Steinbrüchen, bei den Eisenbahn-, Kanal- und Talsperrenbauten, für die Arbeit auf den Äckern

und zum Teil auch in den Kohlengruben. Der deutsche Arbeiter wendet sich mehr und mehr der feineren, höherwertigen Arbeit zu. Die Löhne steigen. Um 1910 sind sie im allgemeinen doppelt so hoch wie damals, als man ihre Dürftigkeit zum ersten Male feststellte. Eine Arbeiterfürsorge ist entstanden. Das Vorbild waren die freien Kassen, in denen sich Arbeiter zur gegenseitigen Lebenshilfe verbanden, der mittelalterliche Gedanke der korporativen Selbsthilfe schuf sich in ihnen eine neue zeitgerechte Form. Dann war der Staat hinzugetreten und hatte sich zu dieser Aufgabe bekannt. Kranken-, Unfall- und Invalidenfürsorge waren entstanden. Millionensummen rollten Jahr für Jahr durch diese Kassen. Der Wohlstand in Deutschland stieg. Man sah es an den Menschen und an den Häusern, man sah es drinnen und draußen. Von diesem steigenden Wohlstand zeugten die sich gewaltig vermehrenden Verkehrsanlagen, die in den Sparkassen gesammelten Milliarden, es bezeugte ihn der wachsende Verbrauch an höherwertigen Lebensmitteln, der sich ausbreitende Luxus.

Deutschland hatte sich den Weltmarkt für seine Industrieprodukte erobert, es hatte den Ausgleich geschaffen für die Mengen an Lebensmitteln, die es von draußen kaufen mußte, weil sie ihm der eigene Boden nicht gab, hatte ihn geschaffen durch die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen. Jetzt brauchte kein Deutscher mehr auszuwandern. Wer jetzt noch das Land verließ, tat es, weil er die größere Weite und Freiheit suchte und sein Sinn nach der Fährnis des Lebens lechzte, die es in diesem gutgeordneten Reiche nicht gab.

Man muß dieses Verhältnis in seiner zahlenmäßigen Ausprägung ansehen. Deutschland hatte schließlich eine Jahresausfuhr von fünf, und eine Einfuhr von sechs Milliarden. Das war zwar kein Ausgleich; in der Handelsbilanz blieb Deutschland noch immer jedes Jahr eine Milliarde Mark schuldig. Aber den Ausgleich brachte sein Auslandskapital, seine Schiffahrt in fremdem Dienste, seine Versicherungsgeschäfte im Auslande. Mit diesen Einnahmen fand

es nicht nur den Ausgleich, sondern es fand noch einen Überschuß, und dieser Überschuß von einer Milliarde Mark im Jahr oder mehr brachte den wachsenden Wohlstand.

Einen Teil des angesammelten Wohlstandes mußten wir im Kriege aufwenden. Wir schossen ihn über das Niemandsland in das feindliche Gebiet, versorgten unsere ärmeren Verbündeten und zehrten selber davon. Am Ende des Krieges waren wir um vieles ärmer als vorher. Dazu kam dann der große Aderlaß des Versailler „Friedens".

Den hätten wir unter den Verhältnissen der Vorkriegszeit verwunden. Aber die Verhältnisse hatten sich geändert. Die Grundlage unserer Produktion war kleiner geworden. Man hatte uns landwirtschaftliche Überschußgebiete genommen, wir hatten die elsässischen Kaligruben, die lothringischen Erze, die Saarkohle und die Hälfte von Oberschlesien verloren. Außerdem hatten wir unsere Handelsflotte hergeben müssen und waren unsere Auslandsguthaben los.

Damit war eine Lage geschaffen, die es uns unmöglich machte, unseren Volkshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Zunächst fehlte uns überhaupt der Apparat für eine Wirtschaft nach der Art der Vorkriegszeit. Es war gar nicht möglich, durch Warenausfuhr jenen Fehlbetrag zu decken, der sich aus der Ertragskraft des Bodens und dem Lebensmittelbedarf des Volkes ergab. Wir waren handelspolitisch gebunden. Die Versailler Bedingungen hatten uns auch zollpolitisch dem feindlichen Auslande ausgeliefert. Dieses konnte sich vor unserer Ausfuhr absperren, aber wir nicht vor seiner. In der Inflation, die eigentlich schon im Jahre 1917 begann, ohne daß wir sie als solche erkannten, drückte sich der gegebene Tatbestand aus, daß wir mehr verbrauchten, als wir einnahmen. Wir mußten mehr für Lebensmittel an das Ausland bezahlen, als wir für Industrieerzeugnisse von ihm erhielten. Um das dadurch entstehende Loch in unserem Haushalt zu füllen, mußten wir Geld machen, was ja nicht schwer war, da wir die technischen

Einrichtungen dazu in der Reichsdruckerei hatten. So druckten wir Kassenscheine und steuerten damit der augenblicklichen Not. Aus diesem sehr einfachen Zusammenhange ergab sich die Inflation. Sie äußerte sich dann in der Entwertung aller Schuldtitel: wir zehrten in der Inflation zum großen Teil von den Resten des früheren Wohlstandes, wir aßen die Hypotheken, die Rentenbriefe, die Anleihen auf, — von irgendwoher mußten die Werte kommen, die wir über unser eigenes Aufbringen hinaus verbrauchten. Einen kleinen Teil dazu hat das in Mark spekulierende Ausland beisteuern müssen; doch da seine Spekulation auf unsere Ausplünderung gerichtet war, brauchen wir es deswegen nicht zu bedauern.

3

Waren die Vorgänge in der deutschen Wirtschaft durch die vielfach verzerrte Oberfläche der Inflationszeit nur schwer zu erkennen, so werden sie klarer von dem Zeitpunkte an, wo die deutsche Währung neugefestigt wurde. Das geschah im Herbst 1923. Jetzt trat die deutsche Armut unverhüllt zutage. Das Verschwinden des aufgeblähten Milliarden- und Billionengeldes und die Zurückführung des Geldes auf einen realen Gegenwert, zuerst auf den Roggen-, dann auf den Goldwert, offenbarte unsere Dürftigkeit.

Von den Schrecken der Inflationszeit braucht hier nicht gehandelt zu werden. Wir haben sie erduldet und wissen, was Inflation in solchem Maße bedeutet. Mit den oft erwähnten „Vorteilen der Inflation" hat es eine besondere Bewandtnis. Die Inflation war eine Auflösung und Aufzehrung von Vermögenssubstanz. Allerdings war in diesem Vorgange der Auflösung eine Verlagerung der Werte möglich, und sie ist in großem Umfange eingetreten. Eine solche Verlagerung der Werte vollzog sich in der Entschuldung der öffentlichen Hand und der privaten Hypotheken- und Anleiheschuldner. Aber dieser Entschuldung stand die Verarmung der Gläubiger gegenüber. Ein Vorteil für die

deutsche Gesamtwirtschaft und die Gesamtvermögenslage sprang dabei nicht heraus. Der ist nur in jenem beschränkten Umfange eingetreten, wie das in Mark spekulierende Ausland bei seinen Spekulationen verlor. Für diesen Verlust sollte es bald Ersatz in den Wucherzinsen finden, die es uns nach der Beseitigung der Inflation abnahm. Jene Verlagerung der Werte hatte neue Arme und Reiche geschaffen. Die alte kulturtragende Mittelschicht verlor ihren Besitz, den der bedenkenfreie robuste Raffketypus an sich brachte. Die Inflation war in jeder Hinsicht Verlust und nichts weiter. Zu diesen sozialen und wirtschaftlichen Wirkungen traten Wirkungen auf die Wirtschaftsgesinnung, die nicht weniger als Verluste anzusehen sind.

Die ungeheure Bewegung bis dahin festliegender Werte schuf die Möglichkeit zu schnellem Erraffen ansehnlicher Gewinne. Solche Möglichkeit mußte die überlieferte Wirtschaftsgesinnung beeinflussen. Der Drang nach schneller Erwerbung großer Vermögen griff um sich und löste die Geschäftsmoral mehr und mehr auf. Ehrlichkeit und Solidität wurden Hemmungen, die man in der allgemeinen Jagd nach Gewinn abstreifte. Eine Auflockerung der alten Wirtschaftsgesinnung hatte schon in der Zeit der Kriegsgewinne um sich gegriffen. Aus der Auflockerung wurde nun Auflösung. Nach der alten Wirtschaftsgesinnung wollte man vom Geschäft leben, wollte es mit Gewinn betreiben, um es fester und größer, als man es einst übernommen hatte, den Erben zu hinterlassen. Die neue Wirtschaftsgesinnung wollte durch das Geschäft möglichst schnell, am liebsten durch einige glückliche Züge, reich werden. Die alte Wirtschaftsgesinnung hatte im Geschäft noch so etwas wie ein Amt gesehen, für die neue war es nur eine Gelegenheit.

Es ist bei dieser verwahrlosten Geschäftsmoral nicht geblieben, sie ist wieder zurückgedrängt worden, wie auch ein guter Teil der Erwerbshyänen wieder ausgestoßen wurde. Aber geblieben ist von beiden Erscheinungen etwas. Nicht

rückgängig gemacht wurde der Übergang erheblicher deutscher Werte in fremde Hände. In welchem Umfange fremdes Kapital in deutschen Werten angelegt wurde, läßt sich nicht schätzen. Zuerst drängten sich fremde Käufer, abgesehen vom Warenmarkt, auf dem sie während der ganzen Inflationszeit große Mengen an sich brachten, zum ländlichen Grundbesitz, der indessen den Lockungen der Valuten im allgemeinen widerstand. Danach wandten sie sich dem Effektenmarkt zu und hatten hier größere Erfolge. Zugleich lenkte sich ihre Aufmerksamkeit auf den städtischen Grundbesitz, wo sie auch später noch, nach der Neuordnung der Währung, besondere Erfolge hatten. In Berlin mag wohl ein Zehntel oder mehr aller bebauten Grundstücke von Ausländern erworben worden sein. Nur wenige haben diesen billig erworbenen Besitz, der von Jahr zu Jahr rentabler werden muß, später wieder abgestoßen. Die Festigung der Währung machte dem Abtreiben deutscher Werte keineswegs ein Ende, das Eindringen fremden Kapitals vollzog sich seither nur in anderen Formen.

Als die Billionenmark verschwand, offenbarte sich die deutsche Armut in einem großen Geldbedürfnis, dem durch Auslandsanleihen genügt werden mußte. Sowohl die Wirtschaft wie die öffentlichen Haushalte standen sozusagen vor leeren Kassen. Die Summe der umlaufenden Zahlungsmittel war knapp halb so groß wie vor dem Kriege. Dabei fehlte es an Rohstoffen und Warenvorräten, und die Betriebe waren, obwohl die Industrie die Möglichkeiten der Inflation vielfach zu Neubauten usw. ausgenutzt hatte, in großem Umfange heruntergewirtschaftet und veraltet. Ohne Auslandsgeldhilfe war die Lage unhaltbar. Der größere Teil der auf dem Anleihewege aufgenommenen Kredite kam naturgemäß aus Amerika, wo aufgesammelte Riesenkapitalien nach einträglicher Anlage drängten. Mit der Gier, mit der ein Verhungernder nach dem Brote greift, griff Deutschland nach den Auslandsgeldern und mußte mit den hohen Zinsen zufrieden sein, die ihm für die Kredite abgefordert wurden.

Erst durch die Auslandskredite wurde die deutsche Wirtschaft in den Stand gesetzt, die in der Hochinflation stark eingeschränkte Tätigkeit wieder aufzunehmen. Sie erhielt die Betriebsmittel, die sie für Rohstoffe und Löhne brauchte, und sie erhielt das Geld, um die Steuern zu bezahlen, die der verarmte Staat jetzt fordern mußte. Nur stellte sich bald heraus, daß Arbeit allein nicht nährt, wenn nicht das Arbeitserzeugnis verkauft werden kann. Die Betriebsmittel nützten der Wirtschaft nichts, wenn sie für ihre Produkte keine Käufer fand. Hier aber lag die Hauptschwierigkeit, wie sich schon im ersten Jahre der neuen Währungsordnung herausstellte.

Der Veränderungen, die sich auf diesem Gebiete vollzogen haben, ist bereits in einem anderen Zusammenhange gedacht worden. Die Entstehung einer leistungsfähigen amerikanischen Fertigwarenindustrie und der fast völlige Ausfall des russischen Marktes bedingen naturgemäß eine wesentliche Erschwerung des Warenabsatzes. Hierzu aber tritt ein allgemeines Streben, den inneren Markt der eigenen Industrie zu sichern und mit Zöllen zu schützen. Der Krieg hat die Industrialisierung in einem solchen Umfange gefördert, daß es im Bereiche der Zivilisation kaum noch ein Land gibt, das sich nicht genötigt sähe, in seine Handelspolitik den Grundsatz des Zollschutzes aufzunehmen. In diesem Zusammenhange bleibt zu beachten, daß Europa heute sechstausend Kilometer mehr Landesgrenzen hat als vor dem Kriege; wo früher drei große Zollgebiete bestanden, bestehen heute deren neun. Diese Veränderungen treffen kein Land so schwer wie Deutschland.

Die Benachteiligung Deutschlands im Handelswettbewerb hat verschiedene Ursachen. Seine politische und wirtschaftliche Schwäche ist auch auf dem Gebiete der Handelspolitik nicht gänzlich auszuschalten. Seine Nachbarn im Osten, Süden und Westen sind seine politischen Feinde, die ihm auch handelspolitisch keinen Vorteil gönnen. Die „gemeinsamen Interessen“ der europäischen Wirtschaftsländer beruhen auf

der Einbildung finanzkapitalistischer Kreise, und die Annahme, daß die tributempfangenden Länder an einer leistungsfähigen deutschen Wirtschaft interessiert seien, geht nicht weniger in die Irre. Die Wirklichkeit zeigt, daß die politischen Feindschaften auch handelspolitisch wirksam sind, und da für Deutschland ein steter und starker Zwang zur Warenausfuhr gegeben ist, so ist es auch in der Handelspolitik der schwächere Teil, wofür seine Handelsverträge die Beweise liefern. In diesem Zusammenhange ist zu würdigen, daß man die deutschen Handelsbeziehungen während des Krieges planmäßig zerstört hatte: Deutschland war auch wirtschaftlich geächtet worden. Das tat seine Wirkung. Ein terroristischer Deutschenhaß sperrte der deutschen Ware den Zugang zu den meisten fremden Märkten. Das hat sich nur sehr langsam gebessert, und völlig ist dieser Widerstand heute noch nicht überwunden.

Absatzerschwerend wirkt außerdem der Stand der Löhne und der Sozialfürsorge, der in Deutschland höher ist als in den meisten übrigen Ländern Europas. Der deutsche Arbeiter erfreute sich vor dem Kriege eines verhältnismäßig guten Lohnes Nur England und die nordischen Länder hatten einen höheren Lohnstand, doch kam ihnen Deutschland von Jahr zu Jahr näher. In der sozialen Fürsorge war Deutschland unbestritten führend. Es war ein durchaus natürliches Streben der deutschen Arbeiter, nach den langen harten Entbehrungen der Kriegs- und Inflationszeit die Lebenshaltung der Vorkriegszeit wieder zu erreichen. Während des Krieges waren die Löhne in allen Ländern gestiegen. Aber nur in wenigen hatten sie sich auf dem hohen Stande behaupten können. In Deutschland hatte die Inflation den Lohn vernichtet. Nach Überwindung der Inflation begann jedoch in Deutschland eine anhaltende Lohnsteigerung, die darauf abzielte, die deutschen Löhne überhaupt wiederherzustellen, den eingerissenen Lohnwirrwarr zu beseitigen und eine Annäherung an den europäischen Lohnstand herbeizuführen.

Diese Absichten konnten verwirklicht werden. Die deutsche
Löhne wurden so erhöht, daß sie gegen Ende des Jahre
1927 realiter den Vorkriegslöhnen nahegebracht waren. Abe
während dies in Deutschland geschah, vollzog sich in andere
europäischen Ländern eine nicht unbeträchtliche Lohnsenkung
Gleichzeitig mit dem Lohnaufbau nahm Deutschland ein
großzügige Erweiterung der sozialen Fürsorge vor, die i
diesem Umfange ebenfalls nicht von den übrigen europäische
Ländern nachgeahmt wurde. Naturgemäß mußte auch hier
von eine Erschwerung des Warenabsatzes ausgehen Denn
diese höheren Lohn- und Soziallasten waren von eine
Wirtschaft zu tragen, die technisch durchaus nicht voll
kommen war.

Es war nicht Unvermögen, wenn Deutschland mit de
technischen Ausrüstung seiner Wirtschaft anderen euro
päischen Ländern nachstand. Soweit dies der Fall war, wa
es Folge des Krieges und der Armut. Aber es handelte sich
hier nicht nur um Europa. Der Wettbewerb der ameri
kanischen Fertigwarenindustrie war nicht weniger ernsthaft,
und gerade diese hatte ein technisches System ausgebildet,
dem die deutsche Betriebs- und Arbeitsweise bei weitem
nicht gewachsen war. Diese Zerlegung des Arbeitsvorganges
in eine Anzahl von Einzelvorgängen und Einzelverrichtungen,
von denen jede einzelne auf sorgfältigen Körper- und Zeit-
studien beruht, und die Zusammenfassung dieser Einzel-
verrichtungen durch die Fließmechanik ermöglicht eine wesent-
lich gesteigerte Auswertung der Menschen und Maschinen.
Sie konnte nur in einem Lande ausgebildet werden, in dem
der Gemeinschaft der Untergrund des Volkstums fehlt —
in einer Gemeinschaft, die nicht aus den ungeschriebenen
Gesetzen und den Idealen des Blutes und der Geschichte,
sondern aus dem rohesten aller Triebe, aus der Erwerbsgier
lebt, und die darum imstande ist, alles Eigenwüchsige den
allesbeherrschenden Gesetzen des Erwerbsgeistes zu unter-
werfen. Nur in einer solchen Gemeinschaft konnte ein Arbeits-

system ausgebildet werden, das die Entseelung der Arbeit bis zur letzten Möglichkeit trieb. Nur eine Arbeiterbevölkerung ohne den geschichtlichen Impuls, den die Verbindung mit dem Volkstum gibt, konnte sich zu dieser Entwürdigung der Arbeit bereit zeigen. Aber indem dieses System mit seinen Erzeugnissen auf den Plan tritt, zwingt es die europäischen Völker, sich ebenfalls ihm zu öffnen. Das ist vielfach der Sinn der Rationalisierung, um die sich die deutsche Wirtschaft sehr ernsthaft bemüht hat. Es ist gelungen, den Nutzeffekt der Arbeit beträchtlich zu heben. Aber es wird schwerlich jemals möglich sein, auf diesem Wege so weit zu kommen, wie es Amerika tatsächlich gelungen ist, so daß also der Wettbewerb der deutschen Ware auch von dieser Seite erschwert wird.

Doch von allen Umständen, welche den für die deutsche Wirtschaft schlechthin entscheidenden Warenabsatz hemmen, ist die hohe steuerliche Belastung infolge der Tribute der wichtigste. Die zu zahlenden Tribute betrugen in den vier Jahren von 1924 bis 1927 724, 1222, 1381 und 1799 Millionen Mark und werden im Jahre 1928, dem ersten sogenannten Normaljahr, 2500 Millionen Mark betragen, was etwa die Hälfte der gesamten Steuereinnahmen des Reiches heißt.

Alle diese Umstände wirken absatzerschwerend, und es steht ihnen nichts gegenüber, was ihre Wirkung aufheben oder abschwächen könnte, nichts — außer dem unausgesetzten Streben der deutschen Wirtschaft, den Absatz zu fördern, ein Streben, das sich in der technischen Verbesserung der Betriebseinrichtungen und Arbeitsmethoden, in der Anpassung an die Bedingungen des Weltmarktes und in der Bearbeitung der Märkte äußert.

4

Die Handelsstatistik unterscheidet vier Warengruppen: lebende Tiere, Lebensmittel und Getränke, Rohstoffe und halbfertige Waren und Fertigwaren Es soll zunächst das

Verhältnis der Nachkriegsausfuhr zur Ausfuhr im letz
Vorkriegsjahre dargestellt werden, um den Abstand deutl
zu machen. Die Reichsstatistik ermöglicht diesen Verglei
indem sie die Warenwerte sowohl auf den Vorkriegs- u
Nachkriegsgeldwert zurückführt. Es wurden an Rohstoff
halbfertigen Waren und Fertigwaren ausgeführt im Ja
1913 für 9020, im Jahre 1924 für 3766, im Jahre 19
für 6177 und im Jahre 1926 für 6940 Millionen Ma
berechnet nach dem jetzigen Geldwert. Diese Zahlen ergeb
daß es bisher noch nicht möglich gewesen ist, den Absatz d
letzten Vorkriegsjahres wieder zu erreichen. Die Angab
für das Jahr 1927 liegen in dieser vergleichenden Bere
nung noch nicht vor; sie werden weniger als 6000 Million
Mark ausweisen.

Für die Beurteilung der deutschen Gesamtwirtschaftsla
haben diese Zahlen allerdings keine ausschlaggebende B
deutung. Eine solche kommt nur der Handelsbilanz, u
zuletzt nur der Zahlungsbilanz zu. Die Zahlen der Handel
bilanz weisen aus für das Jahr 1924 eine Einfuhr v
9618 und eine Ausfuhr von 7696, also eine ungedeckte Ei
fuhr von 1922 Millionen Mark; für das Jahr 1925 ei
Einfuhr von 11 978 und eine Ausfuhr von 9058, ungedeck
Einfuhr 2920 Millionen Mark, für das Jahr 1926 ei
Einfuhr von 9865 und eine Ausfuhr von 10 071, Ausfuh
überschuß 206 Millionen Mark, und schließlich für das Ja
1927 eine Einfuhr von 13 813 und eine Ausfuhr von 10 38
eine ungedeckte Einfuhr von 3432 Millionen Mark. In
gesamt enthalten diese vier Jahre eine ungedeckte Einfu
von 8068 Millionen Mark.

Das Statistische Reichsamt hat versucht, eine Zahlung
bilanz aufzustellen. Man wird sie naturgemäß nur als a
nähernd richtig ansehen dürfen. Sie ist im ersten Märzhe
des Jahrgangs 1928 der Zeitschrift „Wirtschaft und Sta
tistik" veröffentlicht und ergibt einen Passivsaldo für d
vier Jahre 1924 bis 1927 von 11 248 Millionen Mar

In diesen Zahlen haben wir die Lage der deutschen Wirtschaft.

Der als ungedeckte Einfuhr nachgewiesene Betrag von elf Milliarden Mark nennt die Summe unserer Verschuldung an das Ausland seit 1924. Es gibt Schätzungen, die erheblich darüber hinaus gehen, und es könnte wohl sein, daß ältere Schulden bestehen, die wir nicht kennen, wie es auch nicht ausgeschlossen ist, daß der genannte Versuch einer Zahlungsbilanz in seinem Ergebnis hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Es mag sein, daß unsere Auslandsverschuldung nicht mit elf, sondern mit dreizehn oder vierzehn Milliarden zu bemessen ist. Doch das würde die Lage der deutschen Wirtschaft nicht grundsätzlich berühren. Das Wesen dieser Lage ist darin gegeben, daß wir zu einem erheblichen Teile von ungedeckter Einfuhr leben, also gezwungen sind, und zwar Jahr für Jahr, Auslandskredite aufzunehmen, um die Lebensmittel bezahlen zu können, die wir haben müssen, aber nicht selber erzeugen können, weil unsere Bevölkerung im Verhältnis zu unserem Siedlungsraum zu groß ist. Es ist die Lage des Volkes ohne Raum.

Der Inflationswirrwarr hatte diese Lage verhüllt. Sie wurde erst sichtbar, als die Währung wieder gefestigt war. Als im Jahre 1924 die Handelsstatistik Monat für Monat eine ungedeckte Einfuhr aufwies, begann sich das Grundverhältnis unserer Wirtschaft zu enthüllen. Äußerlich merkte man nichts davon. Es schien sich vielmehr alles aufs beste zu entwickeln. Die Arbeitslosigkeit, die in den ersten zwei Jahren nach dem Kriege nur selten mehr als fünf vom Hundert betragen hatte, war in den Jahren 1921 und 1922 auf etwa zwei vom Hundert zurückgegangen, dann aber in der Hochinflation auf zehn vom Hundert gestiegen und hatte während der ersten Monate der Stabilisierung dreißig vom Hundert erreicht. Von diesem beängstigend hohen Stande war sie während des Jahres 1924 allmählich gesunken und betrug Ende des Jahres nur noch acht vom

Hundert. Der Stand der Arbeitslosigkeit beziehungsweise der Beschäftigungsgrad ist das Wirtschaftsthermometer des kleinen Mannes und der öffentlichen Meinung. Da man hier die Besserung handgreiflich vor sich sah, hielt man alles Ungemach für überwunden. Der ahnungslose Optimismus, der uns so leicht befällt, machte sich wieder breit.

Aber hinter dieser angenehmen Schauseite der deutschen Wirtschaft sah es anders aus. Die gute Konjunktur beruhte auf dem Warenhunger des ausgepowerten inneren Marktes und auf den Auslandskrediten, welche die Industrie hereinnahm und als Löhne wieder ausgab. Wer den Dingen näher stand, wußte diese Konjunktur richtig zu deuten. Insbesondere fühlte die für den Auslandsmarkt arbeitende Industrie die Schwierigkeiten, doch es fühlte sie jeder Unternehmer, da jeder auf Kredite angewiesen war und zu den Steuerlasten einen Zinsendienst auf sich nehmen mußte, der ihn der Verzweiflung nahebrachte

Auch das Jahr 1925 stand zunächst noch in demselben Zeichen. Die Annahme der Dawesgesetze hatte den amerikanischen Geldmarkt weiter kreditwillig gemacht, und mit diesen Krediten konnte die Konjunktur weiter gehalten werden, zumal der innere Markt, durch steigende Löhne gestärkt, sich unvermindert aufnahmefähig zeigte. Auch die Ausfuhr hob sich beträchtlich, im gesamten Warenverkehr von 6535 auf 8789 Millionen Mark. Doch die Einfuhr vergrößerte sich noch mehr, nämlich von 9135 auf 12 362 Millionen Mark, so daß der ungedeckte Betrag nicht geringer, sondern größer war als im Jahre 1924. Gegen Ende des Jahres 1925 drängte sich der Hintergrund der deutschen Wirtschaft nach vorn und zerstörte die täuschende Schauseite.

Der Druck der Steuer- und Zinsenlasten zwang die Unternehmungen zu Maßnahmen der Entlastung. Es kam zu umfänglichen Betriebseinschränkungen. Ein Teil der Betriebe war am Ende der Kraft. Die Zahl der Konkurse hatte in den Jahren 1922 und 1923 1701 beziehungsweise 497 betragen.

Sie stieg im Jahre 1924 auf 8034, im Jahre 1925 auf 14 805 und erreichte im Jahre 1926 die Höhe von 15 829. Dieser Massenzusammenbruch ist als „Reinigungskrisis" bezeichnet worden. Er stellte eine Auslese der schwachgewordenen Betriebe dar. Erfreulicherweise fielen ihm die schwindelhaften Gründungen der Inflationszeit in großer Zahl zum Opfer, doch ist auch manches alte, ehrliche Unternehmen gescheitert, das den Schwierigkeiten der Lage nicht mehr gewachsen war.

Die Arbeitslosigkeit griff gewaltig um sich Sie war um die Mitte des Jahres 1925 bis auf vier vom Hundert gesunken. Am Ende des gleichen Jahres betrug sie neunzehn und stieg im folgenden Jahre bis auf dreiundzwanzig vom Hundert. Doch ist damit nicht der volle Umfang der Arbeitsnot erfaßt, sondern nur die Zahl der Vollerwerbslosen. Neben diesen trat die Erscheinung der Kurzarbeiter auf, — die Opfer von Betriebseinschränkungen, bei denen die Zahl der täglichen oder wöchentlichen Arbeitsstunden vermindert wurde. Die Masse der Kurzarbeiter war zeitweilig größer als die der Vollerwerbslosen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger stieg im Februar 1926 auf 2,058 Millionen, sie bleibt hinter der wirklichen Zahl der Erwerbslosen um einiges zurück, da die Unterstützung an gewisse gesetzlich festgelegte Voraussetzungen gebunden war. Man wird annehmen können, daß um diesen Zeitpunkt etwa zweieinhalb Millionen Arbeitslose vorhanden waren, zu denen man die gleiche Zahl von Kurzarbeitern rechnen muß, wenn man den vollen Umfang der Arbeitslosigkeit feststellen will.

In der deutschen Wirtschaft aber wurde nun die Losung der Rationalisierung ausgegeben. Das amerikanische Arbeitssystem, schon vorher in manchen Großbetrieben erprobt und in gewissem Umfange eingeführt, wurde jetzt von der deutschen Industrie übernommen, soweit sie dazu in der Lage war, d. h. über die Kredite verfügte, mit denen sie die Kosten der Betriebsumstellung bestreiten konnte. Henri Ford wurde das bewunderte Vorbild der deutschen Betriebs=

leitungen, und der „Fordismus" und „Taylorismus" wu
den die Sterne, welche die Richtung angaben, in de
die Erlösung von allen Nöten gesucht wurde. Die Ver
strickung in die Schuldknechtschaft zwang uns nun da
Arbeitsgesetz des Schuldherrn auf. Die Herrschaft der Ding
über den Menschen tat einen neuen Schritt zu tyrannische
Ausprägung.

Es schien, als sollte gerade das Jahr 1926, dieses Jah
der schwersten Krisis, die entscheidende Wendung bringen
die deutsche Handelsbilanz wurde zum ersten Male wenigsten
zeitweilig aktiv Allzu bereitwillig ließ sich ein Teil der öffent
lichen Meinung von diesem Ergebnis täuschen. Es handelt
sich um die Auswirkung zweier Vorgänge. Unsere Waren
ausfuhr war um eine Milliarde gestiegen, und das war zun
größten Teil die Wirkung des fünf Monate währende
englischen Bergarbeiterstreiks, der uns zu einer mehr als ver
doppelten Ausfuhr von Kohle und Kohleprodukten, zur Mehr
ausfuhr von Guß, Baustoffen und verschiedenen andere
Erzeugnissen verhalf. Unsere Einfuhr aber war um zweiein
halb Milliarden Mark niedriger als im voraufgegangenen
Jahre. Das war die Wirkung der großen Arbeitslosigkeit,
die einige Millionen Arbeiterfamilien zu einer scharfen Ein-
schränkung des Verbrauchs zwang; wer statt sechsunddreißig
Mark Wochenlohn fünfzehn Mark Erwerbslosenunter-
stützung hat, muß wohl oder übel seinen Verbrauch ent-
sprechend herabsetzen

Das Jahr 1927 mit seinem großen Betrage ungedeckter
Einfuhr zeigt, wie die Dinge stehen. Sie werden nicht besser,
sondern müssen notwendig schlechter werden, solange sich
nicht die Grundbedingungen der deutschen Wirtschaft ändern.
Wir können uns trotz allem Fleiß und trotz aller Anpassung
nicht selber ernähren, weil die Welt für unsere überschüssige,
in Waren verwandelte Arbeitskraft nicht in dem erforder-
lichen Umfange Verwendung hat. Wenn wir gleichwohl bisher
den Eindruck eines wohlversorgten Volkes machen konnten, so

war das lediglich den Krediten zu danken, die wir aufnahmen. Auch die Summen, die wir zur Erfüllung der Dawesgesetze aufwendeten, haben wir nicht aus eigenem, sondern mit geborgtem Gelde bezahlt. Da unsere Lasten bei der notwendigen weiteren Aufnahme von Krediten auch fernerhin wachsen müssen, so ist ein gutes Ende nicht in Aussicht zu stellen.

5

Eine allmähliche Wandlung dieser Lage wäre denkbar, wenn es gelänge, die Gestehungskosten in der deutschen Warenerzeugung so weit herabzudrücken, daß die deutsche Ware infolge ihrer Billigkeit den erforderlichen Absatz im Auslande fände. Dieser Gedanke lag schon der Betriebsrationalisierung zugrunde und wird weiter verfolgt. Ein anderer Gedanke hebt die Aussichten der Erzeugung von Qualitätswaren hervor, und hält es für möglich, durch sorgfältige Bearbeitung der besten Rohstoffe ein deutsches Wertgut herzustellen, das durch seine Vorzüge neben der Massenware anderer Länder besteht.

Denkbar sind beide Möglichkeiten. Was die Verbilligung der Waren betrifft, so sind hier auch gewisse Erfolge erzielt worden Die deutsche Großhandelsindexziffer weist in der Zeit von Januar 1924 bis Ende 1927 für Rohstoffe und Halbwaren eine Senkung von dreiundzwanzig und für industrielle Fertigwaren von vierzehn Punkten nach. Obwohl die Preisentwicklung in den Hauptkonkurrenzländern nicht in gleichem Maße abwärts führte, blieb die erhoffte Wirkung auf den Absatz doch größtenteils aus. Der Gedanke, der deutschen Ware die erforderliche Stellung auf dem Weltmarkte durch Vorzüge des Wertes zu schaffen, scheint in Ansehung der öden amerikanischen Massenfabrikation weniger, durch eine suggestiv wirkende Reklame eingeführter Typen nicht aussichtslos, und man wird an diesen Bestrebungen festhalten müssen. Eine Lösung der grundsätzlichen Aufgabe ist allerdings auf diesen Wegen in einem solchen Grade un-

wahrscheinlich, daß man sie als unmöglich bezeichnen muß. Denn die Tribute können nicht mit der Ausfuhr, sondern nur mit dem aus der Ausfuhr erzielten Gewinne bezahlt werden. Selbst wenn wir bei der Ausfuhr mit einem Handelsgewinn von zwanzig vom Hundert rechnen dürften, was wahrscheinlich zu hoch gegriffen ist, müßten wir unsere jährliche Ausfuhr auf fünfundzwanzig Milliarden Mark steigern, um die Tribute und unseren Lebensmittelbedarf bezahlen zu können. Wir dürfen nicht hoffen, das zu erreichen. Außerdem ist es fraglich, ob die uns verbliebenen Produktionskräfte eine solche Warenmenge schaffen könnten. Die Grenzen scheinen hier doch enger gezogen zu sein, als unsere von technischen Sensationen verwöhnte und um ihr Urteil gebrachte öffentliche Meinung glaubt.

Im Steinkohlenbergbau haben wir die im Jahre 1913 im heutigen Reichsgebiet geförderte Menge von hundertvierzig Millionen Tonnen erst im Jahre 1926 wieder erreichen können. Daneben hat sich die Braunkohlengewinnung gut entwickelt. Die Förderung von Eisenerzen, die im Jahre 1913 im damaligen Reichsgebiet mehr als achtundzwanzig, und im jetzigen Gebiet sieben Millionen Tonnen betrug, konnte bisher nur auf sechs Millionen Tonnen gebracht werden. Die Förderung hochwertiger Erze bleibt ebenfalls noch immer hinter den früheren Mengen zurück Das gleiche gilt für die Erzeugung von Roheisen und Rohstahl, wie überhaupt für den größeren Teil unserer industriellen Urproduktion. Nun entscheidet allerdings der Umfang der Urproduktion keineswegs über das industrielle Können eines Landes. Auch mit eingeführten Rohstoffen ist eine vorteilbringende Fertigwarenerzeugung möglich Zweifellos bemüht sich die deutsche Industrie, trotz der verringerten Rohstoffgrundlage die Fertigwarenerzeugung zu steigern. Daß sie auf manchen Gebieten, beispielsweise in der Herstellung von Automobilen, bemerkenswerte Erfolge erzielt hat, soll nicht geleugnet werden. Aber im allgemeinen hat die Produktion

den Stand des letzten Vorkriegsjahres höchstens annähernd erreicht, sicherlich nicht überschritten.

In der Landwirtschaft ist das Ergebnis eher ungünstiger als besser. Die Lage der landwirtschaftlichen Betriebe ist starken Schwankungen ausgesetzt gewesen. Die Inflation brachte auch hier zunächst eine Entschuldung. Inmitten des allgemeinen Geldschwundes gewannen die Sachwerte der Landwirtschaft eine erhöhte Bedeutung. Als der Hochinflation die Stabilisierung folgte, wandte sich das Blatt. Jetzt sah sich die Landwirtschaft zur Aufnahme von Krediten gezwungen, zu deren Verzinsung sie noch weniger imstande war als die Industrie. Schon nach kaum zwei Jahren fester Währung war eine Neuverschuldung der Landwirtschaft eingetreten. Arbeiteten die landwirtschaftlichen Betriebe früher mit langfristigen Realkrediten, deren Verzinsung ihrem Können angepaßt war, so sah sie sich jetzt auf kurzfristige und hochzuverzinsende Bankkredite angewiesen.

Zu der Last dieser Würgekredite kam eine der Landwirtschaft ungünstige Verschiebung der Preise. Es bildete sich die sogenannte Preisschere, ein Auseinanderstreben der Preise landwirtschaftlicher und industrieller Erzeugnisse. Was der Landwirt erzeugte und zu Markte brachte, war, bezogen auf die Vorkriegspreise, billiger als das, was er für seinen Betrieb brauchte und kaufen mußte Der Großhandelsindex für landwirtschaftliche Erzeugnisse betrug im Juni 1924 98, für industrielle Rohstoffe und Halbwaren 142 und für industrielle Fertigwaren 160. Das bedeutete, daß der Landwirt seine Erzeugnisse billig verkaufen, für seinen Bedarf an Kohlen, Baustoffen, Werkzeugen und Maschinen aber hohe Preise zahlen mußte. Dieser Zustand führte zu dem unnatürlichen Verhältnis, daß die Landwirtschaft erst dann begann, rentabel zu werden, als sie möglichst wenig für den Betrieb aufwandte. Erst gegen Ende des Jahres 1926 glichen sich die Preise einander an, und die „Schere" verschwand.

Trotzdem blieb die Lage der Betriebe schlecht und si
verschlechterte sich immer mehr. Ein starkes Kreditbedürfni
war weiter vorhanden; es konnte, wenn überhaupt, nur unte
drückenden Bedingungen befriedigt werden. Reich und Lände
wurden um Hilfe angegangen und halfen mit Krediten, so
weit sie konnten. Die Hilfe ist unzulänglich, und die Notlag
der Landwirtschaft besteht fort.

Wir stehen hier vor einer Erscheinung, der mit Geld nich
beizukommen ist. Es handelt sich um ein organisches Leiden,
das allerdings nicht nur die Landwirtschaft, sondern den
ganzen Volkskörper bedroht. Es ist wieder das Wort von
dem Gegensatze zwischen Stadt und Land aufgekommen.
Aber dieses alte Wort hat heute einen tragischen Sinn. Der
Mensch der Zivilisation lebt heute in einem Kreise von Anschauungen und Wertungen, in dem er die Welt des Landes
wie fernste Fremde empfindet. Es hat sich zwischen der Welt
des Zivilisationsmenschen und der Welt des Landmenschen
eine Atmosphäre der Feindseligkeit gebildet. Es sind zwei
Arten des Lebensgefühls, die sich nur im Kampf berühren
können. Der gelöste und der gebundene Mensch stehen sich
hier gegenüber. Beide arbeiten aus anderen Gründen und zu
anderen Zielen. Die Art des Bauern steht im Kampfe mit
der Art der Zivilisation. Der Geist der Zivilisation will sich
des Bauern bemächtigen, er will ihn aus seiner schwerfälligen
Verbundenheit lösen, ihm seine Wertungen und Bedürfnisse
aufzwingen, ihn in seine eigene sinnlose Bewegtheit hineinziehen. Der Bauer wehrt sich gegen diesen Geist, er verteidigt seine erdhafte Gebundenheit, seine Art, die Welt
zu sehen und zu leben. Der Wille zur Erhaltung sträubt sich
gegen den Geist der Zerstreuung. Wir wissen nicht, wie dieser
Kampf enden wird. Aber wir sehen die Not des bäuerlichen
Menschen, die diesen sonst zeitlos lebenden Mutterboden
des Volkstums in Bewegung gebracht hat und jetzt dabei ist,
ihn im übeln Sinne dieser Zeit zu politisieren. Es steht schlimm
um ein Volk, wenn sein bäuerlicher Mutterboden in revo-

lutionäre Bewegung gerät; wir müssen daran denken, daß die revolutionäre Erhebung des deutschen Bauern am Ausgange des Mittelalters die furchtbarste Wende der deutschen Geschichte einleitete.

Unsere Zeit steht der Not des bäuerlichen Menschen zwar nicht ohne Interesse, aber ohne Verständnis und ohne tatbereites Mitgefühl gegenüber. Diese Not ist wohl Gegenstand parteipolitischer Spekulationen, aber nicht der aufrichtigen Sorge. Man schüttet wohl Geld in die hilfeheischenden Hände — Geld aus dem allgemeinen Säckel, so, wie man Geld für Sportplätze, für Bäderreklame und Amüsiermessen ausschüttet —, aber keine Regierung und keine Partei wagt auszusprechen, daß der Deutsche bereit sein muß, sein tägliches Brot teurer zu bezahlen, wenn es von deutscher Erde stammt, weil wir den Menschen und die Wirtschaft des Ackers hegen und hüten müssen als unersetzliches Volksgut. Das wagt keiner auszusprechen, weil er fürchten muß, der Geist der Großstadtzivilisation würde sich gegen ihn erheben. So hält es denn der preußische Ministerpräsident für besser, der Landwirtschaft zu sagen, daß sie nicht zu wirtschaften verstehe.

Man wird darum von den Maßnahmen, die zugunsten der Landwirtschaft getroffen werden, keine wirkliche dauernde Kräftigung erwarten dürfen Viel eher steht zu besorgen, daß das System der Schenkungen den Charakter des Landmannes verderben wird. Statt zu schaffen, daß er wieder seiner fruchtenden Arbeit froh wird, ist man auf dem Wege, einen auf Subventionen spekulierenden Lungerer aus ihm zu machen.

Die Anbau- und Ertragszahlen der Landwirtschaft legen zwar Zeugnis für die noch ungebrochene Arbeitsfreudigkeit ab, doch sind sie trotzdem geeignet, die vielfachen Besorgnisse begründet erscheinen zu lassen. Die Anbaufläche im heutigen Umfange des Reichs ist seit 1913 für Getreide und Hackfrüchte um eine Million Hektar kleiner geworden, während

der Grasnutzung 200 000 Hektar mehr zugeführt worden sind. Die Erträge bleiben noch immer hinter den Erträgen der Vorkriegsjahre zurück, auch wenn man sie mit denen des Jahres 1912 vergleicht, das keine Rekordernte wie 1913, sondern eine Mittelernte hatte. Die Zahlen sind für Weizen 16,2 (Doppelzentner je Hektar) gegen 23,2, für Roggen 13,5 gegen 18,7, für Gerste 16,6 gegen 21,8, für Hafer 18,2 gegen 19,5, für Kartoffeln 108 gegen 151, für Heu 42 gegen 47 und so weiter.

Man kann diesen Abstand durch äußere Ungunst erklären und wird ihn beseitigen können. Die Notwendigkeit, die Landwirtschaft aus den Fesseln der Würgekredite zu lösen, ist eingesehen worden. Eine andere Notwendigkeit wird noch nicht erkannt, obwohl sie vielfach erörtert worden ist. Sie besteht in einer Ausbildung der Verkaufsgenossenschaften mit dem Ziele, den Zwischenhandel bis auf die unentbehrlichsten Glieder auszuschalten. Man wird diese Notwendigkeit nicht gut verneinen können, wenn man weiß, daß der Verbraucher landwirtschaftlicher Erzeugnisse das Mehrfache des Preises zahlen muß, den der Erzeuger erhält. Ein anspruchsvolles Händlertum vermittelt heute den Verkehr zwischen dem Acker und Stall des Erzeugers und dem Tische des Verbrauchers und entzieht den Schaffenden schwer schätzbare Werte. Es wäre manches für die Landwirtschaft gewonnen, wenn es gelänge, Erzeuger und Verbraucher in nähere Berührung zu bringen. Die Lage ist solchen Bestrebungen wenig günstig: die Vereinigungen der Erzeuger stehen politisch rechts, die Vereinigungen der Verbraucher stehen links — sie meiden sich gegenseitig, und die Einsicht, daß sie nur in Zusammenarbeit Großes ausrichten könnten, hat diesen trennenden Umstand noch nicht zu meistern vermocht.

Hinter diesen Schwierigkeiten aber steht als viel ernsthaftere Bedrohung der Ackerwirtschaft die Entwicklung der ländlichen Arbeiterfrage. Noch verschließt man sich der Einsicht, daß es sich hierbei um etwas anderes als um eine bloße

Lohnfrage handelt. Die Löhne in der Landwirtschaft liegen, wenn man sie mit den Löhnen der gewerblichen Arbeiter vergleicht, trotz der Erhöhung, die sie in den letzten vier Jahren erfahren haben, so niedrig, daß man ihre weitere Aufbesserung für dringend erwünscht halten muß. Bei der Gesamtlage der Landwirtschaft wird das Erreichbare hinter den berechtigten Wünschen zurückbleiben, doch liegt hier nicht der für die Arbeiterfrage ausschlaggebende Umstand.

Der Zug der Landarbeiter zur Stadt und zur gewerblichen Arbeit ist keine gänzlich neue Erscheinung. Er ist seit fünfzig Jahren vorhanden, nur war er nie so stark wie in der Nachkriegszeit. Der frühere Zustand entsprach der allgemeinen Bewegung, in welcher sich die Abkehr von der groben Arbeit und die Hinwendung zur leichteren, höher bezahlten Arbeit vollzog. Der heutige Zustand ist anderer Art. Heute besteht eine Abkehr nicht nur von den ländlichen Arbeitsverhältnissen, sondern vom Landleben überhaupt. Es ist die Anziehungskraft der Zivilisation, ihrer fragwürdigen Genüsse, ihrer Anreize, ihrer Lebensumsätze — es ist diese Anziehungskraft, die den Landarbeiter vom Lande in die Stadt lockt. Die heute übliche Überschätzung des Wirtschaftlichen will das noch nicht erkennen, man glaubt mit Lohnerhöhungen und sonstigen dinglichen Verbesserungen dem Übel beikommen zu können. Die Gewerkschaften der Landarbeiter vertreten mit dem Hinweis auf die Abwanderung ihre Lohnforderungen, und die gesamte öffentliche Meinung sieht die ländliche Arbeiterfrage ausschließlich in diesem Lichte. In solcher Auffassung wird die Öffentlichkeit durch sogenannte Enqueten bestärkt und muß darin bestärkt werden, da der abgewanderte Landarbeiter für den wirklichen Grund seiner Abwanderung keinen Ausdruck hat. Den wirklichen Grund nannte ein Landarbeiter mit den Worten: „Auf dem Lande ist nichts los.“ Das ist es. In der Stadt ist etwas „los“. Hier ist etwas lose, aus der Verbundenheit, aus dem geregelten Leben herausgelöst. In dieser Antwort liegt die Wahrheit.

Weil es so ist, darum ist die ländliche Arbeiterfrage so hoffnungslos. Die Entvölkerung des Landes von Arbeitskräften geht unaufhaltsam weiter, ob die Lebensbedingungen verbessert werden oder nicht. Der Sohn des Landarbeiters wird kein Landarbeiter mehr. Er bleibt nach der Schulentlassung noch zwei oder drei Jahre auf dem Lande; dann geht er in die Stadt, und die durch den Abgang entstehenden Lücken werden mit polnischen Arbeitskräften ausgefüllt. Jeder Hauch der Großstadt, der das Land berührt, lockert die Beziehungen des Landmenschen zu seinem alten Lebensgrunde. Jede großstädtische Zeitung, die aufs Land geht, arbeitet an der Entwurzelung des ländlichen Menschen. Diese Erscheinung bedroht die Landwirtschaft in ihrem Kern. Aber sie bedroht zugleich das ganze Volk. Man steht hier vor Zusammenhängen, die bekannt genug sind, so daß es genügen muß, an sie zu erinnern.

Über den Versuchen einer Gegenwirkung waltet der Unstern der Zeit. Diese Zeit sieht nicht die Gründe des volklichen Lebens, sondern nur die Augenfälligkeiten der Oberfläche, und ihnen dient sie, und es ist schon etwas Besonderes, wenn sie es der Sache wegen und nicht nur aus Gründen der Massenbeherrschung tut. Unser Volk ist nicht mehr Volk im Sinne eines Stückes Ewigkeit, sondern es ist Wählermasse geworden, und man dient nicht mehr diesem Stücke Ewigkeit, sondern der Wählermasse, die bei der nächsten Wahl über die Machtverteilung entscheiden soll. Eine solche Gesinnung ist unfähig zu einer großzügigen Siedlung, die angesichts dieser Erscheinungen geboten wäre. Wohl ist die Siedlung ein Schlagwort geworden, dem weder der Staat noch seine Träger, die Parteien, die Reverenz versagen, doch ist sie bei alledem eine ungelöste Aufgabe geblieben. Daran ist nicht etwa unsere Armut schuld, sondern der Geist dieser Zeit, der die Beziehung zum Acker verloren hat. Der weitaus größte Teil des Geldes, das für Siedlungszwecke ausgegeben worden ist, entfällt auf den großstädtischen Kleinwohnungs-

bau, dessen Notwendigkeit nicht bestritten werden soll, dessen Bevorzugung auf Kosten der Bauernsiedlung aber so kennzeichnend ist, daß ein Bild der Gegenwart ohne sie kein wahres Bild wäre.

Diese Erscheinungen und Entwicklungen wollen auch daraufhin beachtet sein, daß hier eine Möglichkeit zur Verbesserung unserer Handelsbilanz unbeachtet und unbenutzt bleibt. Bei den Schwierigkeiten, mit denen unsere Warenausfuhr zu kämpfen hat, läge es nahe, unsere Einfuhr zu verringern, was im großen nur dann möglich wäre, wenn es gelänge, die Erträge der Landwirtschaft zu steigern. Es ist sehr aufschlußreich, zu verfolgen, wie diese Aufgabe als solche empfunden worden ist. In den ersten Nachkriegsjahren, als noch die Erinnerung an die Leiden während der Hungerblockade lebendig war, brachte man allen Fragen, die mit der Ertragssteigerung in der Landwirtschaft zusammenhingen, eine wirkliche Teilnahme entgegen. Selbst die großstädtische Tagespresse beschäftigte sich mit ihnen. Diese Teilnahme hielt einige Jahre vor, dann ging sie zurück, und seit zwei oder drei Jahren ist außerhalb der Fachkreise kaum noch ein Hauch davon zu spüren. Man empfindet eben diese Notwendigkeit nicht mehr, weil man alles, was fehlt, vom Auslande kaufen kann, und der Gedanke, durch die Hebung der Ertragskraft des deutschen Ackers die Einfuhr zu vermindern, die Zahlungsbilanz zu verbessern und den inneren Markt zu erweitern, liegt so fern, weil der für die öffentliche Meinung und die Politik maßgebende großstädtische Mensch den inneren Zusammenhang mit der Welt des Ackers verloren hat.

Es läßt sich allerdings auch ein anderes Bild von der deutschen Wirtschaft zeichnen. Man kann behaupten und ohne sonderliche Mühe beweisen, daß die Deutschen mit ihrer Lebenshaltung fast wieder die Höhe der letzten Vorkriegsjahre erreicht hätten. Das ist richtig. Der Verbrauch an Fleisch ist fast wieder so groß wie früher. Der Zuckerverbrauch ist sogar größer als vor dem Kriege, und der Ver-

brauch an Südfrüchten ist doppelt so groß wie 1910 bis 1913. Außerdem ist schon wieder tüchtig gespart worden; allein bei den Sparkassen betrugen die Einlagen Ende 1927 über fünf Milliarden Mark. Solcher Steine ließen sich noch viele zusammentragen, und man könnte sie zu einem schönen beruhigenden Mosaik aneinanderfügen. Aber ein solches Bild wäre Täuschung, es wäre ein Oberflächenbild, das wohl den Charakter unserer Zeit, aber nicht die Grundtatsachen der deutschen Wirtschaftslage widerspiegelte.

Innere Politik

1

Im Innern sah sich die deutsche Politik vor eine Lage gestellt, deren Grundlinien schon früher angedeutet wurden. Der republikanische Staat sah sich von zwei Seiten bedroht. Zur Linken wie zur Rechten arbeitete der politische Radikalismus gegen ihn. Auf beiden Seiten fand dieser Radikalismus reiche Nahrung. Er fand sie in dem Elend der Inflation und in dem beleidigten und empörten Nationalgefühl. Der Raum für die „Diktatur der Mitte", die schon im Jahre 1919 als Ausweg empfohlen wurde, war sehr schmal.

Erst galt es, der Staatshoheit die Organe zu schaffen, mit denen sie sich behaupten konnte, es galt die Neuorganisation der Polizei und des Heeres. Die alte Landes- und Stadtpolizei hatte sich der neuen Lage nicht gewachsen gezeigt, sie mußte durch eine bessere Organisation ersetzt werden. Diese Aufgabe wurde im Herbst 1919 in Angriff genommen. Sie war insofern nicht einfach, als die Siegerstaaten mannigfach hineinredeten und gegen die beabsichtigte Stärke, Ausrüstung, Ausbildung und schließlich sogar gegen die Farbe des Uniformtuches ihr Veto einlegten. Immerhin gelang die Schaffung einer neuen Polizei in verhältnismäßig kurzer

Zeit, und was geschaffen wurde, war nicht übel geraten. Der neue Typus der staatlichen Polizei ist der bewegliche, saubere, gutgeschulte Mann, der mutig und treu seine wachsenden Pflichten erfüllt.

Unendlich schwieriger war die Neuorganisation der Wehrmacht, soweit uns eine solche verstattet wurde. Auf der schmalen Grundlage von hunderttausend Mann sollte ein neues Wehrwesen errichtet werden. Es mußte aus Söldnern bestehen und sowohl auf schwere Artillerie wie auf die Tank- und Fliegerwaffe verzichten Die beengenden Vorschriften gingen soweit, daß selbst die Führung von Schutzmasken gegen Gas nicht geduldet werden sollte. Zu diesen Schwierigkeiten von außen kamen solche von innen. In der Sozialdemokratie war die Abneigung gegen einen neuen Militarismus nicht gering, und lediglich die Furcht vor den Kommunisten bereitete hier den wehrpolitischen Maßnahmen den Weg.

Für preußisches Denken lag es nahe, den Versailler Zwangsvertrag mit dem Frieden von Tilsit zu vergleichen. Auch in Tilsit hatte die Übermacht des Siegers dem Unterlegenen Rüstungseinschränkungen aufgezwungen, und Preußen hatte es verstanden, diese Bestimmungen so zu umgehen, daß es, als die Befreiung möglich wurde, in wenigen Monaten eine starke Heeresmacht aufstellen konnte. Der Gedanke, diese Politik zu wiederholen, drängte sich von selber auf. Es ist durchaus verständlich, daß man diesen Weg zu gehen versuchte. Dem aber widersetzte sich die Linke, sie wollte eine loyale Vertragserfüllung auch in diesem Punkte und wollte dem „Militarismus" kein Jota mehr zugestehen, als ihm nach den Zwangsbestimmungen des Versailler Vertrages erlaubt war. Aus diesen entgegenlaufenden Bestrebungen entwickelte sich ein peinlicher Zustand. Innerhalb der Reichswehr suchte man so viel wie möglich zu retten und trachtete nach der Schaffung einer Reserve ausgebildeter Kräfte. Man stellte Zeitfreiwillige ein und schuf Arbeitskommandos,

es wurden aus den Restbeständen der alten Armee Waffenreserven angelegt, und es geschah wohl noch mehr, was mit den Bestimmungen des Versailler Diktats nicht zu vereinbaren, aber vom deutschen Standpunkte aus durchaus begreiflich und gerechtfertigt war. In den Parteien der Linken mißbilligte man solche Maßnahmen und übte an ihnen zunächst in den parlamentarischen Ausschüssen, bald aber auch öffentlich Kritik. Naturgemäß konnte diese öffentlich geübte Kritik den Überwachungsorganen der Feindstaaten nicht unbekannt bleiben. So geschah es, daß die Linke in einen überaus schroffen Gegensatz zur Reichswehr geriet und in der Austragung dieses Gegensatzes eine Informationsquelle für die feindstaatliche Überwachung schuf.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß die Linke zum Teil aus innerpolitischen Besorgnissen handelte. Ihr Abgleiten zu einer Politik der nationalen Entsagung und Unterwerfung hatte ihr große Teile ihrer Anhänger entfremdet und hatte es insbesondere verhindert, daß sich der Soldat mit der neuen Ordnung abfand. Der Soldat, der aus dem Dienste des alten Staates in den Dienst des neuen übergetreten war, geriet in einen Gewissenskonflikt, der nichts mehr mit seinem alten Treueide zu schaffen hatte, sondern sich aus seiner Staatsauffassung ergab. Für ihn war der Staat, was er seinem Wesen nach immer sein wird — der organisierte Wille zur Selbstbehauptung des Volkstums. Indem ihm jetzt demonstriert wurde, daß der neue Staat nicht Wille zur Macht, sondern Wille zur Entmachtung sei, mußte er innerlich gegen diesen Staat eingenommen werden. Er mußte diesen Staat, der Ohnmacht war und es nach dem Willen der politischen Kräfte, die ihm die Form gegeben hatten, sein sollte, innerlich ablehnen; und wenn er ihn mit dem alten Staate verglich, so mußte er dem alten Staate den Vorzug vor dem neuen geben.

Aus diesem Gewissenskonflikt, der aus der tatsächlichen Lage herauswuchs, ergab sich eine innerpolitische Spannung:

die Linke sah in der Reichswehr, die zum Schutze des Staates bestimmt war, den Feind ihres nun endlich verwirklichten Staatsideals. Jedes Anwachsen der Wehrmacht erschien ihr als ein Anwachsen der Gefahr für ihren Staat, und sie hielt es darum für geboten, solches Anwachsen zu verhindern.

Aus solchen Erwägungen handelte wenigstens ein Teil jener Politiker und Publizisten der Linken, die vertragswidrige Einrichtungen der Reichswehr an die Öffentlichkeit zogen und dadurch den Feindstaaten zur Kenntnis brachten. Wenn man das als entschuldbar ansehen will, so hört diese Entschuldbarkeit allerdings dort auf, wo man sich erfundene Anklagen landesverräterischer Subjekte zu eigen machte. Auch das geschah wiederholt. Noch im achten Jahre der Republik konnte es geschehen, daß eine lange Denkschrift des unter dem Schutze der französischen Rheinlandbesatzung lebenden deutschen Pazifisten Förster von der demokratischen Presse Berlins aufgegriffen wurde und größte Publizität erhielt.

Mit solchen Schwierigkeiten hatte die Bildung der neuen Wehrmacht zu kämpfen. Daß es trotzdem gelungen ist, die Reichswehr zu ihrem heutigen Range emporzuheben, ist das Verdienst ihres militärischen Schöpfers, des Generalobersten v. Seeckt. Man betrachtet heute die Reichswehr als das Muster eines Rahmenheeres, dessen Wert sich nicht in seiner Kopfstärke ausdrückt. Auch die politischen Bedenken, die vom Standpunkte der Linken früher berechtigt erscheinen mochten, sind heute in großem Umfange gegenstandslos geworden. Wie wenig sie früher berechtigt waren, zeigt die Haltung der Reichswehr in der schweren inneren Krisis nach Abbruch des Ruhrkampfes, als im Norden und Süden des Reiches die Putschgelüste hervorbrachen. Sowohl in Küstrin wie in München versagte sich die Reichswehr dem Abenteuer und schützte den Staat.

2

Die gefährlichen ersten Jahre hatten die Regierungen da durch überstanden, daß sie den in der doppelseitigen Bedrohung liegenden Vorteil wahrnahmen. Gegen die Gefahr von links wurde ihnen rettende Hilfe von rechts, und gegen die von rechts konnten sie die Massen der Linken aufbieten. Diese Methode hatte über die ersten stürmischen Jahre hinweg geholfen. Aber bei ihr konnte es nicht bleiben. Auf die Dauer konnten sich die wechselnden Regierungen der Weimarer Koalition nicht in solcher Schwebelage halten.

Die Möglichkeit einer auch nur ideellen Verständigung mit den Kreisen der nationalen Opposition war schon bald nach der Annahme des Versailler Ultimatums geschwunden. Nach der Erledigung des Kappschen Staatsstreichs war die weitere Entwicklung festgelegt. Sie führte zu einer zunehmenden Verfeindung zwischen den Regierungsparteien und der nationalen Opposition und zu einer allgemeinen Schwächung der Linken. Schon die Wahlen zum ersten Reichstage von 1920 ließen das erkennen. Sozialdemokraten und Unabhängige, die bei den Wahlen zur Nationalversammlung 13,8 Millionen Stimmen aufbrachten, konnten jetzt nur 11 Millionen zählen. Die Demokratische Partei ging von 5,6 auf 2,3 Millionen zurück. Auch das Zentrum mußte einen Rückgang von 5,9 auf 3,8 Millionen hinnehmen, wobei allerdings 1,2 Millionen auf die durch Abspaltung entstandene Bayerische Volkspartei übergegangen waren. Gegenüber diesen beträchtlichen Verlusten steigerten sich die Stimmenzahlen der Deutschnationalen Partei von 3,1 auf 4,2, der Deutschen Volkspartei von 1,3 auf 3,9 Millionen. Bemerkenswert war an diesem Ergebnis die Verschiebung der Stimmenzahlen zwischen den beiden sozialistischen Parteien: die Mehrheitssozialisten hatten 5,4 Millionen verloren, die Unabhängigen 2,7 Millionen gewonnen Der Nationalversammlung hatten 163 Mehrheitssozialisten und 22 Unabhängige angehört, im ersten Reichstage hatte sich

die Zahl der Mehrheitssozialisten auf 102 vermindert, die der Unabhängigen auf 84 vermehrt.

Schon diese erste Reichstagswahl in der Republik machte die Entwicklung deutlich, die fortan dem innenpolitischen Leben das Gepräge geben sollte. Die nationale Opposition sammelte sich in den rechtsstehenden Parteien, welche die republikanische Staatsform ablehnten und sich zur Monarchie bekannten. Die sozialistische Arbeiterschaft strömte von der Mehrheitssozialistischen Partei zu den Unabhängigen, sie wandte sich ab von dem Geiste der Machtbejahung, der, wenn auch schon sehr geschwächt, in der Mehrheitssozialistischen Partei noch fortlebte. Die Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien stellte sich als der natürliche Abschluß dieser Entwicklung dar.

Der Niedergang der sozialistischen Bewegung ließ sich dadurch allerdings nicht aufhalten, und da sie der Kraftmittelpunkt der Weimarer Koalition war, so mußte ihre Schwächung sich unmittelbar auf die Koalitionsregierung übertragen. Das geschah so fühlbar, daß die Regierung bald selber die Verbreiterung ihrer Grundlage durch die sogenannte „Große Koalition" betrieb. Als der Sozialdemokratie im Herbst 1919 der Gedanke nahe gelegt wurde, die Deutsche Volkspartei in die Regierung aufzunehmen, um dadurch die Kräfte der Industrie für den neuen Staat zu gewinnen, hatte sie ihn unter Hinweis auf die große Mehrheit, über welche die Weimarer Koalition verfügte, kurzerhand zurückgewiesen. Zwei Jahre später hatte sie sich ernsthaft mit ihm beschäftigt, war jedoch zu keiner Entscheidung gekommen. Ebert, der ihn schon in Weimar erwogen hatte und später von der Notwendigkeit, ihn zu verwirklichen, überzeugt war, hatte sich in der Partei nicht durchsetzen können. Hatte schon die Ermordung Erzbergers dem Radikalismus in der Sozialdemokratie Vorschub geleistet, so kam diesem die Ermordung Rathenaus erst recht zugute.

Für die nationale Opposition war es ein trauriges Zeichen,

daß sie solche Untaten aus sich heraustrieb. Sie bewies dadurch ihr politisches Unvermögen und entwürdigte die gute Sache, die in ihre Hand gegeben war. An der unheilvollen Entwicklung, welche die deutschen Dinge nahmen, wurde die nationale Opposition nunmehr ebenso schuldig wie ihr Widerspiel. Bei der unaufhaltsamen Radikalisierung der Massen dachte die Sozialdemokratie nicht mehr an die Große Koalition, ihr Zusammenschluß mit den Unabhängigen im Herbst 1922 machte allen solchen Hoffnungen ein Ende. Die Regierung Wirth zog den verständigen Schluß aus der gegebenen Lage, als sie im November 1922 zurücktrat.

Vier Jahre lang hatte die Linke das Reich regiert. Vor den Ergebnissen mußte ihr selber grauen. Die Regierung Cuno, parlamentarisch von der Mitte gestützt und weder von den Sozialdemokraten noch von den Deutschnationalen ernstlich angefochten, übernahm ein schlimmes Erbe.

Im Ruhrkampf schien sich eine Annäherung der Parteien zu vollziehen. Es kam zu Kundgebungen nationalen Charakters, denen sich nur die Kommunisten versagten. Aber hinter dem Vordergrunde nationalpolitischer Einmütigkeit wirkten auch in dieser Zeit die Gegensätze, und es war sicherlich nicht das Verdienst der Parteien, wenn die Bevölkerung im Kampfgebiete so lange im geschlossenen Widerstande verharrte.

Der Kampf im Ruhrgebiet litt vom ersten Tage an unter den Feindseligkeiten und Eifersüchten der Parteien. Zwar erkannte jede Partei den Widerstand als notwendig an, aber keine war fähig, ihn nur als das zu sehen, was er war; mehr oder weniger trachteten sie alle danach, ihn nach ihren Interessen zu lenken. Die Linke sah in ihm die Gefahr einer neuen Welle nationaler Gefühlserhöhung, die über sie hinweggehen könne. Die Rechte sah die Möglichkeit, die von nationalem Kampfgeiste ergriffenen Massen für sich zu gewinnen. Daraus ergaben sich von vornherein wesentliche Meinungsverschiedenheiten taktischer Art, welche die Stel-

lung der parlamentarisch schwach fundierten Regierung von Woche zu Woche schwieriger machten. Der Linken war an einer baldigen Verständigung mit den Einbruchsmächten gelegen, um nicht von dem neuerwachten Nationalgeist bezwungen zu werden. Die Rechte mußte gerade in einer Steigerung des Kampfes ihren Vorteil erblicken. Zwischen diesen Strebungen hatte die Regierung zu lavieren. Sie fiel im Augustmonat als das Opfer der schnell abgleitenden Lage.

Die letzte Phase des Währungsverfalls hatte begonnen Die Geldentwertung rechnete von Tag zu Tag. Der Nachmittag hatte andere Preise als der Morgen, und der Abend andere als der Mittag. Fiebernde Unsicherheit erfaßte das kleinste tägliche Leben. Jetzt mußten auch viele Betriebe die Arbeit einstellen, weil der Währungssturz jede Kalkulation unmöglich machte und jeden Handel mit einem unbekannten Risiko belastete. Die Not setzte sich um in Verzweiflung.

Im Westen erhob sich der von Frankreich hochgezüchtete Separatismus. Die „rheinische Republik" wurde ausgerufen. In der Pfalz drohte der Abfall. In wütender Selbsthilfe zertrat die Bevölkerung die gefährliche Brandstifterei.

Im Reiche gärte es. Bayern, seit dem Sturz der Räteregierung das stärkste Kraftfeld republikfeindlicher Bestrebungen, geriet in drohende Bewegung. In Sachsen und Thüringen, wo Sozialdemokraten und Kommunisten in enger Gemeinschaft regierten, bereitete sich der Aufruhr vor. Um Berlin und im östlichen Brandenburg standen Hilfstruppen der Reichswehr, zur Sicherung der Ostgrenze geschaffen, in verdächtiger Haltung.

Stresemann hatte den Auftrag zur Regierungsbildung übernommen. Er appellierte an die Parteien: es gelte jetzt vielleicht den letzten Versuch, in Deutschland parlamentarisch zu regieren.

In dieser drangvollen Lage fand sich die Sozialdemokratie zur Großen Koalition bereit. Am 14. August stellte sich die erste Regierung dieser Art dem Reichstage vor Ende

September erklärte sie den Abbruch des Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung und trat einige Tage darauf zurück. Die neue Regierung, wieder von Stresemann gebildet, unterschied sich nur wenig von der zurückgetretenen. Der Deutschnationale Graf Kanitz hatte in ihr, allerdings ohne Zustimmung seiner Partei, das Ernährungsministerium übernommen. Sie hatte nur kurze Dauer.

Am 26. September war wegen der Bewegung in Bayern der Ausnahmezustand erklärt worden. Ende Oktober griff auf Veranlassung des Reichspräsidenten die Reichswehr in Sachsen und Thüringen ein, zerstreute die dort stehenden „roten Hundertschaften", die Sozialdemokraten und Kommunisten zur „Weiterführung der Revolution" geschaffen hatten, und die sozialistisch-kommunistischen Regierungen beider Länder räumten das Feld. Infolge dieser Eingriffe trat die Sozialdemokratie aus der Reichsregierung aus und sprengte damit die Große Koalition.

In der Nacht vom 8. zum 9. November ereignete sich in München und Umgegend der Hitlerputsch, der jedoch an der überraschenden Zurückhaltung der bayerischen Regierung scheiterte.

Jetzt standen die Parteien der Mitte ganz allein hinter der Regierung des Reichs. Die Sozialdemokratie versagte ihr die Unterstützung unter Berufung auf den Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen, die Rechte widersetzte sich der mit dem Abbruche des Widerstandes eingeleiteten Außenpolitik. Jenes System, mit dem bis dahin allein regiert werden konnte, stand am Ende. Weder die Linke noch die Rechte war jetzt bereit, der Regierung zu helfen. Die innere Problematik des neuen Staates zeigte nun ihren Ernst.

Von links und rechts verlassen trat die zweite Regierung Stresemanns am 23. November zurück. Ihr folgte nach fünftägigem Gewirr das Kabinett Marx, in welchem Stresemann das Außenministerium beibehielt.

Jetzt aber war der Ernst der Lage so groß geworden, daß

der anmaßungsvolle Fraktionsgeist sich vor ihm verkroch, und auf diesen Ernst gestützt forderte die Regierung ein Ermächtigungsgesetz, ein Ausweg, den sie schon im Oktober einmal benutzt hatte. Der Reichstag bewilligte es ihr mit großer Mehrheit, vertagte sich und überließ der mit dem Ermächtigungsgesetze ausgestatteten Regierung die Ordnung der furchtbar verfahrenen Zustände.

Es konnte nicht ohne Eindruck auf die Bevölkerung bleiben, daß sich das Parlament in der schwersten Krisis des Reichs schließlich selber ausschalten mußte. Dieser Eindruck bestätigte nur die Abwanderung von links nach rechts. Die Neuwahl des am 13. März 1924 aufgelösten Reichstages deckte den in vier Jahren gewordenen Zustand auf.

Die Sozialdemokratie wurde auf sechs Millionen Stimmen zurückgedrängt, die Zahl ihrer Mandate fiel von hundertdreiundsiebzig, einschließlich Unabhängigen, auf hundert. Neben ihr erlitt die Demokratische Partei starke Einbuße, und selbst das Zentrum konnte seinen Bestand nicht voll behaupten. Aber auch die Volkspartei, die Partei des Außenministers, der an der Herstellung der neuen Lage so hervorragend beteiligt war, verlor ein rundes Drittel ihres Anhanges. Demgegenüber stieg die Deutschnationale Partei auf 5,8 Millionen Wähler und verfügte mit den ihr nahestehenden Abgeordneten des Landbundes über mehr als hundert Mandate.

Ein anderes Kennzeichen dieser Wahl war das bedeutende Anwachsen der Flügelparteien auf der Rechten und Linken. Die Kommunisten verdreifachten ihre Stimmen und vervierfachten ihre Mandate, sie traten zweiundsechzig Abgeordnete stark in den neuen Reichstag ein. Auf der Rechten war in der Nationalsozialistischen Partei ein ganz neues Parteigebilde entstanden, das bei seinem ersten Auftreten zwei Millionen Stimmen und zweiunddreißig Mandate an sich brachte.

Aber dieser neue Reichstag erwies sich unfähig zur Mehrheitsbildung. Die Gegensätze zwischen der Rechten und der

Mitte hatten eine zu große Schärfe angenommen, als daß eine dem Wahlergebnis entsprechende Regierungskoalition zustande kommen konnte. Der Streit um die Außenpolitik hatte politische und persönliche Trennungen geschaffen, die zunächst nicht zu überwinden waren. Der Anspruch der Deutschnationalen Partei auf den ihr zukommenden Anteil an der Regierungsgewalt stieß auf die Forderung der Mitte, daß die Deutschnationalen zuvor ihren Widerstand gegen die von der bisherigen Koalition verfolgte Außenpolitik aufgeben müßten. Dazu konnte sich die Deutschnationale Partei nicht verstehen, und so blieb sie außerhalb der Regierung. Als dann aber die Verabschiedung der Dawesgesetze eine Entscheidung forderte, entschied sich die Hälfte der deutschnationalen Abgeordneten unter dem Drucke der Kreditnot für die Annahme, womit sie sich der Sache nach hinter die Außenpolitik der bisherigen Koalition stellten.

Aus dieser Parteiverwirrung rettete man sich durch die Auflösung des Reichstages, der am 7. Dezember 1924 neugewählt wurde. Die Wahl brachte zwar den Deutschnationalen einen weiteren Gewinn, aber auch die Parteien der Mitte konnten ihre im Mai erlittenen Verluste teilweise wieder einbringen, und die Sozialdemokratie gewann nicht weniger als dreißig Mandate zurück. Die Verlierer waren die radikalen Parteien zur Rechten und Linken: die Kommunisten büßten mehr als ein Viertel, die Nationalsozialisten mehr als die Hälfte ihrer Sitze ein. In diesem Wahlergebnis drückte sich ein bedeutsamer Umschlag aus.

3

Die innere Politik ist seit den Tagen des Zusammenbruchs von zwei aufeinander folgenden Strömungen beherrscht. Die Ereignisse im November 1918 hoben die sozialistische Bewegung zur Führung empor und machten aus der schwachen bürgerlichen Linken eine starke Partei. Aber als die sozialistische Bewegung Führung geworden war, begann die Flut,

die sie aufwärts getragen hatte, rückläufig zu werden. Von dieser Strömung sind die ersten fünf Jahre beherrscht.

Die Periode vom Abbruch des Ruhrkampfes bis zur Annahme der Dawesgesetze leitet den Umschwung ein. Von hieran wendet sich die Flut abermals. Sie wird jetzt rückläufig im umgekehrten Sinne. Der Strom der Massensympathie, der bis dahin von links nach rechts gedrückt hatte, schlägt in eine Bewegung von rechts nach links um. Die Maiwahlen von 1924 liegen eigentlich schon in den Anfängen der neuen Rückläufigkeit. Die Dezemberwahlen des gleichen Jahres machen den eingetretenen Umschlag bereits recht deutlich, der äußerste rechte Flügel kann sich nicht mehr behaupten, die Sozialdemokratie erlebt einen neuen Auftrieb, während die Kommunisten erheblich abfallen.

Im folgenden Jahre zeigt die Neuwahl des Reichspräsidenten den Zug der Strömung an. Am 28. Februar 1925 starb der erste Reichspräsident Friedrich Ebert an einem vergeblich operierten inneren Leiden. Im ersten Wahlgange standen sich sieben Parteikandidaten gegenüber. Im zweiten Wahlgange einigten sich die Parteien der Weimarer Koalition auf den Zentrumskandidaten Marx, die Rechte fand den achtundsiebzigjährigen Generalfeldmarschall von Hindenburg zur Annahme der Kandidatur bereit, der dann mit 14,6 Millionen Stimmen über Marx siegte, für welchen 13,7 Millionen Stimmen abgegeben wurden. Doch die Wahl Hindenburgs war nur möglich gewesen, weil die Kommunisten auf Anordnung Rußlands, welches von einer Wahl Hindenburgs europäische Verwicklungen erhoffte, ihren Zählkandidaten nicht zurückgezogen hatten.

Eine weitere Bestätigung dieser Entwicklung erbrachte im Jahre 1926 die Durchführung der Volksabstimmung über die Enteignung der ehemals regierenden Fürstenhäuser, bei welcher 14,5 Millionen Stimmen für die Enteignung abgegeben wurden. Ihren einstweiligen Abschluß haben wir in den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 vor

uns. Diese letzte Wahl ist durch einen starken Verlust der Deutschnationalen und erhebliche Gewinne der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei gekennzeichnet. In ihr hat die nach links drängende Strömung ihren Höhepunkt erreicht.

Das sind die beiden Strömungen, in denen sich bis zu diesem Augenblick das innenpolitische Leben bewegte. Die erste, von links nach rechts gehende Strömung war der Ausdruck des Gefühls, daß die Linke den Aufgaben des neuen Staates in der gegebenen Lage nicht gewachsen sei. Sie war die Folge der Enttäuschung, welche die Linke den ihr zugewandten Volksmassen bereitete.

In der zweiten, umgekehrten Strömung äußert sich ein viel weniger einfacher Vorgang. Der Umschwung beginnt mit der Politik, zu der sich Deutschland nach der Aufgabe des Widerstandes im Ruhrgebiet gezwungen sah Gänzlich erschöpft fügte es sich dem Zwange. Doch dieser Zwang hörte nun auf, brutale Gewalt zu sein, er wurde ein künstliches System finanzwirtschaftlicher Bestimmungen, das zwar den Zweck hat, soviel wie möglich aus Deutschland herauszupressen, aber zunächst eine Kredithilfe vorsah und tatsächlich brachte. Die Währung wurde gesichert. Die Wirtschaft wurde „angekurbelt", wie man sich chauffeurmäßig ausdrückte. Das Leben, das so lange Angst und Qual gewesen war, begann wieder erträglicher zu werden.

Für die Reichweite des Massenurteils war damit die eigentliche politische Aufgabe gelöst. Das Geld hatte wieder seinen festen Wert, und es hatte wieder einen Sinn, nach den Vorteilen zu streben, die den Massen erreichbar sind. Für die Massen hatte der Zweck der Arbeiterbewegung immer vornehmlich in der Erfüllung von Lohn- und Versorgungsansprüchen bestanden. Die Inflation hatte der Arbeiterbewegung diesen Zweck genommen. Jetzt aber war er wieder vorhanden. Und weiter: in der sozialistischen Bewegung lebte ein verschwiegenes und selbst verleugnetes Gefühl davon, daß

man für eine große Zeit zu klein gewesen war. Man war Führung gewesen und war wieder hinabgeglitten. Zwar war man weit von der Einsicht und noch mehr von dem Eingeständnis entfernt, daß diesem Wandel eigenes Unvermögen zugrunde liege. Aber der Tat- und Geltungswille des jungen Standes konnte bei diesem Ergebnis nicht verweilen, er konnte sich nicht mit ihm abfinden, er mußte trachten, darüber hinauszukommen. Zur Lösung der großen nationalen Aufgabe hatte die Kraft gefehlt, umso stärker wandte sich nun der Tatwille den kleineren Aufgaben zu, die man sich auf dem Gebiete der Lohn- und Versorgungspolitik setzte.

An diesen Aufgaben sammelten sich die Kräfte der sozialistischen Bewegung, an ihnen wuchsen sie, und in dem Maße, wie ihnen hierbei Erfolge beschieden waren, entwickelten sie werbende Wirkungen und zogen einen Teil der Massen zu sich zurück.

Diese von rechts nach links gehende Strömung wurde nicht so sehr von einer politischen Idee bewegt, sie nährte sich vielmehr hauptsächlich von einem materiell gerichteten Zweckstreben. Da jedoch die Arbeiterbewegung notwendig politisch ist, so mußte sich ihr erneutes Vordringen ebenso notwendig unter politischen Losungen vollziehen. Diese Losungen sind jedoch nicht eigene neue Schöpfungen der Arbeiterbewegung, sondern Idole der bürgerlichen Demokratie. Es ist ein höchst bemerkenswerter Vorgang, wie hier altes bürgerliches Gedankengut von der Arbeiterbewegung in solchem Maße übernommen wird, daß sie politisch gänzlich aus dem Geiste der radikalen Demokratie lebt. Der Glaube an den Sieg der Humanität, das Bekenntnis zum Pazifismus, die Verehrung westeuropäischer Lebensformen, die kritische Ablehnung der volkseigenen Tradition, die Hochachtung vor den Idealen der Aufklärung. in diesen Äußerungen der sozialistischen Bewegung erkennen wir unschwer das alte Gedankengut verflossenen bürgerlichen Lebens. Damit stimmt es überein, daß die staatspolitische Losung der

sozialistischen Arbeiterbewegung in der Sicherung der republikanischen Verfassung gipfelt. Sie hat ihren Ausdruck im Reichsbanner Schwarzrotgold gefunden. Die Bewegung des neuen Standes, der die Zukunft der Nation in seinen Händen trägt, lebt politisch von den Idolen eines sterbenden Geistes.

Das ist die heutige Linksströmung: ein Wiederanschwellen der sozialistischen Arbeiterbewegung unter politischen Losungen, denen eine schöpferische Kraft nicht mehr innewohnt.

Die weitere Entwicklung wird davon abhängen, wie sich die nun wieder zu maßgeblichem Einfluß gekommene sozialistische Bewegung in der nächsten großen Krisis der deutschen Politik bewähren wird.

4

Die Aufeinanderfolge dieser beiden Strömungen äußert sich in der inneren Politik nicht allgemein, und wo sie sich Ausdruck verschafft, geschieht es in abgestufter Deutlichkeit und Stärke. In Bayern und Württemberg und einigen kleineren Ländern heben sich beide Perioden scharf voneinander ab. In Preußen dagegen reichte die Kraft der Rechtsströmung nicht einmal aus, um die Weimarer Koalition zu beseitigen. Im Reiche war wohl die Weimarer Koalition unmöglich geworden, aber die ihr folgenden Mehrheiten waren keineswegs imstande, die Richtung der inneren Politik so schroff zu wechseln, wie es im Sinne der Rechtsströmung gelegen hätte. Eine solche Absicht mußte schon an der Unentbehrlichkeit des Zentrums scheitern. Im übrigen wirkte jede Strömung als Hemmung der andern. Die von der Linken gestellten Regierungen sahen sich schon im zweiten Jahr der Republik gezwungen, auf die erstarkende Rechte Rücksicht zu nehmen, und die mit Unterstützung der Rechten arbeitenden Regierungen mußten ihrerseits ebenfalls bald mit der wiederanschwellenden Linksströmung rechnen. So blieb die innere Politik des Reichs im allgemeinen davon

verschont, zwischen den Extremen hin und her zu pendeln, und von scharf hervortretenden Umbiegungen des Kurses kann keine Rede sein. Zwar hat die jeweilige Opposition die Politik der gegnerischen Regierungen immer nach Oppositionsbrauch angefochten und als Ausgeburt der Unfähigkeit und des bösen Willens verschrien, aber im Grunde sind die Unterschiede doch wenig erheblich, und wo es nicht um Aufgaben ging, welche die weltanschauungsmäßig bedingten Gegensätze lebendig machten, verblassen die Unterschiede fast bis zur Unerkennbarkeit. Es geschah unter einer Regierung der Linken, daß der Reichspräsident Ebert das „Lied der Deutschen" zur Nationalhymne erklärte, und es geschah unter einem Rechtskabinett, daß der demokratische General Gröner als Reichswehrminister berufen wurde.

Es war jenes Hin und Her der politischen Strömungen, das währende Wandern der Massen, das die Regierungen zwang, sich extremen Forderungen zu versagen und einer mittleren Linie zuzustreben, wobei sie freilich darauf bedacht sein mußten, vor ihren Anhängern wenigstens den Schein eines grundsätzlichen Unterschiedes zwischen Rechts- und Linksregierung zu behaupten. Hierdurch konnten allerdings die tiefen Gegensätze zwischen den staatspolitischen Idealen der beiden Strömungen weder geschlossen noch unwirksam gemacht werden, sie haben sich im Gegenteil nur noch tiefer in das allgemeine Bewußtsein hineingebohrt. Der durch keine Kunst zu schlichtende Flaggenstreit ist das Symbol für unsern inneren Zustand. Man darf daher aus dieser bisherigen Zwangsläufigkeit der inneren Politik keinen anderen Schluß ziehen als den, daß Politik zu allen Zeiten und in allen Dimensionen die Kunst des Möglichen ist.

Im Vordergrunde der inneren Politik stand die Kriegsopfer- und Sozialfürsorge, wo gehäufte Aufgaben der Lösung harrten. Hier hat jede Regierung, ihres politischen Glaubens ungeachtet, den Notwendigkeiten zu genügen gesucht, wie es die Mittel nur immer zuließen. Am Reichs-

versorgungsgesetz und den zu ihm gehörenden Verordnungen und Nachträgen haben Links- und Rechtsregierungen gearbeitet. Die große Zahl sozialpolitischer Gesetze und Verordnungen ist gleichfalls unterschiedlichster Herkunft. Die Rechtsregierungen haben keine schlechtere Sozialpolitik getrieben als die Regierungen der Linken. Kann sich die Linke darauf berufen, daß die Aufhebung der Gesindeordnung, die Schaffung des Koalitionsrechts für die Staatsbediensteten und Landarbeiter, die Einführung des achtstündigen Arbeitstages, die Ordnung der öffentlichen Arbeitsvermittlung und manches andere ihr Werk ist, so wird die Rechte darauf verweisen können, daß die Verordnung über das Schlichtungswesen aus ihren Kreisen stammt, daß die schwere Krisis der deutschen Sozialversicherung, hervorgerufen durch die Kapitalvernichtung in der Inflationszeit, unter ihrer Führung überwunden wurde, daß die reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftswesens, das Arbeitszeitnotgesetz, welches der Durchlöcherung des Achtstundentages ein Ende machte, das Arbeitsgerichtsgesetz, die neue Gehaltsregelung und schließlich die Erwerbslosenversicherung Leistungen rechtsgerichteter Regierungen und Parlamentsmehrheiten sind. Jede Regierung hat den Zwängen gehorcht, die sich aus den Zuständen ergaben.

Jede Staatspolitik hat zwei Schwerpunkte: nach außen wirkende Machtentfaltung und nach innen wirkende Wohlfahrtspflege. Beide Aufgaben in idealer Weise zu erfüllen, ist in der Wirklichkeit nur selten möglich. Das kaiserliche Deutschland, obwohl für alle Großmächte das unerreichte sozialpolitische Vorbild, legte doch den größten Nachdruck auf seine Rüstung. Man braucht sich nur seiner militärpolitischen Lage zu erinnern, um das nicht bloß zu verstehen, sondern gerechtfertigt zu finden. Das neue Deutschland befindet sich in einer anderen Lage. Ihm ist Machtentfaltung durch Rüstungsmaßnahmen versagt. Dieser Umstand legt ihm nahe, umso mehr auf die Erhaltung seiner leiblichen Volks-

kraft bedacht zu sein. Indem die deutsche Sozialpolitik diesem Zwecke dient, ist sie zugleich wahrhafte nationale Politik.

Dessen ungeachtet erhebt sich gegen sie ein zunehmender, unterschiedlich begründeter Widerspruch. Unternehmerkreise beanstanden sie wegen der geldlichen Belastung, die heute das Mehrfache dessen beträgt, was in der Vorkriegszeit für Sozialfürsorge zu leisten war. Sie verweisen auf die Vorbelastung der deutschen Wirtschaft durch die Tributauflagen und sehen in den Soziallasten ein gefährliches Zuviel. Aus Ärztekreisen kommt die Klage, daß die Fürsorge zuweit gehe, indem sie das persönliche Verantwortungsgefühl abstumpfe, bei Kranken und Unfallverletzten den Heilwillen ausschalte und die Menschen lebensuntüchtig mache. Die Berechtigung dieser Einsprüche und Warnungen läßt sich nicht bestreiten. Trotzdem wird die deutsche Politik den bisherigen Weg nicht verlassen können. Ein in solchem Umfange dem Industrialismus verfallenes Volk, wie wir es werden mußten, ein Volk, für dessen Überfülle es keinen Ausweg gibt, kann einer weitgehenden Sozialfürsorge nicht entraten. Sozialpolitik ist heute der einzig mögliche Schutz unseres Volkstums vor dem leiblichen Verkommen. Kann die deutsche Wirtschaft die ihr damit zugemuteten Lasten nicht tragen, so muß die Politik den davon ausgehenden Druck weiterzugeben trachten, entsprechend dem Worte: erst Brot, dann Reparationen. Die Erhaltung des deutschen Lebens muß uns wichtiger sein als die Innehaltung der im Dawespakt festgelegten Zahlungen. Der schwerwiegende Einwand aus Ärztekreisen dagegen muß uns veranlassen, den Sinn der Sozialpolitik neu zu fassen

Der neue Staat hat es geduldet, daß der Sozialfürsorge ein Sinn beigelegt wurde, der ihr nicht zukommt. Alle Wohlfahrtspflege darf nur Mittel sein. Der neue Staat hat einen Zweck aus ihr machen lassen. Alle Fürsorge und Wohlfahrtspflege soll tüchtig machen für den Lebenskampf. Sie soll dem, der im Lebenskampfe zu Schaden gekommen und

schwach geworden ist, helfend beispringen, daß er wieder stark werde. Die Lebenstüchtigkeit ist der Zweck, dem sie zu dienen hat. In diesem Sinne ist sie Ausdruck volklicher Gemeinschaft. Jetzt ist der Zweck zurückgedrängt, und die Fürsorge ist Selbstzweck geworden. Die heutige Auffassung der Sozialpolitik will den Lebenskampf, das Lebensrisiko und die Selbstverantwortlichkeit aufheben. Damit wendet sie sich gegen den Willen der Natur. Das Leben ist eine Aufgabe, die jeder lösen muß. Jede Lösung erfordert Leistung, und jede Leistung heischt Tat und Entsagung, fordert Härte gegen das Ich. Der neue Staat fühlt sich nicht stark genug, diese Forderung aufzunehmen und zu verkörpern. Zu schwach zu fordern, beschränkt er sich darauf, zu überreden und zu kaufen. Das Ende ist der Wohlfahrtsstaat, der Ansprüche befriedigt, aber keine stellt, der Pflichten hat, aber keine auferlegt, und der infolgedessen schwach nach innen und außen und ein Spielball jedes stärkeren Willens ist.

5

Haben wir in der Sozial- und Wohlfahrtspolitik ein Gebiet berührt, auf dem der neue Staat unermüdlich tätig ist und Großes geleistet hat, so bleiben zwei andere zu nennen, wo ohne Zweifel bedeutende Aufgaben liegen und wo berechtigte Hoffnungen bislang unerfüllt geblieben sind: die Verwaltung und das Erziehungs- und Unterrichtswesen.

Die Väter der Weimarer Verfassung waren sich dieser Aufgaben bewußt. Nach ihrem Willen sollte die Verfassung den Weg zum Einheitsstaate weisen und ebnen. Die Fürsten, die früheren Hindernisse auf diesem Wege, waren entthront und saßen ohnmächtig in ihren Zufluchten, im allgemeinen nur darauf bedacht, daß der neue Staat ihrem Hause ein leidliches Auskommen lasse. Nun aber zeigte sich, daß die Bevölkerung nicht minder zäh an den alten Gliederungen hing. Die dem Einheitsstaate widerstrebten, waren durchaus nicht immer überständige Reaktionäre, vielmehr waren gerade in

der alten Beamtenschaft Ansichten vertreten, die mit großer Entschiedenheit die Entwicklung zum Einheitsstaat forderten. Der konservative Oberpräsident von Ostpreußen verfocht den Vorschlag, Preußen aufzulösen und das ganze Reich in Verwaltungsprovinzen aufzuteilen. Revolutionäre wie Kurt Eisner drängten anderseits auf volle Souveränität der alten Bundesstaaten, und die Arbeiter- und Soldatenräte im Unterelbegebiet errichteten eine neue Republik. Im Rheinlande und in Hannover regte sich ein neuer Partikularismus. Das waren freilich Abseitigkeiten, die sich aus der Aufgewühltheit der ersten Monate erklären ließen. Aber auch später blieb das Sondergefühl stark und erstarkte noch mehr an den parteipolitischen Gegensätzen, die sich auch in diese Fragen hineindrängten.

Eine Stärkung des Einheitsgefühls ist nirgend eingetreten. Die Hoffnungen, die man bei der Arbeit an der neuen Verfassung auf die „Entwicklung" setzte, eine Entwicklung, die man durch die Erzbergersche Finanzreform und die Schaffung der Reichsbahn bestens angebahnt und verbürgt glaubte, sind unerfüllt geblieben. Das Gewicht des Gewordenen verbindet sich mit einer wachsenden Abneigung gegen „Berlin", wobei es schwer zu sagen ist, was man jeweils unter Berlin zu verstehen hat. Es ist ein gefühlsmäßiger Widerstand in den Ländern und Provinzen gegen die Führerstellung, die Berlin in Anspruch nimmt.

Dieses dem Einheitsstaate abgeneigte Gefühl beherrscht, mehr als man meint, die Politik. Die Länder sind heute mehr auf die Wahrung der ihnen gebliebenen Rechte bedacht als unter der Bismarckischen Reichsverfassung. Man denke an die vielfachen Widerstände der bayerischen Regierung gegen Maßnahmen des Reichs. Früher genügte eine gemeinsame Berliner Vertretung für die drei Hansestädte, heute besitzt jede ihre Berliner Gesandtschaft. Früher galten die bundesstaatlichen Gesandten in Berlin, die preußischen Gesandten in München, Dresden und so weiter als harmlose Sinekuren,

heute gelten sie als unentbehrlich. Verhältnismäßig un
bedeutende Gebietsveränderungen werden jahrelang mit ge
waltigem Aufwand erörtert, um schließlich doch zu unter
bleiben. Man denke an die Haltung Preußens in der ham
burgischen Frage. Der Zusammenschluß der thüringische
Kleinstaaten, der unmittelbar nach dem Zusammenbruch er
folgte, wäre wahrscheinlich heute nicht mehr möglich. De
Plan einer sächsisch-thüringischen Verwaltungsgemeinschaft
seit Jahren betrieben, stößt aller handgreiflichen Vorteil
ungeachtet auf unüberwindbare Widerstände.

Dabei stehen Regierungen und Parlamente unter den
Eindruck, daß etwas geschehen müsse, daß vor allem Erspar
nisgründe auf eine Vereinheitlichung des Reichs und au
Vereinfachung der Verwaltung hinweisen. In diesem Bewußt-
sein und unter dem Drucke der öffentlichen Erörterung hat
man hin und wieder einen Anlauf unternommen. Mit
besonderen Erwartungen glaubte man einer Länderkonferenz
entgegensehen zu dürfen, die das Reich im Januar 1928
einberufen hatte, um die Verfassungs- und Verwaltungsfrage
vorwärts zu bringen. Sie endete nach hoffnungslosen De-
batten mit der Einsetzung eines Achtzehnerausschusses, der
beauftragt wurde, weitere Diskussionsunterlagen zu be-
schaffen. So etwa war es bei dem Regensburger Reichstage
des alten Reichs Brauch und Übung.

Ebenso sind die Hoffnungen auf Reformen der inneren
Verwaltung bisher unerfüllt geblieben. Zwar ist kein Land
gänzlich untätig gewesen, sondern jedes hat seine Denk-
schriften und Pläne, die alle auf Vereinfachung und Erspar-
nisse gerichtet sind. Preußen betreibt seine Verwaltungs-
reform seit 1919 und kann sich dabei auf ältere Vorarbeiten
stützen. Das Ergebnis dieses allgemeinen Dranges nach Ver-
einfachung und Ersparnissen ist eine Aufblähung und Kom-
plizierung des behördlichen Apparates, der man durch die
große, von außen angeregte, wenn nicht gar auferlegte Ab-
bauaktion von 1924 und durch die Einsetzung eines Spar-

kommissars vergeblich beizukommen suchte. Die Zahl der Zentralbehörden des Reichs ist vermehrt worden, und es ist kaum eine unter ihnen, die sich nicht ständig weiter vergrößerte. Und wie oben, so unten. Die gleiche Aufblähung, wie sie bei den Reichsbehörden zu beobachten ist, zeigt sich bei den Ländern und Gemeinden. Es wird wahrscheinlich erst des Zwanges der tributfordernden Siegermächte und des um seine Rente bangenden Auslandskapitals bedürfen, ehe die gutgemeinten Vereinfachungs- und Ersparnispläne durchgeführt werden.

6

Die Entwicklung des Unterrichtswesens war von den zeitgegebenen Strömungen beherrscht. Wie diese zur Verweltlichung des Staates führten, so mußte auch das vom Staate getragene Unterrichtswesen von der Verweltlichung ergriffen werden. Der neue Staat hatte seine Beziehungen zur Kirche gelöst. Er hatte aufgehört, ein christlicher Staat zu sein. Die Kirchen waren Religionsgemeinschaften und die Religion war Privatsache geworden. Der Staat hat auf eine überweltliche glaubensmäßige Fundamentierung verzichtet. Er steht allen Bekenntnissen gleichmäßig fern oder nahe — eine rein weltliche Zweckorganisation, auf Zweckmäßigkeit beruhend und auf Zweckmäßigkeit gerichtet. Aber dieser verfassungsrechtliche Tatbestand entspricht doch nicht gänzlich der Wirklichkeit. Tausendjährige Beziehungen konnten nicht durch einige Verfassungsparagraphen gelöst werden. Die Kirche ist Geist und Körper und in beiden Erscheinungen Funktion und viel zu bedeutsam, als daß der Staat sich auf den Standpunkt gänzlicher Beziehungslosigkeit stellen könnte. Dem hat sich der Staat nicht verschlossen und von Land zu Land seine Beziehungen zu den Kirchen neu geordnet. Eine ausgesprochene Kirchenfeindlichkeit ist dabei nur ausnahmsweise zutage getreten. In den meisten Ländern kann die Kirche von der Neuordnung befriedigt sein. Auf dem Gebiete

des Unterrichtswesens sollte ein Reichsschulgesetz diese Neuordnung bringen.

Schon um die Verfassungsbestimmungen, welche darauf Bezug nehmen, ist erheblich gekämpft worden. Die Ausführung aber ist bisher nicht gelungen. Vor dieser Aufgabe versagte jede bisherige Koalition. Sozialdemokratie und Zentrum begegneten sich auf diesem Gebiete als weltanschauungsmäßig bedingte Gegensätze und verurteilten die Weimarer Koalition zur Unfruchtbarkeit. Aber auch in der Koalition des Zentrums mit der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen erwiesen sich die durch Weltanschauung und Bekenntnis gegebenen Trennungen als zu groß für eine Überbrückung. So ist das Reichsschulgesetz noch heute, zehn Jahre nach dem Zusammenbruch, eine ungelöste Aufgabe.

Infolgedessen blieb die Schulpolitik Sache der Länder, und man kann darum nicht von einer deutschen Schulpolitik, sondern müßte von einer preußischen, braunschweigischen, hamburgischen, badischen und so weiter sprechen. Es lag jedoch im Sinne des neuen Staates, den größeren Gemeinden recht viel Freiheit in der Ausgestaltung ihres Schulwesens zu gewähren, so daß es nicht nur bei den Unterschieden von Land zu Land blieb, sondern weitere durch die Gemeinden hinzukamen.

Die Zeit war für kühne Reformen auf diesem Gebiete so günstig wie niemals zuvor. Der Zusammenbruch gab den Reformern insgemein und den Schulreformern insbesondere eine große Chance. Sie waren im alten Staat nie recht zur Geltung gekommen. Der wirklichen Erprobung und Ausführung ihrer Ideen und Pläne war nur wenig Raum vergönnt worden. Sie hatten zu den stillen Gegnern der alten Zeit gehört, die sich vernachlässigt und ihr Genie geknebelt fühlten: Kämpfer und Dulder im Dienste einer großen Idee, der von einer rückständig-barbarischen Herrschaft Gewalt angetan wurde. Ihre Zeit war gekommen, als der alte Staat

zusammenbrach. Die neue Zeit war berufen und gewillt, den neuen Ideen ihr Recht zu geben. Außerdem hatte man sich nun der Ansicht zugewandt, daß der neue Staat in gänzlicher Abkehr von machtpolitischen Zielen alter Art seine Stärke in der Entfaltung der geistigen Kräfte suchen müsse. In Erziehung und Unterricht sollten neue Gedanken und Methoden angewendet werden, um diese Kräfte hervorzuziehen und in fruchtende Bewegung zu setzen.

Das war die Lage der Zeit, und in ihrem Banne standen die neuen Kultusminister, ahnungslose Spätlinge der Aufklärung, aber begeistert wie die jugendlichen Bewunderer Rousseaus vor hundertfünfzig Jahren. An die unendlich vertiefte Problematik des Erziehungswesens rührten sie auch nicht von ferne: die soziologischen Gründe der neuen Fragestellung blieben ihnen verschlossen.

Eine solche Fragestellung war vorhanden. Sie war aufgewachsen mit dem „vierten Stande" und seiner Bewegung. Von hier aus wurde das Schulwesen in seiner überkommenen Form bestritten. Aus bürgerlichem Geiste geschaffen und der Werkaufgabe des bürgerlichen Menschen dienend und eingeordnet, mußte es der arbeitertümliche Mensch als nicht zu ihm gehörend ablehnen: ein großer, geschichtlich begründeter Konflikt, der nur ein Teil der allgemeinen revolutionären Situation ist, durch die wir hindurchgehen.

Die Reformer hatten vor den Schulmännern der alten Art voraus, daß sie, während jene unentwegt von der Vortrefflichkeit der Einrichtungen überzeugt blieben, die Fragwürdigkeit des gegebenen Zustandes erkannten. Aber zu den Gründen der Problematik fanden auch sie nicht den Weg Höchst subjektiv sahen sie das Übel in den Zwängen, mit denen der Schulbetrieb arbeitete. Wie sie selber für sich der Disziplin überdrüssig waren und dem Ideal der freien Persönlichkeit huldigten, so glaubten sie auch die Krisis in Erziehung und Unterricht durch Freiheit überwinden zu können. Trotz dieser gemeinsamen Herkunft aller schulreformerischen

Ideen gehen sie stark auseinander und haben zu den mannigfaltigsten Experimenten geführt, auf deren Würdigung hier verzichtet werden muß. Sie alle sind Ausdruck der großen Fragwürdigkeit, die der Gegenwart das Gepräge gibt. Sie zeigen, daß unsere Zeit die Sicherheit vor dem Kinde verloren hat. Man wagt dem Nachwuchs nichts mehr zuzumuten, sondern man wirbt um ihn, weil man sich seiner nicht mehr sicher weiß.

Wir haben keinen Anlaß, auf die Leistungen des neuen Staates stolz zu sein. In materieller Hinsicht entsprechen sie dem Charakter des Wohlfahrtsstaates und sind wie dieser zu beurteilen. Organisatorisch gipfeln sie in der Einheitsschule, deren Unterrichtswert auch heute noch günstig beurteilt wird, während ihre erzieherische Wirkung vielfach Beanstandung erfährt. Die Erziehungs- und Unterrichtsergebnisse entziehen sich einer Gesamtbeurteilung. Öffentlich bekannt gewordene Einzelheiten lassen sie in keinem guten Lichte erscheinen. Was der Vorsitzende des Prüfungsausschusses einer Dresdner Fortbildungsschule über die Aufnahmeprüfungen der aus der Gemeindeschule entlassenen Schüler bekannt gab, zeigte einen erschreckenden Tiefstand der Elementarkenntnisse und des Ausdrucksvermögens. Stichproben aus Berliner Gemeindeschulen haben diesen niederschmetternden Eindruck bestätigt. Die Schulzucht hat sich erheblich gelockert. Was in den Schulen, die diesem besonderen Geiste der Freiheit ausgeliefert sind, heranwächst, wird dereinst den wahren Wert der neuzeitlichen Schulreform offenbaren — nach dem Worte: an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Die Einrichtung der Elternbeiräte entspricht dem Geiste der Schulreformer, die sich mit einer Einbildung über den rauhen Ernst der Erziehungskrisis hinweghelfen müssen. Was an dem Gedanken gut ist: die Verbindung zwischen Lehrer und Eltern — nicht zwischen Schule und Haus — war immer dort vorhanden, wo die Lehrer wirkliche Erzieher waren. Die

natürliche Aufgabe, die Lehrern und Eltern gesetzt ist, wird durch die Einrichtung der Elternbeiräte nicht gelöst, sondern umgangen. Sie ist von Kind zu Kind anders gestellt. Durch die Elternbeiräte wird sie schematisiert.

Der Geist der neuen Staatlichkeit kann sich nirgend verleugnen, doch wird er selten so deutlich wie bei der Behandlung der Erziehungs- und Unterrichtsfragen. Damit aber berühren wir das Gebiet des nächsten, abschließenden Kapitels.

Fünftes Kapitel

Geist

Fremdgeist und Spätgeist

1

Als Volk der europäischen Mitte haben wir auf allen Seiten Nachbarn, mit denen wir uns berühren, mit denen wir tauschen, was zwischen Völkern getauscht werden kann, Menschen, Güter, Gedanken. Diese Mittellage ist unser überall spürbares Schicksal. Sie beherrscht unser politisches Leben. Es gibt keine Grenze, die im Laufe der Geschichte nicht einmal umkämpft war, im Westen der Kampf um den Rhein, im Osten die Kämpfe mit Hunnen, Ungarn, Tataren, Litauern, Polen und Russen, im Norden die Kämpfe um die Ostseeländer; und wie oft haben Deutsche ihre Waffen nach dem Süden getragen! In anderer Weise hat diese Mittellage auf unser Wirtschaftsleben eingewirkt. Sie hat uns die Handels- und Gewerbsblüte im Mittelalter gebracht und hat uns später von der Teilnahme an der Ausweitung der Wirtschaft abgesperrt. Nicht minder bedeutsam ist sie für die Entwicklung des geistigen Lebens gewesen. Denn wo Völker sich kriegerisch oder im Austausch der Menschen und Güter berühren, da muß es früher oder später auch zum Austausch des Gedankengutes kommen, müssen Einflüsse geistiger Art hinüber und herüber wirken.

Betrachtet man unsere Geschichte auf diese Weise, so wird man von selbst dazu kommen, Vergleiche mit der Geschichte anderer Völker zu ziehen. Dann wird man bemerken, was diese Mittellage bedeutet und wie sie uns Einflüssen ausgesetzt hat, die in solcher Stärke kein anderes Volk außer uns erfuhr. Man denkt an England, dessen Insellage in allem das Gegenteil unserer eigenen ist. Man betrachtet die französische Geschichte, die sich niemals ernstlich mit der Aufgabe der gleichzeitigen Sicherung nach Ost und West zu beschäftigen hatte. Man vergegenwärtigt sich den gewiß oft tragischen Gang der italienischen Geschichte und das Schicksal Rußlands und

der nordischen Länder. Keines der europäischen Völker hat ein raumgegebenes Schicksal zu tragen, das sich mit unserem vergleichen ließe. Ihnen allen hat die Geschichte einfachere und leichter lösbare Aufgaben gestellt als uns, und sie alle haben es leichter gehabt, gegenüber den fremdgeistigen Einflüssen ihre volkstümliche Eigenart zu behaupten, als wir. Selbst die Katastrophe, durch welche das russische Volk jetzt hindurchgehen muß, ist einfacher als das furchtbare Verhängnis, das den Deutschen aus jenen Einflüssen erwachsen ist.

Die wirkliche Geschichte der geistigen Überfremdung Deutschlands wird, hoffentlich, eine berufenere Feder schreiben. Sie muß einmal geschrieben werden, sie muß zu der deutschen Jugend sprechen, die in zwanzig, dreißig Jahren den deutschen Geist zu führen und zu hüten hat. Eine solche Geschichte aus berufener Feder wird vielleicht mit den irischen Mönchen beginnen, welche vor zwölfhundert Jahren die von einer sterbenden Welt gestalteten Lehren des Christentums in die deutschen Höfe und Dörfer trugen. Sie wird wohl auch untersuchen, wieviel lateinisches, byzantinisches und morgenländisches Geistesgut während des Mittelalters zu uns kam, und vielleicht wird sie sich auch die Frage stellen, was die bewußte Hinwendung zur Antike für unser Geistesleben bedeutete — im Guten wie im Schlimmen. Aber das ist eigentlich erst die Vorgeschichte. Die wirkliche, heute noch und heute erst recht in ihren Folgen wirksame Geschichte der geistigen Überfremdung des deutschen Lebens beginnt nach dem Zusammenbruch der mittelalterlichen Welt, sie beginnt, als sich aus den Trümmern dieser Welt wieder ein deutsches Eigenleben formt.

Der damalige Kulturniederbruch ist auch für das geistige Leben unseres Volkes die große Wende. Auf der Höhe des Mittelalters hatte das ganze Abendland aus dem Geiste seines Adels gelebt, der überall germanischer Herkunft war. Der führende Typus dieser Zeit war der ritterliche Mensch germanischer Prägung, dessen Lebensschau und Wertgefühl

dem Abendlande das geistige Gesicht gaben. Und als vom vierzehnten Jahrhundert an die führende Kraft des Adels erlahmte, trat der Bürger an seine Stelle. Deutscher Geist, der Geist des deutschen Kaufmanns und des deutschen Handwerkers, strahlte vom Reiche aus — wenn nicht so unbedingt herrschend wie einst der Geist des Adels, so doch immer noch seines Wertes und seiner Stärke bewußt und vielfach als Vorbild wirkend. Deutsche Lebensart behauptete sich noch überall, wo Deutsche waren, im Reiche und in der Fremde. Die große geistige Einheit des Abendlandes war zwar mit der Erschöpfung des Adels zerfallen. Mit dem Bürger wuchs überall, wo germanischer Adel als Oberschicht über fremde Volkstümer geherrscht hatte, der volkseigene, der besondere nationale Geist auf — in Spanien, Frankreich, England, Italien. Aber neben diesem neuen Wachstum behauptete sich noch stark und selbstbewußt deutsche Lebensschau und Lebensart. Noch war dem Deutschen das Minderwertigkeitsgefühl unbekannt, wenn er unter Fremden weilte. Noch dachte er nicht daran, seine eigene Lebensart und Meinung der Fremde zuliebe aufzugeben. Noch lag es ihm fern, fremde Zustände, Sitten und Lehren den eigenen vorzuziehen.

Ganz anders steht der Deutsche nach jenem Kulturniederbruch vor der Fremde, und ganz anders verhält er sich zu den geistigen Einflüssen, die ihn aus der Fremde treffen. In diesem Wandel spiegelt sich deutsche Stärke und deutsche Schwäche. Solange die Deutschen als Staatsvolk stark waren, behaupteten sie auch ihren geistigen Rang unter den europäischen Völkern. Als sie aufgehört hatten, stark zu sein, fühlten sie sich auch geistig den politisch stärkeren Völkern unterlegen. Ihr Selbstbewußtsein war zerbrochen. Mit dem Gefühl der Minderwertigkeit standen sie vor den Völkern des Westens und öffneten sich den Einflüssen, die von dort kamen. Logau kennzeichnet den Zustand:

A la mode Kleider, à la mode Sinnen;
Wie sich's wandelt außen, wandelt sich's auch innen.

Es begann mit der Annahme fremder Kleidermoden und führte zu der Annahme fremder Lebensart, fremder Meinungen und fremden Wertempfindens. Das ist die Entwicklung, die das siebzehnte und achtzehnte Jahrhundert kennzeichnet. Sie erfaßt die Fürsten und den Adel, den Gelehrten und den wohlhabenden Bürger. Frankreich wird das Vorbild: der Hof von Versailles, das französische Wirtschafts- und Steuersystem, französische Philosophie, französischer Kunstgeschmack, französische Sprache werden bewundert. Dieses Eindringen französischen Geistes geht zusammen mit der politischen Machtentfaltung Frankreichs, das in dieser Zeit seine Grenze zum ersten Male bis an den Rhein vorschiebt, deutsche Fürsten zu seinen bezahlten Parteigängern macht und sich zum Schiedsrichter über Deutschland erhebt. Es ist die Zeit, wo die deutsche Sprache nur noch die Sprache der Handwerker, Bauern und Tagelöhner ist, während Hof und Adel französische „Konversation" pflegen und die Gelehrten sich nur noch in Latein klar ausdrücken können. Deutsch geschriebene Briefe und Amtsurkunden aus dieser Zeit zeigen eine solche Sprachverwahrlosung, daß wir ihren Sinn meist nur mühsam ermitteln können.

Es ist nicht bei diesem Zustande geblieben. In Preußen bildete sich ein neues politisches Selbstbewußtsein, und es begann jener Auftrieb im deutschen Geistesleben, der sich in Weimar zur höchsten Blüte entfaltete. Aber wirklich überwunden haben wir nie, was damals in das deutsche Leben eingedrungen ist. Geblieben ist das deutsche Minderwertigkeitsgefühl, das uns dazu bestimmt, leicht an uns selber, an unseren Leistungen, an unserem Recht irre zu werden. Geblieben ist eine leicht auslösbare Bereitwilligkeit, fremdes Wesen höher zu schätzen als unser eigenes. Geblieben ist jene Charakterschwäche, die dreimal schneller bereit ist, das Eigene zu kritisieren und zu verurteilen, als das Fremde auch nur anzuzweifeln Und geblieben ist der Nachahmungstrieb im

kleinen wie im großen. Wir haben uns so an diese Schwäche gewöhnt, daß wir sie als „deutsche Art" bezeichnen.

Es wäre falsch, anzunehmen, daß wir in der Vorkriegszeit auf dem Wege gewesen seien, uns von ihr freizumachen. Der offizielle Bombast der wilhelminischen Zeit war keine Befreiung von dem Gefühl der inneren Schwäche. Er war nur der Protest dagegen. Ein anderes war dieser Zeit eigen: sie blickte nicht mehr so ausschließlich nach Frankreich, sondern begann England als Vorbild zu empfinden, und in der Ferne tauchte schon Amerika — nicht das Amerika der Pionier- und Grenzerzeit, sondern der Wolkenkratzer, der rücksichtslosen Geldmacherei und der stupiden Zerstreuung, als Vorbild auf. Erst der Krieg sah eine starke Bewegung, die sich der Unwürdigkeit des Zustandes bewußt war.

Ist es nötig zu sagen, was der Ausgang des Weltkrieges für das deutsche Minderwertigkeitsgefühl bedeutet? Naturgemäß hat er es vertieft und das deutsche Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen weithin vernichtet. Er verringerte unsere Widerstandskraft gegen fremdgeistige Einflüsse, die uns stärker als zuvor und in den mannigfaltigsten Gestalten trafen.

2

Zu den Erscheinungen, die dieser Überfremdung angehören, sind andere hinzugekommen, die mit der fortschreitenden Zivilisation verbunden sind. Das Wesen der Zivilisation erschließt sich uns in einem Vorgange, den wir zunächst als eine Vermehrung der dinglichen Lebensgüter wahrnehmen. Es bildet sich ein „Komfort", bestehend aus tausend und aber tausend Einrichtungen und Sächelchen, deren Fehlen man vorher nicht bemerkt hat, deren man aber bedarf, sobald sie vorhanden sind. Sie sehen wie eine Bereicherung des Lebens aus und werden als solche ausgegeben und angepriesen. Sie sind bestimmt, das Leben leichter und bequemer zu machen und es mit neuen Reizen auszustatten.

Man könnte diesen Vorgang aus der kapitalistischen Profitsucht erklären, doch würde man dann den wirklichen Tatbestand nicht sehen. Zu der Vermehrung der dinglichen Lebensgüter gehört nicht nur die Technik, die sie herzustellen vermag, sondern auch der Mensch, der bereit ist oder dazu gebracht werden kann, sich ihrer zu bedienen. Es gehört hierzu notwendig der Mensch, der den Sinn des Lebens in der Ausstattung mit käuflichen, also mühelos erreichbaren Reizen und Genüssen sucht, der darum nach der Verbequemlichung des Lebens trachtet und jeden „Komfort" begrüßt, den ihm die Technik bietet. Technik und Kapitalismus haben diesen Prozeß nicht hervorgerufen, sondern sie dienen ihm, indem sie ihn benutzen. Der Urheber ist der Mensch. Denn die Zivilisation ist ein lebensgesetzlicher Vorgang, dessen Ursprung in jenem inneren Wandel liegt, durch welchen sich der abendländische Mensch von der Welt des Mittelalters trennte. Das Wesen dieses Wandels ist die Abkehr von der auf das Jenseits gerichteten Lebensschau des Mittelalters und die Hinwendung auf das Diesseits. Es ist ein innerer Frontwechsel des Menschen. Bis dahin erwartete er sein Glück in einer jenseitigen Welt, von dieser Zeit an begann er es im Diesseits zu suchen. Damit erschlossen sich ihm gewaltige Möglichkeiten. Denn jetzt, wo ihn keine Scheu vor dem Schöpfer mehr abhielt, in die Geheimnisse der Schöpfung einzudringen, vermochte er die verborgenen Kräfte der Natur zu entdecken und sich dienstbar zu machen. Dadurch wurde eine mächtige Bereicherung und Ausweitung des Lebens möglich. Diese Wendung des abendländischen Menschen schenkte ihm eine neue Jugend, die von dem Hochgefühl beseelt war, daß jetzt erst das eigentliche, das wirkliche Leben begonnen habe.

Doch das Leben ist kein Zustand, sondern ein Vorgang. Es kann nicht verharren, sondern ist zu steter Bewegung verurteilt. Es kann die Formwerdung des Geistes, aus dem es lebt, nicht willkürlich beschränken. Es kann seiner Ent-

faltung und Entwicklung nicht Halt gebieten. Das ist der Punkt, wo die Ideen immer stärker sind als die Satzung. Der Mensch des Abendlandes konnte, als er das Postulat der gottgewollten menschlichen Willensfreiheit aufgestellt hatte, nicht erzwingen, daß damit die Bewegung zu Ende sei. Er konnte nicht verhindern, daß der dem Diesseits zugewandte Geist in der Aufklärungsliteratur die geltende Gottesvorstellung in Zweifel zog und schließlich für das Bewußtsein auflöste. Er konnte auch jetzt dem Vorgange kein Halt setzen. Der Weg mußte zu Ende gegangen werden, und dieses Ende war der Atheismus, das Hinwegdenken des Göttlichen überhaupt. Erst damit hatte der auf das Diesseits gerichtete Geist seine natürliche letzte Schlußfolgerung gezogen.

Die aber bedeutete das Ende seiner aufbauenden Kraft. Als dieser äußerste Schritt getan war, hatte der Diesseitsgeist alles geleistet, was er leisten konnte. Jetzt war er ohne Zukunft. Der Weg war durchmessen. Es gab weder ein Vorwärts noch ein Zurück. Es gab nur noch die Aufgabe, seinem letzten Ergebnis allgemeine Anerkennung als der endlichen absoluten Wahrheit zu verschaffen, die Welt ohne Gott aus einer gedachten zu einer wirklichen Welt zu machen, das heißt den Menschen von jeder Gottesvorstellung und damit von jeder außermenschlichen Hemmung und Bindung zu befreien, ihn zum Herrn über sich selber zu erheben.

Diese Aufgabe schien groß und glänzend. Der vom Gottesglauben befreite Mensch, das war die neue Verheißung, würde dadurch den höchsten Grad der Freiheit finden, alle in ihm schlummernden Kräfte würden sich lösen und in schöpferischer Bewegung zu unerhörter Lebenssteigerung führen.

Das neunzehnte Jahrhundert ist durch das Hinschwinden des Gottesglaubens ebenso gekennzeichnet wie durch die Errungenschaft der Technik, die Weitung des Nahrungsspielraums, verbunden mit einer Vermehrung der dinglichen Lebensgüter, und ein beispielloses Anwachsen der Bevölke-

rung Europas. Diese Erscheinungen gehören durchaus zusammen. Ein alter Glaube war verloren, aber ein neuer war gewonnen. An die Stelle des Glaubens an Gott war der Glaube an den Fortschritt getreten, und dieser Glaube war nicht weniger fest, als einst der Gottesglaube gewesen war. Der Sinn des Lebens war ein anderer geworden. Er lag nicht mehr in Erringung des Glückes durch Einssein mit dem Ganzen. Dieses Glück hatte man früher gesucht — in der Erfüllung der Pflichten, die das Leben auferlegte, in gottgefälligem Wandeln und Wirken. Er lag jetzt in der Abwendung alles Beschwerlichen, in der Häufung der Genüsse und Reize. Der Schwerpunkt des Lebens, dargestellt in den Idealen der Zeit, hatte sich von innen nach außen verlagert.

Von diesen beiden Umständen ist das deutsche Leben unserer Zeit bestimmt: von der Überfremdung, der wir uns bei unserer Schwäche nicht erwehren können, und von dem Geiste der Zivilisation, der zu den Städten gehört, von ihnen aufs Land hinausstrahlt und mit ihnen wächst.

3

Das Umsichgreifen der von diesen Umständen bestimmten Geistesverfassung wird dadurch gefördert, daß die Massen des städtischen Proletariats eines eigenen Kulturgrundes entbehren und darum den Einflüssen widerstandslos unterliegen. Indem der Fremd- und Spätgeist die Massen ergreift, wird er eine Macht, die auch den demokratischen Staat in ihren Bann zieht und ihn sich in gewissem Umfange dienstbar macht — er wird eine politische Potenz.

Von der Überfremdung der deutschen Arbeiterbewegung ist bereits in früheren Kapiteln gehandelt worden. Es ist dem hinzuzufügen, daß diese Erscheinung nur ein Teil des Gesamtvorganges ist, dem wir als Volk unterworfen sind. Kein Stand ist in dem Grade von dem Gesamtvolke unabhängig, daß er sich dem Volksschicksal entziehen könnte. Auch der künstliche Abschluß des Arbeiters durch den Klassen-

begriff schützt ihn nicht davor, das Schicksal der Nation miterleiden zu müssen. Die deutsche Arbeiterbewegung ist in die geistige Überfremdung mit einbezogen und erleidet sie besonders stark. Das nationale Selbstgefühl ist nirgend so schwer erschüttert worden als beim Arbeiter. Keine andere Partei ist in solchem Maße an ihrer eigenen Haltung irre geworden wie die Sozialdemokratie. Unsere geistige Rat- und Wehrlosigkeit offenbart sich nirgend deutlicher und stärker als in der Bewegung des vierten Standes. Die Sozialdemokratie und die ihr gesinnungsmäßig verbundenen Gewerkschaften sind dem politischen Geiste des Westens untertan und empfangen von ihm ihre politischen Ideale und Losungen. Im Kommunismus ist die Überfremdung mit dem politischen Geiste Rußlands wirksam. In der nationalsozialistischen Bewegung ist das Vorbild des italienischen Faschismus unschwer zu spüren. So lebt die deutsche Arbeiterbewegung überall dort, wo sie eigene politische Gebilde geschaffen hat, aus fremder Geistigkeit und ist, wenn auch in verschiedenen Graden, fremden Losungen verbunden. Die Stärke der Beeinflussung entspricht der Stärke und Unmittelbarkeit der politischen Macht, von welcher der Einfluß ausgeht.

Die bei weitem voranstehende Bedeutung des westmächtlichen Einflusses erklärt sich überdies aus dem Gange der deutschen Geschichte. Länger als ein Jahrhundert war Frankreich für den regsamsten Teil der deutschen Bildung der Lehrer gewesen, dem man in Politik und Kunst und Lebenshaltung nachgeeifert hatte. Da konnte es nicht ausbleiben, daß es jetzt, wo das deutsche Selbstvertrauen durch Zusammenbruch und Niederlage weithin vernichtet war, diese Stellung zurückgewann. Dabei bleibt wiederum zu beachten, daß die sozialistische Arbeiterbewegung ihre geistigen Bildner und Führer aus jener Intelligenz erhielt, die sich am politischen Geiste Frankreichs geschult hatte und in ihm lebte. Es ist das Werk dieser Intelligenz, daß der deutsche Parteisozialismus nach dem Zusammenbruche dem politischen Einflusse Frank-

reichs erlegen ist. Dieser Umstand ist darum bedeutsam und fordert aus diesem Grunde Verweilen, weil er den neuen Staat und seine Politik besonders stark beeinflußt hat.

Die deutsche Sozialdemokratie erkannte in mehrfachen, vor internationalen Versammlungen abgegebenen Erklärungen die Schuldthese der Siegerstaaten an, wie sie im Artikel 231 des Versailler Diktats ausgesprochen ist. Eine solche Erklärung der stärksten Partei konnte naturgemäß auf den Geist der deutschen Politik nicht ohne Einfluß bleiben. Auch wenn die Regierungen sie übergingen, konnten sie doch in ihrer Haltung nicht unberücksichtigt lassen, daß ein maßgeblicher Faktor der deutschen Politik sich in einer außenpolitisch nicht belanglosen Frage den Standpunkt der Feindmächte zu eigen gemacht hatte, und mußten zumindest zur Zurückhaltung veranlaßt werden.

Die Sozialdemokratie erkannte damit zugleich die moralische Verpflichtung Deutschlands zur Leistung der „Reparationen" an. Auch in diesem Punkte ergab sich die Rückwirkung auf die geistige Haltung der deutschen Politik aus der Stärke des politischen Faktors, der dies Anerkenntnis aussprach. In dem mehrfach ausgesprochenen Verzicht auf Elsaß-Lothringen, auf „dieses tief in der französischen Kultur wurzelnde Land", wie es in einer zu Ehren des ersten Reichspräsidenten erschienenen Schrift heißt, mußte die deutsche Politik gleichfalls eine Willenserklärung sehen, über die sie sich nicht hinwegsetzen konnte, weil die stärkste Partei hinter ihr stand. Es lag durchaus im Sinne der französischen Politik, wenn die Sozialdemokratie nach der Annahme des Versailler Ultimatums den Pazifismus aufgriff und ihn unter der Parole „Nie wieder Krieg!" zu einer Sache des Stadtproletariats machte. Der durch Versailles geschaffene Zustand konnte durch nichts besser gesichert werden als durch solchen Verzicht der Besiegten. Auf der gleichen Linie bewegt sich die Sozialdemokratie, wenn sie der beschränkten Wehrmacht des Reiches mißtrauisch gegenübersteht und darüber

wacht, daß diese nicht stärker werde, als die Siegermächte vorgeschrieben. Oder wenn sie der kriegerischen Überlieferung des Volkes entgegenwirkt, indem sie die großen Männer und Leistungen der deutschen Geschichte herabsetzt und die Erinnerung an sie auszutilgen trachtet. Wo immer die Sozialdemokratie sich mit nationalpolitischen Fragen befaßt, da offenbart sie, daß sie sich geistig an den Westen verloren hat. Wie sehr das der Fall ist, trat bei den Genfer Gesprächen über die Abrüstung im Frühjahr 1928 zutage. Ihre Presse wandte sich gegen das deutsche Verlangen, daß nun, in Ausführung des Versailler Diktates, mit der allgemeinen Abrüstung Ernst gemacht werde. Ihr Pazifismus ließ bei dieser Gelegenheit seinen eigentlichen Ursprung erkennen, indem sie dieser deutschen Forderung mit der Begründung widersprach, daß Deutschland auf diese Weise wieder eine militärisch bedeutsame Macht werden wolle, was man nicht dulden dürfe.

Es sei dem Leser überlassen, diese Vorgänge durch andere gleicher oder ähnlicher Art zu ergänzen. Es handelt sich hier nicht darum, die politischen Fakten lückenlos aufzuzählen, sondern um die Deutlichmachung der geistigen Gründe unserer Zeit, aus denen der neue Staat die Gesetze seines Handelns empfängt. Man muß sich darüber klar sein, daß die Haltung einer so starken Partei ihren Einfluß auf den Staat ausübt, auch wenn die Partei nicht förmlich regiert. Auch als Opposition bleibt sie eine Macht. Die Sozialdemokratie blieb es umso mehr, als sie in Preußen dauernd regierende Partei ist. Indem aber jede Reichsregierung dieser sozialdemokratischen Haltung mehr oder weniger bewußt Rechnung trug, verschaffte sie ihr Bedeutung und Ansehen in weiteren Kreisen und leistete damit ihrer Ausbreitung Vorschub. Auf solche Weise wurde das dem fremdgeistigen Einflusse unterworfene Gebiet des politischen Denkens allmählich größer.

4

Sind die Massen des Stadtproletariats dem Eindringen fremder politischer Losungen wehrlos preisgegeben und ihnen verfallen, so bilden sie auch für den Geist der Zivilisation einen aufnahmewilligen Boden. Der Atheismus hat sich ihrer ohne eigentlichen Kampf bemächtigt, er ist heute ein Bekenntnis, das jeder bei jedem anderen mit Selbstverständlichkeit voraussetzt und dessen Bezweifler Gefahr laufen, als geistig Unmündige betrachtet zu werden. Dieser Vorgang ist viel zu allgemein, als daß ihm nur äußerliche Umstände zugrunde liegen könnten. Er tritt zwar als Verfallserscheinung auf, aber es sind an ihm auch andere Kräfte beteiligt. Der Spätzeit gehört er insofern an, als er bürgerlichen Ursprungs ist und von der Intelligenz den proletarischen Massen übermittelt wurde. Aber daß diese ihn mit Begeisterung annahmen, als ob es ein neuer Glaube und nicht ein Unglaube sei, rückt den Vorgang aus dem Bereich der reinen Verfallserscheinungen heraus.

Er war ein Ausdruck des Gegensatzgefühls, aus dem der neue Stand zu leben begann. Er war die Verneinung des überkommenen religiösen Bekenntnisses. Wie der Arbeiter, sobald er sich als Unterschied erkannte, alle gegebenen Lebensformen verneinte, so wandte er sich auch gegen die vorgefundene Form, in welcher die Zeit ihrem Verhältnis zum Ewigen Ausdruck gab. Nach dem Neuen, nach der Verneinung des Überlieferten verlangend, mußte er in der gänzlichen Zerstörung des Gottesglaubens und in dem Bekenntnis zur Gottlosigkeit das Neue sehen, das ihm angemessen sei. Die Apostel des Verfalls werden immer ihren stärksten Anhang außerhalb der verfallenden Welt finden und zunächst den neuen Stand begeistern, der über den alten hinweg zur Führung will Wie der wartende Thronfolger es im Herzen mit der Opposition hält, so wendet sich der neue Stand denen zu, die an der Auflösung der alten Ordnung arbeiten, obwohl diese nicht zu ihm gehören, sondern durch

die Scheide zweier Geschichtsepochen von ihm getrennt sind. Wann die Apostel des Verfalls und der von ihnen geistig geführte neue Stand sich als die Gegensätze erkennen, die sie sind, hängt von dem Reifwerden des neuen Standes ab.

Im demokratischen Staate mußte die Glaubenslosigkeit des Stadtproletariats eine für die Politik entscheidende Bedeutung gewinnen. Der alte Staat hatte noch die Kraft besessen, den religionsfeindlichen Strömungen zum Trotz ein christlicher Staat sein zu wollen. Die Republik konnte nur ein weltlicher Staat sein, und sie konnte nicht einmal volle Toleranz üben, sondern mußte es geschehen lassen, daß die kämpferisch organisierte Glaubensfeindlichkeit vielfach in die öffentlichen Einrichtungen eindrang. Die Abschaffung des Gebets und des geistlichen Liedes in den Schulen, in öffentlichen Krankenhäusern und anderen Wohlfahrtsanstalten, die Herabwürdigung der Religion in sogenannten weltlichen Schulen, die Ausschreitungen atheistischer Schulaufsichtspersonen, die Abschaffung des Buß- und Bettages in einzelnen Ländern bezeugen dieses Eindringen. Wenn der jüdische Stadtschulrat der Reichshauptstadt es mit seinem Amte vereinbaren zu können glaubt, öffentliche Propagandareden für den Kirchenaustritt zu halten, so gehört dazu der Hintergrund einer Massenstimmung, die stärker ist als der Staat.

5

Die Apostel des Fortschritts durch Glaubenslosigkeit irrten in einem Punkte. Sie meinten es vermutlich ehrlich, wenn sie verhießen, daß die radikale Ausrottung des Gottesglaubens den Weg zum höchsten Menschenglücke freimache. Sie waren redliche brave Leute. Voll von Lesefrüchten aus Darwin und Haeckel konnten sie stundenlang eine Versammlung fesseln und erwarben dadurch bei den einfachen Zuhörern den Ruhm einer gewaltigen Gelehrtheit. Die da vor ihnen saßen, Handwerksgesellen und Tagelöhner, verstanden zwar

nicht alles, was sie hörten, aber sie waren gekommen, um ihrer Seele einen Sonntag zu suchen, den diese sonst nicht mehr fand, und da sie nun so neue kühne Dinge vernahmen, glaubten sie, dies müsse ihr Sonntag sein, und der Redner gewann ihr Herz. Wenn sich dann noch ein Geistlicher zur Widerrede erhob, dann ging eine unwillige Bewegung durch den Saal: was wollte der zu ihnen sprechen — ihn kümmerte doch sonst nicht, was mit den Armen geschah, und man machte sich seine Gedanken darüber, warum jetzt plötzlich der „schwarze Gendarm" erschien und die Freude störte. Aber der Held des neuen Glaubens war ihm gewachsen. Er verkündete das „Evangelium des freien Menschen" und weissagte einen Himmel auf Erden; wie konnte ein Geistlicher dagegen aufkommen, der von Demut und Gehorsam sprach?

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß der Gottesglaube doch andere Aufgaben hat, als nur Völker im Gehorsam zu halten und Pfründen zu schaffen. Früher, als man den Glauben hatte, konnte man das freilich nicht wissen. Erst als er geschwunden war, als der Mensch nicht mehr die Fähigkeit des Glaubens besaß, sah man sich zu der Einsicht gezwungen, daß mit dem Glauben ein Besitz verlorengegangen war — der Mensch war ärmer geworden. Der Mensch in den Zeiten des Glaubens konnte sich aus dem Kampfe des Lebens, wenn er seine Kräfte am Ende fühlte, zurückziehen, er hatte eine Zuflucht besessen — das war sein Gottesglaube gewesen. Der Glaube gab ihm Trost und Versöhnung oder Zuversicht und Kraft. Solche vom Lebenskampfe zerwühlten Menschen „sammelten" sich bei ihrem Glauben. Der Mensch ohne Glauben hat diese Zuflucht nicht mehr. Wenn den das Leben hart angreift, so hat er keine Stätte, die ihn birgt und kräftigt. Er hat nichts, was ihn der Zeitlichkeit entrücken könnte — das Ewige ist für ihn nicht mehr da. Er kann nur von einem Orte der Zeitlichkeit zum andern entweichen — er kann sich „zerstreuen". Er kann andere Reize auf seine Sinne wirken lassen, doch müssen sie

allmählich immer stärker werden, wenn sie wirken sollen. Von diesem Tatbestande aus hat den Menschen der Zivilisation eine Ruhelosigkeit ergriffen, die ihn nach immer stärkeren Reizen jagen läßt. Die Aufgabe des Lebens ist von innen nach außen verlegt worden.

Damit ist der „Materialismus" aus einer Lebensdeutung zur Lebensform geworden. Das Trachten, das den Menschen bewegt, ist nun in einem Grade auf dingliche Güter gerichtet, daß es andere Ziele kaum noch gibt. Das Wertempfinden für Güter nichtdinglicher Art ist erstorben. Nun aber zeigt sich, daß menschliches Leben ohne geglaubte Beziehung zum Göttlichen nicht Erhöhung, sondern Erniedrigung und Verfall bedeutet. Wir wissen heute, daß das Leben einer Achse bedarf, die seiner Bewegtheit Mittelpunkt und Halt ist, wenn es sich nicht verlieren soll, und schöpfen diese Einsicht aus den Erscheinungen der Gegenwart. Die Zivilisation ist die Lebensform des Menschen ohne Ideal und hat darum nichts, was ihn über sich selber hinausweist und ihm die Kraft zu Dienst und Opferung geben könnte. Er hat nichts, das in seiner Vorstellung mehr ist als das eigene Ich; er ist, und damit ist sein entscheidendes Merkmal genannt, ein Mensch ohne Ehrfurcht. Er hat nur Interessen.

Dieser Mensch giert nach Reizen und Sensationen. Er jagt und sucht, denn er fühlt, daß ihm etwas verlorengegangen ist, er fühlt die Öde in sich, und es treibt ihn, sie auszufüllen. Er kann das Gefühl der Leere in sich weder leugnen noch unterdrücken, aber er kann es auch nicht stillen. Sein gesamter Lebenskreis ist aus diesem Hunger nach Reizen und Sensationen bestimmt. Was in den Bereich der Zivilisation gerät, wird auf seine Sensationsreize hin untersucht; hat es keine, so sucht man sie hineinzutragen, geht das nicht, so bleibt es unbeachtet und wird als wertlos beiseite geschoben. Diese Welt der Zivilisation braucht heute sechsmal am Tage eine neue Zeitung und wird sie bald stündlich brauchen und erhalten Sie braucht eine Zeitung besonderer

Art, sie braucht die Aufregung, den Nervenkitzel. Man betrachte die typischen Blätter dieser Art und versuche sich vorzustellen, wie der Mensch beschaffen sein muß, für den sie gemacht werden. Die einfachen Unglücksfälle: Feuersbrünste, Eisenbahnzusammenstöße, Erdbeben sind reizlose Kost, wenn ihnen nicht eine dreistellige Zahl der Todesopfer, ein damit verbundenes Verbrechen oder ein anderer aufregender Umstand einige Würze gibt. Enthüllungen aus dem Privatleben bekannter Persönlichkeiten, Prozesse mit politischem und sexuellem Hintergrund, Indiskretionen aus den Ämtern, das Leben der Verbrecher und Dirnen — das sind die Stoffe, aus denen diese Zeitungen ihr tägliches Gewand herstellen. Oder man betrachte die unaufhaltsame Verdrängung des ernsthaften Buches durch das geistig anspruchslose, auf Sensationsreize bedachte Machwerk, und man prüfe an den Berliner Bühnen, was aus diesen ehemals moralischen Anstalten in unserer Zeit geworden ist. Man nennt es den Rhythmus des modernen Lebens, wenn der Kinobesucher heute in der Woche drei- oder viermal eine Dichtung im Anderhalbstundentempo in sich aufnimmt, mit der man vor dreißig Jahren einen ganzen Monat seine Feierabendstunden ausfüllte. Buch und Bühne entwickeln sich in der gleichen Richtung, sie verlieren ihren bildenden Wert, häufen die Sensationsreize und arbeiten an der Auflösung jener Vorstellungen, auf denen die inneren Bindungen des Menschen, Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein beruhen. Die großartige Entfaltung des Sports steht teilweise ebenfalls im Zeichen der Sensationsgier. Die großen Schaukämpfe von Boxern und Fußballspielern haben mit Leibesübungen nur noch äußere Beziehungen, sie sind für die Veranstalter Geschäft und für den Zuschauer Sensation. Ein Symbol für die innere Unrast ist der Kampf um die Schnelligkeitsrekorde bei den Läufern, Motorfahrern und Fliegern. Der Sport verliert seinen ursprünglichen und eigentlichen Sinn, sein Reiz liegt nicht mehr in dem, was er ist, sondern

in der Wirkung nach außen. Die Sportübung wird mehr und mehr Vorbereitung auf das Schauspiel.

In dieser nach Reizen jagenden Welt steht die Arbeit als ein düsteres Muß. Sie ist die Schattenseite — für die Masse der gefürchtete und gehaßte Bezirk des Lebens, der ohne Reize ist und nur Büßung auferlegt. Der selbe Geist, der das Leben der Zeit mit Reizen übersättigt, macht aus der Arbeit ein freudloses Tretwerk. Ein Widerspruch zwischen Arbeit und Leben hat sich aufgetan, wie ihn keine Zeit vor uns kannte. Der Arbeiter der Zivilisation bewegt sich zwischen zwei Welten. In der einen umgibt ihn der schillernde Tand der Kinos, Cafés und „Bierpaläste", der Betrieb und Rummel großstädtischer Zerstreuung, in der andern ist er der graue Sklave der rationalisierten Fabrik, die namenlose Blechmarke am Kontrollbrett. Zu jener fühlt er sich hingezogen, in dieser trägt er bitter und dumpf sein Sklaventum. Zu Hause ist er weder dort noch hier. Aber doch ist der Kontrast nur äußerlicher Art. die entseelte Arbeit und die entseelte Zivilisation gehören zusammen, und ihr Gegensatz erscheint als der Versuch, einen Ausgleich zu schaffen. Doch es gibt nichts, das die verlorene Werkfreude ersetzen könnte. Keine Sozialfürsorge, kein Lohn, keine „Kultur der Masse" kann hier helfen. Wo das Herz krank ist, da hilft es dem Menschen nichts, daß er seidene Wäsche trägt Werkfreude gehört zu jenen Dingen, die aus der Gnade eines großen Glaubens kommen.

Noch kann keiner sagen, wohin diese Entwicklung führt. Aber wir ahnen ihre ernste Bedeutung. Der Fortschrittswahn hat seine Kraft verloren. Nur ein ahnungsloses Kindergemüt wird noch an Fortschritt glauben können. Wir werden die dinglichen Güter weiter vermehren. Die Technik wird uns noch viele Bequemlichkeiten schaffen, sie wird noch manche Aufgabe lösen und vielleicht sogar noch verwirklichen, was heute die kühnste Phantasie von ihr fordert: die Überwindung des größten Raumes. Wir werden eine Fülle der „Errungen-

schaften" um uns häufen, aber mitten in dieser Fülle werde
wir hungern und dürsten, und je reicher und bunter uns
Leben zu sein scheint, umso ärmer und öder wird es sein. Un
der Mensch wird des entseelten Lebens satt werden. E
wird es wegwerfen, wie jene siebzehntausend Selbstmörder
die heute unser Jahrestribut an die Zivilisation sind; e
wird es verhindern, wie die sinkende Geburtenziffer anzeigt
deren Beziehung zum Geiste der Zivilisation nicht bezweifel
werden kann. Was danach kommt, ist die bange Frag
derer, die um diese Zusammenhänge wissen. Verjüngung de
abendländischen Völker ist nur aus dem Aufsteigen eine
neuen Gläubigkeit möglich, die dem Leben wieder schenkt
was es verloren hat: innere Fülle aus dem göttlichen Schoß
seiner Herkunft.

6

Mit dieser zeitgegebenen Geistesverfassung hat sich de
neue Staat von Anbeginn an auseinandersetzen müssen Si
ist nicht jäh aus der Tiefe aufgeschossen. Es gibt keinen Bli
aus heiterm Himmel. Es gibt keinen Umschlag im Wese
der Zeiten, der sich nicht vorbereitet und angekündigt hätte.
Auch der Krieg ist nicht der Schöpfer dieser Geistesverfassung.
Sie war schon dem alten Reiche nicht fremd. In die Lebensformen der Zivilisation sind wir seit einem halben Jahrhundert oder mehr hineingewachsen; die wilhelminische Zeit machte dies den schärferen Blicken sichtbar. Der Krieg brachte Gegenkräfte in Bewegung Aber der Zusammenbruch entmachtete sie wieder und gab dem Geiste der Spätzeit und dem Fremdgeiste den Weg frei. Darin lag die Schwierigkeit der Aufgabe: eine Zeit staatlich zu binden, deren Geist der Bindung widerstrebt; ein Volk als politische Macht neu zu organisieren, in welchem die politischen Losungen feindlicher Staaten mächtig geworden sind.

Der Staat sah sich in seinem Wesen und in seinen Zwecken bestritten. Sein Autoritätsanspruch stieß auf den Geist der Zivilisation, der die Autorität verneint Denn der Macht-

anspruch des Staates wurzelt zuletzt im Mythischen und kann innerlich nur dort bejaht werden, wo der Einzelmensch etwas als seiend empfindet, das über ihn selber hinausgeht. Dessen ist der Mensch der späten Zivilisation nicht mehr fähig. Seine Fassungskraft, längst zu schwach geworden, um das Göttliche zu begreifen, versagt auch vor dem Wesen der Volkheit. Die Nation ist ihm ein Atavismus, eine Barbarei, auf deren Überwindung er stolz ist. Volksgebundenes Denken gilt ihm als unmodern und kulturlos.

Was diese Geistesverfassung für den Staat bedeutet, versteht man erst, wenn man sich dessen erinnert, daß ihr eigentlicher Sitz die Großstadt ist. Die Politik blickt auf die Großstadt, nicht auf das Land. Das Land ist ruhig und geduldig. Die Großstadt aber mit ihren Möglichkeiten der schnellen Mitteilung, mit ihrem Straßengewimmel und ihrer Presse, ist immer zur Kritik geneigt, ist leicht beweglich und voller Unruhe. Das Land ist harmlos, die Großstadt gefährlich. Darum entscheidet die Großstadt über die Politik und nicht das Land. Außerdem aber: die Geistesverfassung des Zivilisationsmenschen breitet sich aus, sie ist eine wachsende Macht. Auch das ist ein Grund, der den Staat bestimmt, sich ihr anzupassen. Hier erhebt sich die Frage: wer ist eigentlich der Staat? Die Antwort der Reichsverfassung, daß alle Gewalt „vom Volke ausgehe", ist selbstverständlich nur eine der mannigfachen Fiktionen, denen man in den neuzeitlichen Staatsverfassungen begegnet. Das Volk ist eine in Parteien aufgespaltene Masse und kann als Volk keine Macht ausüben. Die Macht liegt bei den Teilen, nämlich bei den Parteien, und wird ausgeübt von den Fraktionen. Sie sind es, die über die Staatsgewalt verfügen, obwohl die Reichsverfassung weder Parteien noch Fraktionen nennt. Dieser Umstand ist für das staatliche Leben von einiger Bedeutung. Parteien und Fraktionen haben weder rechtlich noch tatsächlich eine Verantwortung. Der Staat kann keine Rechenschaft von ihnen fordern. Ihre „Verantwortung"

tragen sie vor der amorphen Masse des Volkes, wo sie sich im Wahlkampfe verflüchtigt. Die Träger der Macht sind nicht persönlich haftbar, sie sind in einem weit höheren Grade souverän, als es der Reichspräsident ist oder die Krone früher war. Ihre Tätigkeit ist nur mit dem einen Risiko verbunden: nicht wiedergewählt zu werden. Aber auch dieser Einsatz ist durch das Listenwahlsystem von der Person auf die Partei übertragen. Der Kampf um die Macht ist ein Kampf um die Sympathien der großstädtischen Wählermassen, und er wird immer weniger Ideenkampf und immer mehr Opium. Diese Verflachung des Wahlkampfes ist nicht zu verhindern, er muß angesichts des Gegenstandes, um den er geführt wird, demagogisch entarten. Eine ernsthafte Rechenschaftslegung wäre wohl möglich, aber wirkungslos, weil langweilig und ohne Reiz.

So ergibt sich aus diesem Tatbestande eine Schwäche des Staates, die zunächst in der oberen Führung zutage tritt. Unter der Losung, daß die Verwaltung demokratisiert werden müsse, ergreift sie das Beamtentum. Demokratisierung heißt hier Unterwerfung des ausführenden staatlichen Apparates unter die Diktion des Parteigeistes und Anpassung an die Geistesverfassung der großstädtischen Wählermasse. In dem Umfange, wie dieses Bestreben Erfolg hat, teilt sich die Schwäche auch dem Unterbau des Staates mit, und es entsteht der Staat als Kompromiß: als Kompromiß zwischen seinem Autoritätsanspruch und dem bindungsfeindlichen Geiste der Zivilisation.

Man betrachte die Entwicklung des neuen Staates unter diesem Gesichtspunkt: Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege zeigen im allgemeinen gleichermaßen ein Zurückweichen, mindestens eine zunehmende Widerstandslosigkeit vor den Ansprüchen der Masse. Der Staat verliert mehr und mehr den Mut, selber Anspruch zu sein und Ansprüche zu stellen. Es fehlt ihm das Bewußtsein der Selbstherrlichkeit. Das Wort von der Hoheit des Staates wirkt als inhaltlose Phrase

und tote Formel. Die Beziehung des einzelnen zum Staate ist nicht mehr durch das Bewußtsein der Verpflichtung bestimmt, sondern durch Forderung und Anspruch.

Aus dem Gegensatze zwischen dem geschichtlichen Charakter des Staates und dem bindungsfeindlichen Geiste der Spätzeit erklären sich viele der befremdlichen und beunruhigenden Erscheinungen unserer Tage. Zu ihnen gehören die Versuche, die Wehrmacht des Reiches dem unmittelbaren Einflusse der Parteien zu unterwerfen. Sie werden aus dem Gefühl unternommen, daß die Wehrmacht als Verkörperung unbedingter Staatshoheit und heroischen Pflichtgeistes ein Fremdkörper im neuen Staate sei. Ihnen ist auch der Kampf gegen die Tradition zuzuzählen, denn Tradition ist Bindung und damit dem Geiste dieser Zeit ein feindliches Element. Unschwer wird man erkennen, daß auch die Erscheinungen, die man zusammenfassend als die Vertrauenskrisis der Justiz bezeichnet, in diesem Gegensatz wurzeln.

Der Kampf ist noch nicht zu Ende, der Geist des neuen Staates ist noch umstritten. Wir werfen zum Schlusse einen Blick auf die Kräfte, die dem Fremd- und Spätgeiste entgegenwirken.

Widerstand und neues Leben

1

Die Lage des deutschen Volkes wäre hoffnungslos, wenn es nicht auch Kräfte des Widerstandes gegen das Umsichgreifen dieser Geistesverfassung in sich trüge und kämpferisch entwickelte: wenn es nicht den Fremdgeist und Spätgeist als Schwäche und Verfall empfände und sich ihm widersetzte. Solange das geschieht, ist die Hoffnung möglich, daß es dem deutschen Volk gelingen wird, den augenblicklichen Zustand zu überwinden und nicht nur Freiheit und Größe zurückzugewinnen, sondern wieder seine Führeraufgabe als Kernvolk

des Abendlandes auf sich zu nehmen und dem Leben der europäischen Völker neue Gestalt zu geben. Es ist vermessen, in unserer Zeit von einer solchen Aufgabe zu sprechen. Aber es wäre sträflich, von ihr zu schweigen.

Die Führung im abendländischen Geistesleben ging uns verloren. Der Geist der Westvölker prägte seitdem das Gesicht Europas. Die Lebensformen der Zivilisation sind nicht von uns geschaffen, wir haben sie übernommen. Der nicht in sie hineingeborene deutsche Mensch fühlt ihre Fremdheit. Er trägt den Widerstand gegen sie in sich. Es ist der Widerstand gegen die Entseelung des Lebens, in welcher der Deutsche die Gefahr der Auflösung und des Verfalls der Gemeinschaft wittert. Aus dem volkhaften deutschen Wesen ergibt sich die Abwehrstellung gegen den Geist der Zivilisation. Da er ein vordringender Geist ist, so trägt der Widerstand gegen ihn ein konservatives Gepräge. Der Auflösung wirft sich der Wille zur Erhaltung entgegen. Die Äußerung deutschen Wesens erscheint darum „reaktionär".

In diesem Tatbestande wurzelt das tiefe Mißtrauen, mit welchem uns die Westvölker begegnen. Jene ahnen unsere Wesensverschiedenheit, sie wissen um unser Anderssein und empfinden uns als fremd, so wie der volkhaft bewahrte Deutsche sie als fremd empfindet. Es ist ein Unterschied vorhanden, der schwer feststellbar und unerklärlich ist, weil er in Wesensgründen liegt, die der verstandesmäßigen Erforschung unzugänglich sind. Dieses Anderssein empfinden sie als Drohung und stehen gegen uns überall in Abwehr, wo unsere volkseigene Art sich geltend machen will. Was uns von den Westvölkern trennt, läßt sich nur so ausdrücken: Jene haben in der Zivilisation die ihrem Wesen gemäße Lebensform geschaffen, sie haben sich in diesem Werke von ihrer Trächtigkeit erlöst; uns hat ein hartes Schicksal diese Erlösung verwehrt, wir haben uns die fremde Lebensform aufnötigen lassen müssen und sind darum bei aller Anpassung an sie ihr ständiger Widerspruch. So tragisch dieser

Gegensatz für das heutige Europa ist, so ist er doch zugleich eine Hoffnung: jene sind fertig, wir haben noch nicht begonnen.

2

Die konservative Geisteshaltung des Widerstandes ist aus der Tatsachenlage mit Notwendigkeit gegeben. Sie drängt sich als Abwehr des ausgreifenden Geistes der Entseelung und des Verfalls auf. Konservativ heißt in diesem Falle das innere Verbundenbleiben mit dem volkhaften Lebensgrunde, heißt Bewahrung unserer seelischen Form. Aber konservativ kann nicht der endgültige Ausdruck des Widerstandes sein, vielmehr ist es sein geschichtlicher Beruf, sich im Zeitmaße der vordringenden Auflösung zum schöpferischen Revolutionärtum zu entfalten. Andererseits ist es jedoch mit jener Notwendigkeit vermacht, daß sich den für die Zukunft wirkenden Kräften des Widerstandes andere gesellen, die der Vergangenheit angehören. Deutlicher gesagt: In dem Widerstande gegen den Geist der Überfremdung und der Entseelung begegnen sich revolutionäre und reaktionäre Kräfte, sie begegnen sich in der „nationalen Bewegung", das heißt in den Parteien und Bünden, deren Gemeinsames in der Ablehnung der formaldemokratischen Regierungsform und im Kampfe gegen den außenpolitischen Druck liegt.

Diese Zusammengesetztheit aus geschichtlich ungleichartigen Kräften bedingt die heutige Schwäche der nationalen Bewegung. Denn es leuchtet ein, daß sich die in ihr vereinigten Strömungen ihres Gegensatzes je länger je mehr bewußt werden müssen, und daß darum ihre Gemeinsamkeit immer mehr erschüttert und unwirksam wird. So hat die nationale Bewegung längst jene imponierende Einheitlichkeit verloren, die ihr in den ersten Nachkriegsjahren zu eigen war und den Rang einer beachtlichen politischen Macht verlieh. In dem Maße, wie sich ihre Geschlossenheit auflöste, büßte sie ihre Bedeutung für die Politik des Tages ein. Dieser Verlauf der nationalen Bewegung, äußerlich sichtbar in den Kämpfen,

die sich in ihr abspielen, hat den Eindruck hervorgerufen, daß sie überhaupt am Ende und ihre Sache verloren sei.

Was daran richtig ist, muß die Zukunft erweisen. Einstweilen hat dieser Verlauf dazu geführt, daß der Fremd- und Spätgeist das deutsche Leben weithin beherrscht und sich als die legitime Geistesverfassung fühlt und ausgibt. Er tritt heute mit dem Anspruche auf, der „republikanische Geist" zu sein, und ist es in dem Maße, wie er sich den Staat unterwirft. In seinem Machtbereich ist jeder Ausdruck deutschbewußten Geistes geächtet, und es hat sich der Widersinn herausgebildet, daß es als staatsfeindlich und staatsgefährdend gilt, für die Freiheit, Größe und Machterhöhung des Staates zu arbeiten und einzutreten. Es gilt als ein staatsgefährdendes Beginnen, die Jugend im Schießen zu unterrichten und zu Übungen im Gelände anzuhalten. Zwar war einmal die Wehrhaftmachung des Volkes eine demokratische Forderung, aber die Unterwerfung unter den Fremdgeist zwingt die heutige deutsche Demokratie dazu, ihre eigene einstige Forderung zu verleugnen. Im republikanischen Deutschland ist die militärische Ohnmacht des Staates zu einem Glaubensartikel geworden. Es ist republikanischer Geist, über der Wehrlosigkeit zu wachen und zu verhindern, daß die deutsche Republik wehrhaft werde. Es ist dem Geiste der Republik entgegen, die Erinnerung an frühere deutsche Größe wachzuhalten und zu pflegen Dem entspricht der Kampf gegen die Kaiserbilder in den öffentlichen Gebäuden, gegen die historischen Namen von Straßen, Plätzen und Brücken. Als es ein Reichspostminister wagte, eine Briefmarke mit dem Bildnis Friedrichs des Großen herstellen zu lassen, erhob sich der republikanische Geist in heller Empörung und setzte es in verschiedenen Ländern durch, daß diese Marke amtlich nicht benutzt werden durfte. Unter der Führung des republikanischen Geistes begann eine Säuberung der Schulbücher mit dem ausgesprochenen Ziele, die Spuren kriegerischer Tradition aus ihnen zu entfernen.

Dieser republikanische Geist, der von den Toten des Weltkrieges sagt, sie seien „auf dem Felde der Unehre" gefallen, der in breiter Öffentlichkeit die Kriegsdienstverweigerung propagiert und über jeden Landesverräter seine schützende Hand hält, der für die zwanzigfachen Raubmörder von Leiferde nach Gnade und für die in tragische Schuld verstrickten „Fememörder" nach dem Henker rief — dieser Geist hat sich längst in die deutsche Staatlichkeit hineingebohrt, und wenn es auch noch nicht so weit gekommen ist, daß man ihn als den Geist des neuen Staates anerkennen müßte, so läßt sich doch das Eingeständnis nicht umgehen, daß er den historischen Charakter des Staates in wesentlichen Zügen nach seinem Willen umgeprägt hat und mit unverkennbarem Erfolge daran arbeitet, seinen Ansichten und Zielen die Autorität des Staates zu verschaffen. Der natürliche Widerstand des Staates wird zusehends schwächer; wie gering er ist, läßt der Einfluß erkennen, den der Staat der „republikanischen Beschwerdestelle" eingeräumt hat: eine offenkundig parteipolitische Späher- und Angeberorganisation hat den Rang einer quasi-staatlichen Überwachungsbehörde erreicht.

Man muß den Zusammenhang im Auge behalten der Staat wird einem Geiste dienstbar gemacht, der sich gegen seine eigenen Grundlagen und Voraussetzungen richtet, er wird gehindert, seine natürlichen Funktionen zu erfüllen, er hört auf, Ausdruck des volklichen Lebenswillens zu sein, und wird ein Werkzeug zur Niederhaltung des natürlichen Dranges nach nationaler Freiheit und Größe.

Diese Entwicklung führt zu einer Entfremdung von Staat und Nation. Der Staat steht nicht mehr dort, wo das Gewissen der Nation lebt und wo ihr Herz schlägt. Er steht unter der Herrschaft derer, die selber Hörige eines fremden Geistes sind, für welche die Nation ein überwundener Begriff ist.

Eine an den Äußerlichkeiten haftende Betrachtung könnte

die Lage dadurch gekennzeichnet finden, daß eine andere soziale Schicht, die Arbeiterschaft, die Macht über den Staat erlangt hätte. Das wäre jedoch falsch geurteilt. Der Arbeiter steht nicht als ein geschlossener Stand im politischen Leben der Gegenwart, sondern bildet bei allen großen Parteien den Hintergrund der Wählermassen. Die heutige Lage ist die, daß ein anderer Geist, und zwar ein Geist, der den historischen Charakter des Staates verneint und der sich einem Teile des innerlich noch unfertigen Arbeiterstandes aufdrängen konnte, vom Staate Besitz ergriffen hat. In diesem Verhältnis hört der Staat mehr und mehr auf, ein nationaler Staat zu sein, er wird ein Geschäfts- und Wirtschaftsstaat, dessen nationalpolitische Schwäche es bedingt, daß er als das, was er ist, nämlich als Wirtschaftsstaat, das Operationsfeld stärkerer Mächte wird.

3

Durchdringt man diese Entwicklung bis in ihre letzten erschließbaren Gründe, so wird klar, daß sie nicht allein von der Politik her überwunden werden kann. Politische Kräfte erzeugen sich nicht selber, sondern sind Äußerungen geistig-seelischer Zustände. Die letzte Entscheidung über den Ausgang der deutschen Staatskrisis ist nicht eine Frage der politischen Propaganda. So aufdringlich diese auch an uns herantritt, so ist sie doch nicht die entscheidende Macht, für welche sie zumeist gehalten wird. Auch die umfassendste und gewandteste Propaganda kann ohne Wirkung bleiben. Immer kommt es darauf an, in welchem Grade es ihr gelingt, den vorhandenen geistig-seelischen Zuständen Ausdruck zu geben.

Die politische Propaganda ist darum nicht bedeutungslos. Sie ist das auslösende Mittel, das ruhende Kräfte in Bewegung bringt. Aber wie das Zündhütchen in der Patrone wirkungslos verpufft, wenn seine Flamme keine Ladung trifft, so stößt die Propaganda ins Leere, wenn in der Masse der geistig-seelische Zustand fehlt, auf den sie berechnet ist

Dieser Zustand läßt sich nicht erzeugen. Sein Entstehen liegt außerhalb des propagandistisch erreichbaren Gebietes. Er ist blut- und raumhaftes Schicksal.

Die Frage nach dem Ausgange der deutschen Staatskrisis ist die Frage, ob unser Volkstum in der Lage ist, sich eine neue geistige Ordnung zu schaffen, ob sein Blut kräftig und trächtig genug ist, um aus der Einmaligkeit des deutschen Welterlebnisses den einmaligen deutschen geistig-seelischen Lebensgrund zu bilden. Bisher lebten wir in fremden Wertungen, lebten nach dem Geist der Westvölker, lebten schief und schlecht und in Zwiespalten, die bis auf den Grund unserer inneren Welt reichen. Nach fremden Wertungen formten wir unser Leben innen und außen. Es fragt sich, ob wir die Kraft zur Aufstellung und zum Bekenntnis eigener Werte haben — ob wir Kraft und Mut genug besitzen, um die Revolutionäre des abendländischen Geistes zu sein. Das ist die deutsche Frage.

Wir suchen die Antwort in Vergangenheit und Gegenwart unseres Volkstums. Wir sehen unsere geistigen Ahnen, die um den Ausdruck des deutschen Welterlebnisses gerungen haben — und wir glauben an unser Volk. Wir glauben an die Unerschöpftheit seines seelischen Besitzes Durch vier Jahrhunderte geht der deutsche Protest gegen den Geist des Westens, gegen seine Herrschaft über unser Denken. Luther war Protest, und Leibniz war es, beide waren es bewußt. Das friderizianische Preußen und das klassische Weimar waren deutscher Aufstand gegen fremde Herrschaft. Fichte war ein hallender Kampfruf zum deutschen Aufbruch. Und stehen nicht Wagner und Nietzsche, steht nicht auch Bismarck in unmittelbarer Beziehung zu diesem Ringen um den Ausdruck des deutschen Weltgefühls? In den Dichtern der Romantik wird es Wort, und es ist nicht bedeutungslos, wenn Heine diese verspottet und das deutsche Kunsturteil über sie umso abweisender lautet, je williger sich die geistige Oberschicht dem Westen erschließt. Erst jetzt, wo diese Zusammen-

hänge auch den schwächeren Augen deutlich werden, erken
wir die wahre Trostlosigkeit der wilhelminischen Zeit, a
wir sehen nun auch, daß die deutsche Gegenwart nicht ei
einen Bruch mit der wilhelminischen Vergangenheit darst
sondern wesenhaft ihre Steigerung und Vollendung bedeu
Der Geist der Republik ist echter, gesteigerter und un
hemmter wilhelminischer Geist; so eifernd er auch sei
Fluch gegen den entthronten Repräsentanten der Vergang
heit schleudert, er bleibt ihm doch in seiner westvölk
bestimmten „Modernität" verbunden. Über den Wilhelmin
mus und über seinen Ausläufer, das deutsche Republikan
tum, hinweg wird das neue deutsche Leben aufwachsen.

Schon kündet es sich an — zunächst als ein ruhelo
Suchen. In jenem Kampfe innerhalb der nationalen B
wegung, der ein Kampf gegen die Reaktion, gegen
Wiederkehr entseelter Formen ist, sucht das neue Leben sein
Weg durch die Wirnisse und Widersprüche des politisch
Übergangs. Pfadsucher sind es, die in den Bünden eine v
kalkte Gemeinschaft durchbrechen und sich um neue Losung
mühen. Vielleicht werden sie Sucher bleiben, aber es werd
auch die Pfadfinder kommen. Jetzt hat der Kampf um d
neuen Losungen auch die deutschnationale Partei ergriffen -
die Gefangenen der Vergangenheit und die freien Kämpf
der Zukunft haben einander erkannt. Geräuschloser, ab
kaum weniger ernsthaft, wenn auch weniger des Zieles bewuß
bereitet sich die Auseinandersetzung im Zentrum vor. I
Parteisozialismus hält der übermächtige Fremdgeist noch d
Ring geschlossen, aber er kann nicht verhindern, daß si
außerhalb des Ringes Keime der Rebellion bilden. Das all
ist Anfang, ist Suchen, vielfach zaghaft und in seiner Un
sicherheit irrend. Es ist noch ohne Beziehung untereinand
und weiß noch nichts von seiner Verwandtschaft. Dort beweg
es sich um die nationalen Aufgaben, hier kreist es um d
sozialen Probleme. Und doch ist es im Wesen nahe verwand
Eines haben diese jungen Kräfte gemein sie bäumen sich au

gegen die alten Wertungen, sie bestreiten das Vorrecht der „Interessen", sie fühlen sich abgestoßen vom mammonistischen Denken und seinen Idealen, sie entziehen sich dem Dienste der Scheinautoritäten und suchen den Ausweg aus der seelischen Wüste des Spätgeistes. Wenn der Deutschnationale Lambach gegen die Anbetung des monarchischen Prinzips aufsteht, wenn der Jungdeutsche Orden den Kampf gegen Plutokratie und „Parteiismus" predigt, bei den christlichen Gewerkschaften Strömungen auftreten, die als „fascistisch" angeklagt werden, und wenn aus den Reihen der jungen Sozialisten der Ruf laut wird: wir brauchen einen neuen Glauben! — so sind das zusammengehörende Erscheinungen, sind Äußerungen eines neu aufsteigenden Saftes, der den alten Baum der deutschen Volkheit verjüngen will.

Man dürfte ihnen vielleicht nicht diese Bedeutung zumessen, wenn sich nicht ein wesensverwandter Auftrieb im deutschen Schrifttum vollzöge. Bisher erreicht er nur mit seinen äußersten Spitzen das volle Licht unseres Tages, wo jeder ihn sehen könnte. Aber es ist hier mehr, als man sieht und vermutet. Schwer ringt das neue Leben um seinen Ausdruck. Die Feststellung eines der führenden Literatoren des Spätgeistes. man könne auf nationaler Seite nicht schreiben, ist berechtigt. Nein, man kann hier nicht schreiben, man verfügt nicht über die Glätte der Fertigen, man besitzt nicht die Beweglichkeit der Volksentbundenen, nicht den Witz der Ehrfurchtlosen, nicht die Klarheit der glaubensbaren Skepsis. Hier ist junges trächtiges Blut, hier ist Chaos, das in Sturm und Drang und in schmerzlichen Wehen um die erlösende Geistwerdung ringt. Wo aber dem Chaos vollendete Gestaltung entsteigt, da bleibt dem Spätgeist die Bedeutung des Vorganges verborgen und er hält für abwegiges Einzeltum, was emporgetriebener Ausdruck des chaotischen Ringens in der Tiefe ist.

Das Wort sei gewagt. es ist ein neues nationales Schrifttum im Entstehen Während die Musik, soweit sie nicht

vom alten Erbe zehrt, dem vernegerten Amerikanismus verfallen ist, während die Malerei von individuellen Launen lebt, und die Architektur teils in verspätetem Expressionismus, teils in kühnen Versuchen neuer Formen experimentiert, bereitet sich im Schrifttum der Durchbruch vor. Die Epochen grenzen sich hier nachweisbar voneinander ab. An jedem Buchladen kann man sie studieren. Da ist der Spät- und Fremdgeist, der mit der tragischen Größe des deutschen Schicksals ein frivoles Spiel treibt, und da ist der volkhafte Geist, der, vom Ressentiment endlich frei geworden, von dem waltenden Schicksal spricht — das Wort besiegelnd, daß es den Menschen erhebt, wenn es den Menschen zermalmt. Da sind diese Spiegelungen des Deutschen: der Tollersche „Hinkemann" und der raumsuchende Wanderer Frybott: beide Ausdruck des Geistes, der sie schuf und der um die deutsche Zukunft ringt. Aber der raumsuchende Deutsche geht, wie sein Gestalter Hans Grimm, nur als Vorderster einer drängenden Masse vorauf, und wenn man auf dieses Gedränge blickt, so wird es Gewißheit: hier sind Kräfte im Aufbruch, von denen große Wirkungen ausgehen werden. Ein neuer Zustand ist im Werden und für den Nahestehenden schon deutlich erkennbar. Auch in der Vorkriegszeit war volkhafte Dichtung lebendig. Namen wie Liliencron, Löns und Frenssen mögen andeuten, woran man dabei denkt. Aber diese Dichtung, wie sie selber nichts von einem Beruf wußte, wurde ahnungslos hingenommen und ihre Wirkung verlor sich in einem stillen Behagen an dem erfrischenden Sonderfall. In der Ferne stand wie magisches Nordlicht die hohe Kunst Stefan Georges, der, ein Seher auch in diesem Falle, wußte, daß sein Reich nicht von dieser Welt sein konnte. Nur in mythenhafter Umkleidung gab er die furchtbaren Gesichte, die ihm aus der Zeit aufstiegen, einem höheren Walten es überlassend, ob die Seele seines Volkes einst den Kern finden werde.

Heute ist uns das Licht näher gekommen und wir fühlen

den heraufziehenden Morgen. Eine neue Dichtung beginnt das Jetzt mit den Anfängen, das Zeitliche mit dem Ewigen zu verweben.

Diese Kräfte sind nicht nur in der Dichtung am Werke, längst haben sie auch die Wissenschaft ergriffen und bereiten ein neues Weltbild vor. Sie durchbrechen die Schranken der mechanistischen Auffassung und unterhöhlen die Fundamente des Lehrgebäudes, wie das neunzehnte Jahrhundert es errichtet hatte; und in diesen kühnen Vorstößen gewinnen sie eine neue Sicht auf die Stellung des Menschen im Ganzen der Schöpfung. Letzte Forschungsergebnisse verbinden sich mit uraltem Sagengut zu einer sinnvollen Ordnung, und es kann nicht überraschen, daß jetzt eine Lage wiederhergestellt wird, wie sie einst durch Leibnizens Monadenlehre für den deutschen Geist gegeben war: hier der Begriff des beseelten Stoffes, dort die Annahme des mechanistischen Atoms — hier deutsche, dort westvölkische Wesensschau. Diese ist am Ende, jene baut die künftige geistige Ordnung des Abendlandes.

Ein artgleicher Vorgang vollzieht sich in der Geschichte deutenden Wissenschaft, in der Wissenschaft von Volk und Staat. Wohl ist hier das Ressentiment noch stark, und es mag darum vielen noch nicht klar werden, was sich in Wirklichkeit begibt Auch hier geht es um die Befreiung von einer mechanistischen Auffassung, die westvölkisches Denken den Völkern und Staaten des Abendlandes übermacht hat. Es ist richtig, daß man in dem Suchen nach den Formen organischer Volksstaatlichkeit vielfach in die Irre geht. Aber man achte darauf, ob außerhalb dieser Bewegung überhaupt noch Grundsätzliches von Gewicht über Volk und Staat gesagt und geschrieben wird. Das staatspolitische Schrifttum des „republikanischen Geistes" ist jedenfalls einer der ödesten Bezirke der politischen Literatur unserer Tage. Ergreift dort aber ein Mann von geistiger Bedeutung das Wort, so wirkt er, wie beispielsweise Professor

Hellpach, notwendig als Außenseiter und Kritiker. Den mittelbaren Beweis für seine innere Armut erbringt das Republikanertum dieser Art selber durch seine Unduldsamkeit: indem es einen Flaggen- und Lippendienst zu erzwingen sucht, gesteht es ein, daß es auf geistig-moralische Eroberungen nicht mehr zu rechnen hat.

Diese Öde ist das Gegenstück der fruchtbaren Lebendigkeit auf der andern Seite, wobei freilich die Einschränkung am Platze ist, daß man den Geist der neuen Bewegung nicht oder doch am wenigsten bei den Parteien suchen darf. Der Zwang, stimmenwerbend auf Massen zu wirken, und nicht weniger die Verstrickung in das Kulissenspiel des Parlaments- und Fraktionsbetriebes führt immer zur Verflachung und Verödung des Geistigen. Der neue Geist baut seine Ordnung dort, wo er ohne beengende Rücksichten nur aus sich selber schafft. Dort bildet sich die neue politische und geschichtsdeutende Wesensschau und die aus ihr abgeleitete Grundsätzlichkeit. Wir finden sie — um durch einige Namen ihren Charakter und ihre Richtung anzudeuten — in Spenglers „Preußentum und Sozialismus", bei Moeller van den Bruck im „Preußischen Stil" und im „Dritten Reich", in Blühers Streitschrift „In deutscher und christlicher Sache" und in in einer Reihe von Zeitschriften, aus welcher die „Zeitwende" und das von Stapel und Günther herausgegebene „Deutsche Volkstum" hervorgehoben sei.

Der politische Gedanke kreist um das Problem der Demokratie, das er durch Überwindung des formalistischen Prinzips lösen will Damit berührt er den Herd der Krankheit, an welcher die abendländische Staatenwelt leidet und die durch die Diktatur wohl behelfsmäßig paralysiert, aber nicht endgültig behoben werden kann Hier steht er vor der Aufgabe, eine zunächst geistige politische Ordnung zu schaffen, die aus dem Verfall der Führung, der die unerbittliche Folgerung der formalistischen Demokratie ist, zu einer neuen volksverbundenen Führung hinüberleitet. Diese europäische Auf-

gabe kann nur der deutsche Geist lösen, er allein ist die noch unerschöpfte Kraft des Abendlandes. —

Der diesem gesamten aufsteigenden Leben innewohnende Sinn ist ein Drängen zu neuen Wertmaßen. Es ist ein durchaus revolutionärer Sinn. Es geht um den Sturz der Idole dieser Zeit. Ihre Throne wanken. Der deutsche Mensch nimmt den Kampf, seinen alten Kampf gegen den Geist der Diesseitigkeit und des dinglichen Nutzens wieder auf. Aber er führt ihn heute in einer anderen geschichtlichen Lage. Dieser Geist ist am Ende. Seine Welt zerfällt, und er kann den Verfall nicht aufhalten. Nur aus dem großen Gegensatz kann die Erneuerung des europäischen Lebens kommen — aus einem gegensätzlichen Weltbewußtsein und gegensätzlichen Lebenswerten. Das ist die deutsche Aufgabe, die Lebenswerte der abendländischen Menschheit von der Peripherie nach dem Innern zu verlegen und aus dieser Verlagerung das Leben neu zu ordnen.

Auf diese Kräfte müssen wir sehen, wenn wir die Frage nach der deutschen Zukunft stellen. Ihr Inhalt ist nicht der belanglose Streit: Republik oder Monarchie? Das ist eine falsche und eine kleine Frage, die den falsch und klein macht, der um sie streitet

Die deutsche Frage ist anders zu stellen. Sie heißt Auflösung oder neue Bindung? Zweckmäßigkeit oder Glaube? Genuß oder Dienst?

Als die Republik entstand, lockte sie mit der Verheißung: Frieden, Freiheit, Brot!

Der Weg zum neuen Deutschland öffnet sich nur durch Kampf, Gehorsam und Entbehrung.

Das eine heißt Siechtum, Ohnmacht und Verfall, das andere ist Auferstehung des Reichs

Ausblick

1

Die zehnte Wiederkehr des Tages, an dem das alte Deutschland zusammenbrach, wird vermutlich manche Kundgebung bringen. Man wird tun, als sei damals eitel Herrlichkeit und Vortrefflichkeit untergegangen, und wird mit Anklage und Vorwurf nicht zurückhalten. Andere werden in hohen Tönen von der Befreiung sprechen und den Zusammenbruch als glückliche Weltenwende preisen. Die Zwiespältigkeit unseres politischen Bewußtseins wird an diesem Tage in ihrer vollen Größe zur Schau gestellt werden, und wir alle werden zumindest innerlich Partei nehmen, werden anerkennen und verurteilen. Wir sind mit den Ereignissen noch nicht fertig geworden. Wir fühlen nicht nur, daß uns das Gleichgewicht noch fehlt, daß unsere Staatlichkeit die Ruhelage noch nicht gefunden hat — daß die Krisis unserer staatlichen Gemeinschaft heute nicht geringer ist, als sie im wilhelminischen Deutschland war, sondern wir fühlen zugleich, daß wir der mit ihr gesetzten Aufgabe innerlich noch nicht gewachsen sind. Wir alle, wo wir auch stehen mögen, sind uns der Unfertigkeit der deutschen Dinge bewußt und ahnen, daß sie die Unfertigkeit des deutschen Menschen ist. Der politische Kampf ist das unschöne verzerrte Abbild unseres Ringens mit uns selber. Erst in dem Maße, wie wir der Lösung der deutschen Aufgabe innerlich entgegenwachsen, werden wir die Fähigkeit erwerben, die hinter uns liegenden Ereignisse mit jener Ruhe anzusehen, die nur das Wissen um ihren Sinn geben kann: jene selbstbewußte Ruhe, die ihrer Kraft sicher genug ist, um sich des Haders enthalten zu können — die das Schicksal bejaht, nicht, um sich ihm willenlos zu unterwerfen, sondern um es zu meistern und selber Schicksal zu werden.

Der Wert eines Volkes bemißt sich nicht zuletzt danach, wie es mit seinem Unglück fertig wird, und was das Leid aus ihm macht. Noch schwankt die Wage, auf der wir gewogen werden. Es geht hier um das Erlangen eines inneren Maßes, das unserem geschichtlichen Erlebnis entspricht. Wir müssen fähig werden, die Rückgefühle von uns zu tun und in der Vergangenheit ein Höheres zu sehen als Unheil und Verbrechen. Können wir nicht an einen göttlichen Sinn der durchlebten Ereignisse glauben, so müssen wir ihnen einen großen menschlichen Sinn geben: wir müssen das Leid als eine Verpflichtung empfinden, als eine furchtbare Probe auf unseren Wert, der wir unterworfen wurden, um sie zu bestehen und größeren Dingen entgegenzuwachsen. Sodann aber brauchen wir für unser Handeln die Grundlage eines festen politischen Bewußtseins — ein sicheres Wissen um die Kräfte und Möglichkeiten der Zeit, das wir nur durch stete tätige Teilnahme an den Aufgaben des Tages erringen können. Nichts ist unfruchtbarer als die Abkehr von der Wirklichkeit, sei es zum abseitigen Träumen, sei es zum spöttelnden Aburteilen. Solches Abkehren ist immer eine Flucht vor der Not der Volkheit in feige Geborgenheit. Der Staat, wie immer seine Führung beschaffen sein mag, ist und bleibt die Lebensform des Volkes, zu dem wir durch Schicksal und Liebe gehören. Ihm sind wir zur tätigen Teilnahme an seinen Sorgen und Aufgaben verpflichtet.

Die Welt um uns geht ihren Weg, und wir müssen ihr zur Seite bleiben, müssen die Vertrautheit mit ihren Kräften behalten und dürfen nicht fremd in ihr werden.

2

Die in den verflossenen zehn Jahren eingetretenen Veränderungen werden uns nicht zu der Annahme verleiten, daß sich unsere Stellung in der Welt erheblich gebessert habe Man verkehrt zwar mit uns nicht mehr in befehlenden Ultimaten, sondern hat sich wenigstens äußerlich zu den üblichen Formen

zurückgefunden. Wir haben ferner als Mitglied des Völkerbundes und seines Rates die Möglichkeit, uns an den politischen Diskussionen der Mächte zu beteiligen, und haben dadurch eine engere Fühlung mit den weltpolitischen Strömungen und Vorgängen. Aber der erhoffte Einfluß auf die Lage der deutschen Minderheiten in fremden Staaten ist noch nicht erreicht, in der Frage der Abrüstung sind wir ebenfalls noch nicht weiter gekommen, und der Anschluß Österreichs ist noch nicht einmal amtlich diskutabel geworden. Eine Abkürzung der Besetzungsfristen wagt man kaum zu erhoffen, und in der Frage der „Reparationen" vertritt Frankreich den Standpunkt, daß ihre Höhe durch die Londoner Beschlüsse vom Frühjahr 1921 endgültig festgesetzt sei. Auch der nicht geringe Aufwand an diplomatischer Gewandtheit hat die Wirkung der tatsächlichen Machtverhältnisse nicht aufzuheben vermocht, was durch das Fortbestehen unserer politischen Vereinsamung am augenfälligsten belegt wird.

Ein neues Element ist durch den italienischen Faschismus in der europäischen Staatenwelt lebendig geworden. Der Faschismus, die erste siegreiche antidemokratische Revolution und als solche von geschichtlicher Bedeutung, tritt in der Außenpolitik als eine Steigerung des Machtwillens auf. Seine Aspirationen gehen auf Vermehrung des afrikanischen Kolonialbesitzes und auf Ausdehnung des italienischen Einflusses im westlichen Balkan, greifen aber auch nach Kleinasien hinüber. Im Vordergrunde stehen die Beziehungen zum jugoslawischen Staate, wobei Italien als Gegenspieler Frankreichs auftritt. Die französische Balkanpolitik, verkörpert in der „Kleinen Entente", erfährt von hier aus eine Störung, die sich zunächst in einer Verschärfung der Parteikämpfe in Jugoslawien und Rumänien äußert. Der alte Schnittpunkt großmächtlicher Interessen ist dadurch wieder in gefährliche Bewegung gebracht, die auch für die deutsche Politik beachtlich werden kann. Eine Lockerung des französischen Systems am Balkan wäre allgemeinpolitisch eine

Entlastung und würde auch für die Anschlußfrage wichtig werden können.

Im übrigen haben sich die Bedingungen für die deutsche Politik im Osten nicht wesentlich geändert, insbesondere hat sich noch keine Aussicht auf ein besseres Verhältnis zu Polen eröffnet. Die Zeit ist jedoch gekommen, wo Deutsche und Polen sich Rechenschaft darüber geben sollten, wofür sie eigentlich die Opfer bringen, die ihnen ihre Verfeindung auferlegt. Deutschland hat im wahrsten Sinne des Wortes wohlerworbene Ansprüche auf Gebiete, die heute dem polnischen Staate gehören. Es kann keine Rede davon sein, sie aufzugeben. Aber es muß versucht werden, eine Lösung im großen zu finden, die es verhindert, daß im Osten ein zweites Elsaß-Lothringen entsteht. Polen muß begreifen, daß die höchste erreichbare Sicherheit seines staatlichen Daseins nur durch ein vollkommenes Einvernehmen mit Deutschland gewährleistet werden kann, und daß keine Ordnung in Osteuropa Bestand hat, die nicht von Deutschen und Polen gleichermaßen anerkannt wird. Die deutschpolnischen Beziehungen müssen aus der Sphäre der Grenzstreitigkeiten herausgehoben werden. Die Grenzen beider Staaten müssen aufhören, Trennungen im heutigen absoluten Sinne zu sein. Eine Politik der Annäherung muß die Voraussetzungen für eine weitgehende Gemeinsamkeit schaffen, als deren abschließendes Ergebnis ein festgefügter Staatenblock von der deutschen Westgrenze bis an Weißrußland heran zu erstreben ist: ein Staatenblock, der das europäische Kerngebiet umfaßt, der dieses Gebiet zu einem politischen und wirtschaftlichen Kraftzentrum von weltpolitischem Range erhebt und einer eigenwüchsigen Kultur entgegenführt. Hier findet die deutsche und die polnische Politik die in eine unabsehbare Zukunft tragende Idee, die, fern jeder Künstelei, den raumpolitischen Forderungen entspricht, indem sie die von den Stromgebieten des Rheins, der Donau und der Weichsel umschlossene Mitte des Erdteils zur politischen und kulturellen Einheit formt.

Die nach Nord und Süd ausstrahlenden Wirkungen dieses Staatenblocks werden schaffen, was das Eigenleben Europas noch sichern kann — die Gemeinschaft der jungen Völker.

Dieser Gedanke wird hier nicht zum ersten Male ausgesprochen, er hat seine Geschichte. Aber er war unausführbar, solange die drei Kaiserreiche bestanden. Er blieb es auch, als das russische Kaisertum zusammengebrochen war. Jetzt aber ist der Weg zu seiner Verwirklichung frei. Das Vasallenverhältnis des polnischen Staates zu Frankreich, unwürdig und drückend für Polen, darf nur eine Episode sein. Polen muß um seiner selbst willen einmal dieses Verhältnis lösen und seinen Staat in die von der Natur geforderte Ordnung bringen. Der Osten muß seinen inneren Ausgleich finden, damit er aufhört, Objekt der Politik der anderen zu sein, und in selbstverbürgter Sicherheit seine Kräfte entwickeln kann.

Eine solche Zielsetzung entspricht dem gegenwärtigen Weltzustande oder vielmehr einem Weltzustande, in den wir von Jahr zu Jahr mehr hineinwachsen. Die Zeit der kolonialen Ausbeutung fremder Länder und Völker ist noch nicht vorüber, aber sie neigt sich ihrem Ende zu. Mit dem zwanzigsten Jahrhundert wird die Ära der Kolonialpolitik ihren Abschluß finden. Der Schrei der Neger nach dem „schwarzen Afrika" ist in diesem Vorgange die weniger ernste Erscheinung. Der Zusammenbruch der weißen Herrschaft wird vermutlich an ihrem äußersten Punkte beginnen. Das um Einheit und Freiheit ringende China wird nach Abschluß der inneren Kämpfe der Rückhalt der indischen Freiheitsbewegung werden. Mit dem Siege der indischen Unabhängigkeit ist der Kampf grundsätzlich entschieden. Arabien, Syrien und Ägypten werden folgen, und der Endkampf wird sich in Nordafrika abspielen, wobei sich die Kolonialmächte schließlich aus moralischer Erschöpfung zum Verzicht gezwungen sehen werden. Im übrigen Afrika wird die Kolonialherrschaft mit der allmählichen Austilgung der schwarzen Völker enden.

Deutschland ist frei von Kolonialbesitz, es wird an diesen

Kämpfen unbeteiligt sein, und es hat keinen Anlaß, die Sache der Kolonialmächte auch nur theoretisch zu verteidigen. Kolonialpolitik in ihrer ausbeuterischen Form, in der sie heute nur bekannt ist, gehört zum Wesen alternder Völker. Ihre Wirkung auf die Herrenvölker ist immer die gleiche: Reichtum durch Ausbeutung und Erschlaffung durch Reichtum. Das Schicksal der heutigen Kolonialmächte ist durch Spanien und durch das alte Rom vorgezeichnet.

Auch dieser Tatbestand, der teils schon gegeben ist, teils in nicht ferner Zeit gegeben sein wird, weist die deutsche Politik auf den Weg zur Gemeinsamkeit mit dem europäischen Osten. So sehr sie heute dem Westen verpflichtet ist, so muß es doch ihr Grundsatz sein, sich aus dem politischen System des Westens zu lösen. Es ist klar, daß ihr damit eine Aufgabe gestellt ist, die nicht in wenigen Jahren vollendet werden kann; es mag die Arbeit von Generationen dazu gehören; worauf es ankommt, ist die Zielsetzung in dem strengen Sinne, daß man das Ziel nie aus den Augen verliert. Die deutsche Politik muß in der Überzeugung wurzeln, daß sie eine große Mission zu erfüllen hat, die weit über das Werk der bismarckschen Generation hinausgeht. Aus diesem Bewußtsein muß sie ihre Kraft gewinnen. Sie muß wissen, daß sie einem neuen Zeitalter die Wege zu bereiten hat. Sie darf ihr Handeln nicht von Erwägungen flüchtiger Nützlichkeiten bestimmen lassen, sondern muß „das Ganze überschlagen". Und das Ganze ist unendlich mehr, als sich mit den heutigen politischen Begriffen ausdrücken läßt.

3

Die Führung der abendländischen Staatenwelt ist an die Vereinigten Staaten von Amerika übergegangen. Der Übergang ist unwiderruflich. Wie viel Einzelvorgänge an ihm beteiligt sind: es ist grundsätzlich unvermeidlich, daß eine Welt schließlich von der Macht geführt wird, welche die reinste und stärkste Inkarnation ihrer Lebensprinzipien ist

Für die Welt des Mittelalters waren es im unglücklichen Dualismus der deutsche Kaiser und der römische Papst, für die Zeit der Aufklärung war es Frankreich, für das Jahrhundert des raumpolitisch gerichteten Imperialismus war es England, für die entseelte hochkapitalistische Gegenwart ist es Amerika — U.S.A.

Amerika hat uns seinen Rekordsport, seine Negertänze und seine Negermusik, seinen Girltypus, seinen Haarschnitt, seine Hutmoden, seinen Zahlenfimmel, seine rationalisierte Fabrik und ein Dutzend anderer Dinge beschert — sie kamen im Gefolge der Dollarmillionen und -milliarden, die wir brauchten, und wir nahmen sie beglückt an. Es ist selbstverständlich, daß auch das politische Leben des Abendlandes von Amerika bestimmt wird. Es scheint, als habe sich Amerika nach Kriegsende nur von der europäischen Politik zurückgezogen, um sich über seine neue Aufgabe klar zu werden, als habe es dieser „schöpferischen Pause" bedurft, um sich auf die Ausübung der ihm zugefallenen Führerstellung vorzubereiten. Die Pause ist vorüber, und Amerika führt. Damit ist der Charakter der abendländischen Politik endgültig festgelegt. Er ist durch einen großzügigen, skrupellosen Nützlichkeitssinn bestimmt. Er besteht in der Verherrlichung des Friedens und in der Bereitstellung der furchtbarsten Kriegsmittel. Diese Politik webt an einem Netze von Schiedsgerichts- und Kriegsausschließungsverträgen und organisiert gleichzeitig den Ausrottungskrieg. Sie errichtet dem Frieden schimmernde Paläste und fabriziert Giftgasbomben. Dieselbe Hand, die den Kriegsächtungspakt schreibt, verfaßt den Antrag auf Vermehrung der Kriegsschiffe. Ein seltsamer Widerspruch. Aber viel seltsamer als dieser Widerspruch ist der Umstand, daß man sich des Widerspruchs nicht bewußt ist. Wir empfinden solche Politik als eine groteske Unehrlichkeit, aber die Westmächte sind sich keiner Unehrlichkeit bewußt und fühlen sich als Hüter der Weltmoral. Im Juli 1928 sprachen sich die französischen Sozialisten auf ihrem National-

kongreß für die Abrüstung aus, aber sie votierten gleichzeitig ihrem Genossen Boncour, dem Vorkämpfer des vollendetsten militärischen Systems, ihr Vertrauen. Dabei wissen sie nichts von Heuchelei, ihr Herz ist rein.

Hierin offenbart sich die Grundverschiedenheit westlichen und deutschen Empfindens. Unserm Wesen ist ein solcher Widerspruch zwischen Wille und Wort unmöglich. Es ist etwas in uns mächtig, das gegen die absolute Herrschaft des Nützlichkeitsprinzips rebelliert. Bethmann Hollweg mußte beim Einmarsch in Belgien erklären: Wir tun unrecht, aber wir werden es wieder gutmachen. Franzosen und Engländer werden nie zugeben, daß sie gleichfalls im Begriff standen, in Belgien einzudringen. Der Unterschied ist bedeutsam. Er kennzeichnet die letzten Wesensgründe hier und dort. Die Westmächte werden die feierlichsten Kriegsächtungspakte nie als Hinderungen empfinden, wenn sie den Krieg wollen. Wir werden sie entweder heilig ernst nehmen oder aussprechen, daß wir es nicht tun. Das ist unser Anderssein. Wir sind Fremdlinge im politischen System des Westens. So empfinden wir erst, was deutsche Freiheit heißt. Sie heißt nicht nur Abschüttelung der politischen Fesseln und der dinglichen Lasten, sondern letztlich Unabhängigkeit vom Geiste des Westens — Recht und Raum für unsere Art.

Heute sind wir dem Westen verpflichtet. Unsere Ohnmacht zwingt uns zur Duldung seiner Herrschaft über uns. Noch einmal sehen wir die Gefahr, die uns von diesem Zustande droht. daß wir, anders als der Westen, für Ernst und Wahrheit nehmen, was nur Phrase und Geste ist, und uns vom Sinne der Zeit und ihrer Politik falsche Vorstellungen machen. Wenn der Franzose Abrüstung fordert, so meint er die Abrüstung der andern. Wenn der Deutsche sie fordert, so meint er die Abschaffung der Reichswehr. Wenn die Staatsmänner des Westens das Ideal des ewigen Friedens feiern, so nicken ihre Völker und stellen mit stiller Genugtuung fest, daß Heer und Flotte und Flugwesen in bester

Verfassung sind. Wenn der deutsche Außenminister in den gleichen Tönen redet, so erschließen sich die deutschen Herzen dem endlich erleuchteten Geiste der neuen Zeit. Darin besteht die Gefahr, daß wir, die dinglich Entwaffneten, uns auch seelisch entwaffnen lassen. Gegen sie heißt es sich zu wappnen, zu wappnen mit dem Bewußtsein unserer andern Art und mit einer Gesinnung des Widerstandes, die, wissend um den Sinn der westmächtlichen Politik, den Lockungen der Phrase ebenso unerschütterlich standhält wie dem Drucke der Gewalt.

Mit dieser Rüstung werden wir bestehen. Wir werden die Politik der Pakte und Bindungen ohne Schaden überdauern, wenn wir keinen Augenblick vergessen, was sie bedeutet.

4

Es läßt sich voraussehen, daß in nicht ferner Zeit die Frage der deutschen Tributpflichtigkeit wieder im Vordergrunde der Politik stehen wird. Das sogenannte Normaljahr des Dawespaktes hat begonnen. Die jährliche Tributlast wird nunmehr auf unbestimmte Zeit mindestens zweieinhalb Milliarden Goldmark betragen. Es ist bekannt, daß wir die bisherigen Leistungen nicht aufbringen konnten, sondern mit geliehenem Gelde abgedeckt haben. Das weiß alle Welt. Ein Blick in die deutsche Handelsbilanz wird davon überzeugen, daß wir keine Aussicht haben, die Tribute künftig aus Eigenem aufbringen zu können. Wir können bezahlen, solange man uns das Geld dazu leiht

Darum ist es verständlich, daß man schon heute in Amerika erwägt und erörtert, wie es weiter mit den deutschen Tributzahlungen gehalten werden soll. Wir sind der Schuldner Amerikas. Wir waren ihm kreditwürdig und sind es so lange, wie ihm die Zinsrente gesichert scheint. Amerika muß den Wunsch haben, unsere Lasten so zu begrenzen, daß wir nicht versagen. Es wünscht darum eine endgültige Festsetzung des

Gesamtumfanges unserer Tributpflicht. Der Dawesplan umging diese Frage. Man wollte die Entwicklung der deutschen Wirtschaft abwarten, wie man sagte. Aber man wollte auch den Widerstand Frankreichs nicht herausfordern, man war froh, den Dawesplan, so wie er war, durchzusetzen. Jetzt aber sieht Amerika die Notwendigkeit einer endgültigen Feststellung der Gesamtschuld ein und ist anscheinend entschlossen, sie herbeizuführen. Poincaré hält das für überflüssig, nach seiner Meinung hat der Dawesplan an der Festsetzung der deutschen Gesamtschuld auf hundertzweiunddreißig Milliarden Goldmark nichts geändert. Dieser Einspruch ist nicht ernst zu nehmen. Amerika wird vermutlich nicht lange darüber verhandeln.

Die Absicht Amerikas geht weiter. Es ist nicht nur der Gläubiger Deutschlands. Die den Ententemächten gewährten Kriegsdarlehen sind größtenteils noch nicht zurückgezahlt. Nahezu alle europäischen Großmächte sind Amerikas Schuldner. Amerika will Frieden in Europa, um seine Guthaben nicht zu gefährden. Daran wird es so lange festhalten, wie ihm der Frieden vorteilhafter scheint als der Krieg. Darum will es die deutsche Tributpflichtigkeit ihres staatspolitischen Charakters entkleiden. Solange die Tribute eine Schuld von Staat zu Staat sind, bleiben sie Gegenstand der Politik und schaffen politische Spannungen. Amerika hat darum den Wunsch, die deutsche Schuld in eine zivile Schuld umzuwandeln. Die Tributgläubiger sollen aus den Mitteln einer großen Anleihe befriedigt werden, so daß Deutschland nicht ihnen, sondern den Anleihegläubigern verpflichtet ist.

Es ist anzunehmen, daß dieser Plan der „Kommerzialisierung" der deutschen Schuld, der bisher nur aus privaten Äußerungen bekannt ist, im Laufe der nächsten Jahre verwirklicht werden wird. Man wird den Einfluß, den Deutschland auf die Ausführung wird nehmen können, nicht überschätzen dürfen. Deutschland wird auch in diesem Falle Duldender, nicht Handelnder sein Es sei denn, die deutsche

Situation träte hierbei so eindeutig zutage, daß keine Demagogie sie fälschen könnte.

Unsere Auslandsschulden werden am Ende des Jahres 1928 den Betrag von rund fünfzehn Milliarden Mark erreicht haben. Sie werden Jahr für Jahr um einen Betrag wachsen, der zwischen drei und fünf Milliarden Mark liegt. Zu der Mindesttributleistung von zweieinhalb Milliarden kommt die Unterbilanz unseres Warenverkehrs und die Verzinsung der bestehenden Schuldverpflichtungen. Man wird damit rechnen müssen, daß unsere Auslandsverschuldung schon in zwei Jahren zwanzig Milliarden oder mehr betragen wird. Es entzieht sich der Voraussage, in welcher Höhe die endgültige Tributschuld angesetzt werden mag, doch schätze man sie so niedrig wie möglich, — wir haben mit einer dauernden Schuldbelastung zu rechnen, deren Verzinsung ungeheuerliche Opfer fordern muß. Dabei bietet sich nicht die geringste Aussicht einer auch nur allmählichen Lastenverminderung, sondern das Gegenteil muß aller Voraussicht nach eintreten. Denn es bleibt ja die Wahrscheinlichkeit, oder sagen wir ruhig: die Gewißheit eines alljährlichen Fehlbetrages in unserem Volkshaushalt, es bleibt die Passivität der Handelsbilanz, die Jahr für Jahr unsere Verschuldung erhöhen muß, wobei noch die wachsende Erschwerung des Auslandsabsatzes in die Rechnung einzubeziehen ist

Die Wirkungen dieser Lage auf die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung lassen sich nicht im voraus schildern. Es wird sich ein vielgestaltiges Suchen und Drängen ergeben. Die Industrie wird die Gestehungskosten zu drücken versuchen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Schuldenzinsen und Steuern werden die Betriebsmittel immer mehr kürzen. Der Arbeiter wird sich gegen die Lohnkürzung wehren, er wird den Bestand an sozialer Fürsorge verteidigen. der ganze furchtbare Ernst der deutschen Lage wird erst dann hervortreten, er wird sich so eindeutig offenbaren, daß er sich nicht mehr verschleiern läßt

Dann werden wir die deutsche Frage als das erkennen, was sie seit Jahrzehnten ist: als das Ringen um die Lebensmöglichkeit der zwanzig Millionen deutscher Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern. Und dann wird sie zu der einen Entscheidung drängen: Wird der deutsche Arbeiter den Ruf der Geschichte hören und verstehen? Wird er wieder glauben, was im Jahre 1914 sein Bekenntnis war — daß die Sache der Nation die Sache des Arbeiters ist?

In dieser Entscheidung will sich die deutsche Geschichte erfüllen. In dem Augenblick, wo der Arbeiter die Sache der Nation ergreift, vollzieht sich eine bedeutsame Wandlung. Die Aufgabe, an der das Kaisertum zerbrach, der die Republik nicht gewachsen war — diese Aufgabe steht nun heischend vor dem jungen Stande. Indem er sie ergreift, beginnt er den Aufstieg zur großen Führung.

Das *kann* Wirklichkeit werden. Kein Mensch darf sich vermessen, zu sagen: so muß und wird es kommen. Unser Wissen ist Stückwerk, und unser Weissagen ist Stückwerk. Doch es ist des Schreibers Recht, von dieser Möglichkeit zu sprechen — von dieser Möglichkeit, die das alte Reich und seinen jüngsten Stand auf dem lichten Hintergrunde einer großen Zukunft zeigt.

Unser ist die Liebe zu Deutschland, unser ist der Glaube an seine Kraft und die Hoffnung auf seinen Tag. In diesem Grunde wurzelnd halten wir uns an das Wort Goethes:

> Schwerer Dienste tägliche Bewahrung,
> Sonst bedarf es keiner Offenbarung.

Ende